



Nr. 868. Morgen-Ausgabe.

Sechsundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Freitag, den 11. December 1885.

## Die Wahlen in England.

Der Ausgang der englischen Wahlen steht heute schon dahin fest, daß entweder die Liberalen für sich allein, oder die Tories, diese aber nur in enger Verbindung mit den Irlandern, eine knappe Majorität von wenigen Stimmen im neuen Parlament beobachtet werden. Daraus ergibt sich, daß entweder dem Parlamente selber nur eine ganz kurze Dauer beschieden sein kann, weil keine genügende compacte Mehrheit herzustellen ist, oder daß sich schließlich die gemäßigten Whigs mit den gemäßigten Conservativen unter Abstossung der Extreme auf beiden Seiten zu einer solchen Phalanx zusammensetzen müssen, oder endlich, daß die Welt das seltsame Schauspiel erleben wird, wie die Parnellites das Reich der Königin von Großbritannien und Kaiserin von Indien regieren, weil man von rechts wie von links her sich beeilen wird, ihnen die Concessions auf dem Präsentsteller entgegen zu bringen. Parnell hat zwar wiederholt erklärt, die irische Brigade, die auf 80—90 Köpfe anzuwachsen droht, würde völlig rücksichtslos bald mit den Tories, bald mit den Whigs votiren, je nachdem die einen oder die andern dem Homerule mehr bieten. Aber damit, daß der Parlamentarismus zu einem reinen Handel herabgewürdigt wird, ist der Schaden, den das gestiegerte Gewicht der irischen Stimmen anrichtet, noch lange nicht erschöpft. Der Kelte wie der Slave geht mit der kirchlichen und politischen Reaction nicht blos soweit Hand in Hand, wie er seinen egoistischen Vorheil dabei findet, sondern er fühlt sich nur auf dieser Seite recht wohl und behaglich. Irland ist daher bei allen großen Krisen der Weltgeschichte stets auf der Seite gestanden, die der Sache der Humanität und der Freiheit feindlich gesinnt war. Es hat für die despotische Universalmonarchie zu Gunsten Philipps II. gegen die Königin Elisabeth, für Ludwig XIV. gegen William III. gekämpft, und dem Despotismus Napoleons seinen hilfreichen Arm geliehen. In blutigen Bürgerkriegen hat es England mit zerfleischt, indem es den Prätendenten aus dem Hause der Stuarts beistand; und es hat in der jüngsten Zeit noch den kannibalen Seavays ebenso wie den Sudanen des Mahdi zugejubelt. Das ist ein Unglück, das sich aus der Lage Irlands erklärt, weil auf der Grünen Insel das alte Wort gilt: „Englands Verlegenheiten sind Irlands Gelegenheiten.“ Aber es bezeichnet auch nur zu genau, daß die Stellung Irlands allemal auf derjenigen Seite sein muß, welcher die Menschheit den Sieg nicht wünscht.

Diesem seinem alten Prinzip ist Irland auch bei den Wahlen treu geblieben. Zwei Ministerien und die zehn besten Jahre seines Lebens hatte Gladstone daran gesetzt, um ein tausendjähriges, aber wahrlich nicht unverzweigtes Nebel gut zu machen, das England den Iren zugefügt. Niemand kann leugnen, daß er der Insel menschenwidrigste Zustände verschafft hat, indem er nach Möglichkeit der Vergewaltigung der katholischen Kirche durch die englische Hochkirche und der Entziehung von Grund und Boden, der den Eingeborenen gehörte, durch anglo-sächsische Einwanderer ein Ziel gesetzt hat. Aber wie sind den Liberalen alle diese Wohlthaten heimgezahlt worden! In ganz Irland ist nicht ein einziges oppositionelles Mitglied gewählt, ja in den großen Fabriken und Handelszentren Englands, in Manchester, Liverpool, Birmingham, Sheffield, Leeds traten die irischen Arbeiter, denen Gladstone das Stimmrecht verschafft, in geschlossenen Massen für die ministerielle Kandidaten ein, so daß dort die Liberalen von 19 Sitzen nicht weniger als 7 verloren. In der ersten Periode der Wahlen schien es, als sollte der Liberalismus in Grund und Boden gebrochen werden; aber Gott sei Dank siegten Paddy seine Triumpha so zu Kopf, daß Parnell mit unverschämter Renommage verkündete, er habe den Liberalismus „erwürgt“. Das brachte die hochgehenden Flüthen des Conservatismus zum Stillstand. Man fing im oppositionellen Lager an, darüber nachzudenken, was aus England werden solle, wenn Parnell das Scepter schwingen würde. So kamen die Liberalen zur Bestimmung, und seitdem sie alle ihre Kräfte aufboten, um jeden Zwiespalt in den eigenen Reihen zu vermeiden, haben sie Siege auf Siege erfochten, welche die Constellation umkehrten. Denn es war wahrlich nicht das Verdienst der Conservativen, wenn ein günstiger Wind ihre Segel schwelte; auch mußten sie von Tag zu Tag mehr Anstand nehmen, offen mit den Irlandern Hand in Hand zu gehen, je lauter sich in der Presse von allen Seiten warnende Stimmen erhoben.

Auch die Opposition hatte sich in der Wahlcampane anfangs nicht viel klüger benommen, als die französischen Radikalen und Transfigenten zwei Monate früher. Hatten diese den Monarchisten das Feld freigemacht durch ihr widersinniges Loshauen auf die Opportunisten, so waren in England ganz ähnliche Erfolge eingetreten, weil die vorgeschriften Liberalen gegen ihre gemäßigten Kameraden bis zur offenen Fehde Front machten. Der gewesene Minister Chamberlain entwickelte in seinen Wahlreden eine geradezu halb socialistische Propaganda, so daß er mit derselben sogar den vorgechristenen Liberalismus in Schottland kopfschüttete. Selbst Gladstone beging den großen Fehler, anfangs von der Entstaatlichung der Hochkirche auch in England zu sprechen. Zwar nahm er schnell das Wort zurück und erklärte ausdrücklich, es sei damit keine Lösung für die nächste Wahlcampane ausgegeben, sondern nur ein Ziel in ferner Zukunft gesteckt, das während der nächsten Parlamentsession noch nicht einmal ins Auge gesetzt werden dürfe. Aber wie gern er auch das Wort, das ihm einmal entflogen war, im Busen bewahrt hätte, es zündete, da Salisbury und seine Collegen dafür sorgten, daß es mit großer Geschicklichkeit von den Tories ausgenutzt und weiter verbreitet wurde. So eltern denn die Landlords zum Schutz des Grundbesitzes und selbst freisinnige Peers zum Schutz der angeblich bedrohten Kirche mit conservativen Stimmzetteln herbei. Aber angesichts der irischen Erfolge und des Parnell'schen Nebermuthes schlossen die Reihen der Liberalen sich wieder enger — freilich erst, nachdem viele Mandate an die Conservativen verloren gegangen waren.

Für den Moment stehen die Dinge daher so, daß zwar Gladstone sich wahrscheinlich täuscht, wenn er sich bereits einbildet, mit einer eventuellen Majorität von ein paar Stimmen über Tories und Parnellites das Ministerium werfen zu können; daß aber auch nicht abzusehen ist, wie Lord Salisbury weiter regieren will, wenn er bei der herrschenden feindseligen Stimmung gegen die irische Brigade nur mit deren Hilfe nothdürftig eine Majorität zu Stande bringt. Am meisten dürfte Chamberlain Recht haben, der jüngst erklärt hat, man

werde die Tories am Ruder lassen, so lange sie kein Unheil stiften, sie aber unbarmherzig wesen, sobald sie dem Lande Schaden bringen. Jedenfalls hängt die Lebensdauer des Ministeriums von der Gnade, nicht blos Mr. Parnells, sondern auch der Liberalen ab.

## Deutschland.

**Berlin**, 9. Decbr. [Der „rote Becker“.] Die Nachricht von dem heute erfolgten Tode des Ober-Bürgermeisters Dr. Hermann Becker in Köln ist nicht unerwartet gekommen. Schon seit reichlich einem halben Jahre kränkelte er. Der Aufenthalt in einem Badeort während des Sommers brachte ihm keine nachhaltige Besserung, und seit seiner Rückkehr nach Köln hat er sich nur sehr wenig an den Geschäften der städtischen Verwaltung beteiligen können. Sein bewegtes Leben ist in Köln zum Abschluß gekommen. Im Jahre 1848 war der damalige Landgerichts-Referendar einer der Führer der demokratischen Partei in Köln, unermüdlich thätig als Redner in Versammlungen und als Journalist in der „Rheinischen Zeitung“, deren letzte rothe Nummer unter seiner Redaktion erschien. Er wurde aus dem Justizdienste entlassen und kam dann mit seinem Freunde Bürgers im berüchtigten Communistenprozeß auf die Anklagebank, um zu einer Festungsstrafe auf die Dauer von fünf Jahren verurtheilt zu werden. Kein Tag wurde ihm davon geschenkt; er mußte sie in Graudenz und Weichselmünde vollständig verbüßen. Als er seine Freiheit wieder erlangt hatte, wurde ihm der Aufenthalt in Köln untersagt. Er begab sich nach Dortmund, wo er das Gymnasium besucht hatte und treue Freunde besaß; hatte ihm doch ein biederer Bürger, bei dem er als Schüler gewohnt hatte, während der Festungshaft die Mittel zur Existenz geboten, da sein eigenes Vermögen zur Deckung der Gerichtskosten herangezogen worden war. Er trat in ein dortiges Handelshaus als juristischer und wirtschaftlicher Berater ein, führte eine Zeitlang die Generalagentur einer Versicherungsgesellschaft, wurde zum Stadtverordneten gewählt, war vielfach journalistisch thätig, konnte aber den einen Wunsch, den er damals nur hatte, nach Köln zurückkehren und dort zu wirken, nicht erfüllen, weil ihm das liberale Ministerium der neuen Aera den Aufenthalt dagebst nicht gestattete! Als im Jahre 1861 die Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfanden und zum ersten Male die Fortschrittspartei, der er sich nach ihrer Begründung sofort angeschlossen hatte, auf dem Plane erschien, richteten sich die Augen seiner Mitbürger auf ihn, und nach einem in den Annalen der preußischen parlamentarischen Geschichte einzigen dastehenden Wahlkampf — der Name des „rothen Becker“ erregte damals auch bei sonst vorurtheilsfreien Leuten vielfach Gruseln — kam er ins Abgeordnetenhaus. Ihm gehörte er als tapferer Vorkämpfer der Fortschrittspartei bis zum Jahre 1872 an. Auch in den Reichstag wurde er 1867 und 1870 von Dortmund gesandt. Im Jahre 1870 war er zum ersten Bürgermeister von Dortmund gewählt und, was damals großes Aufsehen erregte, auch bestätigt worden. Das Jahr 1872 sah den ehemaligen Festungsgefangenen sogar als Mitglied des Herrenhauses. Als 1875 der Posten eines Oberbürgermeisters von Köln erledigt war, vereinigte sich die Mehrheit der Stimmen auf denselben Mann, welcher 15 Jahre vorher sich nicht einmal eine Nacht hindurch in der Stadt aufzuhalten durfte und, wenn ihn seine Geschäfte mehrere Tage in Köln festhielten, sein Nachquartier auf der anderen Seite des Rheins, in Deutz, zu nehmen gewünscht war. Dem parlamentarischen Leben blieb er seit seiner Überfiedelung nach Köln fern — die Mithaltung mehrerer hiesiger Blätter, daß er auch diese Stadt im Herrenhause vertreten habe, ist falsch —, dagegen war er unermüdlich thätig für die Aufgaben, welche ihm sein Amt stellte. Ihm hat es die Stadt Köln fast allein zu verdanken, daß das große Werk der Stadtverweiterung sich so leicht und glatt ins Leben setzen ließ; persönlich beliebt auch bei seinen politischen Gegnern, allgemein geschätzt wegen der Sachkenntnis, mit der er seine Ansichten zu vertheidigen wußte, vermochte er es durch wiederholte persönliche Verhandlungen mit den Ministern die vielen Schwierigkeiten, welche der Ausführung der als eine Lebensfrage für Köln zu betrachtenden Stadterweiterung entgegenstanden, zu beseitigen. Den Schatten, welcher auf Beckers lezte zehn Lebensjahre fällt, die wenigstens teilweise Verleugnung der Grundsätze, für welche er früher gestrebt und gelitten hatte, wollen wir heute nur andeuten. Als er an die Spitze der Stadt Dortmund gestellt worden war, ging eine unerwartete und seinen früheren Freunden nur schwer erklärliche Umwandlung in seinen Anschauungen, wenigstens in der Beihilfung derselben vor, welche sich auch heute nicht beschönigen läßt.

**Berlin**, 9. Decbr. [General-Versammlung des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.] In einem Fraktionszimmer des Reichstagsgebäudes fand am Mittwoch Abend die 40. General-Versammlung des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen statt.

Der Vorsitzende, Prof. Dr. Gneist, constatierte zunächst an der Hand des Geschäftsberichts die erfreuliche Fortentwicklung des Vereins.

Es gehören dem Verein jetzt an 106 Behörden, darunter die Magistrate zu

Königsberg in Pr., Magdeburg, Danzig, Greifswald, Bromberg, Posen, Breslau, Altona, Hamburg, Insterburg, Hannover, Elberfeld, Barmen, Karlsruhe u. c. Ferner

zählt der Verein sämmtliche Handelsstädte und Kaufmännische Corporationen aller rheinischen Industrie-Bezirke zu seinen Mitgliedern.

Des Weiteren gehören 75 Aktien-Gesellschaften, unter diesen Brauerei-Gesell-

schaften, landwirtschaftliche Vereine, Eisenbahn-Directionen, Bergwerks-

und Hütten-Amter und andere industrielle u. Unternehmungen dem Verein

seit Langem an. 337 Mitglieder haben ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands. Im Ganzen zählt der Verein 806 Mitglieder, die sich sämmtlich aus Arbeitgebern zusammensehen und mehrere Hunderttausende von Arbeitern beschäftigen. Der Vermögensstand des Central-Vereins ist ein durchaus günstiger.

Der Verein — so führte Prof. Dr. Gneist aus — hat es sich auch im

vergangenen Jahre angelegen sein lassen, dem Hauptziel seines Strebens,

d. i. der Erbauung von zweckmäßig eingerichteten Arbeiterwohnhäusern,

immer näher zu kommen. Diese Arbeiterwohnhäuser, von denen bereits

13 auf Kosten des Vereins in der Nähe Berlins erbaut sind, sollen dazu

beitragen, daß der Arbeiter nach vollbrachtem Tageswerk dem geräuschvollen Getriebe der Weltstadt entrückt werde. Dem Arbeiter soll

durch die Bestrebungen des Vereins Gelegenheit gegeben werden, selbst

Hausbesitzer zu werden. In Anbetracht, daß ein solches zweckentsprechendes

Arbeiterwohnhaus ca. 9000 M. kostet, die Zinsen dieser Summe aber keineswegs den Mietpreis einer Arbeiterwohnung innerhalb des Weichbildes

von Berlin ausmachen, so hat der Verein die Hoffnung, durch freie Leiber-

lassung des Capitals Zweck Erbauung von Arbeiterhäusern, die Wohnungsfrage der unteren Klassen ihrer Lösung einigermaßen näher zu führen. In der Nähe Kölns ist ein geeignetes Bau-Terrain für Arbeiter-Wohnungen zu billigem Preise zu beschaffen und kostet der Verein, durch die in der Nähe von Köln belegenen Fabriken, höchstens sehr bald eine Arbeiterstadt entstehen zu sehen. Zu den eifrigsten Förderern dieses Projekts gehören in erster Reihe der Fabrikbesitzer Spindler und der Fabrikbesitzer Dr. Kuhnlein. Wenn erst der deutsche Arbeiter den bekannten Spruch: „My house is my castle“ zu würdigen wissen wird, dann wird es nicht schwer halten, die Arbeiter zum successiven Ankauf ihrer bisher miethsweise bewohnten Häuser zu veranlassen. Allein wir dürfen es uns nicht verhehlen, daß der Central-Verein ohne fremde Hilfe die Lasten eines solchen Beispieles nicht zu tragen vermag. Wenn wir als Förderer dieser Idee praktische Erfolge erreichen wollen, dann müssen wir dafür Capitalisten zu interessieren suchen. — Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Prof. Dr. Gneist einverstanden und beschloß: der Realisierung des Projekts durch öffentliche Aufforderung, Aufnahme von Darlehen ic. näher zu treten. — Mit der Wiederwahl der statutenmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder schloß die Generalversammlung.

[Eine interessante Wahlrechtsfrage] hat sich bei der Stadtverordnetenwahl im 26. Wahlbezirk ergeben. Dort fielen am 24. November auf den conservativen Kandidaten Limprecht 741 Stimmen, auf den liberalen Fabrikdirektor Kohlert 524 Stimmen und auf den sozialistischen Kandidaten Voigt 447 Stimmen. Der Wahlbezirk ist zur Erleichterung des Wahlactes in zwei Abtheilungen a und b getheilt gewesen. Jede Abtheilung hat ihren besondern Wahlvorstand. Auf Grund der Stimmenzählung der beiden Wahlvorstände hat der Magistrat zur Stichwahl zwischen Limprecht und Kohlert auf den 15. December durch amtliche Bekanntmachung eingeladen. Darauf wurde beim Berliner Magistrat ein Wahlprotest eingereicht, weil Kohlert nicht Preußisch und deshalb nicht wählbar sei. Dabei sei Limprecht ohne Stichwahl als gewählt zu betrachten, weil die Stimmen für Kohlert ungültig seien. Der Magistrat erklärte darauf mit Recht, daß er zu einem Eingreifen in den Gang der Wahlhandlung nach der Lage der Gesetzgebung nicht befugt sei. Er habe nur das von dem Wahlvorstand mitgetheilte Ergebnis bekannt zu machen. Nunmehr ist der Wahlvorstand der Abtheilung a des Bezirks wieder in Funktion getreten und hat durch Anfrage bei dem Polizeipräsidium ermittelt, daß der Kandidat Kohlert am 27. November dort seine Naturalisation nachge sucht und dabei angegeben habe, er sei in Mecklenburg-Schwerin staatsangehörig. Der Wahlvorstand der Abtheilung a des Bezirks ist darauf am 6. December nochmals zusammengekommen und hat nachträglich die bei ihm auf Kohlert gefallene 271 Stimmen für ungültig erklärt. Der Wahlvorstand hat dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung Kenntnis von seinem Beschuße gegeben und da der Magistrat den Wahlvorständen die Initiative in der Anberaumung der Stichwahl überlassen hat, diesen benachrichtigt, daß die angezeigte Wahl aufgehoben werden müsse.

Ob der Wahlvorstand der anderen Abtheilung b des Bezirks die Beispiele folgen wird, ist noch nicht bekannt.

Was wird nun geschehen? so fragt die „Freie. Ztg.“ und fährt dann fort: Unserer Ansicht nach muß am 15. December die Stichwahl zwischen Limprecht und Kohlert stattfinden. Es ist der Wahlvorstand überhaupt nicht berechtigt, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der abgegebenen Stimmen zu entscheiden. Die Städteordnung weist dem Wahlvorstand nur die Berechtigung zu, die Gültigkeit der Volksmacht derjenigen Wähler zu prüfen, welche als Vertreter juristischer Personen erscheinen. Jegliche andere Function zur Entscheidung von Streitigkeiten ist dem Wahlvorstand in der Städteordnung nicht zugewiesen. Der Wahlvorstand hat sich somit auf diejenigen Functionen zu beschränken, welche bei der Reichstagswahl zu zählen und das Ergebnis der Zählung zu proklamieren.

Selbst wenn wir nun aber einem Wahlvorstand eine weitergehende Berechtigung zuerkennen wollten, so ist der Wahlvorstand doch nicht berechtigt, eine einmal gefallte und veröffentlichte Entscheidung wieder zurückzunehmen. Der Wahlvorstand überschritt schon seine Befugnisse, als er sich nachträglich an das Polizeipräsidium wandte. Der Wahlvorstand existiert als Behörde nur während des Wahlactes und hat nicht das Recht, zu anderer Zeit sich zu versammeln oder überhaupt mit dritten Personen in Verbindung zu treten. Unserer Erachtung nach muß daher die Stichwahl zwischen Limprecht und Kohlert in der angekündigten Weise stattfinden.

Demnächst wird es dann Aufgabe der Stadtverordneten-Versammlung sein, über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden, beziehungsweise eine Neuwahl herbeizuführen.

Über die Krankheit des Oberbürgermeisters Becker wird der „Frankf. Ztg.“ telegraphirt: Schon seit dem Frühjahr an der Schwindfucht leidend, wozu sich später die Zuckerkrankheit gesellte, hielt sich Becker seit einem halben Jahre von den Amtsgeschäften fern und suchte Heilung in längerem Aufenthalt auf dem Niederwald und im Schwarzwalde; zuletzt wohnte er in Brühl. In jüngster Zeit gab das Befinden des Leidenden zu keinen Befürchtungen Anlaß. — Der „Köln Ztg.“ zufolge schien in den letzten Wochen einige Besserung im Befinden des Kranken eingetreten zu sein, er trug sich mit dem Gedanken, bald eine Reise nach der Riviera anzutreten. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gegen 2 Uhr stellte sich eine Lungentuberkulose ein, die um 4 Uhr sich wiederholte und den Tod herbeiführte.

[Unere Südsee-Colonien.] Die neueste bis zum 29. October reichende australische Post hat sehr wichtige, allerdings wenig erfreuliche Nachrichten von den deutschen Schutzgebieten im westlichen Theile des Stillen Oceans gebracht. Die dort stationirten deutschen Kriegsschiffe wurden von bedauerswerthen Unfällen heimgesucht. Die Kreuzerkorvette „Marie“ stieß Ende December v. J. wenige Tage, nachdem sie Neu-Mecklenburg (früher Neu-Ierland genannt) erreicht hatte, in den dortigen noch ungenügend erforschten Gewässern auf ein Riff und erlitt eine arge Beschädigung, deren vorläufige Reparatur in Sydney Monate in Anspruch nahm und 160000 Mark kostet haben soll. Die Kreuzer „Albatros“ und „Iltis“ erlitten ebenfalls denselben, wenn auch nicht gleich erheblichen Unfall. Die „Marie“ hat am 28. October endlich von Port Darwin in Nordaustralien die Heimreise nach Europa angetreten; „Iltis“ und „Albatros“ befinden sich in Hongkong und Sydney.

In Folge dieser Unglücksfälle hat tatsächlich seit Jahr und Tag keines der derzeit bestimmten deutschen Kriegsschiffe längeren Aufenthalt in den Gewässern der deutschen Südsee-Colonien zu nehmen. So kam es, daß es sowohl im Bismarck-Archipel, wie in Kaiser-Wilhelms-Land gänzlich an einer deutschen Marine-Streitmacht fehlte, auf welche die deutschen Unternehmungen sich hätten stützen können, und es wird notwendig sein, hierin so rasch wie möglich Wandel zu schaffen, da es nach dem via Sydney eingegangenen Berichten, wie wir der „Hamburger Börsen-Halle“ entnehmen, bereits an mehreren Stellen in den deutschen Schutzgebieten Mangels einer thaktäglichen Autorität, zu Conflicten mit Mord und Tod droht.

Wie weit es jetzt damit gekommen, zeigt die Thatjache, daß vor einiger Zeit ein früher unter englischer, neuerdings unter amerikanischer Flagge fahrender Abenteurer, Namens Farrel, mit seinem Dampfer „Golden Gate“ auf Neu-Mecklenburg, auf unbestreitbar deutschem Gebiete, auf Station der Firma Hernsheim 10 bis 12 Mann, meistens Amerikaner, gezündet hatte, welche sogar Besitz von der gedachten Firma gehörenden Gebäuden ergriffen und die Deutschen einfach von ihrem Besitz vertrieben. Eine von Herrn v. Derken dagegen erhobene schriftliche Remonstration blieb einfach unbeachtet.

Es läßt sich annehmen, daß die deutsche Reichsregierung von diesen Vorgängen bereits Kenntnis hat, und daß Vorsorge getroffen ist, der Wiederkehr ähnlicher Ausbrechungen vorzubeugen. Einige Kriegsschiffe müssen ununterbrochen bei Neu-Guinea stationiert sein, wie denn dem Gouverneur von Englisch-Neu-Guinea stets ein Geschwader von nicht weniger als fünf Kriegsschiffen zur Verfügung steht.

So ist es auch nicht zu verwundern, daß die weiteren von Neu-Guinea eingegangenen Nachrichten erkennen lassen, wie die Engländer große Rüdigkeit entfalten, um in dem von ihnen in Besitz genommenen Theile der Insel eine geordnete Verwaltung herzustellen. Commodore Irstnie, der Commandant des in der westlichen Südsee stationirten englischen Geschwaders, hat schon vor längerer Zeit Verordnungen erlassen, welche den Schiffsvorfehr und die Waaren einführt und überhaupt den ganzen Handel regeln. In Port Moresby, dem Sitz der englischen Regierung, baut man bereits ein großes Regierungsgebäude und sogar eine Trinkwasserleitung. Freilich stoßen auch die Engländer auf erhebliche Schwierigkeiten, da die Eingeborenen der Südküste sich außerordentlich wild zeigen.

### Österreich-Ungarn.

Budapest, 9. Decbr. [Interpellation.] Große Aufmerksamkeit erregte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Interpellation Gabriel Ugrons über die Verwaltung des Vermögens der Großwardeiner katholischen Diözese, deren Oberhaupt Bischof Lipovszky kürzlich verstorben ist. Ugron entwarf ein drastisches Bild von den Verwüstungen, welche durch die Unterwerfung des Bischofs im Besitzstande der Diözese herbeigeführt worden. Er erzählt unter Anderem, daß 15 000 Tsch Waldungen devastirt worden, von denen Erlös kein Kreuzer in der bischöflichen Kasse vorgefunden worden, wogegen diese dem Staatsrätor die Kleinigkeit von 100 000 Gulden schulde. — Ahnliche beängstigende Gerüchte seien auch über die Verwaltung in den Diözesen Veszprem und Diakor verbreitet. Redner wolle sich aber lediglich an die Zustände in der Großwardeiner Diözese halten, die ihm näher bekannt ist. Zu diesem Sprengel gehören 124 Pfarreien, deren Verweser häufig mit bitterster Noth kämpfen, während das Vermögen des Bisächums, welches lediglich für kirchliche und culturelle Zwecke verwendet werden darf, verpragt wurde. Er werde sich außerordentlich freuen, wenn der Cultusminister, welcher als Ausflug der Hoheitsrechte der Krone die Verwaltung des kirchlichen Vermögens zu überwachen habe, im Stande sein werde, seine hier vorgetragten Daten zu widerlegen. — Im Namen von 8 000 000 katholischen Laien Ungarns fordere er schleunigst Wiederherstellung der Autonomie der katholischen Kirche, innerhalb deren den Interessenten die Möglichkeit geboten sein werde, über das Bisächumvermögen entsprechend zu wachen. Seine Interpellation selbst lautet: In Anbetracht dessen, daß das Vermögen der Bisächumer zur Unterstützung kirchlicher und cultureller Zwecke bestimmt ist; in Anbetracht dessen, daß der Bischof lediglich Nutznießer und nicht Eigentümer des Bisächum-Vermögens ist; in Anbetracht dessen, daß es das Hoheitsrecht und die Pflicht der Krone ist, die Nutzniebung der bischöflichen Kirchengüter zu kontrolliren, deren Erhaltung zu schützen, und dieses Recht durch den Cultus- und Unterrichtsminister geübt wird, frage ich: Besitzt der Herr Minister Kenntnis davon, daß der Besitzstand des Großwardeiner Bisächum-Vermögens beeinträchtigt worden? Besitzt er Kenntnis davon, daß die früher in eigener Regie bewirthschafteten Güter für längere Zeit zu Spottpreisen verpachtet wurden, und daß der Nutzwert des fundus instructus nicht capitalisiert werden? Besitzt er Kenntnis davon und ist er bereit, Aufklärung darüber zu geben, in welchem Maße die bischöflichen Einkünfte durch hypothekarische und schwedende Schulden belastet sind? Was beabsichtigt er zu thun, um den beschädigten Besitzstand wieder herzustellen?

### Frankreich.

[Ein neuer Atheisten-Scandal. — Ein Fiasco Déroulèdes.] Ein neuer Atheisten-Scandal wird aus Marseille gemeldet. Die atheistische Majorität des Municipalrats hatte decretiert, daß die Kirche St. Martin „laicisé“ werde. Die Regierung hatte aber diesen Beschluß der Väter der Stadt nicht bestätigt. Als nun am Sonntage die Menge der Gläubigen in die Kirche strömte, versuchte eine Rotte von 500 Menschen, an deren Spitze die bekannte Pariser Petroleuse Paula Mint Arm in Arm mit dem Stadtrath Monge daherkam, in die Kirche einzudringen. Zum Glück war die Gendarmerie zahlreich genug aufgeboten, um den Anprall des wütenden Pöbels aufzuhalten und die Menge zu zerstreuen. Da aber das Geheul und Gejohle der zahlreichen Bande kein Ende nahm, beendete der den Gottesdienst leitende Priester möglichst schnell die Ceremonien; als darauf die Kirchenbesucher das Gotteshaus verließen, empfing sie der Pöbel mit den furchtbaren Lästerungen und Flüchen und bombardirte sie mit Steinen. Nur mit Mühe vermochten die Organe der öffentlichen Sicherheit die bedrohten Kirchgänger zu retten, indem sie dieselben mit ihren Leibern deckten. Ein junger Mann in-

dessen, der, empört über das schändliche Treiben, seinen Degen aus einem Stocke zog und dreien der gefährlichsten Steinewerfer zu Leibe zu gehen wagte, wurde von diesen entwaffnet, von der blutdürstigen Menge umringt und schwer verwundet. Nur unter Zuhilfenahme der blanken Waffe gelang es den Beamten, den aus zahlreichen Wunden Blutenden der entmenschten Gesellschaft zu entreißen und in Sicherheit zu bringen. Es sind die strengsten Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine Wiederholung olch's Scandale am nächsten Sonntage zu verhindern. — Mr. Paul Déroulèdes patriotische Phrasen wollen nicht mehr ziehen: Nachdem ihm bereits zu einer Versammlung, in der er sich als Kandidat für die am 13. d. Ms. stattfindende Stichwahl in Paris vorstellte, ein Arbeiter „Assez de comédie“ zugerufen, als der „berühmte“ Führer der Patrioten-Liga wieder seine chauvinistischen Thesen zum Besten geben wollte, erlitt er in einer am Montag in der Salle Wagram abgehaltenen Wähler-Versammlung, die von ihm einberufen war, ein grausames Fiasco. Nachdem sich nämlich Déroulède für die Erhaltung Tonkins ausgesprochen, da die Ehre der französischen Fahne daselbst engagiert sei, fuhr er folgendermaßen fort: „Was meine Kandidatur betrifft, so achtet nicht darauf, ob dieselbe diplomatische Verwicklungen zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen wird!“ — Weiter kam er nicht: denn es erhob sich auf diese prätentiosen Worte ein furchtbares Sturm im Saale, den die zahlreich erschienenen Mitglieder der Patriotenliga durch demonstrativ lauten Beifall nicht zu unterdrücken vermochten. Von allen Seiten erschollen Rufe, wie „Was der sich einbillt!“, „Sie sind wohl mit Ihren Einbildungsvorlieben geworden!“ Erst als der Arbeiter-Kandidat Clément das Wort nahm, legte sich der Sturm. „Patriotismus ist Gefühlsache, aber keine politische Ansicht, vor allen Dingen aber keine Profession“, begann dieser seine Rede. „Wer Patriot ist, hat darum noch lange keinen Anspruch darauf, Deputirter zu werden.“ Dann die Ansichten des Vorredners über Tonkin kritisirend, bemerkte er, daß, wenn Mr. Déroulède und die Patriotenliga der Meinung wären, daß Tonkin Frankreich erhalten bleiben müsse, dieser und seine Genossen doch hingehen möchten, es zu vertheidigen: Sie würden Frankreich damit allerdings den besten Dienst leisten. „Was brüsten sich diese Herren denn überhaupt mit ihrem Patriotismus“, fuhr der Redner fort, „und welche Ansprüche hat Mr. Déroulède, sich der Vaterlandsliebe vor allen seinen Mitbürgern zu rühmen? Er, der es 1871 nicht einmal wagte, der schmachvollen Capitulation zu widersetzen.“ — Hier wurde der Redner durch einen furchtbaren tumult der „Patrioten“ unterbrochen, der sich trotz aller Gegen-demonstrationen der Anhänger Clément nicht beruhigen wollte. Wuth-entbrannt bestieg Déroulède die Tribüne, um sich gegen die vorgetragenen Vorwürfe zu vertheidigen. Aber auch er vermochte nicht wieder zu Worte zu kommen, und so mußte die Versammlung resultlos auseinandergehen.

### Großbritannien.

[Die englische Miliz.] Der „Globe“ macht auf die steigende Abnahme der englischen Miliz aufmerksam und auf die darauf folgende Verminderung der Wehrhaftigkeit Old-England's. Während im Jahre 1880 die Zahl der englischen Milizen noch 130 331 betrug, sind dieselben heute nur noch 113 786 Mann stark: es ist mithin in dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren eine Abnahme von 17 000 zu constatiren. Schottland hat in dieser Zeit nicht wesentlich die Zahl seiner Millizen geändert, dagegen hat Irland an 9000 und England und Wales gegen 7000 Menschen weniger gestellt. Die Abnahme in Irland, ist zweifellos auf Rechnung Parnell's zu setzen, der seine Landsleute mit allen Mitteln von dem „Söldnerdienste“ in dem Heere der „Despoten Irlands“ abzuhalten sucht. Aber woraus ist der Rückgang in England zu erklären? Der „Globe“ glaubt, daß diese Abnahme auf Fehlern in dem Recruitierungssystem zurückzuführen ist: uns will vielmehr scheinen, als ob diese den Engländern natürlich sehr unangenehme Erscheinung aus der immer wachsenden Unlust, in exotischen Ländern sein Leben aufs Spiel zu setzen, zu erklären ist.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 10. December.

— Aus Görlitz, 10. December, wird uns geschrieben: „Der ökonomischen Section der hiesigen naturforschenden Gesellschaft ist, wie der Vorsthende, Landtagsabgeordneter Schäfer mittheilte, außer dem bekannten Antrage um Einführung der Doppelwährung, auch die Denkschrift der pommerschen ökonomischen Gesellschaft mit ihren Vor-

schlägen zur Hebung der Landwirtschaft zugegangen. Wenn man nach den Eindrücken der letzten Sitzung, welcher die Notabilitäten der Landwirtschaft aus der Oberlausitz teilnahmen, schließen darf, wird die pommersche ökonomische Gesellschaft hier kein Glück mit ihren Vorschlägen haben. Das Heilmittel des Bimetallismus wurde ohne Widerspruch als ein sehr gefährliches hingestellt, der Wollzoll im Interesse der Industrie, deren Wohl von dem der Landwirtschaft un trennbar sei, als uneinführbar bezeichnet und von der Erhöhung der Getreidezölle rund heraus erklärt, daß sie der Landwirtschaft ebensowenig nützen würde, als ihr die Getreidezölle überhaupt genügt hätten. Und diese entschiedene Abweisung der agrarischen Hauptpläne erfolgte in einem Vortrage, den einer der anerkannt tüchtigsten Landwirthe der Oberlausitz, Oberamtmann Tölke auf Dresda, vor einer Versammlung, in der die conservativen Rittergutsbesitzer der Umgegend die Mehrheit bildeten, über die Notlage der deutschen Landwirtschaft sprach, und zwar daß in der darauf folgenden lebhaften Debatte auch nur einer für die Doppelwährung, die Wollzölle und erhöhte Getreidezölle eintrat. Als Hauptursachen der ungünstigen Lage der Landwirtschaft bezeichnete der Vortragende die Prohibitionszollpolitik Russlands und Nordamerikas, welche der deutschen Industrie die Möglichkeit genommen hätte, ihre Erzeugnisse nach diesen Ländern abzuführen, welche uns mit ihrem Getreide überschwemmten, und die Verschuldung der meisten Landwirthe, sowie den übertriebenen Luxus, der unter den Landwirthen eingerissen sei. Mit einem Vermögen von 60 000 Mark kaufe sich Mancher ein Gut, das 300 000 Mark koste, und lebe dann, als wenn er ein Vermögen von 300 000 Mark besitze. Die Erlangung höherer Preise für die Produkte der Landwirtschaft erwartet er vorzugsweise von der Vermehrung der Kaufkraft der Industrie bevoelkerung Deutschlands, die aber von der völligen Erschließung der Märkte Russlands und Nordamerikas abhängig sei. Da die übrigen Industriestaaten in ähnlicher Lage sind, so empfahl der Vortragende eine Coalition dieser Staaten einschließlich Englands, um durch eine Art europäischer Continentalsperrre diese beiden Länder zur Ausgabe ihrer industriellen Prohibitionszölle zu zwingen. Im Uebrigen empfahl er größere Sparsamkeit im Reichs- und Staatshaushalt, in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden, Überlassung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden zur Verminderung der Schulfosten, Herabsetzung des Zinsfußes für landwirtschaftliche Pfandbriefe, Bildung von landwirtschaftlichen Consumentvereinen und von Creditgenossenschaften etwa nach dem Muster der Raiffeisen'schen und Beschränkung des Luxus auf ein vernünftiges Maß, namentlich auch bei den Jagden ic. Bei dem lebhaften Beifall, welchen der Tölke'sche Vortrag fand, und der ausdrücklichen Zustimmung, die in der sehr lebhaften Discussion seinen meisten Ausflügeln ausgesprochen wurde, war es nicht zu verwundern, daß sich Niemand dazu drängte, das Referat über die Petition der pommerschen ökonomischen Gesellschaft für die nächste Sitzung zu übernehmen.“ Diese Versammlung ist in mehr als einer Beziehung sehr lehrreich!!!

### XXXI. Provinzial-Landtag für Schlesien.

(4. Sitzung am 10. December.)

○ Am Tische des Landtags-Commissarius dieser selbst und seine Räthe: Ober-Präsident Rath v. Jähnplätz, Regierungsrath v. Frankenberger-Puschitz und Regierungsrath v. Wallenberg. Der Präsident, Herzog von Ratibor, eröffnet die Sitzung gegen 1½ Uhr mit der Mittheilung neuer Eingänge. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Subventionen zu Erweiterungsbauten von Rettungshäusern und Erziehungsanstalten. Der Landtag beschließt ohne Discussion, von dem Bericht des Provinzial-Ausschusses über Ausführung der Beschlüsse des XXIX. und XXX. Provinzial-Landtages vom 26. April 1882 resp. 7. December 1883 wegen Gewährung von Subventionen zu den Erweiterungsbauten von Rettungshäusern und Erziehungsanstalten, vorbehaltlich eines weiteren zu erstattenden Rechenschaftsberichts im Falle weiterer Zuwendungen aus dem dem Provinzial-Ausschuß zur Verfügung gestellten 300 000 Mark, Kenntnis zu nehmen.

Hierauf referirt Abgeordneter Ritschke über den Etat für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen pro 1886, indem er zunächst anerkennt, daß die Verwaltung in dieser Beziehung in sparsamer Weise geführt werde, was schon daraus hervorgehe, daß der jetzige Etat erheblich geringer sei, als die früheren, während die Bedürfnisse fortwährend steigen. Redner befürwortet den Antrag der IV. Commission, der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

1) im Etat im Abschnitt B. Einmalige Einnahmen, Capitel 1 den Zu schuß aus der Haupt-Verwaltung zur Besteitung der einmaligen Ausgaben von 70 000 Mark auf 100 000 Mark zu erhöhen. Dementsprechend in Abschnitt B. Einmalige Ausgaben, Capitel 2 (Plattierungen) statt 30 000 Mark zu setzen 60 000 Mark und um diesen Mehrbetrag per 30 000 Mark den Titel 3, Capitel 12 der Aussage des Hauptheits (Zur Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Begebaus) zu fürzen;

Schon am 20. Juli 1741 erließ der große König vom Lager bei Strehlen aus eine Ordre zur Reformierung des Postwesens in dem eroberten Schlesierland. Getreu den Traditionen der preußischen Staatsverwaltung wurde die Umgestaltung zum Segen des Landes und seiner Bewohner energisch in Angriff genommen und durchgeführt, so daß schon 1767 (trotzdem die Provinz soeben eine siebenjährige Kriegszeit durchlebt hatte und trotz vieler neuer kostspieliger Einrichtungen) der Überschuss aus der gesondert von den anderen Landesteilen verwalteten Schlesischen Post 75 451 Thaler betrug.

Aus einem Decret der preußischen Kriegs- und Domänenkammer vom 24. März 1742 ersehen wir, daß das auf der Kupferschmiedegasse gelegene Christian Gottlieb Schwartmayer'sche Haus lange Jahre als Postgebäude verwendet war. Nachdem zu jener Zeit das Gasthaus zum blauen Himmel in der Junkernstraße (jetzt Conditorei von Perini, Junkernstraße 10) vom preußischen Postfiscus angekauft war, ging die Postwirtschafts-Berechtigung auf das frühere Posthaus über.

Die wachsende Bedeutung der Breslauer Post ließ das Bedürfnis einer Erweiterung der Räume schon zu Ende des 18. Jahrhunderts lebhaft empfinden. Die Aeltesten der Kaufmannschaft hatten wiederholt die Mängel zum Ausdruck gebracht, welche die unzureichenden Räume mit sich brachten, unter dem Eindruck der demnächst eintretenden politischen Ereignisse war aber die Sache vertagt worden. Erst in dem Jahre 1828 wurde dem damaligen Ober-Postdirektor Schwürz in Breslau vom General-Postamt der Auftrag erteilt, ein zu Postzwecken geeignetes Grundstück zu ermitteln und in Verbindung mit den Vertretern der Kaufmannschaft weitere Vorschläge zu machen. Welchen Fortgang diese Unterhandlungen genommen, darüber geben uns folgende Correspondenzen Aufschluß. (Börsenacten Nr. 691 und 692. Archiv.)

#### Hochwohlgebühr Magistrat!

Wie einem Hochwohlgebühr Magistrat nicht unbekannt sein wird, beabsichtigt das hiesige Königliche Ober-Postamt sein gegenwärtiges Lokal in ein anderes Gebäude zu verlegen, und hat von allen hierzu in Vorschlag gebrachten Häusern dem an der Ecke der Albrechtsstraße und der neuen Katharinengasse belegenen Gautier'schen Hause den Vorzug gegeben.

Diese Kauf-Unterhandlungen, welche dem Abschluß nahe sind, haben bei der hiesigen Kaufmannschaft die lebhaftesten Besorgnisse erregt, und vielfache, sowohl an den Herrn Ober-Post-Direktor Schwürz,

als an uns gerichtete Privat-Reklamationen veranlaßt. In der That würde diese Abänderung der Localität für den größten und bedeutendsten Theil des handeltreibenden Publicums mit den augenscheinlichsten Nachtheilen verbunden sein; denn

- 1) ist die Nähe des Königlichen Steuer-Amtes für den gesamten Postverkehr nicht nur wünschenswert, sondern auch durchaus nothwendig, weil fortlaufend die lebhafteste Verbindung zwischen beyden Behörden obzuhalten;
- 2) würde die Entlegenheit des Gautier'schen Hauses von dem Mittelpunkt des Handels-Verkehrs auf denselben sehr hemmend einwirken.

Der größere und bey weitem bedeutendste Theil der Kaufmannschaft wohnt in dem oberen Theil der Stadt, und namentlich befinden sich daselbst diejenigen Handlungshäuser, welche in dem lebhaftesten Verkehr mit dem Gebirge und Oberschlesien stehen, und welche hauptsächlich wegen der Nähe des seitherigen Postlocates diese Gegend gewählt haben. Sie sehen sich durch die projectirte Veränderung dieses Vortheiles beraubt, und durch die Entlegenheit des Locales einem Zeitverluste ausgesetzt, welcher bey dem Empfange wie bey der Versendung der Gelder, Waaren und Wechsel von der größten Wichtigkeit ist.

Wir haben es demzufolge für unsere Pflicht gehalten, uns bey dem Königlichen Ober-Post-Direktor Herrn Schwürz für die Aufhebung des Projectes zu verwenden, und haben denselben bei der von ihm stets bewiesenen Willfährigkeit, den Wünschen des Publicums entgegen zu kommen, geneigt gefunden, das bisherige Local beizubehalten, sofern eine Ausfahrt durch den Marstall gestattet würde.

Da nun die Gewährung derselben von Einem ic. Magistrate abhängt, so erlauben wir uns, den von dem Herrn Ober-Postdirektor bereits vorgelegten, oder noch zu gewärtigenden Vorschlag auf das Ergebnis und Dringendste zu unterstützen.

Der Königliche Fiscus wird sich unbedenklich zu einer für diese Durchfahrt zu entrichtenden jährl. Canon oder einer Capitals-Entschädigung verstehen, und demgemäß nach unserem unmaßgeblichen Dafürthalten keine Gründe obzuhalten, welche der Ausführung dieses Planes hinderlich sein könnten. Wir hoffen daher von der allgemein anerkannten Geneigtheit u. s. w." Breslau, 8. März 1832.

Die geordneten Kaufmanns-Aeltesten.

Eichborn, Landesk. Schiller.

Breslaus Posthäuser.  
Mitgetheilt von Robert Schück.  
Der stolze Bau eines neuen Postgebäudes in Breslau schreitet rüdig vorwärts; bald wird die zerstörte Hand das dem Anfange des 18. Jahrhunderts entstammende Posthaus in der Albrechtsstraße 26 niedergelegt, und es dürfte von Interesse sein, jetzt an dieser Stelle einen Rückblick in die Vergangenheit zu thun.  
Die erste Posteinrichtung in Breslau traf mit kaiserlicher Erlaubniß der Rath, indem er fahrende Boten nach den größeren deutschen Handelstädteln und zwölf gehende innerhalb des Landes anstelle. Nach Einrichtung des Kaiserlichen Postwesens wurden die fahrenden Botenposten aufgehoben und die Zahl der gehenden Boten auf 6 herabgestellt. Im Jahre 1748 gingen auch diese ein. Wann die kaiserliche Post eingerichtet wurde, ist ungewiß; wir können ihr Bestehen bis 1625 verfolgen, zu welcher Zeit der Hofcourier Dausacker als Postmeister in Breslau angestellt wurde. Die Abfertigung der städtischen Boten und anfänglich auch die der Kaiserlichen Post fand im Edgeschoss des Rathauses, in der sogenannten „Postbude“, statt.  
Als aber die Postgeschäfte umfangreicher wurden, genügten die Räume der Postbude nicht mehr dem Bedürfnis, weshalb etwa in der Mitte des 17. Jahrhunderts die Kaiserliche Post in das geräumige Haus auf der Rittergasse, neben dem alten Kammerhause, (heut städtische höhere Töchterschule) verlegt wurde. Die Postverwalter ließen die Amisgeschäfte vielfach entgegen den Befehlen der Aufsichtsbehörde in ihren Privatwohnungen besorgen. 1662 bewohnte der Kaiserliche Postamtsverwalter Reinhardt das Haus Altbüßerstraße 1 (heut Herrn Banquier Schreiber gehörig) und verlegte eigenmächtig dorthin die Expedition der Posten. Ein Blechschild an der Comptoirthür, einen flotten Kaiserlichen Postreuter, der durch einen Waldweg sprengt, darstellend, erinnert uns an jene Zeit. Vor diesem Hause ereiste den Postamtsverwalter Reinhardt, dessen Amtsführung gar manchen Makel aufzuweisen hat, sein tragisches Ende, er wurde vom städtischen Hauptmann Stumpf, angeblich in der Notwehr, erstochen. (Reinhardt hat in der Geschichte der Brandenburg-Preußischen Post insofern einen Namen, als er bei der Errichtung der direkten Verbindung zwischen Berlin, Breslau und Wien 1662 thätig war.)  
Nach der preußischen Besitzergreifung Schlesiens fand ein lebhafter Aufschwung in den öffentlichen Verkehrsverhältnissen statt.

2) den Etat auf je 1891000 Mark festzusetzen.

Der Antrag, den Börsch zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben um 30000 Mark zu erhöhen, habe, wie Referent weiter ausführt, in der Absicht, solche Chausseen, diejenigen Chausseestrecken, welche besonders stark frequentirt und rasch abgenutzt werden, so daß sie meist alle 2 Jahre eine neue Deckung erhalten müssen, in Zukunft zu pfosten. Die Commission habe, um die Provinz deshalb nicht in erhöhtem Maße zu belasten, die erforderlichen Mittel durch Kürzung des Pauschquantums für Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Bauebaus aufzubringen beatragt.

Abg. v. Goldfuß empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages, der sich um so mehr empfehle, als bereits eine große Anzahl von diesbezüglichen Anträgen, namentlich aus Oberschlesien, dem Provinzial-Ausschuss vorliegen. — Der Provinzial-Landtag genehmigt beide Anträge und beschließt ferner, den Provinzial-Ausschuss zu erfüllen, in Zukunft für Titel 3, Capitel 12 der Ausgabe — Zur Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Bauebaus — einen besonderen Special-Etat aufzustellen.

Hierauf wird der Etat des Schlesischen Museums der bildenden Künste pro 1886, über welchen Abg. Dertel referirt, in Einnahme und Ausgabe auf den Betrag von je 87000 Mark festzusetzen mit der Maßgabe festgelegt, daß Capitel 1, Titel 3a der Ausgabe auf den Betrag von 600 Mark und Capitel 1, Titel 13 auf den Betrag von 1800 Mark bemessen wird.

Von der Druckschrift des Geh. Medicinalraths Prof. Dr. Göppert über den Hausschwamm und seine Bekämpfung, sowie von der inzwischen erfolgten Beseitigung der Schwammbildung im Provinzial-Museum nimmt der Provinzial-Landtag Kenntniß.

Für die III. Commission berichtet der Abg. Landrat Graf v. Pfeil-Hausdorf über die Petition des Vorstandes des Schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiter-Colonie um Bewilligung von Jahresbeiträgen von je 20000 Mark pro 1886 und pro 1887 zur Unterhaltung der Arbeiter-Colonie Wunscha. Der Referent verbreitet sich auch über die Organisation der Wunscha-Colonie, für welche eine wirkungsvolle Arbeitsvermittlung zur Unterbringung der zur Entlassung gelangenden Colonisten in hohem Grade zu wünschen sei. Der Bedarf zu der Colonie sei so stark, daß im letzten Jahre 309 Aufnahmefälle hätten abgewiesen werden müssen. Der Verein plane deshalb eine — freiheitlich befreide — Vermehrung der zur Verfügung stehenden Colonistenstellen. Die Mittel des Vereins reichten so wenig aus, daß er wiederholt gezwungen gewesen sei, sich an die private Wohlthätigkeit zu wenden, ja, daß er zuletzt die Beihilfe der Kreise in Anspruch genommen habe. Dieses Hervorziehen der Kreiscorporationen schaffe einen ungesunden Dualismus; die Kreise sollten für die Verpflegungsstationen sorgen, deren Unterhaltung pro Kreis durchschnittlich jährlich 1500 Mark beanspruchen dürfte. Niedner empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages: Der Provinzial-Landtag wolle beschließen: „Dem Schlesischen Provinzialverein für ländliche Arbeiter-Colonie zur Unterhaltung für die Colonie Wunscha für die Jahre 1886 und 1887 aus dem Landtags-Dispositionsfonds Jahresbeiträge von je 20000 Mark, und zwar je 10000 M. für die einmaligen und je 10000 M. für die laufenden Ausgaben zu bewilligen.“

Landesrat Dr. Kelch beantragt im Auftrage des stellvertretenden Landeshauptmanns, in dem Commissions-Antrage die Worte: „und zwar je 10000 M. für die einmaligen und je 10000 M. für die laufenden Ausgaben“ zu streichen, um den Verein nicht zu vinculieren. Letzteres sei zwar weniger die Absicht der Clausel gewesen, sondern es habe sich darum gehandelt, auszudrücken, daß der Verein nicht dauernd auf eine Jahres-Subvention von 20000 M. rechnen dürfe. Das sollte denn auch nicht geschehen, die Erträge des Gutes Wunscha würden ja steigen und das Zusatzbedürfnis hiernach sinken. Aber die oben angeführte Clausel bindet den Verein ohne Noth.

Abg. Geh. Regierungsrath von Börsch-Pilsnitz ist gegen den Antrag Kelch, bedauert, daß die Arbeiter-Colonie für Schlesien am äußersten Ende der Provinz liege, hätte es lieber gesehen, wenn man ein bis fürsäglich im Besitz der Provinz geweisen Gut von geringem Werthe zu Zwecken der Colonie verwendete hätte, und erklärt sich gegen Aufwendungen für eine oberösterreichische Colonie. — Nach noch weiterer Debatte wird der Antrag Kelch abgelehnt, der Commissionsantrag dagegen angenommen.

Abg. Graf Pfeil berichtet weiter namens der III. Commission über die Petition des Vorstandes des Schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiter-Colonien um Bewilligung einer Beihilfe von 30000 Mark für eine zweite, in Oberschlesien anzulegende Arbeiter-Colonie. — Die Commission beantragt: Der Provinzial-Landtag möge beschließen: das Gesuch des Schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiter-Colonien um Bewilligung einer Subvention von 30000 Mark für eine zweite, in Oberschlesien anzulegende Arbeiter-Colonie abzulehnen. Zur Begründung des Antrages führt Referent an, daß von sehr maßgebender Seite angeführt werde, daß in denjenigen Kreisen, die den weitestgehenden Einfluß in der oberösterreichischen Bevölkerung besitzen, momentan gegen die Gründung der oberösterreichischen Colonie Antipathie herrsche, die durch die Preise noch verschärft werde. Bei aller Sympathie für die Sache selbst sei also die Commission zu ihrem Antrage gekommen. — Landesrat Dr. Kelch beantragt Namens des stellvertretenden Landeshauptmanns, in dem Commissionsantrag vor dem letzten Worte: „abzulehnen“, die zwei Wörter: „für jetzt“ einzufügen, um auf diese Weise kundzutun, daß man Sympathie für eine oberösterreichische Colonie hege und die Sache nicht für immer abtun wolle.

Abgeordneter Bürgermeister Engel ist ebenfalls der Ansicht, daß die Mitglieder des Ausschusses III. nicht die Absicht hatten, sich durchaus ablehnend gegenüber der Petition des Vereins zu verhalten, der Antrag des Ausschusses sei vielmehr nur mit Rücksicht auf die Stimmung der katholischen Bevölkerung Oberschlesiens gefaßt worden. Wenn diese sich für die Arbeitercolonien nicht interessiere, so habe dies seinen Grund in einem gewissen Missbrauch gegen die Leitung des Vereins. Es sei zweifellos, daß die katholische Bevölkerung Oberschlesiens sich sofort für eine Arbeitercolonie interessiren würde, wenn eine solche mit einer Leitung im katholischen

Sinne in Oberschlesien errichtet würde. Der Provinzial-Landtag müsse zum Mindesten zu erkennen geben, daß auch er seinerseits sich für eine Anstalt in Oberschlesien interessire.

Geheimrat Börsch spricht gegen den Antrag Kelch-Engel, um freie Hand zu behalten. Nach einem Schlussschluß des Referenten wird zur Abstimmung geschritten, in welcher der Commissionsantrag mit dem Amendement Kelch-Engel zur Annahme gelangt.

Abg. Graf Lindensteink referiert demnächst über die Petition der Kreis-Corporation Neumarkt, betreffend die Bewilligung von Chaussee-Bauhilfsgebern und empfiehlt Namens der IV. Commission, der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

In Erwögung, daß a. die Vertreter des Kreises Neumarkt in der Sitzung der IV. Commission erklärt haben, mit neuen Anträgen an den Provinzial-Ausschuss herantreten zu wollen; b. der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses den zu erwartenden Anträgen des Kreises Neumarkt gegenüber seine Bereitwilligkeit auf nochmalige Prüfung ausgesprochen, über die Petition des Kreises Neumarkt vom 4. Decbr. 1885 zur Lagesordnung überzugeben.

Der Provinzial-Landtag tritt diesem Antrage unter Ablehnung eines vom Abg. v. Lösch-Neumarkt gestellten Amendements bei. — Bezüglich einer Remonstration des Kreis-Ausschusses des Kreises Neustadt OS. gegen den Beschluß des Provinzial-Ausschusses vom 30. Juni 1884, betr. Ablehnung eines Bauhilfsgebels zur Pfostierung eines Theiles der Mühlstraße in Neustadt, empfiehlt die Commission IV., den Antrag des Kreis-Ausschusses des Kreises Neustadt OS. auch seitens des Provinzial-Landtags abzulehnen, da sie zu der Überzeugung gekommen, daß der Beschluß des Provinzial-Ausschusses gerechtfertigt sei. Der Antrag der Commission wird genehmigt.

Hierauf erfolgt die Feststellung einer Anzahl Etats pro 1886, und es werden durchweg ohne Discussion der Etat für die Provinzial-Land-Feuer-Societät in Einnahme und Ausgabe mit 1915545 M., der der Provinzial-Städte-Feuer-Societät mit je 352130 M., der Etat der Provinzial-Iren-Anstalt zu Brieg mit je 102836 M., wobei gleichzeitig der Ankauf des für die Ankalt erachteten Bauerguts Briegischdorf Nr. 2 genehmigt wird, ferner der Etat der Provinzial-Iren-Anstalt zu Bünzlau mit je 12950 M., der für die Provinzial-Iren-Anstalt zu Kreuzburg mit je 147450 M. und endlich derjenige für die Provinzial-Iren-Anstalt zu Plagwitz mit je 104320 M. in der vom Provinzial-Ausschuss beschlossenen Aufstellung genehmigt.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident theilt mit, daß er die Abgeordneten Graf v. Pfeil, Kammerherr v. Savadsky und Bürgermeister Engler zur Beisehung des verstorbenen Abg. Freiherrn v. Böschlitz-Reulich nach Bischowitz depurirt habe.

Der stellvertretende Landeshauptmann, Geh. Justizrat Schneider, lädt die Mitglieder des Provinzial-Landtages, unter Mittheilung von den nun erfolgten Aufführung der Portraits des Kronprinzen und der Kronprinzessin, des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke, zu zahlreichem Besuch des Museums am Sonntag Vormittag 11 Uhr ein.

Hierauf erfolgt der Schluß der Sitzung nach 2½ Uhr. — Nächste Sitzung Freitag, den 11. Mittags 1 Uhr.

\* Zu den Ausweisungen. Wie dem „Ob. Anz.“ gemeldet wird, sollen im Slupnauer Bezirk 26 Familien die Ausweisungssordnung für den 1. April r. J. zugegangen sein. Mehrere von den Betroffenen sind geschworene Bergleute; es trifft dieselben die Ausweisung um so härter, als sie trotz der gezahlten Knappenschaftsbeiträge ihrer Pensionsansprüche verzüglich geben. — Ferner wird uns aus Bösenhain geschrieben: Drei hier ortsansässige österreichische Unterbanen haben Naturalisations-Anträge gestellt, und wurden dieselben von den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung befürwortet.

-x. Stadttheater. Die Aufführung der seit langer Zeit in Breslau nicht gehörten Meyerbeer'schen „Dinorah“ war eine recht gute. Frau Steinmann-Lampé sang die Titelrolle. Die coloristischen Partien sind die Hauptforce dieser Künstlerin, das zeigte sich wieder in der Kunstfertigkeit, mit welcher sie die schwierigen Rollen und Triller in dieser trivialen Rolle zur Ausführung brachte. In ihrer äußeren Erscheinung überaus anmutig, bemühte sie sich, alle die Unwahrscheinlichkeiten, die in dem Charakter der Rolle liegen, zu mildern, und soweit das eben möglich ist, war ihr Bemühen erfolgreich. Die Rolle gehört zu den besten der Künstlerin; ist es aber nicht schade, ein so tüchtiges Können an so inhaltslose Dinge zu vergeuden? — Herr Director Brandes spielte den Biegenhirtin Hoel. Nicht immer stand die gesangliche Leistung auf gleicher Höhe mit dem trefflichen Spiel. Die Stimme klang etwas müde; nur die Geschicklichkeit des geübten Sängers konnte über diese Unzulänglichkeit hinwegtäuschen. Den Sackpfeifer Concertina brachte Herr Patel in Spiel und Gefang recht wacker zur Geltung. Diesen Tölpel mit seiner lächerlichen Furcht und seinen witzlosen Couplets spielen und singen zu müssen, ist gerade auch kein Vergnügen. Die kleineren Partien wurden beständig dargestellt. Herr Leinauer, der vollständig heiter war, sang den Jäger, Herr Jožłowski den Mäher, Fräulein Kolb und Frau Sonntag-Uhl die zwei Hirtenknaben. Die vier Genannten erfreuten sich nach Aufführung des a capella-Quartetts im dritten Acte des lebhaftesten Beifalls. Die zwei Biegenhirtinnen — Fräulein Klein und Frau Hradetzky — entledigten sich ihrer Aufgabe im ersten Acte auf angemessene Weise. Der Chor, der im Allgemeinen stimmig war, geriet im Anfang des zweiten Actes in eine vollkommene Deroute. Die äußere Ausstattung des Stückes war eine

Am 30. März 1832 wird auf diese Vorstellung seitens des Magistrats ein abschläglicher Bescheid ertheilt.

Am 15. Juni 1832 legt Eichborn den Kaufmanns-Altesten folgendes Promemoria vor:

„Betrachtungen über die Acquirirung eines angemessenen Locales des kgl. Ober-Postamtes zu Breslau.“

„Es ist die Rede von dem Erwerb des Gautier'schen Hauses am Ende der Albrechtsstraße.

Dieses Gebäude, obwohl unter den vielen durchaus nicht beachtenswerten vorgeschlagenen Häusern einigermaßen das Geignete sein würde, liegt:

1) außer allem Bereich der hiesigen Handelswelt und für das hiesige Publikum im Allgemeinen zu abgelegen,  
2) bietet dieses Haus zur Noth den erforderlichen Raum, der selbst nur mit einem Kosten-Aufwand von ca. 6000 Thlr. in Stand zu bringen ist,  
3) ist die Beschränktheit des Hofraumes von der Art, daß kaum mehr als 2 Postwagen darin aufzufahren sind, die Aussicht aber, welche insbesondere beabsichtigt wird, kämpft mit den größten Schwierigkeiten. Die Probefuhren, welche zu diesem Behufe versucht worden sind, haben ergeben, daß es kaum möglich ist, in dem daran grenzenden engen Gäßchen durchzukommen, daß durch die Geschicklichkeit des einen Postillons die Aufgabe gelöst, dem anderen aber unmöglich war. Für vieles Geld würde der Zweck nicht erreicht, mithin immer ein unzweckmäßiges Haus für die Post a mirirt, andererseits aber schnurstracks die Interessen der Hanßelwelt und die schnellen Hilfsleistungen für den Weberstand, für Fabriken und Eisenwerke, die keine Hindernisse zulassen, vernichtet werden, und diese sind unverwindbar, wenn nicht mit den ankommenden und abgehenden Posten in der Erreichbarkeit der Zeit hand in Hand gegangen wird“ u. s. w.

Am 18. Juni 1832 reichen die Kaufmannsältesten eine Vorstellung an den General-Postmeister v. Nagler ein, in welcher dieselben, wie in dem oben reproduzierten Schreiben vom 8. März desselben Jahres, ihrer Überzeugung Ausdruck geben, daß keines der beiden von der kgl. Ober-Postdirektion zur Einrichtung des Ober-Postamtes gewählten Häuser, nämlich des Gautier'schen Hauses in der Albrechts-

straße und des ehemaligen Neisel'schen Hauses an der Ecke der Nicolai- und Herrenstraße, den Anforderungen entspreche, welche ebenso wohl durch die Verstärkung der neuern Einrichtung der Localität, wie durch die Beziehungen auf den äußeren Geschäftsvorberke be dingt sind. Nach Auseinandersetzung der diesbezüglichen Gründe sprechen die Kaufmannsältesten ihre Ansicht dahin aus, daß der sub Nr. 7 der Schwednitzerstraße belegene städtische Marstall alle Eigenarten biete, welche zur Anlage eines alle Zwecke erfüllenden Locales erforderlich werden. Die Lage dieses Grundstückes, so wird die Ansicht in der Vorstellung begründet, „seine Geräumigkeit bei einem Flächeninhalt, welcher bei einer mittleren Breite von 8 Ruten und einer Länge von 26 Ruten 208 ⅔ Ruten beträgt, entsprechen jeder Anforderung, und wenn auch die jetzt darauf befindlichen Gebäude, mit Ausnahme einiger Ställe und Remisen, eines gänzlichen Umbaus bedürfen, ja vielleicht nur zur Benutzung des Materials dienen dürften, so bleibt doch von anderer Seite zu erwägen, daß jeder Umbau eines anderen Hauses gleichfalls große Kosten verursachen und nie dem beabsichtigten Zweck vollkommen entsprechen wird; ganz abgelehnt von der Gefährlichkeit, in den Hauptmauern alter Gebäude Veränderungen vorzunehmen. Der Marstall gehört der hiesigen Commune, und da schon seit einiger Zeit damit umgegangen wird, die darin befindlichen, zur Straßenreinigung bestimmten Pferde und Wagen abzuschaffen und an Privatunternehmer zu verdingen, so würde sich die Commune bei einem annehmbaren Gebote wohl geneigt finden lassen, dieses Grundstück zu veräußern. Andererseits würden wir gern unsern ganzen uns zustehenden Einfluß verwenden, um die Geneigtheit zur Ueberlassung sowohl, als zu einem möglichst niedrigen Kaufpreis zu bewirken, auch würden wir, sofern die zu der Acquisitio nötigen Fonds nicht sofort bereit sein sollten, gern ein Capital von 20000 Thlr. aus den unserer Verwaltung anvertrauten Fonds zur Disposition stellen u. s. w.“

\* \* \*

Ob das General-Postamt diese Vorschläge abwies, oder ob dieselben bei dem Magistrat Widerstand fanden, ergeben die Acten nicht, der Kauf des Gautier'schen Hauses in der Albrechtsstraße wurde 1832 abgeschlossen und Ende 1833 nach beendeten baulichen Veränderungen die Post dahin verlegt.

Die Börsen-Acten enthalten nun eine Reihe von Beschwerden

ausgezeichnete, eine viel bessere, als es ein solcher Text und die beständig zwischen Schönem und Triviale schwankende Musik verdient.

E. B. Joachim-Rappoldi-Concert. Bereits am Anfang des Concertes konnte man deutlich hören, daß Frau Amalie Joachim stimmlich nicht besonders disponirt war. Im weiteren Verlaufe des Abends entwickelte sich eine regelrechte Heiterkeit; die tiefen, sowie die hohen Töne sprachen nicht mehr an, nur die Mittellage gehörte noch leidlich. Dass Frau Joachim trotzdem ihr ganzes Programm (12 Lieder) absolvierte, ist anzuerkennen; was sie leistete, war immerhin noch recht respectabel, stand aber natürlich hinter dem, was man von einer Künstlerin ersten Ranges erwartet, erheblich zurück. So interessant es wäre, auf einzelne Stücke, z. B. auf die fünf Lieder aus Schubert's Winterreise, näher einzugehen, so liegt doch zu einer kritischen Besprechung weder eine Veranlassung noch eine Berechtigung vor, da ein sicheres Urtheil unter solch erschwerenden Umständen unmöglich ist. — Frau Rappoldi-Kahrer, königl. sächsische Kammervirtuosin, entwickelte in einem Scarlatti'schen Sonatenzauber und in der 12. Rhapsodie von Liszt eine sehr achtungswerte Technik; der Anschlag ist leicht und elegant, das Passagenpiel selbst bei rapidesstem Tempo flüssig und klar, die ganze Spielweise verständig und nobel. Für die Chopin'sche Polonaise reichte das technische Können nicht durchweg aus, der Vortrag der Schubert'schen Sonate — warum spielen denn eigentlich die reisenden Clavier-Virtuosen so selten etwas von Beethoven? — zeichnete sich mehr durch schulmäßige Correctheit, als durch Wärme und Innerlichkeit aus. Frau Rappoldi bediente sich eines sehr mittelmäßigen, kraftlosen Concertflügels und war noch dazu genötigt, sämtliche Begleitungen auszuführen; das sind Zumutungen und Aufgaben, welche geeignet sind, die Leistungsfähigkeit weit robusterer Spieler zu beeinträchtigen. — Herr Professor Rappoldi, königl. sächsischer Hof-Concertmeister, spielte Variationen von Lipinski und zwei kleinen Stücken von Jean Marie Leclair (1697—1764). In den ersten hatte er Gelegenheit, seine Virtuosität im Octaven- und Arpeggion-Spiel zu zeigen; musikalisches Interesse können diese harmlosen Studien nicht erwecken. Ansprechender wirkte die Schlussnummer (Tambourin); sie ist charakteristisch componirt und wurde ebenso vorgebracht.

\* Breslauer Schillerverein. Bei der Constituteurung des am 13ten November für die fünfjährige Periode neu gewählten Vorstandes, die in diesen Tagen erfolgte, ist Prof. Dr. K. Weinhold zum Vorsitzenden, Director Dr. Gleim zu dessen Stellvertreter, Landschaftsundkunstfests Geisel zu seinem Schriftführer und Rathsscretär Sperl zum Kassirer gewählt worden. Die Herren Staatsanwalt v. Uechtritz, Sanitätsrat Dr. Meyer, Kaufmann Thal sind die übrigen Vorstandsmitglieder.

\* Vortrag. In der am Freitag im großen Saale des Casino stattfindenden Versammlung der alkatholischen Gemeindemitglieder hält Herr Pfarrer Herter einen Vortrag über „Unsicherheit und Schriftwidrigkeit der römischen Kirche in Bezug auf Glauben, Sitten und Sacramente“.

\* Ein neuer Walzer hat heute unsere Damenwelt zum Besuch des neunten Donnerstag-Concertes mächtig angelockt. Als Verfasser jenes, „Frühlings-Verlobungen“ benannten Mußstückes, war Herr C. Hermann, der beliebte Baritonist des Stadttheaters, auf den Anschlagszetteln genannt, und diese bloße Ankündigung dirkte wohl bei Frauen, Mädchen und Bäschchen die Hauptveranlassung zu der Wallfahrt nach dem Concerthaus gewesen sein. Der neue Walzer wurde vom Publikum mit lebhaften Beifall aufgenommen. Ohne uns auf Prophezeiungen einzulassen, können wir dem Hermann'schen Walzer schon heute das Prognostikon stellen, daß sich nach seinen Klängen in der begonnenen Winteraison auf den meisten Bällen und Kränzchen die fröhlichen Paare im Tanze drehen werden.

\* Zur Besetzung der Capellmeister-Vacanz wird uns gemeldet, daß Herr Capellmeister Reindel, gegenwärtig Dirigent der Mußcapelle des in Krotoschin garnisonirenden 37. Infanterie-Regiments, die durch den Rücktritt des Herrn Capellmeister Theubert seit dem August d. vacante Stelle des Dirigenten der Capelle des 2. Schles. Grenadier-Regiments Nr. 11 übernommen wird.

\* Maßnahmen gegen die Wiederfluthungen. Die nach dieser Richtung hin vom XXX. Provinzial-Landtag unter dem 13. December 1883 gefassten Beschlüsse sind, der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechend, seitens der königlichen Staatsregierung einer eingehenden Prüfung und Erörterung unterzogen worden, deren Ergebnis von den Ministern des Innern, der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft ic. in einem an den Oberpräsidenten hierselbst gerichteten Rekscript vom 1. d. Mis. dem jetzt tagenden Provinzial-Landtag mitgetheilt worden ist.

\* Die Annahme eines Stadtverordnetenmandats versagt. Wie aus Dels, 10. December, gemeldet wird, ist dem königl. Seminarlehrer Herrn F. Kiezel daselbst seitens des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums zu Breslau die Annahme des Stadtverordneten-Mandats nicht gestattet worden. Herr Kiezel war am 23. November in der dritten Abtheilung zum Stadtverordneten von Dels gewählt worden.

\* Weihnachtsfeier. Das königliche Provinzial-Schul-Collegium zu Breslau hat die Weihnachtsfeier der höheren Lehranstalten der Provinz Schlesien wie folgt festgelegt: Schulschluß Mittwoch, den 23. December cr. Schulanfang Donnerstag, den 7. Januar f. J.

gegen die getroffenen örtlichen Einrichtungen, worauf Ober-Postdirector Schwürz am 10. December 1833 an die Kaufmannsäl

# Gebrüder Magazin in Breslau



**Stollwerck,**  
Schweidnitzerstrasse 31,

Hofflieferanten I. I. M. des Königs Wilhelm und der Königin Augusta,  
Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preussen,  
sowie der Höfe von Oesterreich, England, der Türkei, Italien, Baiern, Sachsen, der Niederlande, Belgien, Rumänien, Griechenland, Baden, Hessen, Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Anhalt-Dessau, Lippe-Detmold, Schwarzburg und Schaumburg-Lippe, Reuss ältere und Reuss jüngere Linie,  
beehren sich, die Eröffnung ihrer

## Weihnachts-Ausstellung

ergebenst anzuseigen.

[7406]

Chocoladen, Cacaos und Chocoladen-Bonbons, feine Dessert, Bonbons und Confecte aller Art für den Weihnachtsbaum und den Festtisch, Marzipantorten und Nachbildungen von Früchten, Gemüsen, Gebäcken, Fleischwaaren, Speisen und Getränke in Marzipan, Gelée und Fruchtmark; conservirte Früchte, Gelées und Marmeladen, Biscuits, Thee und Knallbonbons, Bonbonnières, Attrappen und Japan-Waaren in grosser Auswahl. Mässige, feste Preise.

Die Fabrikate der Firma wurden durch 29 Ehrendiplome, goldene, silberne und broncene Medaillen ausgezeichnet.

Classiker,  
Bilderbücher,  
Jugendschriften,  
Globen, Atlanten,  
Kalender,  
Prachtwerke  
in grosser Auswahl  
in der [6267]  
Buchhandlung  
H. Scholtz in  
Breslau  
Stadt-Theater.

Morgen Sonnabend,  
den 12. December 1885,

Mittags 12 Uhr,

im Saale der Actienbrauerei,  
Nicolaistrasse 27,

unwiderruflich

Ziehung.

Hauptgewinn 15.000 M.W.

Grosse  
Weihnachts-Verloosung

zum Besten der Waisenanstalten in Namslau.

Gewinne:

in Gold und Silber.

1 à 15,000 M.

1 à 3,000 M., 1 à 2,000 M., 1 à 1,000 M.,  
2 à 500 M., 5 à 200 M., 10 à 100 M., 20 à 50 M.  
etc. etc.

Eine Verlegung der Ziehung sowie Reduzierung des Gewinnplanes ausgeschlossen.

Hört!  
Der kleine Puttfamer!  
Ein heiteres Frage- und Antwortspiel in Bezug auf die neue Orthographie; lehrt uns leichter in einigen Abenden. Jung und Alt bestens empfohlen.  
Elegant ausgestattet. [7408]  
Preis 1 Mark 20 Pf.  
Vorrätig bei H. Scholtz in  
Breslau, Stadt-Theater.

Vollloose  
à  
4 Mark  
bis  
auf Wenige  
vergriffen.

Um zu räumen,  
geben wir  
die zur jetzigen Ziehung  
nicht eingelösten Loose  
per Stück mit

2 1/2 M.,  
11 Stück 25 M.

(Porto u. Liste extra 20 Pf.)

Die Hauptgewinne sind, soweit es der beschränkte Raum gestattet, in unserem Schaufenster zur Ansicht ausgestellt.

E. Morgenstern's  
Buch- u. Kunsthändlung,  
Ohlauerstrasse 15.  
Bilderbücher,  
Jugendschriften,  
Classiker,  
Prachtwerke  
und Spiele  
sind in grosser Auswahl  
vorrätig in [7407]  
E. Morgenstern's  
Buch- u. Kunsthändlung,  
Ohlauerstrasse 15.  
Kataloge gratis und franco.

Ins Riesengebirge,  
Reisebilder für die Jugend  
und deren Freunde.  
Eine gute Jugendschrift.  
272 S. 8° mit 55 Illustrationen  
von Bürkner und Koska  
in modernem, sehr elegantem  
Original-Einbande, Preis M. 2,25.  
Priebatsch's Buchhandlung  
in Breslau. [7414]

Säuglinge wird neuerdings, nach  
dem ärztlichen Rat, deren Aufzügung  
mit condensirt. Milch, Milch- u. Kraft-  
mehlen wegen überwiegenden Zufer-  
tus. Stärkegehaltes beanstandet wurde,  
reine, durch besondere Maß erzeugte  
Süßmilch gereicht. Indes scheint auch  
diese d. Erwartungen nicht allenfalls  
zu entsprechen; da Liebe's Nahrungs-  
mittel in löslicher Form, das Extract d.  
Liebig'schen Suppe, in wesentlich ge-  
steigerte Aufnahme gelangt. Ein Ver-  
such mit dieser bekannt Specialität des  
Apothekers Liebe in Dresden, hierfür  
in d. Apotheken erhältlich, wird befrie-  
digend. Die Kindernehm. d. Liebig'sche  
Kindermilch gern und sie kommt in  
den meisten Fällen vorzüglich. [3427]

Neue Jugendschriften für Knaben und Mädchen!  
Verlag von Richter & Kappler, Stuttgart. Zu bez. d. a. Buchhdg.  
Contre-Admiral R. Werner, Drei Monate an der  
Sklavenseküste. Erzählung f. d. reisende Jugend.  
Illustrirt von Marinemaler F. Lindner. Orig.-Bd. 5 M.  
Blüten und Aehren, Ein Schatzkästlein für die junge  
Mädchenwelt v. 14 Jahren an.  
Herausgegeben von Marie Beeg.  
Mit Original-Beiträgen v. Brigitte Augusti, M. von Olfers, K. Gerok,  
H. Stöckl, M. Krummacher, H. Herzog, Clementine Helm, E. Ladey,  
J. Trojan, E. Frommel u. A. Mit Illustrat. Preis geb. nur 4 M.  
Marie Beeg, b. 14 J. In Wort u. Bild. Prachtv. geb. 3 M.  
Clementine Helm, Unternehm. Schnee erblüht.  
Illustr. von Hugo Engl. Dritte Auflage. Geb. m. Goldschn. 3 M.

General-Debit  
Oscar Bräuer & Co.,  
Breslau,  
87, Ohlauerstrasse 87.  
Laden vis-à-vis der Apotheke.

Loose à 1 Mark  
(11 Loose à 10 Mark)  
der Lotterie der Ausstellung kunstgewerb-  
licher Erzeugnisse im Provinzial-Museum  
zu Breslau [7405]  
sind in allen durch Plakate erkenntlichen Verkaufsstellen,  
sowie in unserem Bureau, Holteistrasse 45, zu haben.  
Der Vorstand  
des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins.  
Dr. E. Websky. Dr. Fiedler. Benno Mich.

## Weihnachts-Ausverkauf!

Zu Festgeschenken empfiehlt Unterzeichneter  
eine reiche Auswahl von den einfachsten bis  
zu den elegantesten Möbeln in allen Holz-  
und Stilarten, insbesondere:

Büffets,  
**Ruscheweyhs**  
Patent-Auszichtische,  
Herren- und Damenschreibtische, Spiel-  
tische, Nächtische, Vertikows, Trumeaus etc.  
zu bedeutend herabgezogenen Preisen.

Ferner: [6774]

Wiener gebogene Möbel,  
als Schankel-Fanteuils, Camin-  
Fanteuils, Kindertische, Schreib-Fanteuils,  
Tabourets etc.  
zu Fabrikpreisen mit Rabatt.

Eckermann's Universalstuhl,  
als Fanteuil, Chaiselongue und Bett  
zu benützen,  
in 20 verschiedenen Positionen.



**Adolf Sturm,**  
Schloß-Ohe Nr. 10. Carlsstrasse Nr. 6.

**N. Braun,** Großer Weihnachtsausverkauf sehr billig,  
Herrenstr. 25. Velocipedes, Schlittschuhe, Uhrketten und Verloques, eiserne  
Lampen, Dosenwörter, Kohlenkästen, Kochgeschirre, [8405]  
sehr billig, Magazin für Haus- u. Küchengeräte, sehr billig.

Mit zwei Beilagen.

Reichste  
Auswahl!  
Billigste  
Bedingun-  
gen!  
Journal des Instituts.  
Breslau, 16-18 Schweidnitzer Straße.

Für alle Gebildeten ganz  
unentbehrlich:  
**Internationaler  
Citaten-Schatz.**  
Lesefrüchte aus heimischen und  
fremden Schriftstellern  
(Sentenzen und Sprichwörter)  
von

O. Zeuschner.  
III. verb. Aufl. 8°. 32 Bogen. Geh. 5 M.  
Eleg. geb. 6 M.

Das Werk will in erster Linie  
das Nachschlagen von Citaten er-  
leichtern und ist deshalb im Gegen-  
sat zu ähnlichen Büchern alphabeti-  
scher geordnet, ein nicht genug zu  
schätzender Vorzug dieses Buches.  
Verlag von E. Schloemp  
in Leipzig. [7413]

173. Preuss. Lotterie.  
Anteil-Loose günstig für 3. u. 4. Kl.  
1/8 1/16 1/32 1/44  
Mr. 36 18 9 4 1/2  
Kölner Dombau-  
ferner Geld-Lotterie  
Hauptgewinn M. 75.000 baar,  
Orig.-Loose à 3 M. 50 Pf.  
(Auswärts Porto u. Liste 30 Pf.)  
empfiehlt und verleiht

J. Juliusburger,  
Breslau, N. Graupenstr. 2.

**Das Erreichbarste**  
in der Petroleum Beleuchtung ist der  
**Diamantbrenner.**  
R. Amandi, Schweißergeselle.

**Breslauer Weizenbier.**  
Hierdurch beehe ich mich ergebenst, mein vorzügliches Weizenbier  
zu allen Feestlichkeiten, Hochzeiten, Kindertaufen etc. als Tafelbier zu empfehlen.  
Dasselbe ist seit Jahren in den weitesten Kreisen bekannt und beliebt  
geworden. Da es seinem Gehalt nach völlig rein und nährhaft ist, wird es auch  
mit bestem Erfolge kränklichen und schwächlichen Personen, sowie  
adolescenten, Ammen u. ärztlich empfohlen. [8470]  
**W. Hübner's Brauerei, Breslau,**  
Breitestrasse 39.

Freitag, den 11. December 1885.

\* Prüfung von Lehrern an Taubstummen-Anstalten. Für das Jahr 1886 ist der Termin zur Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten der Provinz Schlesien auf den 22. October f. J. anberaumt. Soweit es nötig, wird die Prüfung an den folgenden Tagen fortgesetzt. Die Prüfung findet in der Taubstummen-Anstalt zu Breslau statt. Meldungen zur Prüfung sind mit den vorgeschriebenen Bezeugnissen sc. bis zum 1. Februar 1886 an das königliche Provinzial-Schul-Collegium zu Breslau einzureichen.

\*\* Versammlung Breslauer Handwerksmeister. Gestern Abend fand im Pietsch's Local auf der Gartenstraße eine vom Vorstande des "Ostdeutschen Handwerker-Bundes" einberufene Versammlung Breslauer Handwerksmeister statt, welche von etwa 50 Personen besucht war. Dieser spätere Besuch ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Gesellschaft des Herrn Präsidenten des "Ostdeutschen Handwerkerbundes", Schneidermeisters Weiß, in den Kreisen des Breslauer Handwerks nur eine minimale ist, wie wir dies stets betont haben. Die Breslauer Handwerksmeister haben in der That etwas Besseres zu thun, als der anachronistischen Sehnsucht des Herrn Weiß nach mittelalterlichem Zunftzwang und ähnlichen mit dem Geist der Zeit in crassesten Widerspruch stehenden Forderungen Muth zu machen. Zweck der Versammlung sei, wie Herr Schneidermeister Weiß ausführt, derselben vier Petitionen — drei an den deutschen Reichstag und eine an den preußischen Landtag — zur Unterzeichnung vorzulegen. Da ein Innungs-Blatt noch nicht gebildet sei, so habe der Ostdeutsche Handwerkerbund als die größte Handwerker-Vereinigung in Schlesien die Sache in die Hand nehmen müssen, um auch den außerhalb der Innungen stehenden Handwerksmeistern Gelegenheit zur Unterschrift zu geben. Die erste, an den preußischen Landtag zu richtende und vom Schlossermeister Michler begründete Petition strebt eine Neuregelung der Gefängnisarbeit nach, folgenden Geschäftspunkten an: 1) "die Gefangenen sollen ausgeschieden und ein größerer Theil derselben für Culturarbeiten verwendet werden; 2) die für gewerbliche Arbeiten bestimmten Sträflinge dürfen a. nur zur Herstellung von Halbfabrikaten, nämlich solcher Fabrikate verwendet werden, welche zum Gebrauche nicht schon fertig, sondern noch der Verarbeitung besonderer Gewerbe- oder Industriezweige unterliegen, b. nur für die eigenen Bedürfnisse der Strafanstalten und c. nur für Auffertigung von Uniformstücken, Ausrüstungsgegenständen für die Armee, überhaupt nur für Militärarbeiten verwendet werden". Die zweite vorgelegte Petition an den Reichstag motiviert Herr Böttchermeister Pohl. Dieselbe wünscht in Anbetracht des Umstandes, daß der Haushandel bei den jüngsten Verkehrsverhältnissen entbehrlich sei, daß sämtliche Bedarfsartikel überall in unserem Vaterlande bei den seßhaften Handwerkern und Kaufleuten zu haben seien. (Der Redner müßte einmal ein halbes Jahr auf dem platten Lande wohnen, um praktisch an sich zu erfahren, was bei den dort "seßhaften Kaufleuten und Handwerkern" Alles zu haben ist); in Anbetracht ferner, daß durch den Haushandel die öffentliche Sicherheit sowohl der Personen als des Eigentums bedroht erscheint und hinreichende Kräfte zur Überwachung derselben nicht vorhanden seien, es möge durch Beschluss des Reichstages der Haushandel gänzlich verboten werden. (Wahrlich eine sehr bescheidene Forderung!) Sollte dieser Antrag die Mehrheit des Reichstages nicht finden, so werden Abänderungen mehrerer Paragraphen der Gewerbeordnung, welche den Haushandel zu erschweren bestimmt sind, vorgeschlagen. Ferner sollte der Reichstag beim Bundesrat beauftragt: Es seien die Ausführungsbestimmungen vom 31. Oct. 1883 dahin zu präzisieren, daß jene Industrie- und Handelsartikel, für welche ein Wandergewerbeschluß abgegeben wird, auf diesem genau detaillirt und alle Collectionen vermieden werden müssen. Neben die dritte, an den Reichstag zu richtende Petition referirt Herr Böttchermeister Beck. Derselbe beantragt, der Reichstag möge den § 107 der Gewerbeordnung (die Legitimationspflicht betreffend) auf sämtliche nicht selbstständige gewerbliche Arbeiter ohne Unterschied des Lebensalters ausdehnen. Das Referat über die vierte an den Reichstag zu richtende Petition hatte Maurermeister Schirmer übernommen. Diese geht wiederum dahin, der Reichstag möge dem Antrage Ackermann, Biehl und Genossen, die Abänderung der §§ 14, 15, 100 e, 115, 148 betreffend, die Genehmigung ertheilen. Es handelt sich hierin um den sogenannten Befähigungsnachweis. Nach den erstatteten Referaten wurden die Petitionen von wenigen Anwesenden unterzeichnet. Der Vorsitzende schmeichelte sich schließlich, um sich über den deprimirend schwachen Besuch der Versammlung zu trösten, mit der sanguinären Hoffnung, daß die Petitionen in Breslau namenlich unter Mitwirkung der Innungen einigermassen Unterschriften finden werden.

-p. XI. schlesisches Bundes-Schützenfest. Das nächstjährige (XI.) schlesische Bundes-Schützenfest wird vom 11. bis einschließlich 15. Juli f. J. in Schweidnitz abgehalten werden. Das Schießen auf die Provinialschülen wird jedoch schon am 13. Juli Abends enden. An den beiden folgenden Tagen wird nur noch auf die Jubiläums- und Geldscheiben geschossen werden. Es werden 15 Scheiben aufgestellt sein, und zwar 3 in einer Entfernung von 170 Meter, 6 in einer Entfernung von 100 Meter und 6 in einer Entfernung von 136 Meter. Die Schießstätten und der Festplatz befinden sich auf der Volksbühne, die hierzu ausreichenden Raum bietet. Mit dem Schützenfeste soll die Feier des 600jährigen Jubiläums der Schützengilde zu Schweidnitz verbunden werden.

- Schiffsbarmachung der Przemsa. Dieser bereits bis Slupna fahrbare Fluss wird jetzt gemäß Vertrags zwischen der preußischen und russischen Regierung bis nach Myslowitz schiffbar gemacht. Russland gibt den erforderlichen Boden kostenfrei her, Preußen führt nach Angabe der "B. Ztg." den Bau aus und erhält die Hälfte der Baukosten von Russland zurückgestattet.

■ Kleinkinderschulen. Die innerhalb der letzten Jahrzehnte in den verschiedensten Theilen der Monarchie mahrzunehmende Entwicklung der Anstalten für Bewahrung, Unterweisung und Erziehung kleinerer Kinder hat dem Minister der geistlichen sc. Angelegenheiten zu einem umfangreichen Erlaß an die königlichen Regierungen Veranlassung gegeben, in welchem die fortgeleitete Fürsorge für diese Anstalten empfohlen wird. Je größer der Segen sei, welcher in erster Reihe der ländlichen Bevölkerung und den arbeitenden Klassen, dann aber weiter Kreisen der besser stützten Stände durch eine Behütung und zweckmäßige Beschäftigung der Kinder in den Beiten, in welchen die Eltern sie nicht um sich haben können, gewährt wird, desto gewissenhafter sei dafür zu sorgen, daß er auch voll zur Geltung komme und nicht durch Fehlgriffe verkümmert werde, zu welchen sich oft gerade ein wohlgemeinter Eifer verleiten lasse. Es kommt einerseits darauf an, daß die Kinder in den bezeichneten Anstalten — Warteschulen, Kinderbewahranstalten, Kleinkinderschulen, Oberlinshulen, Kindergarten — gefund erhalten und körperlich gefrägt werden, daß insbesondere in ihren Spießen sich ihre Leiber frei bewegen, ihre Sinne üben, ihr ganzes Wesen sich ungezwungen entwickeln, und sie an Ordnung und Reinlichkeit Freude gewinnen und Verträglichkeit lernen. Nicht minder aber sei es andererseits von Werth, daß die kleinen Gebete, Verse, Lieder, Erzählungen, durch welche ihr Geist geweckt und genährt werden soll, mit Umsicht gewählt, daß jede Überreizung ihrer geistigen Kräfte, ganz besonders eine vorzeitige Anspannung des Gedächtnisses, sorgfältig verhindert, jedes Hinübergreifen in die eigentlichen Aufgaben der Volksschule vor dem schulpflichtigen Alter vermieden werde. — Diesen vortrefflichen Fingerzeichen reiht sich eine Beleuchtung der Gründe an, aus denen zur Zeit von einer staatlichen Prüfung der aus den betreffenden Bildungsanstalten hervorgegangenen Kinder-Lehrerinnen sc. abzusehen sei. Insbesondere sei hierfür maßgebend, daß die Eigenschaften, welche bei einer guten Erzieherin und Lehrerin noch nicht schulpflichtiger Kinder gefordert werden sollen, mehr in ihrem Gemüthe, ihrem Tacte, in ihrer ganzen Persönlichkeit, als in ihrem Wissen und Können liegen, daß sich also die eigentliche Befähigung einer gewöhnlichen Prüfung entziehe. Durch die in Betracht gezogenen Gründe sei nicht ausgeschlossen, daß die zuständigen Behörden den Anstalten zur Ausbildung von Kindergartenlehrerinnen, Kleinkinderlehrerinnen sc. ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden haben. — Es wird in dem Erlaß ferner begründet, daß diese Anstalten ohne staatliche Genehmigung nicht errichtet werden dürfen, ferner darauf hingewiesen, in welcher Weise die staatliche Aufsicht über dieselben zu führen ist und endlich unter näherer Motivierung betont,

dass die von den gebauten Anstalten ihren Zöglingen beim Abgange ertheilten Bezeugnisse sich nach ihrer Fassung als Privatzugewisse geben müssen und nicht den Schein eines staatlichen Befähigungszeugnisses annehmen dürfen.

X. Von neuem Posthaus. Trotz der vorgerückten Jahreszeit wird noch fleißig an dem neuen Dienstgebäude der Ober-Postdirektion gearbeitet. Der südliche Flügel ist im Ausbau bereits ganz vollendet, an der Ostseite dagegen ist man gegenwärtig mit der Aufführung des Mittelbaues eifrig beschäftigt. Wie beim westlichen Flügel wird auch hier eine geräumige Durchfahrt mit architektonisch verzierten Portale die Verbindung des Posthofes mit der Straße herstellen. Sämtliche Fenster des südlichen und des östlichen Flügels, soweit derselbe fertig ist, sind bereits verglast. Im Innern dieser Flügel sind Tapezierer, Maler sc. eifrig damit beschäftigt, die Bilder fertig zu stellen, so daß die Übersiedelung der Bureaus aus dem alten Postgebäude in die neuen Räumlichkeiten in Bälde vor sich gehan. Die innere Einrichtung des westlichen Flügels dagegen, der für die Geschäftsräume der Ober-Postdirektion bestimmt ist, wird vorläufig nicht gefordert, weshalb noch die Fensteröffnungen dieses Flügels mit Brettern verschlagen sind. Der bogennormige Eingang zum neuen Postamt an der südwestlichen Ecke des Gebäudekomplexes ist völlig fertig gestellt. Hoch oben auf dem Dache laufen die zahllosen Drähte des Telephonnetzes der Stadt zusammen. Vor dem Eingange ist, convergirend mit demselben, ein bogennormiges, niedriges Eisengitter aufgestellt, das von zwei Sandsteinsockeln flankiert wird, auf denen sich gußeiserne Kandelaber erheben. Über dem Portal des südlichen Flügels im Posthofe wird eine Uhr die Zeit anzeigen; das Rifferblatt ist bereits angebracht.

= = Weihnachts-Postverkehr. Zur beschleunigten Expedierung und Local-Beförderung von Weihnachts-Sendungen hat die hiesige Postverwaltung auch in diesem Jahre erforderliche Maßnahmen zu treffen nicht versäumt. Das Beamtenpersonal wird durch Militärmannschaften und Privatpersonen entsprechend verstärkt. Desgleichen sollen erforderliche die der Packetbestellung am Orte dienenden Fuhrwerke bei namhafter Anhäufung der eingegangenen Packstücke durch Einstellung von Privatfuhrwerken vermehrt werden. An das Publikum richtet die Postbehörde die Bitte, seinerseits zur möglichst normalen Bestellung der Packete das Mögliche beizutragen, insbesondere die Packete fest und handlich zu verpacken, deutlich und genau zu adressiren, sowie mit lesbaren, bestimmt bezeichnenden Aufschriften zu versehen.

= = Gas-Production und Consumption. Im Monat November betrug die Production an Gas überhaupt 1 417 600 Cubikmeter, also im täglichen Mittel 47 253 Cubikmeter, im Maximum 52 700 Cubikmeter, im Minimum 44 200 Cubikmeter. — Die Consumption betrug überhaupt 1 412 800 Cubikmeter, also täglich im Mittel 47 093 Cubikmeter, im Maximum 54 700 Cubikmeter, im Minimum 36 800 Cubikmeter.

= = Zum Christmarkt. Die Vorbereitungen für den am Sonntag beginnenden Christmarkt sind seit einiger Zeit in vollem Gange. Der Aufbau der Hallen und Colonnaden auf der Siebenkirchenstraße und der Naschmarktheite des Ringes ist nahezu vollendet. Abweichend gegen die früheren Jahre sind diesmal auch an der Südseite des Ringes, westlich von dem Monument Friedrich Wilhelm III., mehrere Hallen für Weihnachtsmarktführer aufgestellt worden.

= = Das Wasser der Oder fällt in Folge der eingetretenen Kälte (4 Grad unter Null) weiter ab. Heute früh zeigte sich auf der Oder etwas Treibes.

\* Der Mörder der Anna Lerche geständig. Den fortgesetzten Ermittlungen der Polizeiorgane war es vor etwa 8 Tagen endlich gelungen, einen Menschen der Untersuchungshaft zuzuführen, welcher des Mordes an der Anna Lerche dringend verdächtig war. Es ist dies der Koch Max Böhm, welcher vorher bereits schon einmal in Glogau verhaftet, aber mangelnder Beweise wegen wieder freigelassen worden war. Die am Thatort in dem hiesigen betreffenden Hotel zurückgelassenen Gegenstände sind zu Verräubern geworden und die daran geknüpften Recherchen führten dazu, daß diese furchtbare That, die vor Wochen alle Gemüther in Aufregung versetzte, nunmehr ihre Süchte finden wird. Bekanntlich wurde am 21. September c. am Thatorte ein Spazierstädtchen, ein Vorhembchen mit Halskrügen und ein Portemonnaie der Ermordeten vorgefunden, in welch letzterem sich ein alter preußischer Thaler mit der Bezeichnung d. 1814 und einer eingelöschten Dose befand. Vermittelst photographischer Aufnahmen wurde die Inschrift auf dem Stocke entziffert. Die angestellten Recherchen führten zur Entdeckung dessenigen, welcher die Inschrift eingekräzt hatte. Der Betreffende, ein Tuchscheerer aus Aimerdingen in Baiern gab an, daß er den Stock in Forst in der Lausitz zurückgelassen habe. Ein von der kgl. Staatsanwaltschaft dahin entsandter Criminal-Commissarius stellte fest, daß der Stock am 17. Mai c. in dem Tanzlocal „zum Felschlößchen“ seinem rechtmäßigen Eigentümer abhanden gekommen war. Es fanden sich nun Personen, welche sich erinnerten, den Stock, ferner das mit auffallenden Knöpfchen verzierte Vorhembchen, sowie die Schaumünze bei dem Koch Max Böhm gesehen zu haben. Der Genannte, welcher Ende August c. nach Forst gereist war, hatte am Sedantage mit einigen Kameraden das erwähnte Local besucht. Da dieselben ohne Stocke gekommen waren und noch eine kleine Streispartie über Land zu machen beabsichtigten, so entliehen sie sich von den Bediensteten des Locals die dort zurückgelassenen herrenlosen Stücke. Unter letzteren hat sich der am 21. September bei der Lerche vorgefundene Stock befunden, und zwar hatte Böhm denselben an sich genommen. Die Zeugen haben weiter bekannt, daß Böhm am 6. September, dem Tage seiner Abreise von Forst, der Besitzer des Stocks und der Schaumünze gewesen ist. Am 8. September ist Böhm in Breslau aufgetaucht. Er hatte bei seiner Schwester, der verheiratheten Kellner Martin, Klosterstraße 18, Wohnung genommen. Die genannte Familie ist jedoch am 1. October c. nach Österreich verzogen, worauf Böhm bei einer Waschfrau auf der Breiten-Straße 50 Unterkommen und Wohnung fand. Böhm wurde nun in Untersuchungshaft genommen.

Nachdem der Mörder während seiner Haft fortgesetzt auf das Hartnäckigste gelegnet, hat er endlich, wie bereits im Abendblatt gemeldet, gestern ein umfassendes Geständniß dahin abgelegt, in der Nacht vom 20. zum 21. September c. den entsetzlichen Mord an der unverheiratheten Anna Lerche begangen zu haben.

= = Gegen das Landstreicherthum und die Bettelreihe. An den Wegweisen nahe den Grenzen des Breslauer Landkreises sind Bekanntmachungen des Landratsamts Breslau angebracht, denen gemäß im Kreise Breslau das Betteln wie das Almosengeben bei Strafe verboten wird. Die Ortsvorstände und Gendarmen sind angewiesen, streng auf die Beobachtung dieser amtlichen Verordnung zu achten. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß an verschiedenen Orten im Kreise, so in Rothsgrün, Schmold, Katterr u. a. Hilfstationen errichtet worden seien, an welche sich hilfsbedürftige Passanten und Kreisinsassen zu wenden haben.

+ Unglücksfall. In die hiesige Diafonien-Anstalt Bethanien wurde gestern das 14jährige Dienstmädchen Anna Hildebrand, Tochter eines Häuslers zu Frankau im Wohlauer Kreise, eingebracht, welches am Tage vorher in der dortigen Fabrik mit beiden Armen unter einer Nadelwalzmaschine geriet und hierbei schwere lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

+ Ein Collidieb. Gestern in der Dunkelstunde wurde ein vielfach vorbestrafter 19jähriger Anstreicher festgenommen, welcher die Abwesenheit des Kutschers benützte, um von einem Rollwagen ein Goli mit werthvollen Teppichen zu entwenden. Der Dieb wurde jedoch von Vorübergehenden bemerkt, der sich schnell entfernde Thäter eingeholt und einem Schuhmann zur Verhaftung überwiesen.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden: einem Handelsmann aus dem Trebnitzer Kreise von seinem hier auf der Rothenhalerstraße vor einem Gaithause aussichtslos gelassenen Wagen 9 Stück lebende Gänse; einem Haushälter von der Scheitingerstraße vom Handwagen ein Goli, gezeichnet „A. S. T. Cempin“, Pfeffer und Salpeter enthaltend; einer Schneidevitwe von der Weidenstraße mittelst Taschenstäbels aus der Manteltasche ein Portemonnaie mit 11 Mark Inhalt; einem Fräulein von der Mauritiusstraße ein gelbbrauner Muff; einer Restaurateursfrau von der Carlstraße eine Menge verschiedener Kleidungsstück; einem Arbeiter

von der Orlauerstraße ein am Freiburger Bahnhofe haltender grau gestrichener Handwagen. — Abhanden gekommen ist einem Kaufmann von der Gartenstraße eine antike goldene Brosennadel mit Topas und Mosaikarbeit. — Gefunden wurde ein Packet mit Kleidungsstücken, eine schwarze Reisedecke mit getigertem Futter, ein dunkelblaues Mohairkostüm, ein Goli mit grauer Leinwand und der Bezeichnung „Heiligenstadt“, zwei lateinische Bücher und ein Muff. Letzterbezeichnete Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

\*\* Görlitz, 9. Dec. [Kaiser-Jubiläum.] Der hiesige Magistrat beabsichtigt, in Gemeinschaft mit dem Stadtverordneten-Collegium die Feier des 25jährigen Regierungs-Jubiläums des Königs Wilhelm I. von Preußen durch Kirchgang und ein demnächst folgendes Festmahl zu begehen. Die Feier soll, wie allerwärts, auch hier am 3. Januar 1886 stattfinden. — In der letzten Sitzung des Vorstandes unseres "Vereins zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene" konnte mitgetheilt werden, daß in dem für die hiesige Natural-Versiegungsstation benutzte Hause mit Hilfe der vom Friedrich-Wilhelm-Victoria-Fonds gewährten Mittel ein Asyl für aus Strafanstalten Entlassene eingerichtet worden ist. Es ist dies ein Zimmer mit vier Betten, in welchem die Entlassenen, abgeondert von den in der Station einschreitenden Wanderern, Aufnahme und Versiegung gegen entsprechende Arbeit finden können. Vorläufig werden nur solche Entlassene aufgenommen, die in Görlitz heimathberechtigt sind.

D. Liegnitz, 7. December. [Communales.] Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer heutigen Sitzung, auf deren Tagesordnung 28 Vorlagen standen, die Besetzung der vacanten zweiten Brandmeister-Stelle durch den Klempnermeister Herrn Zimmermann, und bewilligte aus dem ersparten Gehalte die Mittel für einen Unterrichts-Curius desselben bei der Breslauer städtischen Feuerwehr. — Nach dem Brennkalender für das Jahr 1886 kostet die Straßenbeleuchtung, welcher 597 Abend- und 188 Nacht-Gas-Lampen abführen, 29 200 M. — Zur Vermeidung der Betten im städtischen Krankenhaus wurden 1600 M. bewilligt. — Die 4. Klasse der Wilhelmsschule wird von Oster ab in zwei Hörsäle getheilt und deshalb von diesen Termine an ein neuer wissenschaftlicher Lehrer mit der Facultas für Mathematik, Französisch und Englisch, zunächst mit einem Jahresgehalt von 1500 M. angestellt werden. Auch in der Hedwigis-, Garibaldi- und katholischen Volksschule sind wegen Überfüllung Theilungen mehrerer Klassen erforderlich, welche die Anstellung neuer Lehrer bedingen, wofür die Mittel bewilligt wurden. — Auf Antrag des Herrn Stadtverordneten Banquier Mattheus stellt die Versammlung dem Magistrat 1500 M. zur Verfügung behufs Fest-Arrangement zu Ehren des 25jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers. — Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Herr Oberbürgermeister Dertel die Mitteilung gemacht, daß bei der Volkszählung am 1. d. M. unsere Stadt 43 200 Einwohner zählte, 6000 mehr als bei der vorherigen Zählung.

\* Liegnitz, 8. Decbr. [Zum Geheimmittel-Umwesen.] Der Königl. Regierungspräsident erläutert folgende Bekanntmachung: "Mittelst Circular-Festlegung vom 5. Februar 1881 hat bereits die frühere Regierungs-Abteilung des Innern hier selbst auf die Nachtheile aufmerksam gemacht, welchen das Publikum durch den Verlauf von Arzneimitteln seitens Unbefugter, insbesondere durch den Verkauf von Geheimmitteln ausgesetzt ist, und die Polizeibehörden aufgesfordert, diesem verbotswidrigen Handel entgegen zu treten. Die vielen Klagen in der neueren Zeit über die Zunahme der Curpufscherei und die häufigen Aufklärungen von angeblichen Heilmitteln und Heilcurien in öffentlichen Blättern veranlassen mich, die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden nochmals auf diesen dem Gemeindewohl schädlichen Schwind hinzulenken und dieselben aufzufordern, Fälle der unberichtigten Abgabe von Arzneimitteln seitens der Drogenhändler oder der Curpufschere (auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 4. Januar 1875 bezw. des § 367 alines 3 des Reichs-Strafgesetzbuches) streng zu verfolgen. Gleichzeitig aber verweise ich auf die Polizei-Verordnung der Königl. Regierung vom 20sten October 1855, betreffend die Anpreisung von Stoffen als Heilmittel gegen Krankheiten oder Körperbeschäden, und ersuche die Polizei-Verwaltung, der Anpreisung von Geheimmitteln in öffentlichen Blättern thunlichst zu steuern. Ich bemerke zugleich, daß auf Grund einer gleichen, für den Regierungsbezirk Breslau bestehenden Polizei-Verordnung, betreffend die Anpreisung von Geheimmitteln, Seitens des königlichen Polizei-Präsidenten in Breslau wiederholt Bestrafungen der Interen von Geheimmitteln herbeigeführt worden sind. Über Fälle der Bestrafung wegen unbefugten Verkaufes von Arzneimitteln oder wegen Geheimmittel-Schwindels wolle die Polizei-Verwaltung mir Anzeige machen."

△ Steinau a. O., 7. December. [Personen-Haltestelle.] Die von den interessirten Bewohnern der rechten Obersseite der Kreise Steinau-Guhrau-Wohlau seit längerer Zeit angestrebte Personen-Haltestelle in Kungendorf bei Steinau a. O. ist von der zuständigen Behörde genehmigt worden und dürfte demnächst mit der Herstellung des Bahnhofes begonnen resp. der Bau der betreffenden Gebäude in Angriff genommen werden. — Sicherem Vernehmen nach wird in nächster Zeit auf der Bahnstrecke zwischen den Stationen Steinau und Wohlau in der Nähe von Wotschelnitz ein Kreuzungspunkt für Güterzüge eingerichtet werden. — Auch in diesem Jahre ist an hiesigen Orte in baulicher Beziehung sc. für Verbesserung städtische Verhältnisse und Verschönerung der Stadt nicht Unbedeutendes geschehen. Die Marienstraße und die vom Ring aus an der Promenade vorüberführende Bahnhofstraße sind umgepflastert und die Legung von Granit-Münzsteinen so weit fortgesetzt worden, daß nunmehr alle Hauptstraßen und sogar einige Nebenstraßen der Stadt mit Granit-Münzsteinen versehen sind, welche die Reinlichkeit der Stadt wesentlich begünstigen. Die Anlagen zu beiden Seiten des Kriegerdenkmals, sowie einige Theile der Promenade sind mit gutem Boden beschüttet und zum Theil mit neuen Anpflanzungen versehen worden. Der hiesige Hafen und seine Umgebung hat insofern eine bedeutende Verbesserung erfahren, als er mit einer neuen Böschung versehen worden, welche durchweg erhöht ist, so daß nur bei bedeutendem Hochwasser die Böschung überflutet wird. Auch hat die untere Fischerei, sowie der freie Platz vor dem Hafen eine Bodenregulirung und die Anlage eines gepflasterten Münzsteines erfahren. Im Frühjahr des nächsten Jahres soll das Bett des Hafens durch die Entfernung der von einer früheren Oderbrücke herrührenden Holzpflöke eine wesentliche Verbesserung erfahren.</

den Schlesischen Generalverein für Gartenbau Herr Gartenbaulehrer Müller gewählt. Da der 4. Punkt der Tagesordnung, ein Vortrag über den Schnitt am Weinstocke, leider ausfallen musste, gelangte zur allgemeinen Besprechung die Frage: Wie züchtet man Königinnen? An der Discussion beteiligten sich besonders die Herren Organist Prähel-Tschölpowitz, Schmidmeister Berger, Grüning und der Redakteur der „Schlesischen Bienenzeitung“, Lehrer Seeliger-Rathau. Die Frage wurde nach zwei Richtungen beantwortet, nämlich: die Sucht von Königinnen als Handelsartikel oder für den eigenen Bienenstand. Nachdem das Abonnement auf die „Schlesische Bienenzeitung“ vom Vorstehenden entgegengenommen worden war, und der Büchermehl stattgefunden, wurde die zahlreich besuchte Sitzung um 6 Uhr Abends geschlossen.

-r. Namslau, 9. December. [Kirchliche Angelegenheiten.] Wie bereits in einem in Nr. 612 d. Btg. abgedruckten Referate über kirchliche Angelegenheiten mit Bedauern hervorgehoben worden war, wachten in der hiesigen evangelischen Gemeinde und im Kirchenwesen so eigenhümlich liegende Verhältnisse ob, daß sie kaum einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden können, daß sie jedenfalls aber auf das hiesige kirchliche Leben einen höchst ungünstigen Einfluß ausüben. Es genügt nun den Anschein, als ob diese Verhältnisse von irgend einer Seite wiederum bei den kirchlichen Überbünden zur Sprache gebracht worden sind, denn am letzten Sonntage traf ganz unerwartet der Herr General-Superintendent Dr. Erdmann aus Breslau hier ein und begab sich, von Allen unerkannt, zum polnischen Morgengottesdienste und in die hiesige evangelische St. Andreaskirche, in welcher er unter anderen Personen an einem Pfeiler unerkannt Platz nahm und nicht nur diejenigen polnischen, sondern auch den an denselben unmittelbar sich anschließenden deutschen Gottesdienste mit großer Aufmerksamkeit folgte. Erst am Schlusse des letzteren zu der Einführung der neu- resp. wiedergewählten Kirchenvorsteher trat der Herr General-Superintendent an den Altar heran und lud die Kirchenvorsteher zu einer kurzen Besprechung in die Sacristei ein. Er vereinbarte mit denselben für Abends 6 Uhr eine in der Sacristei stattfindende Sitzung des Gemeindeschmachtes, der er präsidierte, und an welche sich eine Special-Conferenz mit den beiden Ortsgeistlichen schloß. Selbstverständlich werden die Gegenstände dieser Beratung und die gesuchten Beschlüsse geheim gehalten, doch wird von allen Gemeindemitgliedern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß unsere so eigenhümlich liegenden Kirchlichen Verhältnisse eine günstige Lösung finden werden. Um folgenden Morgen stellte der Herr General-Superintendent den im hiesigen Kreisfrankenhause stationirten Grafen Schwester und den beiden Kleinkinderschulen des hiesigen Betanhenvorwerks einen Besuch ab und lehrte mit dem Mittagsgange nach Breslau zurück.

© Neustadt, 9. Decbr. [Petition.] Gestern Nachmittag hatten sich auf Einladung der hiesigen Schuhmachersinnung eine größere Anzahl Jahrmarktbewohner Handwerker, Kaufleute und sonstige Interessenten zu einer Versammlung eingefunden, um wegen Abdienung einer Petition an die Königl. Regierung und die Handelskammer zu Oppeln bezüglich der Jahrmarkte zu berathen. Herr Schuhmacher-Obermeister Gladny hatte es übernommen, die Notwendigkeit der Vermehrung von Jahrmarkten zu begründen. Namentlich in Oberöschken seien die Jahrmarkte für Tausende von Handwerkern das einzige Absatzgebiet, bei Vergrößerung der Märkte seien die Handwerker auf Brotschenhändler und Hausträger angewiesen, welche nur so geringe Preise zahlen, das unmöglich eine ordentliche Waare liefert werden könne. Redner spricht sich im Sinne der vorgelegten Petition dafür aus, daß in jeder Stadt Oberöschkens wenigstens vier Märkte, und zwar in jeder Jahreszeit einer, stattfinden und so verteilt werden möchten, das allmählich mindestens ein Markt bezogen werden könne. Das anwesende Mitglied der Handelskammer, Herr Kaufmann Furch, ist der Ansicht, daß ein Bedürfnis für Vermehrung der Märkte nicht vorliege, da man ja alle Produkte auch ohne Märkte in der Stadt beziehen könne und durch die Jahrmarkte die in den betreffenden Städten sesshaften Handwerker in ihren Einnahmen geschmälert würden, verspricht aber, die Meinung der Handwerker bei der Handelskammer zur Kenntnis zu bringen. Nach längerer Debatte wurde von der Versammlung die Abdienung obiger Petition beschlossen.

(Neiss. Btg.) Biegenhals, 8. Decbr. [Zum Eisenbahn-Berkehrs.] In Sachen des Buges 907 — Deutschwette-Biegenhals — hat der Herr Minister die Eingabe des hiesigen Magistrats abschlägig beschieden. Sicherlich Vernebun nach circuliert bereits eine Petition an den Herrn Minister bei der hiesigen Bürgerschaft, in welcher erster um Beibehaltung des Buges 907 (Deutschwette-Biegenhals), der Raths 9 Uhr 51 Min. die Verbindung zwischen Deutschwette und Biegenhals herstellt, gebeten wird, so daß das mit den Bügen von Neisse oder Kosek-Kandzin, Raths 9 Uhr 51 Min. in Deutschwette ankommend, nach Biegenhals oder in entferntere Umgegend reisende Publikum sich nicht in die sehr unangenehme Lage verfegt sieht, Abends um 9 Uhr 51 Min. entweder im Dorte Deutschwette übernachten zu müssen oder die Meile Weges per Fuhrwerk oder gar zu Fuß bis Biegenhals zurückzulegen. — Verbürgter Nachricht zufolge wird sich in den nächsten Tagen eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister Weber und Stadtverordneten-Borsteher Polakow von hier, nach Berlin zum Herrn Eisenbahn-Minister begeben, um dem Herrn Minister in der beregeten Sache persönlich Vortrag zu halten.

Um schau in der Provinz. © Volkenrain. Am hiesigen Orte hat sich ein Radfahrer-Verein gebildet, dem z. B. 6 active und 2 in-active Mitglieder angehören und der 6 Bicycles im Betriebe hat. Der selbe ist dem Gauverbande Nr. 24 Breslau des Norddeutschen Velocipederverbundes beigetreten. — n. Gottesberg. Am 4. April 1888 befreit die hiesige Maurer- und Zimmerer-Innung 100 Jahre. Dieses Jubiläum wird feierlich begangen werden. — Auf der Bahnstraße zu Rothenbach verunglückte am Montag Abend der Ausländer Wie demann, dadurch, daß er zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen geriet und ihm die Brust zerdrückt wurde. — Hirschberg. Die Bekleidungslagensache des Zimmermeisters Timm gegen den Redakteur Dr. Hörstel wurde am 9. d. vertragt, da der Angeklagte den Beweis der Wahrschafft erbringen will. — A. Am nächsten Jahre läuft die Amtsperiode unseres Bürgermeisters Baisenge ab. Mit Bezug hierauf haben die Stadtverordneten den Beschluss gefasst, die Stelle nicht auszuschreiben. Bezüglich des Gehaltes setzen sie fest, daß der Posten weiter mit 4500 Mark dotirt werde, doch soll die Herrn Baisenge willigte Zulage von 1000 Mark diesem fernherin verbleiben. — Die Schließung der hiesigen evangelischen Gnadenkirche aus Anlaß einer Hochzeitsfeierlichkeit, und die dabei angemachte Methode, Einlaßkarten zu verteilen, brachte die Frage, ob die Kirche bei derartigen Feierlichkeiten dem Publikum abzuschließen sei, vor die evangelische Gemeindevertretung. Dieselbe stößt hierauf in diesen Tagen die Resolution, daß die Kirche zu jedem Gottesdienste großes bleibe. — Liegnitz. Am Mittwoch, gegen Mittag, verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, der neue, in Arbeit befindliche Gasometer in der hiesigen Gasanstalt sei eingestürzt und habe eine Anzahl Leute erschlagen. Wie sich herausstellte, ist dies Gerücht übertrieben. Wahr ist daran, daß ein ehemaliger Sperrring während des Aufziehens plötzlich herabfiel und einen Arbeiter ziemlich schwer verletzte, indem ihm der Arm zerschmettert wurde. Zwei andere Arbeiter wurden leicht verletzt. — Lubliniz. Wie verlautet, ist der Kreis-Schulinspector Ilgen aus Pleschen zum Director der hiesigen Provinzial-Zwangs-Erziehungsanstalt gewählt worden. — Sagan. Der bald 94 Jahre alte Buchmachermeister Carl Siegmund ist dem „Sag. Woch.“ zufolge in der Nacht zum 8. d. Mts. an Alterschwäche gestorben. In ihm ist nicht nur der älteste Bürger Sagans aus dem Leben geschieden, sondern auch der letzte jener Veteranen unserer Stadt, welche in den ruhmvollen Tagen von 1813 für Deutschlands Freiheit kämpften. Am 11. d. Nachmittags 2 Uhr, findet die feierliche Beerdigung statt. — Am Dienstag starb die unverheirathete Großmutter von hier in der Stadtpfarrkirche während der Predigt plötzlich am Schlag. — Schwedt. Oberbürgermeister Lubrecht ist nach wieder erlangter Gesundheit hier eingetroffen und bereits in seine amtlichen Funktionen eingetreten. — Sprottau. Die hiesige gemeinsame Orts-Krankenkasse hat sich zur Deckung der gesetzlichen Mindestleistung der Kasse genötigt gesehen, die möglichen Beitrag der Mitglieder um ein Bedeutendes zu erhöhen. Der Beitrag der Mitglieder der dritten Klasse ist von 9 auf 15 Pf., der der zweiten Klasse von 18 auf 27 und der Beitrag der Mitglieder der ersten Klasse von 27 auf 36 Pf. pro Woche erhöht worden. — Laut der letzten Volkszählung ist die Bewohnerzahl Sprottaus gestiegen. 1880 betrug dieselbe 7153, jetzt verzeichnet Sprottau 7336 Bewohner incl. Militär. — Zalewitz. Zur Lage der oberöschkischen Industrie registrierten die O. N., daß die hiesige Baubonität ihren Betrieb wegen Mangel an Absatz wieder für einige Zeit eingestellt hat.

Nachrichten aus der Provinz Posen. © Posen, 9. Decbr. [Stadtrathswahl.] — Ein Aufruf an die Polinnen. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurden, dem „Pos. Tgl.“ zufolge, am Stelle des verstorbenen Kreis-Schulinspectors Kur und des Stadtraths Schmidt, welcher sein Amt niedergelegt hat, In-

genieur Schweiger und Pferdebahn-Director Reymer zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern für die Zeit bis zum 31. December 1889 gewählt. — Zu den an dieser Stelle bereits gemeldeten zahlreichen Bevölkerungen der gesetzlichen Volksversammlung gehört auch der Erlass eines „Aufrufes an die Polinnen“. Es heißt in diesem Aufrufe u. a.: „Die heutige Schule gibt unseren Kindern nicht, was sie Ihnen geben soll. Sie erhält ihnen den Unterricht nicht in der Muttersprache, lehrt sie gegen Ihren Willen das Gebet und den Glauben in einer fremden Sprache und verbietet ihnen, polnisch lesen und schreiben zu lernen. Die religiöse Seite wird bei der Erziehung völlig gleichgültig behandelt, und der Hauptzweck des heutigen Schul-Unterrichts ist die Germanisierung unserer Kinder. Polnische Mütter! Ihr wißt am besten, welche Folgen ein solcher Schul-Unterricht hat. Euer Herz fühlt sich schmerlich berührt bei dem Anblick dessen, was leider mir zu oft bei uns geschieht, Eure Aufgabe muß es sein, daß Ihr, angeseuert durch die Beispiele der großen Polinnen, deren Gestalten in unserer Geschichte leuchten, den jungen Knaben, welche einst zu Männern heranwachsen sollen, eine besondere Fürsorge widmet. Politische Mütter! Habt vor Augen die Gestalt unserer jungfräulichen Königin Wanda, deren weibliche Brust mit einer so feurigen Liebe für das Vaterland erfüllt war, daß sie kein Bedenken trug, den Tod zu erleiden, um nur das Land vor Unglück zu bewahren. . . . Polnische Mütter! In Eurer Hand liegt die Zukunft Eurer Kinder, in Eurer Hand liegt das Schicksal der künftigen Generationen. Wenn Ihr würdig Eure Aufgabe erfüllen werdet, so können wir dreist in die Zukunft blicken; denn die im polnischen und katholischen Geist erzogene Jugend, welche in der Tugend und Arbeit glückt und Gott und den Mächtigen liebt, wird sicher zu tüchtigen und dem Lande nützlichen Bürgern heranwachsen. . . .“

## Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

### Reichstag.

Berlin, 15. Decbr. Die Debatte über den Antrag der Conservativen auf Verlängerung der Legislaturperioden war heute weit lebhaft, als gestern, und gestaltete sich zu einer Erörterung über unsere gesamtheitliche politische Lage und die Constitution der Parteien. Bis nach 6 Uhr dauerte die Sitzung, die einzelne sehr erregte Momente aufwies. Die Freisinnigen hielten Abrechnung mit den Heidebergern, die bei den Wahlen als Sturmbock der Regierung und Conservativen sich gegen den Liberalismus haben gebrauchen lassen, und die auch heute durch Marquardsen sich zur Aenderung der Verfassung im Sinne der Reaction bereit erklärt. Jeden Siebten den Ritter und Haniel gegen die Nationalliberalen führten, saß, und damit der Sache auch nicht der Humor fehlt, schritt ein Theil der Nationalliberalen, indem derselbe für den Schluss der Debatte stimmte, ihren eigenen Rednern das Wort zur Entgegung ab. Sämtliche Redner, die heute gegen die Verlängerung der Legislaturperiode sprachen, Ritter und Haniel, Windhorst und Bebel, kennzeichneten diesen Schritt als ein Symptom der allgemeinen Reaction und als die erste Etappe zur Befestigung des allgemeinen Wahlrechts, eine Tendenz, die der conservativen Herr v. Hellendorff die praktischen Männer hier haben will, wird er sie für 5 Jahre eher bekommen, als für 3? Gewiß nicht. Sie wollen Verminderung der Verhandlungen. Nun weshalb denn diese Verhandlung, da Sie doch wissen, daß sie erfolglos. Haben wir die vielen unnötigen Verhandlungen hier veranlaßt? Sie klagen über die Müdigkeit der Wähler. Mit Grund? Nein. Die Verhinderung bei den Reichstagswahlen ist von 1874 von 51 p.C. bis 69 p.C. im Jahre 1884 gestiegen. In Preußen bei der Langtagswahl ist sie allerdings sehr schlecht gewesen. Das aber liegt an dem Wahlsystem, an der östlichen Abstimmung, an dem unerhörten Druck, der auf den Geschäftsteuten, Beamten etc. lastet. (Redner führt dafür die Rede des national-liberalen Rechtsanwalts Wagner-Graudenz an.) Selbst das Amt eines Ritter-Collecteurs kann man nicht mehr erhalten, ohne in Gefangenstüchtigkeit als echt befunden zu werden. Wollen Sie bessere Wahlbereitung in Preußen, dann führen Sie geheime Abstimmung, und ein anderes Wahlsystem ein. Der Antrag Hellendorff steht im Zusammenhang mit der ganzen inneren Situation. Er ist der Anfang des Zukunftsprogramms der Mittelpartei, bei der Herr v. Hellendorff ja auch sein will — ich habe ihn immer als einen der Führer dieser Mittelpartei angesehen — und die nach seiner Meinung conservativ sein muß. Diese „Mittelpartei“ ist die Signatur der heutigen Lage, sie ist nicht mehr hoffnunglos, seitdem die Nationalliberalen in Preußen bei den Wahlen in die Stelle eingerückt sind, die man ihnen zugedacht. Sie haben mit bewundernswürdiger Selbstverleugnung nur für die Vermeidung der conservativen Wahlen gewirkt, selbst keinen einzigen Sitzen gewonnen. Ein national-liberaler Führer in Schleswig-Holstein, Herr Schütt, war es, der die abgedrohten Schlagworte der Republikaner und nicht einmal der höheren Gattung gegen uns aufnahm, daß wir Republikaner seien, die Parlamentsherrschaft kraftlos Zustände nach innen und außen wollen etc. Er hat schnell gelernt von der „A. Btg.“ und niemand von den Nationalliberalen hat dagegen protestiert, daß in solche Tonart Männer behandelt werden, mit denen man eins für die Rechte des Volkes gefaßt hat. Geht es so weiter, dann wird das Wort Bennigsen nicht mehr zutreffend sein, daß die Nationalliberalen nicht verlassen sollen, das ist liberal sind. Die Landtagswahl in Preußen war nur die Generalprobe für die nächste Reichstagswahl. Für sie wird jetzt die Schlachtordnung gemacht, und es kommt nur darauf an, ob die Nationalliberalen in Deutschland so denken, wie die Mehrheit derselben in Preußen. Die Parole, die jetzt gegen das Centrum ausgegeben wird, verdeutlicht das eigentliche Ziel des Kampfes: das sind die Freisinnigen, die Männer, die für die Rechte des Volkes auch fernherin einzutreten entschlossen sind. Herr Windhorst istslug genug, zu wissen, daß der Kampf in erster Reihe uns gilt, denn die Position des Centrums hält man für fest. Und uns mit Erfolg zu belämmern, sucht man mit dem Centrum zusammenzupacken und als seine „Eideschulter“ darzustellen. Sie (rechts) haben die Stimmen des Centrums stets gern accepptirt, auch Herr von Puttkamer; ich habe sie leider nie erhalten. Weshalb sollen nur Sie und nicht auch einige von uns vom Centrum geholt werden? Damit die Bildung der Mittelpartei nicht gestört werde, damit statthaft die Vertreter von derselben nicht zurückgelassen werden, die man gern haben möchte, stellt man vorläufig die Antisemiten, Herrn Stöder und die Kreuzzeitungsmänner kalt. Die Herren mögen sich beruhigen, sie werden später schon wieder obenaufkommen. Ich wiederhole, dieser Antrag ist der Anfang des Zukunftsprogramms der Mittelpartei. Der Sturm gegen die Goldwährung, die Agitation für Wollzölle und die anderen Zölle, das Brautwümonopol und alle die anderen Dinge sind die Ergänzung. Nach der Gründung des Ministers v. Scholz soll auch der beinahe zu Ende gebrachte Tabak noch weiter blitzen, das Bier und der Wein zu bedeutenden Beträgen herangezogen werden. Sollte Ihnen wirklich einmal der Befreiung, eine Majorität nach Ihrem Sinne zu erhalten, dann hätten Sie volle 5 Jahre Zeit, um in Ruhe die Renovierung des Gebäudes vorzunehmen. Sie wären gefürt allen Wechsällen und inneren Veränderungen gegenüber. Und Sie müthen uns zu, Ihnen bei diesem Vorhaben zu helfen? Niemals war ein Zeitpunkt ungeeigneter, wie der jetzige, niemals ist die Unsicherheit und Unruhe in alle Erwerbszweige so gewesen, wie jetzt. Ihr Antrag nimmt dem Volk das Mittel, nach einiger Zeit halt zu gebieten, und deshalb sagen wir zu demselben nein (Lebhafte Beifall links.)

13. Sitzung vom 10. December. 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats mehrere Commissarien.  
Nachdem der Antrag von Jagdewski wegen Einstellung des gegen den Abg. Wolslegier schwedenden Strafverfahrens angenommen ist, wird die Verhandlung über die Anträge von Hellendorff und Auer, betreffend die Dauer der Legislaturperiode, fortgesetzt.  
Abg. Ritter: Der Abg. v. Hellendorff hat in einer so objectiven, bei nahe einzuholenden Weise den Antrag motiviert, daß man denselben nach seinen Ausführungen für etwas wenig Bedeutsames halten könnte. Dieselbe rührende Objectivität hatte die Conservativen bei der Frage des zweijährigen Staats. Der Abg. Hellendorff stellt sich hin als ein Mann, der dem Lande Ruhe verschaffen will, dabei war er mild und sogar voller Zugeständnisse bezüglich der Schäden der eigenen Partei. Er versichert, keinerlei Hintergedanken zu haben. Gewiß nicht. Die Sache ist so klar wie der Tag, Sie entblößen Ihr Ziel ganz ungeniert. Dieser Antrag ist nichts mehr und nichts weniger, als der Plan, die Regierungsgewalt zu stärken und die Rechte des Volkes zu vermindern, er gibt dem Bundesrat — er, nicht der Kaiser hat das Recht — das Mittel, in jedem Augenblick einen ihm unbekannten Reichstag los zu werden. Das Volk hat aber dieses Recht nicht, wenn der Reichstag ihm nicht mehr behagt, es muß warten, bis die Legislaturperiode ausläuft. So ist der Antrag immer aufgefaßt. Auch der Abg. Miquel hat erklärt, er und seine Freunde hätten keine Veranlassung, die Macht der Executive zu verstärken. Das sei der Hauptgeschäftspunkt des Antrages. Der Abg. v. Hellendorff leugnet es auch nicht, er nimmt es nur formale Rechtsänderung. Haben wir gerade heute dazu Veranlassung? Ich meine, daß auch jemand, der in normalen und ruhigen Zeiten die Frage einer Verlängerung der Legislaturperiode für discutabel erklärt, heute dieselbe ohne Weiteres ablehnen muß. Ist denn etwa die Macht des Parlaments vergrößert und die Regierungsgewalt schwächer geworden? Im Gegenteil! 1867 hatte das Parlament noch eine andere Stellung, damals hielt man es noch für nötig, mit demselben auf gutem Fuße zu stehen, während heute die Stellung des Parlaments und der einzelnen Mitglieder systematisch herabgedrückt werden sollen. Und zu der Zeit der Diatenprozeß und der Fahrkartententzierung — daß hätte es eine Partei für angebracht, aus der Witte des Reichstages heraus eine weitere Stärkung der ohnehin schon starken Regierungsgewalt und eine Verminderung der Volksrechte zu beantragen. Auch Sie (rechts) müßten doch fassen, daß die Schläge, welche gegen den Reichstag und dessen Mitglieder geführt werden, Sie selbst auch treffen. Ich habe immer bedauert, daß wir uns nicht dazu entschlossen haben, die Fahrkarten den Herren zurückzuführen, die eine derartige Behandlung des Reichstages für erforderlich hielten. (Sehr richtig!) Man sagt mir sogar, daß jetzt Polizeibeamte auf den hiesigen Bahnhöfen die Nummern unserer Karten bei der Ankunft notieren. Ich halte eine solche polizeiliche Kontrolle für unglaublich und bezweifle es. Das wäre doch ein unerhörtes Verfahren gegen die Reichstagsmitglieder. Wie man aber gegen Einzelne vorgeht, das mögen Sie aus der Thatsache entnehmen, daß man seit Monaten an mehreren Orten — zuletzt in Minden — Vernehmungen anstellen läßt, ob ich nicht der Verfasser eines Artikels einer hiesigen Correspondenz sei (Hört! Hört! links), während auch nicht der Schatten irgend eines Verdachts vorliegt, daß ich direkt oder indirekt bei derselben irgendwie beschäftigt bin. (Hört! Hört! links.) So verfährt man gegen Vertreter des Volks. Systematisch geht man daraus aus, das Ansehen des Parlaments und das seiner Mitglieder herabzudrücken. Hat Ihnen nicht der geistige Tag und das Verhalten des Kanzlers bei der Polen-Interpellation (Hört! Hört! links) gezeigt, daß der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet sei, die Regierungsgewalt noch weiter zu stärken. Sie wollen das Volk vor dem vielen Wählen schützen! Weshalb fangen Sie nicht im Kreise, Provinz und den Einzelstaaten an, weshalb bei der wichtigsten Vertretung der Nation, die auf Grund des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist? Nichts als das Mäzenatentum gegen dieses Wahlrecht hat schon den Antrag dictirt. Das hat Miquel schon 1867 dem Antragsteller vorgemessen und Graf Schwerin hat dies ganz offen als sein Motiv zugegeben. Dieses Wahlrecht wollen Sie nicht, das aber ist vortheilhaft anzusehen. (Widerpruch links.) Das kann und werde ich allerdings nicht als vortheilhaft ansiehen, wenn Beamte gegen die Regierung öffentlich agitieren und die Macht ihrer Stellung dazu missbrauchen. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden also für den Antrag Hellendorff stimmen, obwohl eine andere bessere Zeit zur seiner Einführung hätte gewählt werden können.

Abg. Windhorst: Wir haben es hier mit drei Anträgen zu thun: der Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre, der Verkürzung auf 2 Jahre und der Nichtauflösbarkeit des Reichstages. Der letztere ist durchaus neu, und ich halte ihn von allen Gedanken, welche hier zur Sprache gekommen sind, für den allerersten und bedeutendsten. Meine Freunde und ich sagen zu allen drei Anträgen: Nein. Herr v. Hellendorff hat sich de rebus omnibus et quibusdam allii ausgelassen, doch muß ich einige beleuchten, sonst glaubt man noch, wir scheuen uns, auf die Anzaften des Centrums zu antworten. Herr Ritter sagt darüber, wie er und seine Partei von den sogenannten Conservativen angegriffen wird (Heiterkeit), damit erreicht er nichts; der Reichstag kann ihm

finden. Rührend war die Bitte Hellendorffs, dem Volle Ruhe des politischen Lebens zu verschaffen, während die Agitation die Waffe der Demokratie sei, Sie die Spender der Ruhe. Noch nie ist eine Nation mit Projecten und Experimenten so abgefeuert worden, dass Deutschland seit der neuen conservativen Wirtschaftspolitik (Sehr gut! links.) Sie wollen, wenn die nächsten Wahlen glücken sollten, fünf Jahre Ruhe haben zur Weiterführung Ihrer Pläne. Die Avantgarde des pommerischen ökonomischen Directoriuns ist bereits hier eingerückt; diese Politik überbietet an unverhüllter Interessenspolitik Alles, was bisher dem Volle geboten ist. Ruhe wollen Sie haben, um diese Pläne zur Reife zu bringen. Sie sprechen davon, daß die Demokratie agitirt, während Ihre Freunde die landwirtschaftlichen Vereine, die Handwerkerbunde etc. fortgehen zur Agitation für neue Zölle und Freiheitsbefreiungen aufzurufen. Nur von Ihnen könnten wir das Agitieren gelernt haben (Heiterkeit rechts). Wenn die vornehmen Herren für sich um Wollzölle, Holzzölle petitionieren, dann heißt das Wahrnehmung, berechtigter Interessen, wenn die Arbeiter, die die Kosten in letzter Instanz zu tragen haben, dagegen protestieren, dann ist das gefährliche Agitation, die man möglichst verhindern müsse. Sie haben das Bedürfnis nach längeren Wahlperioden — in Preußen wenigstens riskiren sie dabei nichts, der Landrat und Gendarmerie arbeiten fortgesetzt, der Apparat ist stot und lebendig; Sie sprechen von der entstehenden Wirkung der Presse bei den Wahlen! wer anders hat denn diese Methode der Verhebung und persönlichen Verunglimpfung eingeführt, als die Replikenprese. Sollen dagegen fünfjährige Legislaturperioden helfen? Stellen Sie doch den Antrag, in Preußen den Weisenfond einzuziehen. In keinem Staat besteht Aehnliches. Redner geht auf die Organisation der conservativen Presse, auf die Berichte der Kreisblätter, auf die bekannten Einwirkungen der Schuhzöller, auf die 400 Localblätter und das Verfahren des Süddeutschen nationalliberalen Presse gegen ihn selbst ein, die noch weit die conservativen Blätter überwogen habe. Mit „niedertrügt“, „läufig“ hat die Replikenprese uns bedacht, Mangel an Vaterlandsfeinde und monarchischem Sinn, das ist das Mitleide, was man uns nachsagt. Solche hämmerische Kampfesmittel hat Bennigsen stets am meisten verwirkt. Nationalliberaler Blätter, welche mich persönlich verunglimpft, haben es nicht einmal für nötig gehalten, nachdem sie erkannt, daß ihr ganzer Angriff ohne irgend welchen Halt war, sich zu entschuldigen, obwohl ich es in der Hand hatte, sie vor Gericht zu bringen. Ich weise leider in dieser Beziehung die Gewohnheiten vieler großer Männer nicht (Heiterkeit), ich habe ja nicht die Absicht, es zu werden. (Große Heiterkeit.) Lassen Sie uns alle mitwirken, die persönlichen Angriffe zu befechten. Da wird man aber den Gründatz nicht proklamieren müssen, wie ein nationalliberaler Führer, daß die Verhinderung der Person des gegnerischen K

da nicht helfen. Wir kennen das im Centrum auch, sind aber ganz absolut unempfindlich geworden, sonst müßten wir darunter erliegen. Ich aber bin immer außerordentlich vergnügt darüber (Heiterkeit), und wenn ich mich körperlich nicht ganz gut befände, so würde ich den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen der glücklichsten meines Lebens halten (Große Heiterkeit). Es kann mir gar nichts Vorstes passieren, als so geschmähe zu werden. Das stärkt die Position des Centrums. Ich sag allen Blättern, besonders der Kreuzzeitung, meinen verbindlichsten Dank. (Große Heiterkeit) Wenn Mückert gemeint hat, man wolle seine Partei dadurch compromittieren, daß man sie mit dem Centrum zusammenbringe, so könnte das für uns etwas Verleidet haben. Ich habe mich aber nicht verlegt gefühlt. Wir werden jederzeit, wenn man unsere Dienste nötig hat, von allen Parteien gern gesehen (Heiterkeit), von allen, ohne Ausnahme. Selbst meine nationalen liberalen Männer haben mir unter Umständen ein sehr freundliches Gesicht gemacht. (Große Heiterkeit) Für das Gebotene finden wir allerding nicht immer Dank; wir geizen auch nicht danaß. Es kommt uns nur darauf an, daß die Parteien im Reichstag so gruppirt sind, daß wir unter ihnen etwas bedeuten, und wir bedeuten auch etwas. (Heiterkeit) Daher kommen wohl die vielen Auflösungsgerüchte, weil man in dieser oder jener vorberogenen Herkammer denkt, es könnte eine Auflösung bessere Resultate für die Regierungen haben; vielleicht, wir wollen sehen; vielleicht auch das Gegenteil; unter der Nachwirkung der neuen Steuerprojekte durch absolut gelinderte Sätze nachweisen zu wollen, daß die Dauer der Legislaturperiode fünf oder dreißig oder zweijährig sein müsse, ist ein ganz vergleichbares Mitteln. Das kann lediglich die Erfahrung lehren. Ich persönlich habe mich zu einer anderen Zeit, unter anderen Verhältnissen und Combinationen auf vierjährige Dauer einzugehen bereit erklärt, weil ich das viel Wählen für verwerthlich erachte. Wenn die Verhältnisse danach wären, so würde ich dies auch heute aufrecht erhalten. Aber die Zeiten sind andere, jetzt wenigstens. Außerdem sind Anträge auf Verfassungsänderungen aus der Mitte des Hauses immer höchst möglich. Wenn so etwas geschehen soll, dann hat es zunächst von der Regierung zu geschehen, wie damals. Die Herren Conservativen sagen uns u. A., sie brachten den Antrag aus absolut eigener Initiative; ich will es Ihnen glauben, aber es kommt immer darauf an, was ist Initiative? (Große Heiterkeit) Ich höre, von verschiedenen Seiten, daß neue Verfassungsänderungen, neue Compositionen des Reichstags und der Einzelzandtage beabsichtigt werden, und nehme diese Neuerungen nicht leicht; ich bin überzeugt, daß an sehr ernst zu nehmenden Stellen solche radikale Änderungen geplant werden, und daß die ganze Bewegung vom Volkswirtschaftsrath an bis heute die Tendenz zeigt, eine Interessenvertretung an die Stelle der jetzigen Volksvertretung zu setzen. Ob das gelingen wird, darüber will ich heute nicht urtheilen. Wir haben in neuester Zeit eine Broschüre eines Herrn v. Hirschfeld gelesen, die man nicht so unbeachtet lassen sollte, wie es bisher geschehen ist. Wir werden uns noch sehr ernstlich mit diesen Plänen zu beschäftigen haben, es hängt davon die ganze Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland ab. Wir sehen allerlei corporative Bildungen ins Leben treten, die einst als Grundlage einer Interessenvertretung dienen können, und wenn dann noch der preußische Minister des Innern ausdrücklich erklärt, daß die preußische Regierung sich für verpflichtet halte, dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe zu geben, dann giebt das zu denken. Ist dieser Antrag vielleicht die Avantgarde auf dem Vormarsch in jener Richtung? Das wir uns zur Zeit nicht in normalen Zuständen befinden, scheint auch dieser und jener Staatsmann im Amt anzunehmen; aus dieser Quelle stammt auch die Beschuldigung, man wolle zu einem Convent kommen, diesem Convent wolle die Regierung an sich reichen. Wenn das der Fall ist, sind wir eben nicht im normalen Zustande. Ich glaube nicht an einen solchen Convent, aber ich behaupte diesen angeblichen Convents-Glässten gegenüber, daß wir uns in einem sehr anomalen Zustande einer absoluten Dictatur eines einzelnen Mannes befinden, und daß dieser Mann nur von Conventionsglästern spricht, weil es noch Männer gibt, die den Mut und die Entschlossenheit haben, ihm hier und da entgegentreten. Gegenüber dieser Dictatur ist es für die Volksvertretung durchaus nötig, möglichst oft zurückzulehnen an die Quellen ihrer Kraft. Wie die Titanen zur Erde, so müssen wir möglichst oft zum Volk zurückkehren, um neue Kraft zu schöpfen und den Kampf zu erneuern. (Beifall im Centrum.) Meine Freunde und ich sind absolut conservativ; wir wollen hier conservieren, was existirt, weil nach keiner Richtung hin uns die Nothwendigkeit von Änderungen demonstriert worden ist; wir vom Centrum werden keinen Schritt thun, der vielleicht zur Attacke gegen das allgemeine Stimmrecht führen könnte. Wir sind allein durch das Volk im Stande, den Bedrückungen entgegenzutreten, die täglich noch in Deutschland, vor Allem in Preußen, an der Tagesordnung sind; wir würden daher einen Selbstmord begehen, wenn wir das allgemeine Stimmrecht angreifen wollen; obwohl wir recht gut wissen, welche Schattentheorie damit verbunden sind. Dem Volke muß das Recht bleiben, die Männer hierher zu senden, die sein Recht allein noch vertheidigen; wenn Sie jetzt die Verfassung ändern wollen, dann garantiren Sie uns zunächst unsere heiligsten Rechte, die uns bis jetzt vorerhalten werden, was die Herren jetzt wollen, das würde nur dazu beitragen, unsere Freiheit zu verpetzen. (Sehr richtig im Centrum.) Erwarten Sie doch von denen, die Sie zu Helden machen wollen (Oho! rechts), nicht, daß Ihnen noch die Waffen dazu in die Hand geben! Das allgemeine Stimmrecht wurde seiner Zeit eingeführt zur Übertrumpfung Oesterreichs und der anderen deutschen Bundesstaaten; es war eins der Hauptmittel zur Gründung des Reiches; und wenn das Reich durch die Mittel erhalten wird, durch die es begründet wurde, so müssen Sie auch das allgemeine Stimmrecht erhalten. Der Antrag Auer hat bezüglich der Nichtanlösbarkeit des Reichstages viel Verlockendes. Das Centrum braucht die Auflösungen nicht zu fürchten; es mag noch so oft aufgelöst werden, wir kommen entweder alle wieder, oder wir schicken Ihnen an unserer Statt Leute, die genau so aussehen, wie wir. (Heiterkeit.)

Der Reichsanwalt hat uns am vorleschen Sonnabend und Dienstag in eine Lage gebracht, daß wir einer Auflösung rubig entgegesehen können. Die Auflösungsbefugnis ist ja eine sehr starke Waffe der Regierung, wenn sie in jedem Augenblicke vernichten oder verschwinden lassen kann, ist viel stärker, als der, der gar kein Mittel hat, seinen Willen durchzusetzen. Aber die Nichtanlösbarkeit eines politischen Körpers, wie der Reichstag, würde allerdings der Anfang eines Convents sein und das monarchische Prinzip in seinen Grundfesten erschüttern. Darum ist es uns prinzipiell unmöglich, dafür zu stimmen. Dass der entsprechende Antrag gestellt ist, hätte ich für sehr nützlich, er zeigt uns, wo wir sind und wohin wir kommen würden, wenn Herr Kaiser im Stande wäre, seine Doctrin praktisch zu machen. Für jeden ruhig und nicht sprungweise seine Entschlüsse fassenden Staatsmann sollte hierin ein Fingerzeig liegen, zu prüfen, ob die Behandlung des Parlaments das Spiel mit den Auflösungsgerüchten einem conservativen, namentlich aber einem monarchischen Regiment nählich ist. Aus den Bevölkerungen, wie wir sie in den hohen politischen Regionen immer fort wahrnehmen, wo niemals ein Ruhepunkt eintritt, keine Spur einer versöhnlichen Regierung bei bemerkbar wird, ist ein solcher Antrag entprungen. Das Parlament geistet nicht mehr dasselbe Ansehen im Volke, wie früher. Das Interesse für seine Verhandlungen hat ungemein abgenommen; wie groß die Zahl der Wähler ist, die von unseren Verhandlungen blutig gelesen haben, das werden die Herren bei Rückkehr in ihre Wahlkreise leicht merken. Das Volk kommt in immer breiteren Schichten zu dem Glauben, was in der Reichskanzlei beschlossen ist, geschieht doch! Und wie soll es zu einer anderen Anschauung kommen, wenn es sieht, wie uns wiederholt beschlossene Anträge immer wieder zurückgewiesen werden! Gegenüber dieser Dictatur ist weder der Reichstag noch irgend eine andere Macht von Bedeutung; es gilt allein die Dictatur! (Lachender Beifall im Centrum.) Abg. Marquardsen: Der Abg. Windhorst hat uns eben so vorzüglich unterhalten, daß ich ihn bitte, wenn die Auflösung wirklich eingetreten ist, nicht bloß einen Stellvertreter herstellen, sondern selbst wiederkommen zu wollen, sonst hätten wir hier wirklich das Trauerspiel Hamlet ohne den Prinzen von Dänemark. (Heiterkeit) Ich habe mich bei der Vorlage von 1881 mit meinem Freunde von Bemmigten umzuwenden für die Zweckmäßigkeit einer Verlängerung ausgesprochen. Die Ausführungen Mückerts standen wie natürlich ein wenig unter dem Eindruck der preußischen Landtagswahlen. Seine Behauptung, zweit und Ziel der Nationalliberalen sei die Vermehrung der Conservativen gewesen, widerstreift der Thatlichkeit, daß meine Partei in Preußen an vielen Orten die größten Anstrengungen gemacht hat, Gefüllungsgenossen durchzubringen. Unsere Misserfolge wurden zum Theil dadurch verschuldet, daß die freisinnigen Wähler deutsch-conservative Kandidaten vorzogen; daß Centrum und Freisinnige einerseits, Conservativen und Nationalliberalen andererseits zusammengegangen sind, notorisch. Der Hinweis auf die Neuflözung des Rechtsanwaltes Osann war nicht ganz berechtigt. Herr Osann hat bereits am 27. November die Wiedergabe derselben bestätigt, wovon Herr Mückert keine Notiz genommen hat. Eine Gefahr, daß die Anträge der äußersten Linken angenommen werden, besteht in diesem Hause nicht; ich geh daher darauf nicht weiter ein. Bemigsen und v. Bemmigsen sind mit unserer Auffassung der Frage der Ver-

längerung vollkommen einverstanden; hinsichtlich der Opportunität des Antrages stehen wir geringer als die Vortheile für das Volk und die parlamentarische Vertretung; wir wünschen auch, daß die Discussion — und um eine solche kann es sich ja nur handeln — die ganze Frage vor die allgemeine öffentliche Meinung stellt, daß die Wähler sich über ihr Interesse an einer Verlängerung auch schriftlich werden. Das Ansehen des Reichstags, von dem ich wünsche, daß es ein höheres wäre, wird durch den Antrag nicht geschädigt. Dies geschieht viel mehr durch die Versplitterung der Volksvertretung in so viele Richtungen. Der Kandidatenmangel liegt weniger an der mangelnden Opferwilligkeit, als an der Empfindung, daß man sich in die Wahlkämpfe nicht gern mischen mag. Gerade die Leute in unmittelbarer Lebensstellung schreien am meisten davor zurück, sich in der Wahlbewegung durchzuheln zu lassen. Bei längeren Wahlperioden können wir ein größeres Arbeitsergebnis liefern, schon deshalb, weil weniger Zeit auf Wahlprüfungen verloren geht. Es können aber auch die Parteigegenseiten dabei mehr gemildert werden. Wenn man auf gewisse dünne Punkte, auf die Diktatur hingewiesen hat, so kann ich diese Befürchtungen nichttheilen. Die Furcht vor Aufstand mag ja Herrn Windhorst nicht ein Grund sein für seine Abstimmung. Die Nationalliberalen würden einen solchen Schritt in keiner Weise zu bedauern haben. (Heiterkeit.) Ich glaube überhaupt nicht, daß die Entscheidung für oder gegen die fünfjährige Legislaturperiode den Grund für eine Auflösung abgeben wird, oder daß die große Mehrheit der deutschen Wähler durch den Antrag in ihren Rechten sich geprägt seien.

Abg. Mayer (Württemberg) erklärt sich Namens der Volkspartei gegen den Antrag Hellendorff, sowie auch gegen beide Punkte des sozialdemokratischen Vorschlags.

Darau sprach als letzter Redner in der Debatte der Abg. Hänel von der freisinnigen Partei, dessen bedeutende Rede wir ausführlich nachfragen werden. Derselbe wies namentlich darauf hin, daß durch eine Verkürzung der Volksrechte, wie sie in der Verlängerung der Legislaturperioden zum Ausdruck kommen würde, die unerwartete Stellung des Bundesrates nur noch mehr gestärkt werden würde.

Die Abg. von Hellendorff und Bebel erhielten darauf das Schluswort.

Damit schließt die erste Lesung, die zweite wird demnächst im Plenum stattfinden.

Der Präsident setzt auf die nächste Tagesordnung nur die Fortsetzung der Beratung des Staats.

Der Abg. von Jazdewski beantragt, auch die Besprechung der Poleninterpellation auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Windhorst glaubt, daß diese Discussion sich am besten an den sozialdemokratischen Antrag anschließen könnte, vielleicht würde auch die Eratberatung dazu Gelegenheit geben.

Abg. v. Jazdewski erweitert seinen Antrag dahin, daß morgen auch der sozialdemokratische Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Nachdem die Abg. Hänel und Payer erklärt, daß sie eine Discussion über die Ausweisungsfrage nicht scheuen, wird der Antrag des Abgeordneten v. Jazdewski gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Volks-

partei und einiger Freisinnigen abgelehnt.

Schluss 6 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Stat.)

Berlin, 10. Decbr. Die freisinnigen Mitglieder der Commission zur Vorberatung des Beamtenunfallgesetzes, Dr. Barth und Gen., haben zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs eine Reihe von Abänderungen zu den Beschlüssen erster Lesung eingebbracht. Demnach soll das Gesetz auf Personen des Soldatenstandes keine Anwendung finden; die Fürsorge für die Beamten der Reichscivilverwaltung, des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine auf sämtliche Beamte ic., nicht nur auf die in reichsrechtlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigten und bei allen Dienstställen, nicht nur bei Betriebsunfällen, Anwendung finden. Im Falle einer dauernden Beihäbigung sollen dieselben Erstatt der Kosten des Heilverbahrens während der ersten 26 Wochen nach dem Unfall und während der Dauer einer durch den Unfall verursachten Dienstunfähigkeit ihr Diensteinommen mindestens 6 Monate nach dem Unfälle weiter beziehen. Im Falle volliger Erwerbsunfähigkeit kann die Pension über den Betrag von 66 2/3 p.C. des jährlichen Diensteinommens hinaus bis zum vollen jährlichen Diensteinommen erhöht werden. Der Bezug der Rente für die Hinterbliebenen soll mit dem auf den Todestag folgenden Tage beginnen, falls der Verlebte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer, von einer Gemeinde für ihren Bezirk oder von einem weiteren Communalverbande für seinen Bezirk oder Theile desselben getroffener Bestimmung einer Krankenkasse angehört, zu welcher Zuschüsse aus Reichsmitteln geleistet werden, so hört nach Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall der Erstatt der Heilcosten auf und kommt der Betrag des von der Krankenkasse gezahlten Krankengeldes von dem Diensteinommen in Abzug. Der Anspruch auf Pension, Witwen- und Waisenrente soll wegfallen, wenn der Verlebte den Unfall durch ein Versehen herbeigeführt hat, auf welchem Dienstentlassung, Verlust des Titels und Pensionsanspruch oder Verlust der Fähigkeit zur Beschäftigung in einem öffentlichen Dienstzweige steht. Dem § 5 soll hinzugesetzt werden: „Jeder Unfall, welcher von Unfalls wegen oder durch Anmeldung der Beteiligten einer vorgesetzten Dienstbehörde bekannt wird, ist sofort zu untersuchen und zur endgültigen Entscheidung zu bringen. Den Beteiligten ist Gelegenheit zu geben, selbst oder durch Vertreter ihre Interessen bei der Untersuchung zu wahren.“ Der § 12, welcher sich auf die eventuelle Abänderung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfallversicherung vom 28. Mai 1885 seitens des Bundesrats bezieht, soll in Wegfall kommen.

Berlin, 10. December. In der Commission für den Antrag Reichsberger (Einführung der Berufung) wurde heute ausführlich über die Frage diskutiert, ob es nothwendig sei, nach eventueller Wiedereinführung der Berufung gegen die erstinstanzlichen Urteile der Strafkammern § 23, Absatz 8, der Strafprozeßordnung bestehen zu lassen, nach welchem an der Hauptverhandlung vor der Strafkammer mehr als zwei von denselben Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben, und namentlich der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, nicht teilnehmen dürfen. Der Antrag des Abgeordneten Hartmann, welcher Wegfall des Absatzes 3 befürwortete, wurde mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen folgende Fassung des Absatzes angenommen: „An der Hauptverhandlung vor der Strafkammer und Berufungskammer darf der Richter, welcher bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft zu erstatten hatte, nicht teilnehmen.“ Für § 66 der Strafprozeßordnung wird nach Ablehnung eines weitergehenden Antrags folgende Fassung beschlossen: „Wird der Zeuge, nachdem er eidlich vernommen worden ist, in demselben Verfahren oder in demselben Hauptverfahren einschließlich des daraus folgenden Berufungsverfahrens nochmals vernommen, so kann der Richter statt der nochmaligen Beidigung des Zeugen die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den früher geleisteten Eid versichern lassen.“

Berlin, 10. Decbr. In offiziellen Ausfassungen wird jetzt vor vorzeitigen Forderungen der Brantweinsteuerreform gewarnt, da authentische Mitteilungen der Regierung noch nicht vorliegen. Das läßt erkennen, daß das Bekanntwerden des Monopol-Projektes der Regierung unangenehm ist, und bestätigt vielleicht auch das heute in parlamentarischen Kreisen circulierende Gerücht, daß der Widerstand der süddeutschen Staaten gegen das Brantweinmonopol doch entschiedener sein sollte, als man erwartet hatte.

Berlin, 10. Decbr. Die Novelle zum Viehseuchen gesetz gilt

für gescheitert, nachdem heute von der Commission Artikel 1 mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden ist, welcher das Kennzeichnen seuchenverdächtiger Thiere ohne Entschädigung anordnet. Einem Antrage, für die Entwertung der gekennzeichneten Thiere eine Entschädigung zu gewähren, hatten sich die Regierungsveterinare entschieden widerstellt. Der zweite Artikel, der das Impfen verdächtiger Thiere anordnet, hat auch wenig Aussicht auf Annahme.

Posen, 10. Decbr. Aus Warschau wird dem „Dziennik Posnanski“ gemeldet: Regierungssitz sind in den deutschen Fabrikstädten Łódź und Tomaszow sämtliche deutschen Vereine, mit Ausnahme der Feuerwehre vereine, aufgehoben worden. Die Veranlassung hierzu soll die immer gehässiger gegen das Deutschthum auftretende Petersburger Presse sein.

(Aus Wolff's Telegraphischen Bureau.)

Berlin, 10. Decbr. Der Bundesrat genehmigte einstimmig unverändert den Gesetzentwurf über den Nordostsee-Canal und verwies den Handelsvertrag mit Dominica und den Gesetzentwurf über die Bürgschaft des Reiches für die Zinsen der egyptischen Anleihe an die Ausschüsse.

Berlin, 10. Decbr. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ wendet sich gegen die gestrigste Bemerkung Ricke's bei der Beratung des Unterhauses zu dem Kölner Antrage, daß es eine eigenhümliche Geschäftsführung sei, wenn der Bundesrat über seine Stellung zu dem Unterantrage keine Erklärung abgeben könne. Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung beider legislativen Körper, die bezüglich der Gesetzgebung einander gerade so koordinirt sind, wie zwei Landtagshäuser, werde dabei vollständig ignoriert. Die Geringhöchung der Verfassung, die sich in der heutigen Reichstags- Opposition ausstreckt, erscheine als das bedenklichste Symptom für die Zukunft der wiedergewonnenen Einheit. Die gegenwärtige Situation werde aber nicht das letzte Wort in dem Entwicklungspocess der nationalen Einheit sein.

Hannover, 10. Decbr. Bei den heutigen Erstwahlen zum Bürgermeister-Collegium verloren die Welfen vier Sitze an die Nationalliberalen, und damit die Majorität im Colleg.

Dresden, 10. Decbr. Das Befinden der Königin hat sich gebeffert, so das Fieber hat abgenommen.

München, 10. Decbr. Kammer. Bei der Fortsetzung der Beratung des Staats des Innern erörtern Buhl und Frankenburger bei der Hagelversicherungsanstalt den Vorfall betreffs des Zeugnisswangsverfahrens gegen den Redakteur Bohart wegen vorzeitiger Veröffentlichung der Anstaltsdaten. Der Minister des Innern betont die Amtsgeheimnispflicht. Der Anstaltsdirector handelt nach eigener Kompetenz, aber gesetzmäßig, über den Werth des Vorgehens kann man discutieren. Der Justizminister vertheidigt das Vorgehen des Gerichts, nachdem die Justiz angegriffen worden sei. Letzte Praxis wäre ungesehlich. Der Anstalts-Staat wurde schließlich bewilligt.

Belgrad, 10. Decbr. Die Antwort Serbiens auf die letzten Gegenentwürfe Bulgariens ist heute Nacht nach Pitot abgegangen.

Der neuernannte Kriegsminister Franjoovic trifft Morgen Nacht hier ein. Derselbe stellte die Bedingung, daß ihm wesentlich umfassendere, reichlichere Fonds für die Truppenversorgung wie zur Beschaffung von Munition zur Verfügung gestellt werden.

(Wiederholte, weil nur in einem Theil der Auflage.)

## Handels-Zeitung.

Breslau, 10. December.

\* Stempelung aller Banco-Giros für Namen-Actionen. Der Finanzminister hat sich, wie die „B. B. Z.“ aus einer Antwort desselben aus den jüngsten Tagen ersehen, bereit erklärt, auch fernerhin noch die Stempelung aller Banco-Giros für Namen-Actionen gegen Zahlung einer bestimmten Pauschsumme einzutragen, insofern von den betreffenden Gesellschaften, von denen noch derartige Actionen mit ungestempelten Giros existieren, bei ihm dementsprechende Anträge formuliren. Es sind in Folge dieser Bereitwilligkeit neuerdings verschiedene Anträge in dem hier angedeuteten Sinne beim Finanzminister gestellt worden und zwar befindet sich unter Anderem auch die Direction der hiesigen Disconto-Gesellschaft unter den Antragstellern.

\* Wahlen zum Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft. Bei der gestern beendeten Wahl für das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft wurden folgende Herren gewählt: Geheimrat Mendelsohn, Commercierrath Frenzel, Julius Reichenbach, Emil Hecker, Carl Simon Meyer, Geheimrat Schwabach, Director Goldschmidt.

\* Russische Petroleum-Industrie. Man schreibt der „Voss. Ztg.“ aus Petersburg: Eine französische Gesellschaft wird in kurzer Zeit in Kertsch in der Krim Bohrungen nach Naphtaqueellen anstellen. Bereits im vergangenen Sommer waren Sachverständige von der Gesellschaft nach Baku gesandt worden, um sich mit der dortigen Lage der Naphtaproduction und den technischen Einrichtungen bekannt zu machen.

## Ausweise.

Paris, 10. Decbr. [Bankausweis.] Bauryrath Gold Abnahme 1.700.000, Silber Abnahme 4.400.000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 88.300.000, Gesamt-Vorschüsse Zun. 600.000, Notenumlaf Abn. 44.500.000, Guthaben des Staatsschatzes Abn. 8.700.000, Laufende Rechnungen der Privaten Abn. 8.600.000 Frs.

London, 10. Decbr. [Bankausweis.] Totalreserve 12.243.000, Notenumlaf 24.156.000, Bauryrath 20.649.000, Portefeuille 19.479.000, Guthaben der Privaten 23.247.000, Guthaben des Staatsschatzes 3.220.000, Notenreserve 11.258.000 Pfd. Sterl.

## Verlosungen.

\* 5proc. Consolidierte Russische Eisenbahn-Obligationen 4. Emision (von 1873). Verlosung vom 19. November/1. December er. Auszahlung vom 20. Mai

Procent), Schlesische Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln 8-8½ pCt. (1884 14 pCt.), Tabaksgesellschaft „Union“ (vorm. Leopold Kronenberg) 1 pCt. (1884 0), Actien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen, Stammpriorityen 6 pCt. (1884 5½ pCt.). — Die Oesterreichische Localbahn steht im Begriff, auch die der Oesterreichischen Länderbank gehörige Hälfte der Localbahn St. Pölten-Tulln zu erwerben, so dass dann diese Strecke vollständig in den Besitz der Localbahn-Gesellschaft übergehen würde. — Wie hiesigen Blätter berichtet wird, stipuliert der Vertrag über das zwischen der Firma M. J. Caro Sohn als Besitzer der Herminenhütte und der Bismarckhütte abgeschlossene Uebereinkommen, nach welchem diese beiden Hütten in Gleiwitz ein gemeinsames Verkaufsbureau errichten, dass auch andere Hütten der Beitritt zu demselben offen gelassen werden soll. (?) Nach dem „Börsen-Courier“ soll in der am letzten Sonnabend stattgefundenen Versammlung von Vertretern der schlesischen Hochöfen-Werke beschlossen worden sein, in Breslau ein gemeinsames Verkaufs-Comptoir zu errichten. Der Preis für Puddeleisen soll auf 60 M. pro 100 Kilo normirt werden. — Die vier hauptsächlichsten Contrahenten der Braunschweigischen Kohlenconvention sind die Actiengesellschaft Consolidirte Braunkohlen-Bergwerk „Caroline“ bei Offleben, die Braunschweiger Kohlenwerke und die „Victoria“ (im Besitz der Kur- und Neumärkischen ritterlichen Darlehnskasse), sowie die gräflich von Saldern'schen Werke. Es sind ausserdem noch eine Anzahl kleinerer Gruben der Convention beigetreten. Es wird berichtet, dass zunächst der Preis für die Braunkohle um etwa 2 Pfennig pro Hectoliter, nämlich auf 18 Pfennig, heraufgesetzt worden ist. — Der Abschluss der Schienenlieferung von 10000 Tons für Vandebilt durch das englische Stahlwerk „Barrow Company“ soll zu einem Preise geschehen sein, der sich frco. Newyork ungefähr 3,10 Lstrl. per Tons höher stelle, als der zeitige amerikanische Marktpreis. — Die königl. Eisenbahndirection in Magdeburg hat die Lieferung von 319500 laufende Meter Flussstahlschienen in 6 Loosen und 33000 Stück Querschwellen aus Fluss- oder Schweisseisen in 2 Loosen, sowie von verschiedenem anderen Eisenbahnoberbaumaterial auf den 28. December ausgeschrieben. — Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, beschloss der Zweigverein der Rübenzucker-Industrie in Halle, ein Circular an die deutschen Zuckerfabrikanter zu erlassen, den Rübenbau 1886/87 nicht weiter über die Höhe des diesjährigen Rübenquants auszudehnen und gegen die Vorschrift der Magdeburger Kaufmannschaft vom 27. October einen Protest abzufassen. — Die grosse Porzellanfabrik Josef Kratz Söhne in Haindorf, Bezirk Friedland, ist in Concurs gerathen. Die Insolvenz erregt grosses Aufsehen, da die Firma in Wien eine grosse Niederlage ihrer Erzeugnisse besitzt und wohl accredirirt war. Die Passiven sind bedeutend, der Wiener Platz ist tangirt. — An der Productenbörsé sind, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, heute und in den jüngsten Tagen seitens einiger Mühlen ca. 5000 Tonnen Roggen vom Wasser im Austausch gegen Januar-Februar und April-Mai gegen entsprechende Vergrütung aus dem Markt genommen worden. — Die Dux-Bodenbacher Eisenbahn vereinnahmte in der ersten Decemberwoche 48 886 Gulden oder 1186 Gulden mehr als in der correspondirenden Woche des Vorjahres.

**Berlin.**, 10. Decbr. **Fondsbörsé.** Die steigende Bewegung wurde an der heutigen Börse mit neuen Kräften forgesetzt. Die politischen Meldungen blieben gänzlich unbeachtet, dagegen übten die festen auswärtigen Course und namentlich grosse Londoner Käufer in den russischen Fonds bedeutenden Einfluss aus. Oesterreichische Credit-actien schliessen 475,50, Disconto-Commanditantheile 203,87. Auch Berliner Handelsgesellschaft und deutsche Bankactien konnten grössere Coursavancen erzielen. Auf dem ausländischen Eisenbahnactienmarkte waren es in erster Linie wieder Elbthalbahnactien, welche das Interesse der Speculation in Anspruch nahmen und bis 273 Mark avancierten. Dux-Bodenbacher Eisenbahnactien waren eher etwas schwächer, ebenso Galizische Carl-Ludwigsbahnactien und Staatsbahnactien. Ein recht lebhaftes Geschäft fand auch in österreichischen Localbahnactien statt, welche bis 63½ pCt. gehandelt wurden. Auf dem heimischen Bahnenmarkt entwickelte sich ein sehr lebhaftes Ultimo-Geschäft in Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahnactien, welche, da verlautete, dass die diesjährige Dividende eher etwas höher ausfallen werde, als die vorjährige, bis 60,25 avancierten. Auch mecklenburgische Friedrich-Franz, sowie Lübeck-Büchner waren recht fest, während Marienburg-Mlawka neuerdings 1 pCt. nachgeben mussten. Auf dem Rentenmarkt herrschte namentlich für russische Goldanleihen und Italiener lebhafte Kauflust. Ein äusserst bewegtes Geschäft zu steigenden Courses nach schwacher Eröffnung fand wieder auf dem Montantmarkt statt. Dortmunder Union-Stamm-Prioritäten avancierten bis 60 pCt., Launahütte-Actien bis 94½ pCt. und Bochumer Gussstahl bis 127½ pCt. Von den Cassawerthen gewannen Aplerbeker 1½ pCt., Bismarckhütte 2½ pCt., Bochumer Bergwerk La. A. 1½ pCt., Dortmunder Bergbau ¾ pCt., Hagener Gussstahl 1½ pCt., Oberschlesische Eisenbahnbedarf 1,20 pCt., Westfälische Drahtindustrie 1,90 pCt. Erheblich niedriger waren dagegen Aachen-Höingen 1¼ pCt. und Märkisch-Westfälischer Bergwerkverein 1 pCt. Ein grosses Geschäft fand bei besseren Courses auch in Stolberger Zinkhütten-Stamm-Prioritäten statt. Unter den übrigen Industriepapieren stiegen Linke-Breslau 1½ pCt., wogegen Hoffmann-Waggon ¾ pCt. einbüsst.

**Berlin.**, 10. December. **Productenbörsé.** An der Productenbörsé genügte eine kleine Vermehrung des Angebots von Weizen, um auf den Werte des Artikels empfindlichen Druck auszuüben. Die hieraus hervorgehende grosse Zurückhaltung auf Seiten der Käufer für Roggen hat auch für diesen Artikel eine kleine Preiserhöhung herbeigeführt, ohne den Umsatz irgend wie zu beleben. — Hafer ist etwas billiger künftig gewesen, aber doch nicht mehr beachtet worden. — Rüböl stellte sich namentlich für entfernte Termine niedriger im Praise. Es fehlt an Käufern, so dass die von den Müllern ausgehenden Offeren sich nur mit Mühe unterbringen lassen. — Spiritus war anfänglich begehrt und besser zu verwerthen, ermittelte jedoch merklich unter dem Einfluss nachhaltiger Anerbietungen und schliesst kaum so hoch wie gestern.

**London.**, 10. December. **Zuckerbörsé.** Havannazucker Nr. 12 16 nom., Rüben-Zucker 15½ steigend, Centrifugal-Cuba 16¾.

#### Telegramme des Weißschen Bureaus.

**Berlin.**, 10. Decbr. 3 Uhr 10 Min. (Dringl. Origin. Dopechte des Breslauer Zeitung.) Fest.  
Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.  
Oesterr. Credit. ult. 475 50 474 50 Getthard .... ult. 111 75 111 50  
Disc. Command. ult. 2 3 87 202 87 Ungar. Goldrente 80 — 79 87  
Franzosen.... ult. 447 50 448 — Mainz-Ludwigshaf. 98 25 98 50  
Lombarden.... ult. 220 — 2 9 50 Russ. 1880er Anl. ult. 81 50 81 50  
Conv. Türk. Anleihe 14 53 14 37 Italiener .... ult. 95 50 95 37  
Lübeck-Büchen. ult. 166 12 165 23 Russ. II. Orient-A. ult. 59 87 60 —  
Dortmund-Gronau-Enschede St.-Act. ult. — — Laurahütte .... ult. 94 50 94 25  
Marien-Mlawka ult. 55 25 57 — Galizier .... ult. 92 75 93 —  
Ostpr. Südb.-St.-Act. 98 75 99 — Russ. Banknoten ult. 200 25 200 —  
Serben.... ult. 78 50 77 50 Neueste Russ. Anl. 96 25 96 —

**Berlin.**, 10. December. **Schlussbericht.**  
Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.  
Weizen. Flau. Rüböl. Flau.  
Decbr. Januar ... 149 — 149 50 Decbr. Januar ... 46 — 46 2  
April-Mai ... 154 75 155 75 April-Mai ... 46 — 46 60  
Roggen. Mutter. Spiritus. Ermattend.  
Decbr. Januar ... 129 50 129 75 Ioco .... 39 90 39 5  
April-Mai ... 133 75 134 25 Decbr. Januar ... 40 — 39 90  
Mai-Juni ... 135 25 135 25 April-Mai ... 41 40 41 50  
Hafer. Decbr. Januar ... 126 — 126 50 Juni-Juli ... 42 50 42 60

**Stettin.**, 10. December. — Chr. — Min.  
Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.  
Weizen. Unveränd. Rüböl. Unveränd.  
April-Mai ... 145 — 145 50 Decbr. Januar ... 45 — 45 —  
Mai-Juni ... 157 — 157 50 April-Mai ... 46 — 46 —

Roggen. Unveränd. Spiritus.  
Decbr. Januar ... 125 — 126 — Ioco ... 38 — 37 70  
April-Mai ... 131 — 131 — Decbr. Januar ... 38 60 38 —  
Juni-Juli. .... 42 20 41 50

Petroleum\*) 12 10 12 10  
\*) Versteuert Usance 1½ pCt.

Berlin, 10. Decbr. 1 Amtliche Schluss-Course] Fest.		Cours vom 10. 9.	
Eisenbahn-Stamm-Actien.	Cours vom 10. 9.	Poznauer Pfandbriefs	100 60 100 60
Mainz-Ludwigshaf.	98 50 98 70	Schles. Rentenbriefe	101 70 101 8
Galiz. Carl-Ludw.-B.	92 80 93 —	Goth. Prm.-Pfbr. S.I.	99 40 99 10
Gotthard-Bahn.	111 60 111 40	do. do. S. II.	97 50 97 50
Warschau-Wien.	217 90 217 60	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	
Uebtice-Büchen.	166 — 165 —	Breslau-Freib. 4½%.	101 50 101 60
		Obersch. 3½% Lit.B.	97 70 97 70
		do. 4½%.	101 70 101 70
		do. 4½% 1879	— 104 50
		R.-O.-U.-Bahn 4½% L.	— — —
		Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	58 50 58 30
		Ausländische Fonds.	
		Italienische Rente.	95 60 95 40
		Oest. 4½% Goldrente	88 30 88 30
		do. 4½% Papier.	66 80 66 80
		do. 4½% Silber.	66 70 66 80
		1860er Loose.	116 90 116 80
		Poln. 50% Pfandb.	60 — 59 90
		do. Liq.-Pfandb.	55 70 55 60
		Prus. 50% Staats-Obl.	91 90 91 80
		do. 60% do.	103 50 103 40
		Russ. 1880er Anleihe.	81 50 81 20
		do. 1884er do.	96 30 96 10
		Orient-Anl. II.	60 — 59 90
		do. Bod.-Cr.-Pfbr.	92 — 91 90
		do. 1883er Goldr.	111 — 110 70
		Kramsta Leinen-Ind.	128 50
		Türk. Feuers. conv.	14 60 14 40
		do. Tabaks-Action.	88 70 88 70
		do. Loose.	33 — 32 50
		Ung. 4% Goldrente	80 10 79 80
		do. Papierrente.	73 20 73 20
		Serbische Rente.	78 90 78 —
		Bankkosten.	
		Gest. Bankn. 100 Fl.	161 95 162 —
		Russ. Bankn. 100SR.	200 20 199 95
		do. St.-Pr.-A.	115 — 115 —
		do. per alt.	200 50 200 —
		Wachsen.	
		Amsterdam 8 T.	168 75 168 75
		London 1 Lstr. 8 T.	20 33½ 20 33
		do. 1 M. 20 23½	20 23
		Paris 100 Frs. 8 T.	80 70 80 70
		Wien 100 Fl. 8 T.	161 80 161 80
		do. 100 Fl. 2 M.	161 05 161 05
		Warschau 100SR 8T	200 — 199 55
		Privat-Discont 20%.	
		Wien, 10. December. [Schluss-Course] Sehr fest.	
		Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.	
		1860er Loose.	— — —
		1884er Loose.	— — —
		Ungar. Goldrente.	— — —
		4½% Ungar. Goldrente.	99 27 98 52
		Papierrente.	82 65 82 35
		Silberrente.	83 10 82 85
		London.	125 70 125 70
		Oesterr. Goldrente.	109 10 109 —
		Elbthalbahn.	167 — 163 75
		Wiener Unionbank.	— — —
		Marknoten.	61 75 61 80
		Wiener Bankverein.	— — —
		Paris, 10. Decbr. 3% Rente 81, 17. Neueste Anleihe 1872 109, 25	
		Italiener 97, 27. Staatsbahn 565, —. Lombarden, —, Fest.	
		Paris, 10. December, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course] Fest.	
		Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.	
		3proc. Rente.	81 17 81 —
		Amortisirbare.	82 80 82 72
		Orientalanleihe II.	— — —
		3proc. Anl. v. 1872.	109 22 109 07
		Orientalanleihe III.	— — —
		ital. 3proc. Rente.	97 17 97 10
		Goldrente, öster.	88 — 87½
		Oesterr. St.-E.-A.	563 75 563 75
		do. ungar. 6pct.	— — —
		Lomb. Eish.-Act.	282 50 —
		do. ungar. 4pct.	81 ½ 81 18
		Fürken neue cons.	14 42 14 37
		1877er Russen.	101 60 101 50
		Russ. 1873er Russen.	94 ½ 94 75
		London, 10. December. Consols 99, 05. 1873er Russen.	
		Wetter: Frost.	
		London, 10. Dec., 12 Uhr 10 Min. Russen 94 75.	
		London, 10. Dec., Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course] Plattdts cont. 2½ pCt. Bankeinzahlung 210 000 Pfd. Sterling aus Australien, Bankauszahlung 135 000 Pfd. Sterl., vermutlich nach Deutschland. Fest.	
		Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.	
		Consols.	99 05 99 05
		Silberrente.	67 — 67 —
		Papierrente.	— — —
		Ungar. Goldr.	80 ½ 80 ½
		Oesterr. Goldrente.	88 — 87
		Lomb. Elsonbi.	135 50 134 80
		Ungar. Papierrente.	90 75 90 10
		Galizier.	227 25 228 75
		Elbthalbahn.	167 — 163 75



# Etat der Handelskammer und der Börse für das Jahr 1886.

Titel.	Allge- meine Unkosten. M.	Von den allgemeinen Unkosten entfallen auf den Etat der		Handels- kammer M.	Börse M.
		Borsa. M.	Breslau, Schlossohle. M.		
I.	Gehälter, Diäten und Reisekosten für das Amtsslocal und Wirthschaftsschädigung . . . . .	14 656	10 410	4 246	
II.	Für Heizung, Beleuchtung und Schreibmaterialien . . . . .	1 825	1 825	—	
III.	Für Herstellung des Jahresberichts, Zeitungsanzeigen und sonstige Drucksachen . . . . .	660	540	120	
IV.	Für Porto . . . . .	2 800	2 600	200	
V.	Für Börsendepeschen, Zeitungen, Bücher, Zeitschriften und Coursberichte . . . . .	200	200	—	
VI.	Beiträge zum Handelstage und anderen Vereinen und Gesellschaften . . . . .	5 400	1 755	3 645	
VII.	Insgemein . . . . .	1 097	1 097	—	
VIII.	Summa . . . . .	1 600	800	800	
		28 238	19 227	9 011	

Vorstehenden Etat bringen wir in Gemäßigkeit des § 22 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 und des § 16 der Neuen Börsenordnung für Breslau vom 2. October 1876 zur öffentlichen Kenntnis.

Breslau, 8. December 1885.

## Die Handelskammer.

Statt besonderer Meldung.  
Die Verlobung meiner Tochter Clara mit dem Kaufmann Herrn Max Heinemann in Berlin beeindruckt mich hiermit anzugeben.

Breslau, den 10. December 1885.

[8460] Leopold Weigert.

Die glückliche Geburt eines Mädchens zeigen hoherfreut an [7422]

Max Prostauer und Frau,

geb. Fränkel.

Statt besonderer Meldung.

Die Geburt einer Tochter zeigen hoherfreut an [7420]

Cantor Joseph Epstein und Frau

Clara, geb. Bobrecker.

Berlin, den 9. December 1885.

Die heut Morgen erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Anna, geb. Nasel, von einem gesunden, kräftigen Knaben beehrt sich ergebenst anzugeben.

[8466] Langenbielau, 8. December 1885.

Herrn Krichler, Buchdruckereibesitzer.

Gestern Abend 7½ Uhr entriß uns der Tod unsere innigstgeliebte

Frieda

im Alter von 4 Jahren.

Im tiefsten Schmerz bitten um stille Theilnahme [8471]

Conrad Schubert

nebst Frau

und Schwiegermutter.

Breslau, den 10. December 1885.

Heute entriß uns nach kurzem Krankenlager der Tod unsere älteste Tochter [7419]

Emma

im Alter von 22 Jahren, was wir, um stilles Beileid bittend, Freunden und Bekannten anzeigen.

Nicolai, den 9. December 1885.

S. Kosterlik und Frau, geb. Jotikowit.

## Statt jeder besonderen Meldung.

Heute früh 1½ Uhr starb nach langen und schweren Leiden unser innigstgeliebter Sohn, Gatte, Vater, Schwiegervater und Grossvater

[7441]

## Hermann Bothe,

Berginspector von Gräfin Lauragrube, im kräftigsten Mannesalter von 48 Jahren und 4 Monaten.

Um stille Theilnahme bitten

## Die trauernden Hinterbliebenen.

Gräfin Lauragrube bei Königshütte OS., den 10. December 1885.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. d. M., Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, auf Gräfin Lauragrube, aus statt.

Für die zahlreichen Beweise wohlthuender Theilnahme, welche uns nach dem Heimgange unseres theuren Schwagers und Onkels, des Partenier

[8462]

## A. J. Pringsheim

geworden sind, sagen wir hiermit unseren verbindlichsten Dank.

## Die Hinterbliebenen.

## Basler Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Moritz Vogt, Generalagent in Breslau, Ohlau-Ufer Nr. 9.

[3857]

## Verein der Breslauer Aerzte.

Für diejenigen Herren Mitglieder, die an den Wintercursen noch theilzunehmen beabsichtigen, liegen die Listen zum Einzeichnen ihrer Namen in der Vereinsrendantur — Palmstraße Nr. 15, pr. — ans. Der Vorstand. J. A. Freund.

## 29 Eine große Partie 29

moderne schwarze

Pelzmuffe, in Seidenhase, Waschbär, Opossum, Scheitelasse, Skungs, von 4 bis 10 Mark an, empfiehlt in guter Qualität und schöner Form

## Robert Baumeister,

Kürschnerei, [2243]

## 29 Breslau, 29 Ring 29, 29

„Zur goldenen Krone.“

in den Commanditen.

in den Comanditen.

# Pruessische Central-Bodencredit-Aktiengesellschaft.

Bei der am 2., 3. und 5. December 1885 in Gegenwart des Notars Kauffmann stattgehabten ordentlichen Verlosung unserer 5%, 4½% und 4% Central-Pfandbriefe sind folgende noch im Verkehr befindliche Nummern der betreffenden Emissionen gezogen worden:

Am 2. December 1885 wurden gezogen:

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1871, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 163 224 269 803. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 353 526 1522 1774 1860 2196. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 387 581 591 807 1070 1450 1627 2222 2256 2672 2711 2924 3582 3589 4173 4235 4368 4590 4698 4855 5315 5681 5687. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 109 166 529 735 1104 1909 1968 2701 2781 2917 3481 3503 4278 4676 4722 5552 6098 6852 6941 6952 7120 7368 7630 7876 7890 8110 8493 8811 8912 9353 9953 10177 10568 10577 10983 11081 11130 11398 11970 12234 12692 12999 13314 13323 13994 14726 14746 14893. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 170 479 842 958 1467 1579 1642.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1872, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 373 604 1290 1413. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 400 562 868 1123 1327 1497 1537 2152 3480 3554. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 70 488 660 706 1027 1688 1813 2292 2501 2503 3344 3364 3781 5001 5061 5236 5412 6445 6498 6513. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 904 1250 1469 2055 2397 2457 3252 3307 3613 3679 3806 3940 4660 4691 4849 5184 5373 5521 6060 6211 6478 6483 6992. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 105 284 316 821 847 890 977.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1873, Ser. II, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 826 886 1266 1902. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 550 909 1664 2994. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 244 1025 1286 1835 2785 3067 3712 3873 3892 3900 4125 4202 4266 4275 4665 4783 4956 6432 6556. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 131 966 988 1136 1262 1561 2239 2593 2675 2724 3057 3129 3527 4016 4243 4258 5237 5864 6307 6324 6598 6823 6875 7266. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 78 504 661.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1874, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 724 1222. Lit. B. über 1500 M. Nr. 1161 1168. Lit. C. über 600 M. Nr. 616 708 1210 1484 1772 2137 2433. Lit. D. über 300 M. Nr. 554 705 874 1090 1259 1539 1811 1834. Lit. E. über 150 M. Nr. 67 71.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1876, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 43 199 656 794. Lit. B. über 1000 M. Nr. 672 1555 1623. Lit. C. über 500 M. Nr. 81 176 338 411 1337. Lit. D. über 300 M. Nr. 1608 1823 1880 2121 2740. Lit. E. über 100 M. Nr. 22 474 497.

Am 3. December 1885 wurden gezogen:

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1872, Ser. I, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 561 593 613 692 1081 1307. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 204 271 601 1015 1673 2181 2225 2608 2615 2654 3014 3052. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 388 858 953 1264 1824 1847 2148 2461 2537 2594 2708 2807 3380 3491 3621 3682 3780 4097 4916 4928 5130 5141 5441. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 284 610 626 980 1217 1384 1831 1943 2161 2432 2516 2902 3059 3204 3302 4055 4318 4397 4675 5066 5187 5300 6033 6086 6389. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 175 211 255 530.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1872, Ser. II, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 60 500 525 864 1316 1388 1469. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 35 433 1387 1525 1747 2171 2260 2898 2937. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 479 573 1097 1333 1708 1790 1875 1910 1993 2062 2129 3674 4138 4280 4568 4752. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 399 945 1007 1178 1398 1422 1423 2427 2529 2678 3027 3627 3735 4070 4261 4380 4436 4573 4732 4970 5156 5310 5782 5801 5841 5897. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 161 801 1014 1055.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1874, Ser. I, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. = 3000 M. Nr. 132 743 1579. Lit. B. über 500 Thlr. = 1500 M. Nr. 25 1395 1425 1571 1711 2271 2418 2719 2889. Lit. C. über 200 Thlr. = 600 M. Nr. 354 535 568 1055 1057 1213 1260 2548 3143 3493 3945 4085 4538 4681. Lit. D. über 100 Thlr. = 300 M. Nr. 29 32 90 403 743 1186 1309 1381 1392 1682 2564 3297 3860 4046 4251 4447 4497 5018 5420 5840. Lit. E. über 50 Thlr. = 150 M. Nr. 81 243 813.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1875, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 39 740 1456 1543 1774. Lit. B. über 1000 M. Nr. 5 177 350 541 1322 1650 2448 2659 3073 3412 3584 4184 4909. Lit. C. über 500 M. Nr. 313 491 760 872 1753 2415 2750 2898 3043 3215 3355 3618 3678 4028 4414 4629. Lit. D. über 300 M. Nr. 68 125 169 192 1046 1107 1180 1424 1756 2729 2785 2882 2912 4419 4751 4779 4819. Lit. E. über 100 M. Nr. 223 254 483.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1877, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 408 497 628 1186. Lit. B. über 1000 Mark. Nr. 148 495 732 987 1257 1484. Lit. C. über 500 M. Nr. 240 773 912 1507 1723 2048 2434. Lit. D. über 300 M. Nr. 820 1069 1987 2433 2568. Lit. E. über 100 M. Nr. 42 185 250.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1879, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Sämtliche noch im Verkehr befindliche Pfandbriefe.

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1880, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 250 395 573 1094 1273 1322 1439 1594 1763. Lit. B. über 1000 M. Nr. 541 597 673 782 856 987 1357 1737 1948 1989 2168 2238 2379 2481 3501 3784 4007 4116 4421 4461. Lit. C. über 500 M. Nr. 57 382 535 875 880 1277 1431 1480 1807 1818 1895 2203 2792 3159. Lit. D. über 300 M. Nr. 326 343 524 833 1739 1863 2080 2172 2311 2349 2872 3113 3152. Lit. E. über 100 M. Nr. 98 438 459 752 753 1199.

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1881, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 142 335 509 659 735 899 902 906 1863. Lit. B. über 1000 M. Nr. 38 67 109 605 652 1057 1371 1475 2170 2186 2317 2389 2415 2818 3371 4031 4795 4926. Lit. C. über 500 M. Nr. 234 408 580 817 1111 1112 1531 2455 2687 2973 2975 3009 3063 3209 3383. Lit. D. über 300 M. Nr. 818 1024 1026 1632 1673 2113 2145 2146 2179 2687 3149. Lit. E. über 100 M. Nr. 395 605 655 707 1210.

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1882, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 245 714 1160 1309 1847 1891 2382 2385 2647. Lit. B. über 1000 M. Nr. 320 496 640 1291 1634 1665 1681 1958 2257 2498 3585 3698 3849 3880 3900 3926 4089. Lit. C. über 500 M. Nr. 312 599 694 1165 1743 1926 2010 2330 2469 2749 2775 3162 3209. Lit. D. über 300 M. Nr. 45 595 669 715 803 936 1183 1707 2187 2331. Lit. E. über 100 M. Nr. 308 693 1151 1311 1319 1372.

Am 5. December 1885 wurden gezogen:

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1883, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 88 390 400 952 1083 1085 1137 1612. Lit. B. über 1000 M. Nr. 467 939 1555 1676 1830 2157 2270 2448 3056 3288 3469 3903 3981 4363 4546 4876 4954 4988. Lit. C. über 500 M. Nr. 82 207 275 476 527 1613 2187 2209 2933 3099 3314 3343. Lit. D. über 300 M. Nr. 255 456 585 622 773 1008 1148 1736 1999 2116 2474 2760. Lit. E. über 100 M. Nr. 263 557 637 863.

4% Central-Pfandbriefe, Emission vom Januar 1884, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 581 731 857 1248 1560 1849 1851 2383. Lit. B. über 1000 M. Nr. 1389 1443 1552 1707 1728 1741 1796 1870 2659 3195 3454 3565 3757 3790 4481 4822 4877. Lit. C. über 500 M. Nr. 1383 1540 1670 2442 2574 2857 2920 2989 3005 3253 3343. Lit. D. über 300 M. Nr. 158 435 560 626 1039 1204 1688 2819 2835 3110. Lit. E. über 100 M. Nr. 120 209 431 1032 1225.

4% Central-Pfandbriefe, III. Emission vom November 1884, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 2415 2565 3034 3639 4050 4226 5262 5495 5499 5682 5838 5844. Lit. B. über 1000 M. Nr. 5116 5328 5624 5631 6089 6305 6445 6683 6938 7093 7683 7844 7917 7931. Lit. C. über 500 M. Nr. 3642 4217 4752 4922 5396 5631 6016 6188 6420 6739 6760 6822. Lit. D. über 300 M. Nr. 3651 3676 4079 4536 4547 4549 4554 4560 4584 4587 4598 4957 5329 5386 5654 5847 6110 6322 6348 6597 6842 7210 7980 9234 9649 9695 10006 10239 10498 10909 11880 11992 12055 13571 13595 13632 14324 14337 14712 14795 15341 15593 16568 16745 17304 17391 17399 18197 18198 18356 18894 19791 19846 19875. Lit. E. über 100 M. Nr. 1614.

Die Rückzahlung erfolgt vom 1. Juli 1886 ab in Berlin außer an der Gesellschafts-Kasse bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, bei dem Bankhaus S. Bleichröder; in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus M. A. von Rothschild & Söhne; in Köln bei dem Bankhaus Sal. Oppenheim jun. & Co. gegen Einlieferung der Pfandbriefe und der nicht fälligen Binschäfte nebst Talon. [7412]

Die Direction.

Berlin, 10. December 1885.

# Bekanntmachung.

Für das am Schlusse dieses Jahres ausscheidende Mitglied unserer Kammer, [3423]

Herrn Domainenrath Klawitz in Slawenz, ist für den Kreis Cosel eine Neuwahl vorzunehmen, woz

### Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist bei der unter Nr. 77 zu Freiburg in Schlesien unter der Firma: [7403]

**A. Willmann & Comp.**

in Freiburg i. Schl.

bestehenden Handelsgesellschaft heut nachstehendes eingetragen worden:

**Col. 4. Rechtsverhältnisse der Gesellschaft:**

Der Kaufmann August Willmann und der Uhrmacher Herrmann Lempke, beide in Freiburg, sind aus der Handelsgesellschaft ausgeschieden und steht die Befugniss, die letztere zu vertreten, nur dem Uhrmacher

**Wilhelm Kirke** { in dem Schmid { Freiburg

**Gustav Hoffmann** und dem Uhrmacher August Klenner in Sirlau in der Art zu, daß die Vertretung und die Bezeichnung der Firma steis von zwei von diesen in Gemeinschaft ausgeübt werden soll.

Schweidnitz, den 6. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

### Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1886 werden zur Veröffentlichung der Eintragungen in unserm Handels-, Ge- nossenschafts-, Zeichen- und Muster- Register folgende Blätter bestimmt:

- das Militärische Kreisblatt,
- der Staatsanzeiger,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

Militärisch, den 8. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist unter Nr. 6 die Firma [7404]

**J. G. Feuerbach**

zu Militärisch gelöscht worden.

Militärisch, den 7. December 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

Die auf die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers sich beziehenden Geschäfte für die Bezirke der Königlichen Amtsgerichte Kreuzburg OS., Konstadt und Pitschen werden bei dem unterzeichneten Gericht im Geschäftsjahre 1886 von dem Amtsrichter Adamek unter Mitwirkung des Ersten Gerichtsschreibers, Kanzleirath Beckewitz bearbeitet und die Bekanntmachungen durch

- den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,
- die Schlesische Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

veröffentlicht werden. [7398]

Kreuzburg OS.,

den 6. December 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Teuber.

### Bekanntmachung.

In dem Geschäftsjahr 1886 werden die auf Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers der Königlichen Amts-Gerichte zu Lublinitz und Guttentag sich beziehenden Geschäfte von dem Herrn Amtsrichter Schulz, unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Wimmer, beide zu Lublinitz, bearbeitet. — Die vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden in dem Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeiger, der Berliner Börsen-Zeitung, der Schlesischen Zeitung und der Breslauer Zeitung veröffentlicht werden. [7399]

Lublinitz, den 4. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

### Bekanntmachung

wegen Holz-Verkaufs im Wege des Meistgebots.

Oberförsterei Panten.

Forstdistrict Helle, Kaltwasser, Lindhardt.

Es sollen

Samstagabend, am 19. December,

Vormittags 11 Uhr,

folgende Hölzer, als:

a. Aus Helle. (Fagen 67.)

342 Stück Nadelstämme I. bis V. Klasse und 50,50 Hundert Wacholder-Faschinen.

b. Aus Kaltwasser. (Fagen 90.)

317 Stück Eichenstämme I. bis V. Kl. 12 cm Eichennusscheitholz, 2 Weichholzstämme, 102 Stck. Kiefern, 325 Stück Fichtenstämme I. bis V. Kl. und 16 cm Fichten-

nusscheitholz.

7. Lindhardt.

116 Stück Kiefern und 7 Birken-

Abschnitte, sowie diverses Brennholz aus den vorbenannten

(Nur alter Einschlag)

im Schlossgärtnerhof zu Kaltwasser öffentlich meistbietende verkaufstwerden.

Der Steigerpreis muß im Termine an den mitamwesenden Rendanten oder dessen Stellvertreter entrichtet werden.

Die zu verkaufenden Hölzer wird auf Verlangen der Förster bereits vor dem Termine nachweisen.

Försthaus Panten, den

9. December 1885. [7429]

Der Königliche Oberförster.

**6 Pf.-Cigarren,**

prachtvolle Qualitäten, empfiehlt

Gustav Schulz, Nicolaistr. 24.

### Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Gründbuch von Inowrazlaw Band 7 Blatt 332 Artikel 50 resp. Band 29 Blatt 1 Artikel 951 resp. Band 29 Blatt 13 Artikel 952 resp. Band 29 Blatt 25 Artikel 953 auf den Namen der Witwe Rosalie Loewinsohn, gebor. Hartmann, eingetragenen Grundstücke Inowrazlaw Nr. 328b resp. Nr. 1177 resp. Nr. 1178 resp. Nr. 1179.

am 11. Februar 1886,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Das Grundstück Inowrazlaw Nr. 328b ist mit einer Fläche von 0,29,94 Hektar zur Grundsteuer, mit 1371 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer, das Grundstück Inowrazlaw Nr. 1177 ist mit einer Fläche von 0,03,26 Hektar zur Grundsteuer, mit 1350 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer, das Grundstück Inowrazlaw Nr. 1178 ist mit 2,25 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,03,85 Hektar zur Grundsteuer, und das Grundstück Inowrazlaw Nr. 1179 ist mit 31,35 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,53,5 Hektar zur Grundsteuer, mit 6000 Mark Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundstücksläster, etwaige Abweichungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I, eingesehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird [7425]

am 12. Februar 1886,

Vormittags 11 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden. Inowrazlaw, d. 5. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung I.

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist unter Nr. 6 die Firma [7404]

**J. G. Feuerbach**

zu Militärisch gelöscht worden.

Militärisch, den 7. December 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

Die auf die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers sich beziehenden Geschäfte für die Bezirke der Königlichen Amtsgerichte Kreuzburg OS., Konstadt und Pitschen werden bei

dem unterzeichneten Gericht im Geschäftsjahre 1886 von dem Amtsrichter Adamek unter Mitwirkung des Ersten Gerichtsschreibers, Kanzleirath Beckewitz bearbeitet und die Bekanntmachungen durch

- den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,
- die Schlesische Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

veröffentlicht werden. [7398]

Kreuzburg OS.,

den 6. December 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Teuber.

### Bekanntmachung.

In dem Geschäftsjahr 1886 werden die auf Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers der Königlichen Amts-Gerichte zu Lublinitz und Guttentag sich beziehenden Geschäfte von dem Herrn Amtsrichter Schulz, unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Wimmer, beide zu Lublinitz, bearbeitet. — Die vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden in dem Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeiger, der Berliner Börsen-Zeitung, der Schlesischen Zeitung und der Breslauer Zeitung veröffentlicht werden. [7399]

Lublinitz, den 4. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Am 21. December d. J.

sollen in der Kammerforst Mirstadt in den Fagen 14a und 18c Kiefern-Bau- und Schneidehölzer auf einer Fläche von circa 4,25 ha zum Selbsttrieb stehend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Die Licitation findet

um 11½ Uhr Vormittags

in dem Gaströste des Herrn Kirsch

in Antonin statt. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben,

können auch gegen Erfattung der Copialien vom Magistratbüro bezogen werden. Die Hölzer ist der Stadtforster Kauflebhabern vorzuzeigen angewiesen. [7424]

Mirstadt, den 7. Decbr. 1885.

Der Magistrat.

### Holz-Verkauf!

Am 21. December d. J.

sollen in der Kammerforst Mir-

stadt in den Fagen 14a und 18c

Kiefern-Bau- und Schneidehölzer auf

einer Fläche von circa 4,25 ha zum

Selbsttrieb stehend gegen gleich baare

Zahlung verkauft werden.

Die Licitation findet

um 11½ Uhr Vormittags

in dem Gaströste des Herrn Kirsch

in Antonin statt. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben,

können auch gegen Erfattung der Copialien vom Magistratbüro bezogen werden. Die Hölzer ist der Stadtforster Kauflebhabern vorzuzeigen angewiesen. [7424]

Mirstadt, den 7. Decbr. 1885.

Der Magistrat.

### Kaffee-Haus

auf frequentestem Platze, in welchem

ein elegant eingerichtetes

[7431]

### Kaffee-Geschäft,

sowie eine

### Restauration

in getrennten Localitäten im besten

Betriebe sich befinden, unter vortheil-

haften Bedingungen zu verkaufen.

Eignet sich sowohl als Capital's-An-

lage, insbesondere aber zum Selbst-

betriebe für Cafétiers und Restau-

rateure.

Näheres beim Eigentümer

**Königstein in Troppau.**

Zwischenhändler ausgeschlossen.

### Apfelsinen

10 Pf. Positork mit ca. 15, 25 ob.

40 Stück je nach Größe (wie kleine

Frucht, ca. 50 Stück als Christbaum-

Behänge) liefert **punktfrei** für

2 Mr. 50 per Korb die Administra-

tion des „Exporteur“ in Triest.

Verantwoortlich: Gustav Schulz, Nicolaistr. 24.



Nr. 868. Morgen-Ausgabe.

Sechsundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Freitag, den 11. December 1885.

## Die Wahlen in England.

Der Ausgang der englischen Wahlen steht heute schon dahin fest, daß entweder die Liberalen für sich allein, oder die Tories, diese aber nur in enger Verbindung mit den Irlandern, eine knappe Majorität von wenigen Stimmen im neuen Parlament beobachtet werden. Daraus ergibt sich, daß entweder dem Parlamente selber nur eine ganz kurze Dauer beschieden sein kann, weil keine genügende compacte Mehrheit herzustellen ist, oder daß sich schließlich die gemäßigten Whigs mit den gemäßigten Conservativen unter Abstossung der Extreme auf beiden Seiten zu einer solchen Phalanx zusammensetzen müssen, oder endlich, daß die Welt das seltsame Schauspiel erleben wird, wie die Parnellites das Reich der Königin von Großbritannien und Kaiserin von Indien regieren, weil man von rechts wie von links her sich beeilen wird, ihnen die Concessions auf dem Präsentsteller entgegen zu bringen. Parnell hat zwar wiederholt erklärt, die irische Brigade, die auf 80—90 Köpfe anzuwachsen droht, würde völlig rücksichtslos bald mit den Tories, bald mit den Whigs votiren, je nachdem die einen oder die andern dem Homerule mehr bieten. Aber damit, daß der Parlamentarismus zu einem reinen Handel herabgewürdigt wird, ist der Schaden, den das gestiegerte Gewicht der irischen Stimmen anrichtet, noch lange nicht erschöpft. Der Kelte wie der Slave geht mit der kirchlichen und politischen Reaction nicht blos soweit Hand in Hand, wie er seinen egoistischen Vorheil dabei findet, sondern er fühlt sich nur auf dieser Seite recht wohl und behaglich. Irland ist daher bei allen großen Krisen der Weltgeschichte stets auf der Seite gestanden, die der Sache der Humanität und der Freiheit feindlich gesinnt war. Es hat für die despotische Universalmonarchie zu Gunsten Philipps II. gegen die Königin Elisabeth, für Ludwig XIV. gegen William III. gekämpft, und dem Despotismus Napoleons seinen hilfreichen Arm geliehen. In blutigen Bürgerkriegen hat es England mit zerfleischt, indem es den Prätendenten aus dem Hause der Stuarts beistand; und es hat in der jüngsten Zeit noch den kannibalen Seavays ebenso wie den Sudanen des Mahdi zugejubelt. Das ist ein Unglück, das sich aus der Lage Irlands erklärt, weil auf der Grünen Insel das alte Wort gilt: „Englands Verlegenheiten sind Irlands Gelegenheiten.“ Aber es bezeichnet auch nur zu genau, daß die Stellung Irlands allemal auf derjenigen Seite sein muß, welcher die Menschheit den Sieg nicht wünscht.

Diesem seinem alten Prinzip ist Irland auch bei den Wahlen treu geblieben. Zwei Ministerien und die zehn besten Jahre seines Lebens hatte Gladstone daran gesetzt, um ein tausendjähriges, aber wahrlich nicht unverzweigtes Nebel gut zu machen, das England den Iren zugefügt. Niemand kann leugnen, daß er der Insel menschenwidrigste Zustände verschafft hat, indem er nach Möglichkeit der Vergewaltigung der katholischen Kirche durch die englische Hochkirche und der Entziehung von Grund und Boden, der den Eingeborenen gehörte, durch anglo-sächsische Einwanderer ein Ziel gesetzt hat. Aber wie sind den Liberalen alle diese Wohlthaten heimgezahlt worden! In ganz Irland ist nicht ein einziges oppositionelles Mitglied gewählt, ja in den großen Fabriken und Handelszentren Englands, in Manchester, Liverpool, Birmingham, Sheffield, Leeds traten die irischen Arbeiter, denen Gladstone das Stimmrecht verschafft, in geschlossenen Massen für die ministerielle Kandidaten ein, so daß dort die Liberalen von 19 Sitzen nicht weniger als 7 verloren. In der ersten Periode der Wahlen schien es, als sollte der Liberalismus in Grund und Boden gebrochen werden; aber Gott sei Dank siegten Paddy seine Triumpha so zu Kopf, daß Parnell mit unverschämter Renommage verkündete, er habe den Liberalismus „erwürgt“. Das brachte die hochgehenden Flüthen des Conservatismus zum Stillstand. Man fing im oppositionellen Lager an, darüber nachzudenken, was aus England werden solle, wenn Parnell das Scepter schwingen würde. So kamen die Liberalen zur Bestimmung, und seitdem sie alle ihre Kräfte aufboten, um jeden Zwiespalt in den eigenen Reihen zu vermeiden, haben sie Siege auf Siege erfochten, welche die Constellation umkehrten. Denn es war wahrlich nicht das Verdienst der Conservativen, wenn ein günstiger Wind ihre Segel schwelte; auch mußten sie von Tag zu Tag mehr Anstand nehmen, offen mit den Irlandern Hand in Hand zu gehen, je lauter sich in der Presse von allen Seiten warnende Stimmen erhoben.

Auch die Opposition hatte sich in der Wahlcampane anfangs nicht viel klüger benommen, als die französischen Radikalen und Transfigenten zwei Monate früher. Hatten diese den Monarchisten das Feld freigemacht durch ihr widersinniges Vashauen auf die Opportunisten, so waren in England ganz ähnliche Erfolge eingetreten, weil die vorgeschriften Liberalen gegen ihre gemäßigten Kameraden bis zur offenen Fehde Front machten. Der gewesene Minister Chamberlain entwickelte in seinen Wahlreden eine geradezu halb socialistische Propaganda, so daß er mit derselben sogar den vorgechristenen Liberalismus in Schottland kopfschüttete. Selbst Gladstone beging den großen Fehler, anfangs von der Entstaatlichung der Hochkirche auch in England zu sprechen. Zwar nahm er schnell das Wort zurück und erklärte ausdrücklich, es sei damit keine Lösung für die nächste Wahlcampane ausgegeben, sondern nur ein Ziel in ferner Zukunft gesteckt, das während der nächsten Parlamentsession noch nicht einmal ins Auge gesetzt werden dürfe. Aber wie gern er auch das Wort, das ihm einmal entflogen war, im Busen bewahrt hätte, es zündete, da Salisbury und seine Collegen dafür sorgten, daß es mit großer Geschicklichkeit von den Tories ausgenutzt und weiter verbreitet wurde. So eltern denn die Landlords zum Schutz des Grundbesitzes und selbst freisinnige Peers zum Schutz der angeblich bedrohten Kirche mit conservativen Stimmzetteln herbei. Aber angesichts der irischen Erfolge und des Parnell'schen Nebermuthes schlossen die Reihen der Liberalen sich wieder enger — freilich erst, nachdem viele Mandate an die Conservativen verloren gegangen waren.

Für den Moment stehen die Dinge daher so, daß zwar Gladstone sich wahrscheinlich täuscht, wenn er sich bereits einbildet, mit einer eventuellen Majorität von ein paar Stimmen über Tories und Parnellites das Ministerium werfen zu können; daß aber auch nicht abzusehen ist, wie Lord Salisbury weiter regieren will, wenn er bei der herrschenden feindseligen Stimmung gegen die irische Brigade nur mit deren Hilfe nothdürftig eine Majorität zu Stande bringt. Am meisten dürfte Chamberlain Recht haben, der jüngst erklärt hat, man

werde die Tories am Ruder lassen, so lange sie kein Unheil stiften, sie aber unbarmherzig wesen, sobald sie dem Lande Schaden bringen. Jedenfalls hängt die Lebensdauer des Ministeriums von der Gnade, nicht blos Mr. Parnells, sondern auch der Liberalen ab.

## Deutschland.

**Berlin**, 9. Decbr. [Der „rote Becker“.] Die Nachricht von dem heute erfolgten Tode des Ober-Bürgermeisters Dr. Hermann Becker in Köln ist nicht unerwartet gekommen. Schon seit reichlich einem halben Jahre kränkelte er. Der Aufenthalt in einem Badeort während des Sommers brachte ihm keine nachhaltige Besserung, und seit seiner Rückkehr nach Köln hat er sich nur sehr wenig an den Geschäften der städtischen Verwaltung beteiligen können. Sein bewegtes Leben ist in Köln zum Abschluß gekommen. Im Jahre 1848 war der damalige Landgerichts-Referendar einer der Führer der demokratischen Partei in Köln, unermüdlich thätig als Redner in Versammlungen und als Journalist in der „Rheinischen Zeitung“, deren letzte rothe Nummer unter seiner Redaktion erschien. Er wurde aus dem Justizdienste entlassen und kam dann mit seinem Freunde Bürgers im berüchtigten Communistenprozeß auf die Anklagebank, um zu einer Festungsstrafe auf die Dauer von fünf Jahren verurtheilt zu werden. Kein Tag wurde ihm davon geschenkt; er mußte sie in Graudenz und Weichselmünde vollständig verbüßen. Als er seine Freiheit wieder erlangt hatte, wurde ihm der Aufenthalt in Köln untersagt. Er begab sich nach Dortmund, wo er das Gymnasium besucht hatte und treue Freunde besaß; hatte ihm doch ein biederer Bürger, bei dem er als Schüler gewohnt hatte, während der Festungshaft die Mittel zur Existenz geboten, da sein eigenes Vermögen zur Deckung der Gerichtskosten herangezogen worden war. Er trat in ein dortiges Handelshaus als juristischer und wirtschaftlicher Berater ein, führte eine Zeitlang die Generalagentur einer Versicherungsgesellschaft, wurde zum Stadtverordneten gewählt, war vielfach journalistisch thätig, konnte aber den einen Wunsch, den er damals nur hatte, nach Köln zurückkehren und dort zu wirken, nicht erfüllen, weil ihm das liberale Ministerium der neuen Aera den Aufenthalt dagebst nicht gestattete! Als im Jahre 1861 die Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfanden und zum ersten Male die Fortschrittspartei, der er sich nach ihrer Begründung sofort angeschlossen hatte, auf dem Plane erschien, richteten sich die Augen seiner Mitbürger auf ihn, und nach einem in den Annalen der preußischen parlamentarischen Geschichte einzigen dastehenden Wahlkampf — der Name des „rothen Becker“ erregte damals auch bei sonst vorurtheilsfreien Leuten vielfach Gruseln — kam er ins Abgeordnetenhaus. Ihm gehörte er als tapferer Borkämpfer der Fortschrittspartei bis zum Jahre 1872 an. Auch in den Reichstag wurde er 1867 und 1870 von Dortmund gesandt. Im Jahre 1870 war er zum ersten Bürgermeister von Dortmund gewählt und, was damals großes Aufsehen erregte, auch bestätigt worden. Das Jahr 1872 sah den ehemaligen Festungsgefangenen sogar als Mitglied des Herrenhauses. Als 1875 der Posten eines Oberbürgermeisters von Köln erledigt war, vereinigte sich die Mehrheit der Stimmen auf denselben Mann, welcher 15 Jahre vorher sich nicht einmal eine Nacht hindurch in der Stadt aufzuhalten durfte und, wenn ihn seine Geschäfte mehrere Tage in Köln festhielten, sein Nachquartier auf der anderen Seite des Rheins, in Deutz, zu nehmen gewünscht war. Dem parlamentarischen Leben blieb er seit seiner Überfiedelung nach Köln fern — die Mithaltung mehrerer hiesiger Blätter, daß er auch diese Stadt im Herrenhause vertreten habe, ist falsch —, dagegen war er unermüdlich thätig für die Aufgaben, welche ihm sein Amt stellte. Ihm hat es die Stadt Köln fast allein zu verdanken, daß das große Werk der Stadtverweiterung sich so leicht und glatt ins Leben setzen ließ; persönlich beliebt auch bei seinen politischen Gegnern, allgemein geschätzt wegen der Sachkenntnis, mit der er seine Ansichten zu vertheidigen wußte, vermochte er es durch wiederholte persönliche Verhandlungen mit den Ministern die vielen Schwierigkeiten, welche der Ausführung der als eine Lebensfrage für Köln zu betrachtenden Stadterweiterung entgegenstanden, zu beseitigen. Den Schatten, welcher auf Beckers lezte zehn Lebensjahre fällt, die wenigstens teilweise Verleugnung der Grundsätze, für welche er früher gestrebt und gelitten hatte, wollen wir heute nur andeuten. Als er an die Spitze der Stadt Dortmund gestellt worden war, ging eine unerwartete und seinen früheren Freunden nur schwer erklärliche Umwandlung in seinen Anschauungen, wenigstens in der Beihilfung derselben vor, welche sich auch heute nicht beschönigen läßt.

**Berlin**, 9. Decbr. [General-Versammlung des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.] In einem Fraktionszimmer des Reichstagsgebäudes fand am Mittwoch Abend die 40. General-Versammlung des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen statt.

Der Vorsitzende, Prof. Dr. Gneist, constatierte zunächst an der Hand des Geschäftsberichts die erfreuliche Fortentwicklung des Vereins. Es gehören dem Verein jetzt an 106 Behörden, darunter die Magistrate zu Königsberg in Pr., Magdeburg, Danzig, Greifswald, Bromberg, Posen, Breslau, Altona, Hamburg, Insterburg, Hannover, Elberfeld, Barmen, Karlsruhe etc. Ferner zählt der Verein sämmtliche Handelsstädte und kaufmännische Corporationen aller rheinischen Industrie-Bezirke zu seinen Mitgliedern. Des Weiteren gehören 75 Aktien-Gesellschaften, unter diesen Brauerei-Gesellschaften, landwirtschaftliche Vereine, Eisenbahn-Directionen, Bergwerks- und Hüttens-Amter und andere industrielle etc. Unternehmungen dem Verein seit Langem an. 337 Mitglieder haben ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands. Im Ganzen zählt der Verein 806 Mitglieder, die sich sämmtlich aus Arbeitgebern zusammensehen und mehrere Hunderttausende von Arbeitern beschäftigen. Der Vermögensstand des Central-Vereins ist ein durchaus günstiger.

Der Verein — so führte Prof. Dr. Gneist aus — hat es sich auch im vergangenen Jahre angelegen sein lassen, dem Hauptziel seines Strebens, d. i. der Erbauung von zweckmäßig eingerichteten Arbeiterwohnhäusern, immer näher zu kommen. Diese Arbeiterwohnhäuser, von denen bereits 13 auf Kosten des Vereins in der Nähe Berlins erbaut sind, sollen dazu beitragen, daß der Arbeiter nach vollbrachtem Tageswerk dem geräuschvollen Getriebe der Weltstadt entrückt werde. Dem Fabrikarbeiter soll durch die Bestrebungen des Vereins Gelegenheit gegeben werden, selbst Hausbesitzer zu werden. In Anbetracht, daß ein solches zweckentsprechendes Arbeiterwohnhaus ca. 9000 M. kostet, die Zinsen dieser Summe aber keineswegs den Mietshspreis einer Arbeiterwohnung innerhalb des Weichbildes von Berlin ausmachen, so hat der Verein die Hoffnung, durch freie Leiber-

lassung des Capitals Zweck Erbauung von Arbeiterhäusern, die Wohnungsfrage der unteren Klassen ihrer Lösung einigermaßen näher zu führen. In der Nähe Kölns ist ein geeignetes Bau-Terrain für Arbeiter-Wohnungen zu billigem Preise zu beschaffen und kostet der Verein, durch die in der Nähe von Köln belegenen Fabriken, höchstens sehr bald eine Arbeiterstadt entstehen zu sehen. Zu den eifrigsten Förderern dieses Projekts gehören in erster Reihe der Fabrikbesitzer Spindler und der Fabrikbesitzer Dr. Kuhnlein. Wenn erst der deutsche Arbeiter den bekannten Spruch: „My house is my castle“ zu würdigen wissen wird, dann wird es nicht schwer halten, die Arbeiter zum successiven Ankauf ihrer bisher miethsweise bewohnten Häuser zu veranlassen. Allein wir dürfen es uns nicht verhehlen, daß der Central-Verein ohne fremde Hilfe die Lasten eines solchen Beispieles nicht zu tragen vermag. Wenn wir als Förderer dieser Idee praktische Erfolge erreichen wollen, dann müssen wir dafür Capitalisten zu interessieren suchen. — Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Prof. Dr. Gneist einverstanden und beschloß: der Realisierung des Projekts durch öffentliche Aufforderung, Aufnahme von Darlehen ic. näher zu treten. — Mit der Wiederwahl der statutenmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder schloß die Generalversammlung.

[Eine interessante Wahlrechtsfrage] hat sich bei der Stadtverordnetenwahl im 26. Wahlbezirk ergeben. Dort fielen am 24. November auf den conservativen Kandidaten Limprecht 741 Stimmen, auf den liberalen Fabrikdirektor Kohlert 524 Stimmen und auf den sozialistischen Kandidaten Voigt 447 Stimmen. Der Wahlbezirk ist zur Erleichterung des Wahlactes in zwei Abtheilungen a und b getheilt gewesen. Jede Abtheilung hat ihren besondern Wahlvorstand. Auf Grund der Stimmenzählung der beiden Wahlvorstände hat der Magistrat zur Stichwahl zwischen Limprecht und Kohlert auf den 15. December durch amtliche Bekanntmachung eingeladen. Darauf wurde beim Berliner Magistrat ein Wahlprotest eingereicht, weil Kohlert nicht Preußisch und deshalb nicht wählbar sei. Dabei sei Limprecht ohne Stichwahl als gewählt zu betrachten, weil die Stimmen für Kohlert ungültig seien. Der Magistrat erklärte darauf mit Recht, daß er zu einem Eingreifen in den Gang der Wahlhandlung nach der Lage der Gesetzgebung nicht befugt sei. Er habe nur das von dem Wahlvorstand mitgetheilte Ergebnis bekannt zu machen. Nunmehr ist der Wahlvorstand der Abtheilung a des Bezirks wieder in Funktion getreten und hat durch Anfrage bei dem Polizeipräsidium ermittelt, daß der Kandidat Kohlert am 27. November dort seine Naturalisation nachge sucht und dabei angegeben habe, er sei in Mecklenburg-Schwerin staatsangehörig. Der Wahlvorstand der Abtheilung a des Bezirks ist darauf am 6. December nochmals zusammengekommen und hat nachträglich die bei ihm auf Kohlert gefallene 271 Stimmen für ungültig erklärt. Der Wahlvorstand hat dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung Kenntnis von seinem Beschuße gegeben und da der Magistrat den Wahlvorständen die Initiative in der Anberaumung der Stichwahl überlassen hat, diesen benachrichtigt, daß die angezeigte Wahl aufgehoben werden müsse.

Ob der Wahlvorstand der anderen Abtheilung b des Bezirks die Beispiele folgen wird, ist noch nicht bekannt.

Was wird nun geschehen? so fragt die „Freie. Ztg.“ und fährt dann fort: Unserer Ansicht nach muß am 15. December die Stichwahl zwischen Limprecht und Kohlert stattfinden. Es ist der Wahlvorstand überhaupt nicht berechtigt, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der abgegebenen Stimmen zu entscheiden. Die Städteordnung weist dem Wahlvorstand nur die Berechtigung zu, die Gültigkeit der Volksmacht derjenigen Wähler zu prüfen, welche als Vertreter juristischer Personen erscheinen. Jegliche andere Funktion zur Entscheidung von Streitigkeiten ist dem Wahlvorstand in der Städteordnung nicht zugewiesen. Der Wahlvorstand hat sich somit auf diejenigen Funktionen zu beschränken, welche bei der Reichstagswahl zu zählen und das Ergebnis der Zählung zu proklamieren.

Selbst wenn wir nun aber einem Wahlvorstand eine weitergehende Berechtigung zuerkennen wollten, so ist der Wahlvorstand doch nicht berechtigt, eine einmal gefallte und veröffentlichte Entscheidung wieder zurückzunehmen. Der Wahlvorstand überschritt schon seine Befugnisse, als er sich nachträglich an das Polizeipräsidium wandte. Der Wahlvorstand existiert als Behörde nur während des Wahlactes und hat nicht das Recht, zu anderer Zeit sich zu versammeln oder überhaupt mit dritten Personen in Verbindung zu treten. Unserer Erachtung nach muß daher die Stichwahl zwischen Limprecht und Kohlert in der angekündigten Weise stattfinden.

Demnächst wird es dann Aufgabe der Stadtverordneten-Versammlung sein, über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden, beziehungsweise eine Neuwahl herbeizuführen.

Über die Krankheit des Oberbürgermeisters Becker wird der „Frankf. Ztg.“ telegraphirt: Schon seit dem Frühjahr an der Schwindfucht leidend, wozu sich später die Zuckerkrankheit gesellte, hielt sich Becker seit einem halben Jahre von den Amtsgeschäften fern und suchte Heilung in längerem Aufenthalt auf dem Niederwald und im Schwarzwalde; zuletzt wohnte er in Brühl. In jüngster Zeit gab das Befinden des Leidenden zu keinen Befürchtungen Anlaß. — Der „Köln Ztg.“ zufolge schien in den letzten Wochen einige Besserung im Befinden des Kranken eingetreten zu sein, er trug sich mit dem Gedanken, bald eine Reise nach der Riviera anzutreten. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gegen 2 Uhr stellte sich eine Lungentuberkulose ein, die um 4 Uhr sich wiederholte und den Tod herbeiführte.

[Unere Südsee-Colonien.] Die neueste bis zum 29. October reichende australische Post hat sehr wichtige, allerdings wenig erfreuliche Nachrichten von den deutschen Schutzgebieten im westlichen Theile des Stillen Oceans gebracht. Die dort stationirten deutschen Kriegsschiffe wurden von bedauerswerthen Unfällen heimgesucht. Die Kreuzerkorvette „Marie“ stieß Ende December v. J. wenige Tage, nachdem sie Neu-Mecklenburg (früher Neu-Ierland genannt) erreicht hatte, in den dortigen noch ungenügend erforschten Gewässern auf ein Riff und erlitt eine arge Beschädigung, deren vorläufige Reparatur in Sydney Monate in Anspruch nahm und 160000 Mark kostet haben soll. Die Kreuzer „Albatros“ und „Iltis“ erlitten ebenfalls denselben, wenn auch nicht gleich erheblichen Unfall. Die „Marie“ hat am 28. October endlich von Port Darwin in Nordaustralien die Heimreise nach Europa angetreten; „Iltis“ und „Albatros“ befinden sich in Hongkong und Sydney.

In Folge dieser Unglücksfälle hat tatsächlich seit Jahr und Tag keines der derzeit bestimmten deutschen Kriegsschiffe längeren Aufenthalt in den Gewässern der deutschen Südseegebiete nehmen können. So kam es, daß es sowohl im Bismarck-Archipel, wie in Kaiser-Wilhelms-Land gänzlich an einer deutschen Marine-Streitmacht fehlte, auf welche die deutschen Unternehmungen sich hätten stützen können, und es wird notwendig sein, hierin so rasch wie möglich Wandel zu schaffen, da es nach dem via Sydney eingegangenen Berichten, wie wir der „Hamburger Börsen-Halle“ entnehmen, bereits an mehreren Stellen in den deutschen Schutzgebieten Mangels einer thatkräftigen Autorität, zu Conflicten mit Mord und Tod droht. Es fehlt eben dem deutschen Commissar im Bismarck-Archipel, Herrn von Derken, gänzlich an Mitteln, seiner Autorität Geltung zu verschaffen, um so mehr, da auf der Inselgruppe vorher faktisch ein Zustand völliger Rechtslosigkeit herrschte.

Wie weit es jetzt damit gekommen, zeigt die Thatjache, daß vor einiger Zeit ein früher unter englischer, neuerdings unter amerikanischer Flagge fahrender Abenteurer, Namens Farrel, mit seinem Dampfer „Golden Gate“ auf Neu-Mecklenburg, auf unbestreitbar deutschem Gebiete, auf Station der Firma Hernsheim 10 bis 12 Mann, meistens Amerikaner, gezündet hatte, welche sogar Besitz von der gedachten Firma gehörenden Gebäuden ergriffen und die Deutschen einfach von ihrem Besitz vertrieben. Eine von Herrn v. Derken dagegen erhobene schriftliche Remonstration blieb einfach unbeachtet.

Es läßt sich annehmen, daß die deutsche Reichsregierung von diesen Vorgängen bereits Kenntnis hat, und daß Vorsorge getroffen ist, der Wiederkehr ähnlicher Ausbrechungen vorzubeugen. Einige Kriegsschiffe müssen ununterbrochen bei Neu-Guinea stationiert sein, wie denn dem Gouverneur von Englisch-Neu-Guinea stets ein Geschwader von nicht weniger als fünf Kriegsschiffen zur Verfügung steht.

So ist es auch nicht zu verwundern, daß die weiteren von Neu-Guinea eingegangenen Nachrichten erkennen lassen, wie die Engländer große Rüdigkeit entfalten, um in dem von ihnen in Besitz genommenen Theile der Insel eine geordnete Verwaltung herzustellen. Commodore Irstnie, der Commandant des in der westlichen Südsee stationirten englischen Geschwaders, hat schon vor längerer Zeit Verordnungen erlassen, welche den Schiffsvorfehr und die Waaren einführt und überhaupt den ganzen Handel regeln. In Port Moresby, dem Sitz der englischen Regierung, baut man bereits ein großes Regierungsgebäude und sogar eine Trinkwasserleitung. Freilich stoßen auch die Engländer auf erhebliche Schwierigkeiten, da die Eingeborenen der Südküste sich außerordentlich wild zeigen.

### Österreich-Ungarn.

Budapest, 9. Decbr. [Interpellation.] Große Aufmerksamkeit erregte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Interpellation Gabriel Ugrons über die Verwaltung des Vermögens der Großwardeiner katholischen Diözese, deren Oberhaupt Bischof Lipovszky kürzlich verstorben ist. Ugron entwarf ein drastisches Bild von den Verwüstungen, welche durch die Unterwerfung des Bischofs im Besitzstande der Diözese herbeigeführt worden. Er erzählt unter Anderem, daß 15 000 Tsch Waldungen devastirt worden, von denen Erlös kein Kreuzer in der bischöflichen Kasse vorgefunden worden, wogegen diese dem Staatsrätor die Kleinigkeit von 100 000 Gulden schulde. — Ahnliche beängstigende Gerüchte seien auch über die Verwaltung in den Diözesen Veszprem und Diakor verbreitet. Redner wolle sich aber lediglich an die Zustände in der Großwardeiner Diözese halten, die ihm näher bekannt ist. Zu diesem Sprengel gehören 124 Pfarreien, deren Verweser häufig mit bitterster Noth kämpfen, während das Vermögen des Bisächums, welches lediglich für kirchliche und culturelle Zwecke verwendet werden darf, verpragt wurde. Er werde sich außerordentlich freuen, wenn der Cultusminister, welcher als Ausflug der Hoheitsrechte der Krone die Verwaltung des kirchlichen Vermögens zu überwachen habe, im Stande sein werde, seine hier vorgetragenen Daten zu widerlegen. — Im Namen von 8 000 000 katholischen Laien Ungarns fordere er schleunigst Wiederherstellung der Autonomie der katholischen Kirche, innerhalb deren den Interessenten die Möglichkeit geboten sein werde, über das Bisächumvermögen entsprechend zu wachen. Seine Interpellation selbst lautet: In Anbetracht dessen, daß das Vermögen der Bisächumer zur Unterstützung kirchlicher und cultureller Zwecke bestimmt ist; in Anbetracht dessen, daß der Bischof lediglich Nutznießer und nicht Eigentümer des Bisächum-Vermögens ist; in Anbetracht dessen, daß es das Hoheitsrecht und die Pflicht der Krone ist, die Nutzniebung der bischöflichen Kirchengüter zu kontrolliren, deren Erhaltung zu schützen, und dieses Recht durch den Cultus- und Unterrichtsminister geübt wird, frage ich: Besitzt der Herr Minister Kenntnis davon, daß der Besitzstand des Großwardeiner Bisächum-Vermögens beeinträchtigt worden? Besitzt er Kenntnis davon, daß die früher in eigener Regie bewirthschafteten Güter für längere Zeit zu Spottpreisen verpachtet wurden, und daß der Nutzwert des fundus instrutus nicht capitalisiert werden? Besitzt er Kenntnis davon und ist er bereit, Aufklärung darüber zu geben, in welchem Maße die bischöflichen Einkünfte durch hypothekarische und schwedende Schulden belastet sind? Was beabsichtigt er zu thun, um den beschädigten Besitzstand wieder herzustellen?

### Frankreich.

[Ein neuer Atheisten-Scandal. — Ein Fiasco Déroulèdes.] Ein neuer Atheisten-Scandal wird aus Marseille gemeldet. Die atheistische Majorität des Municipalrats hatte decretiert, daß die Kirche St. Martin „laicisé“ werde. Die Regierung hatte aber diesen Beschluß der Väter der Stadt nicht bestätigt. Als nun am Sonntage die Menge der Gläubigen in die Kirche strömte, versuchte eine Rotte von 500 Menschen, an deren Spitze die bekannte Pariser Petroleuse Paula Mint Arm in Arm mit dem Stadtrath Monge daherkam, in die Kirche einzudringen. Zum Glück war die Gendarmerie zahlreich genug aufgeboten, um den Anprall des wütenden Pöbels aufzuhalten und die Menge zu zerstreuen. Da aber das Geheul und Gejohle der zahlreichen Bande kein Ende nahm, beendete der den Gottesdienst leitende Priester möglichst schnell die Ceremonien; als darauf die Kirchenbesucher das Gotteshaus verließen, empfing sie der Pöbel mit den furchtbaren Lästerungen und Flüchen und bombardirte sie mit Steinen. Nur mit Mühe vermochten die Organe der öffentlichen Sicherheit die bedrohten Kirchgänger zu retten, indem sie dieselben mit ihren Leibern deckten. Ein junger Mann in-

dessen, der, empört über das schändliche Treiben, seinen Degen aus einem Stocke zog und dreien der gefährlichsten Steinewerfer zu Leibe zu gehen wagte, wurde von diesen entwaffnet, von der blutdürstigen Menge umringt und schwer verwundet. Nur unter Zuhilfenahme der blanken Waffe gelang es den Beamten, den aus zahlreichen Wunden Blutenden der entmenschten Gesellschaft zu entreißen und in Sicherheit zu bringen. Es sind die strengsten Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine Wiederholung olches Scandale am nächsten Sonntage zu verhindern. — Mr. Paul Déroulèdes patriotische Phrasen wollen nicht mehr ziehen: Nachdem ihm bereits zu einer Versammlung, in der er sich als Kandidat für die am 13. d. Ms. stattfindende Stichwahl in Paris vorstellte, ein Arbeiter „Assez de comédie“ zugerufen, als der „berühmte“ Führer der Patrioten-Liga wieder seine chauvinistischen Thesen zum Besten geben wollte, erlitt er in einer am Montag in der Salle Wagram abgehaltenen Wähler-Versammlung, die von ihm einberufen war, ein grausames Fiasco. Nachdem sich nämlich Déroulède für die Erhaltung Tonkins ausgesprochen, da die Ehre der französischen Fahne daselbst engagiert sei, fuhr er folgendermaßen fort: „Was meine Kandidatur betrifft, so achtet nicht darauf, ob dieselbe diplomatische Verwicklungen zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen wird!“ — Weiter kam er nicht: denn es erhob sich auf diese prätentiosen Worte ein furchtbares Sturm im Saale, den die zahlreich erschienenen Mitglieder der Patriotenliga durch demonstrativ lauten Beifall nicht zu unterdrücken vermochten. Von allen Seiten erschollen Rufe, wie „Was der sich einbillt!“, „Sie sind wohl mit Ihren Einbildungsvorlieben geworden!“ Erst als der Arbeiter-Kandidat Clément das Wort nahm, legte sich der Sturm. „Patriotismus ist Gefühlsache, aber keine politische Ansicht, vor allen Dingen aber keine Profession“, begann dieser seine Rede. „Wer Patriot ist, hat darum noch lange keinen Anspruch darauf, Deputirter zu werden.“ Dann die Ansichten des Vorredners über Tonkin kritisirend, bemerkte er, daß, wenn Mr. Déroulède und die Patriotenliga der Meinung wären, daß Tonkin Frankreich erhalten bleiben müsse, dieser und seine Genossen doch hingehen möchten, es zu vertheidigen: Sie würden Frankreich damit allerdings den besten Dienst leisten. „Was brüsten sich diese Herren denn überhaupt mit ihrem Patriotismus“, fuhr der Redner fort, „und welche Ansprüche hat Mr. Déroulède, sich der Vaterlandsliebe vor allen seinen Mitbürgern zu rühmen? Er, der es 1871 nicht einmal wagte, der schmachvollen Capitulation zu widersetzen.“ — Hier wurde der Redner durch einen furchtbaren tumult der „Patrioten“ unterbrochen, der sich trotz aller Gegen-demonstrationen der Anhänger Clément nicht beruhigen wollte. Wuth-entbrannt bestieg Déroulède die Tribüne, um sich gegen die vorgetragenen Vorwürfe zu vertheidigen. Aber auch er vermochte nicht wieder zu Worte zu kommen, und so mußte die Versammlung resultlos auseinandergehen.

### Großbritannien.

[Die englische Miliz.] Der „Globe“ macht auf die steigende Abnahme der englischen Miliz aufmerksam und auf die darauf folgende Verminderung der Wehrhaftigkeit Old-England's. Während im Jahre 1880 die Zahl der englischen Milizen noch 130 331 betrug, sind dieselben heute nur noch 113 786 Mann stark: es ist mithin in dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren eine Abnahme von 17 000 zu constatiren. Schottland hat in dieser Zeit nicht wesentlich die Zahl seiner Millizen geändert, dagegen hat Irland an 9000 und England und Wales gegen 7000 Menschen weniger gestellt. Die Abnahme in Irland, ist zweifellos auf Rechnung Parnell's zu setzen, der seine Landsleute mit allen Mitteln von dem „Söldnerdienste“ in dem Heere der „Despoten Irlands“ abzuhalten sucht. Aber woraus ist der Rückgang in England zu erklären? Der „Globe“ glaubt, daß diese Abnahme auf Fehlern in dem Recruitierungssystem zurückzuführen ist: uns will vielmehr scheinen, als ob diese den Engländern natürlich sehr unangenehme Erscheinung aus der immer wachsenden Unlust, in exotischen Ländern sein Leben aufs Spiel zu setzen, zu erklären ist.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 10. December.

— Aus Görlitz, 10. December, wird uns geschrieben: „Der ökonomischen Section der hiesigen naturforschenden Gesellschaft ist, wie der Vorsthende, Landtagsabgeordneter Schäfer mittheilte, außer dem bekannten Antrage um Einführung der Doppelwährung, auch die Denkschrift der pommerschen ökonomischen Gesellschaft mit ihren Vor-

schlägen zur Hebung der Landwirtschaft zugegangen. Wenn man nach den Eindrücken der letzten Sitzung, welcher die Notabilitäten der Landwirtschaft aus der Oberlausitz teilnahmen, schließen darf, wird die pommersche ökonomische Gesellschaft hier kein Glück mit ihren Vorschlägen haben. Das Heilmittel des Bimetallismus wurde ohne Widerspruch als ein sehr gefährliches hingestellt, der Wollzoll im Interesse der Industrie, deren Wohl von dem der Landwirtschaft un trennbar sei, als uneinführbar bezeichnet und von der Erhöhung der Getreidezölle rund heraus erklärt, daß sie der Landwirtschaft ebenso wenig nützen würde, als ihr die Getreidezölle überhaupt genügt hätten. Und diese entschiedene Abweisung der agrarischen Hauptpläne erfolgte in einem Vortrage, den einer der anerkannt tüchtigsten Landwirthe der Oberlausitz, Oberamtmann Tölke auf Dresda, vor einer Versammlung, in der die conservativen Rittergutsbesitzer der Umgegend die Mehrheit bildeten, über die Notlage der deutschen Landwirtschaft hielten, und zwar daß in der darauf folgenden lebhaften Debatte auch nur einer für die Doppelwährung, die Wollzölle und erhöhte Getreidezölle eintrat. Als Hauptursachen der ungünstigen Lage der Landwirtschaft bezeichnete der Vortragende die Prohibitionszollpolitik Russlands und Nordamerikas, welche der deutschen Industrie die Möglichkeit genommen hätte, ihre Erzeugnisse nach diesen Ländern abzuführen, welche uns mit ihrem Getreide überschwemmten, und die Verschuldung der meisten Landwirthe, sowie den übertriebenen Luxus, der unter den Landwirthen eingerissen sei. Mit einem Vermögen von 60 000 Mark kaufe sich Mancher ein Gut, das 300 000 Mark koste, und lebe dann, als wenn er ein Vermögen von 300 000 Mark besitze. Die Erlangung höherer Preise für die Produkte der Landwirtschaft erwartet er vorzugsweise von der Vermehrung der Kaufkraft der Industrie bevoelkerung Deutschlands, die aber von der völligen Erschließung der Märkte Russlands und Nordamerikas abhängig sei. Da die übrigen Industriestaaten in ähnlicher Lage sind, so empfahl der Vortragende eine Coalition dieser Staaten einschließlich Englands, um durch eine Art europäischer Continentalsperrre diese beiden Länder zur Ausgabe ihrer industriellen Prohibitionszölle zu zwingen. Im Uebrigen empfahl er größere Sparsamkeit im Reichs- und Staatshaushalt, in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden, Überlassung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden zur Verminderung der Schulfosten, Herabsetzung des Zinsfußes für landwirtschaftliche Pfandbriefe, Bildung von landwirtschaftlichen Consumentvereinen und von Creditgenossenschaften etwa nach dem Muster der Raiffeisen'schen und Beschränkung des Luxus auf ein vernünftiges Maß, namentlich auch bei den Jagden ic. Bei dem lebhaften Beifall, welchen der Tölke'sche Vortrag fand, und der ausdrücklichen Zustimmung, die in der sehr lebhaften Discussion seinen meisten Ausflügeln ausgesprochen wurde, war es nicht zu verwundern, daß sich Niemand dazu drängte, das Referat über die Petition der pommerschen ökonomischen Gesellschaft für die nächste Sitzung zu übernehmen.“ Diese Versammlung ist in mehr als einer Beziehung sehr lehrreich!!!

### XXXI. Provinzial-Landtag für Schlesien.

(4. Sitzung am 10. December.)

○ Am Tische des Landtags-Commissarius dieser selbst und seine Räthe: Ober-Präsident Rath v. Jähnplätz, Regierungsrath v. Frankenberger-Puschitz und Regierungsrath v. Wallenberg. Der Präsident, Herzog von Ratibor, eröffnet die Sitzung gegen 1½ Uhr mit der Mittheilung neuer Eingänge. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Subventionen zu Erweiterungsbauten von Rettungshäusern und Erziehungsanstalten. Der Landtag beschließt ohne Discussion, von dem Bericht des Provinzial-Ausschusses über Ausführung der Beschlüsse des XXIX. und XXX. Provinzial-Landtages vom 26. April 1882 resp. 7. December 1883 wegen Gewährung von Subventionen zu den Erweiterungsbauten von Rettungshäusern und Erziehungsanstalten, vorbehaltlich eines weiteren zu erstattenden Rechenschaftsberichts im Falle weiterer Zuwendungen aus dem Provinzial-Ausschuß zur Verfügung gestellten 300 000 Mark, Kenntnis zu nehmen.

Hierauf referirt Abgeordneter Ritschke über den Etat für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen pro 1886, indem er zunächst anerkennt, daß die Verwaltung in dieser Beziehung in sparsamer Weise geführt werde, was schon daraus hervorgehe, daß der jetzige Etat erheblich geringer sei, als die früheren, während die Bedürfnisse fortwährend steigen. Redner befürwortet den Antrag der IV. Commission, der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

1) im Etat im Abschnitt B. Einmalige Einnahmen, Capitel 1 den Zu schuß aus der Haupt-Verwaltung zur Besteitung der einmaligen Ausgaben von 70 000 Mark auf 100 000 Mark zu erhöhen. Dementsprechend in Abschnitt B. Einmalige Ausgaben, Capitel 2 (Plattierungen) statt 30 000 Mark zu setzen 60 000 Mark und um diesen Mehrbetrag per 30 000 Mark den Titel 3, Capitel 12 der Aussage des Hauptheits (Zur Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Begebaus) zu fürzen;

als an uns gerichtete Privat-Reklamationen veranlaßt. In der That würde diese Abänderung der Localität für den größten und bedeutendsten Theil des handeltreibenden Publicums mit den augenscheinlichsten Nachtheilen verbunden sein; denn

- 1) ist die Nähe des Königlichen Steuer-Amtes für den gesamten Postverkehr nicht nur wünschenswert, sondern auch durchaus nothwendig, weil fortlaufend die lebhafte Verbindung zwischen beyden Behörden obwalten;
- 2) würde die Entlegenheit des Gautier'schen Hauses von dem Mittelpunkt des Handels-Verkehrs auf denselben sehr hemmend einwirken.

Der größere und bey weitem bedeutendste Theil der Kaufmannschaft wohnt in dem oberen Theil der Stadt, und namentlich befinden sich daselbst diejenigen Handlungshäuser, welche in dem lebhaften Verkehrs mit dem Gebirge und Oberschlesien stehen, und welche hauptsächlich wegen der Nähe des seitherigen Postlocates diese Gegend gewählt haben. Sie sehen sich durch die projectirte Veränderung dieses Vortheiles beraubt, und durch die Entlegenheit des Locales einem Zeitverlust ausgesetzt, welcher bey dem Empfange wie bey der Versendung der Gelder, Waaren und Wechsel von der größten Wichtigkeit ist.

Wir haben es demzufolge für unsere Pflicht gehalten, uns bey dem Königlichen Ober-Post-Director Herrn Schwürz für die Aufhebung des Projectes zu verwenden, und haben denselben bei der von ihm stets bewiesenen Willkürfreiheit, den Wünschen des Publicums entgegen zu kommen, geneigt gefunden, das bisherige Local beizubehalten, sofern eine Ausfahrt durch den Marstall gestattet würde.

Da nun die Gewährung derselben von Einem ic. Magistrate abhängt, so erlauben wir uns, den von dem Herrn Ober-Post-Director bereits vorgelegten, oder noch zu gewärtigenden Vorschlag auf das Ergebnis und Dringendste zu unterstützen.

Der Königliche Fiscus wird sich unbedenklich zu einer für diese Durchfahrt zu entrichtenden jährl. Canon oder einer Capitals-Entschädigung verstehen, und demgemäß nach unserem unmaßgeblichen Dafürthalten keine Gründe obwalten, welche der Ausführung dieses Planes hinderlich sein könnten. Wir hoffen daher von der allgemein anerkannten Geneigtheit u. s. w." Breslau, 8. März 1882.

Die geordneten Kaufmanns-Aeltesten.

Eichborn, Landesk. Schiller.

### Breslaus Posthäuser.

Mitgetheilt von Robert Schück.

Der stolze Bau eines neuen Postgebäudes in Breslau schreitet rüdig vorwärts; bald wird die zerstörte Hand das dem Anfange des 18. Jahrhunderts entstammende stattliche Posthaus in der Albrechtsstraße 26 niedergelegt, und es dürfte von Interesse sein, jetzt an dieser Stelle einen Rückblick in die Vergangenheit zu thun.

Die erste Posteinrichtung in Breslau traf mit kaiserlicher Erlaubniß der Rath, indem er fahrende Boten nach den größeren deutschen Handelsstädten und zwölf gehende innerhalb des Landes anstelle. Nach Einrichtung des Kaiserlichen Postwesens wurden die fahrenden Botenposten aufgehoben und die Zahl der gehenden Boten auf 6 herabgesteckt. Im Jahre 1748 gingen auch diese ein. Wann die kaiserliche Post eingerichtet wurde, ist ungewiß; wir können ihr Bestehen bis 1625 verfolgen, zu welcher Zeit der Hofcourier Dausacker als Postmeister in Breslau angestellt wurde. Die Abfertigung der städtischen Boten und anfänglich auch die der Kaiserlichen Post fand im Erdgeschoss des Rathauses, in der sogenannten „Postküche“, statt.

Als aber die Postgeschäfte umfangreicher wurden, genügten die Räume der Postküche nicht mehr dem Bedürfnis, weshalb etwa in der Mitte des 17. Jahrhunderts die Kaiserliche Post in das geräumige Haus auf der Rittergasse, neben dem alten Kammerhause, (heut städtische höhere Töchterschule) verlegt wurde. Die Postverwalter ließen die Amisgeschäfte vielfach entgegen den Befehlen der Aufsichtsbehörde in ihren Privatwohnungen besorgen. 1662 bewohnte der Kaiserliche Postamtsverwalter Reinhardt das Haus Altbüßerstraße 1 (heut Herrn Banquier Schreiber gehörig) und verlegte eigenmächtig dorthin die Expedition der Posten. Ein Blechschild an der Comptoirthür, einen flotten Kaiserlichen Postreuter, der durch einen Waldweg sprengt, darstellend, erinnert uns an jene Zeit. Vor diesem Hause ereiste den Postamtsverwalter Reinhardt, dessen Amtsführung gar manchen Makel aufzuweisen hat, sein tragisches Ende, er wurde vom städtischen Hauptmann Stumpf, angeblich in der Notwehr, erstochen. (Reinhardt hat in der Geschichte der Brandenburg-Preußischen Post insofern einen Namen, als er bei der Errichtung der direkten Verbindung zwischen Berlin, Breslau und Wien 1662 thätig war.)

Nach der preußischen Besitzergreifung Schlesiens fand ein lebhafter Aufschwung in den öffentlichen Verkehrsverhältnissen statt.

Schon am 20. Juli 1741 erließ der große König vom Lager bei Strehlen aus eine Ordre zur Reformierung des Postwesens in dem eroberten Schlesierland. Getreu den Traditionen der preußischen Staatsverwaltung wurde die Umgestaltung zum Segen des Landes und seiner Bewohner energisch in Angriff genommen und durchgeführt, so daß schon 1767 (trotzdem die Provinz soeben eine siebenjährige Kriegszeit durchlebt hatte und trotz vieler neuer kostspieliger Einrichtungen) der Überschüß aus der gesondert von den anderen Landesteilen verwalten Schlesischen Post 75 451 Thaler betrug.

Aus einem Decret der preußischen Kriegs- und Domänenkammer vom 24. März 1742 ersehen wir, daß das auf der Kupferschmiedegasse gelegene Christian Gottlieb Schwartmayer'sche Haus lange Jahre als Postgebäude verwendet war. Nachdem zu jener Zeit das Gasthaus zum blauen Himmel in der Junkerngasse (jetzt Conditorei von Perini, Junkernstraße 10) vom preußischen Postfiscus angekauft war, ging die

Landwirtschafts-Berechtigung auf das frühere Posthaus über. Die wachsende Bedeutung der Breslauer Post ließ das Bedürfnis einer Erweiterung der Räume schon zu Ende des 18. Jahrhunderts lebhaft empfinden. Die Aeltesten der Kaufmannschaft hatten wiederholt die Mängel zum Ausdruck gebracht, welche die unzureichenden Räume mit sich brachten, unter dem Eindruck der demnächst eintretenden politischen Ereignisse war aber die Sache vertagt worden. Erst in dem Jahre 1828 wurde dem damaligen Ober-Postdirector Schwürz in Breslau vom General-Postamt der Auftrag erteilt, ein zu Postzwecken geeignetes Grundstück zu ermitteln und in Verbindung mit den Vertretern der Kaufmannschaft weitere Vorschläge zu machen. Welchen Fortgang diese Unterhandlungen genommen, darüber geben uns folgende Correspondenzen Aufschluß. (Börsenarten Nr. 691 und 692. Archiv.)

Hochwohlgeblicher Magistrat!

Wie einem Hochwohlgeblichen Magistrat nicht unbekannt sein wird, beabsichtigt das hiesige Königliche Ober-Postamt sein gegenwärtiges Lokal in ein anderes Gebäude zu verlegen, und hat von allen hierzu in Breslau gebrachten Häusern dem an der Ecke der Albrechtsstraße und der neuen Katharinengasse belegenen Gautier'schen Hause den Vorzug gegeben.

Diese Kauf-Unterhandlungen, welche dem Abschluß nahe sind, haben bei der hiesigen Kaufmannschaft die lebhaftesten Besorgnisse erregt, und vielfache, sowohl an den Herrn Ober-Post-Director Schwürz,

2) den Etat auf je 1891000 Mark festzusetzen.

Der Antrag, den Börsch zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben um 30000 Mark zu erhöhen, habe, wie Referent weiter ausführt, in der Absicht, solche Chausseen, diejenigen Chausseestrecken, welche besonders stark frequentirt und rasch abgenutzt werden, so daß sie meist alle 2 Jahre eine neue Deckung erhalten müssen, in Zukunft zu pfosten. Die Commission habe, um die Provinz deshalb nicht in erhöhtem Maße zu belasten, die erforderlichen Mittel durch Kürzung des Pauschquantums für Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Bauebaus aufzubringen beatragt.

Abg. v. Goldfuß empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages, der sich um so mehr empfehle, als bereits eine große Anzahl von diesbezüglichen Anträgen, namentlich aus Oberschlesien, dem Provinzial-Ausschuß vorliegen. — Der Provinzial-Landtag genehmigt beide Anträge und beschließt ferner, den Provinzial-Ausschuß zu erfüllen, in Zukunft für Titel 3, Capitel 12 der Ausgabe — Zur Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Bauebaus — einen besonderen Special-Etat aufzustellen.

Hierauf wird der Etat des Schlesischen Museums der bildenden Künste pro 1886, über welchen Abg. Dertel referirt, in Einnahme und Ausgabe auf den Betrag von je 87000 Mark festzusetzen mit der Maßgabe festgelegt, daß Capitel 1, Titel 3a der Ausgabe auf den Betrag von 600 Mark und Capitel 1, Titel 13 auf den Betrag von 1800 Mark bemessen wird.

Von der Druckschrift des Geh. Medicinalraths Prof. Dr. Göppert über den Hausschwamm und seine Bekämpfung, sowie von der inzwischen erfolgten Beseitigung der Schwammbildung im Provinzial-Museum nimmt der Provinzial-Landtag Kenntniß.

Für die III. Commission berichtet der Abg. Landrat Graf v. Pfeil-Hausdorf über die Petition des Vorstandes des Schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiter-Colonie um Bewilligung von Jahresbeiträgen von je 20000 Mark pro 1886 und pro 1887 zur Unterhaltung der Arbeiter-Colonie Wunscha. Der Referent verbreitet sich auch über die Organisation der Wunscha-Colonie, für welche eine wirkungsvolle Arbeitsvermittlung zur Unterbringung der zur Entlassung gelangenden Colonisten in hohem Grade zu wünschen sei. Der Bedarf zu der Colonie sei so stark, daß im letzten Jahre 309 Aufnahmegerüchte hätten abgewiesen werden müssen. Der Verein plane deshalb eine — freiheitlich befreide — Vermehrung der zur Verfügung stehenden Colonistenstellen. Die Mittel des Vereins reichten so wenig aus, daß er wiederholt gezwungen gewesen sei, sich an die private Wohlthätigkeit zu wenden, ja, daß er zuletzt die Beihilfe der Kreise in Anspruch genommen habe. Dieses Hervorziehen der Kreiscorporationen schaffe einen ungesunden Dualismus; die Kreise sollten für die Verpflegungsstationen sorgen, deren Unterhaltung pro Kreis durchschnittlich jährlich 1500 Mark beanspruchen dürfte. Niedner empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages: Der Provinzial-Landtag wolle beschließen: „Dem Schlesischen Provinzialverein für ländliche Arbeiter-Colonie zur Unterhaltung für die Colonie Wunscha für die Jahre 1886 und 1887 aus dem Landtags-Dispositionsfonds Jahresbeiträge von je 20000 Mark, und zwar je 10000 M. für die einmaligen und je 10000 M. für die laufenden Ausgaben zu bewilligen.“

Landesrat Dr. Kelch beantragt im Auftrage des stellvertretenden Landeshauptmanns, in dem Commissions-Antrage die Worte: „und zwar je 10000 M. für die einmaligen und je 10000 M. für die laufenden Ausgaben“ zu streichen, um den Verein nicht zu vinculieren. Letzteres sei zwar weniger die Absicht der Clausel gewesen, sondern es habe sich darum gehandelt, auszudrücken, daß der Verein nicht dauernd auf eine Jahres-Subvention von 20000 M. rechnen dürfe. Das sollte denn auch nicht geschehen, die Erträge des Gutes Wunscha würden ja steigen und das Zusatzbedürfnis hiernach sinken. Aber die oben angeführte Clausel bindet den Verein ohne Noth.

Abg. Geh. Regierungsrath von Börsch-Pilsnitz ist gegen den Antrag Kelch, bedauert, daß die Arbeiter-Colonie für Schlesien am äußersten Ende der Provinz liege, hätte es lieber gesehen, wenn man ein bis fürsäglich im Besitz der Provinz geweisen Gut von geringem Werthe zu Zwecken der Colonie verwendete hätte, und erklärt sich gegen Aufwendungen für eine oberösterreichische Colonie. — Nach noch weiterer Debatte wird der Antrag Kelch abgelehnt, der Commissionsantrag dagegen angenommen.

Abg. Graf Pfeil berichtet weiter namens der III. Commission über die Petition des Vorstandes des Schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiter-Colonien um Bewilligung einer Beihilfe von 30000 Mark für eine zweite, in Oberschlesien anzulegende Arbeiter-Colonie. — Die Commission beantragt: Der Provinzial-Landtag möge beschließen: das Gesuch des Schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiter-Colonien um Bewilligung einer Subvention von 30000 Mark für eine zweite, in Oberschlesien anzulegende Arbeiter-Colonie abzulehnen. Zur Begründung des Antrages führt Referent an, daß von sehr maßgebender Seite angeführt werde, daß in denjenigen Kreisen, die den weitestgehenden Einfluß in der oberösterreichischen Bevölkerung besitzen, momentan gegen die Gründung der oberösterreichischen Colonie Antipathie herrsche, die durch die Preise noch verschärft werde. Bei aller Sympathie für die Sache selbst sei also die Commission zu ihrem Antrage gekommen. — Landesrat Dr. Kelch beantragt Namens des stellvertretenden Landeshauptmanns, in dem Commissionsantrag vor dem letzten Worte: „abzulehnen“, die zwei Wörter: „für jetzt“ einzufügen, um auf diese Weise kundzutun, daß man Sympathie für eine oberösterreichische Colonie hege und die Sache nicht für immer abtun wolle.

Abgeordneter Bürgermeister Engel ist ebenfalls der Ansicht, daß die Mitglieder des Ausschusses III. nicht die Absicht hatten, sich durchaus ablehnend gegenüber der Petition des Vereins zu verhalten, der Antrag des Ausschusses sei vielmehr nur mit Rücksicht auf die Stimmung der katholischen Bevölkerung Oberschlesiens gefaßt worden. Wenn diese sich für die Arbeitercolonien nicht interessiere, so habe dies seinen Grund in einem gewissen Missbrauch gegen die Leitung des Vereins. Es sei zweifellos, daß die katholische Bevölkerung Oberschlesiens sich sofort für eine Arbeitercolonie interessiren würde, wenn eine solche mit einer Leitung im katholischen

Sinne in Oberschlesien errichtet würde. Der Provinzial-Landtag müsse zum Mindesten zu erkennen geben, daß auch er seinerseits sich für eine Anstalt in Oberschlesien interessire.

Geheimrat Börsch spricht gegen den Antrag Kelch-Engel, um freie Hand zu behalten. Nach einem Schlussschluß des Referenten wird zur Abstimmung geschritten, in welcher der Commissionsantrag mit dem Amendement Kelch-Engel zur Annahme gelangt.

Abg. Graf Lindensteink referiert demnächst über die Petition der Kreis-Corporation Neumarkt, betreffend die Bewilligung von Chaussee-Bauhilfsgebern und empfiehlt Namens der IV. Commission, der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

In Erwögung, daß a. die Vertreter des Kreises Neumarkt in der Sitzung der IV. Commission erklärt haben, mit neuen Anträgen an den Provinzial-Ausschuß herantreten zu wollen; b. der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses den zu erwartenden Anträgen des Kreises Neumarkt gegenüber seine Bereitwilligkeit auf nochmalige Prüfung ausgesprochen, über die Petition des Kreises Neumarkt vom 4. Decbr. 1885 zur Lagesordnung überzugeben.

Der Provinzial-Landtag tritt diesem Antrage unter Ablehnung eines vom Abg. v. Lösch-Neumarkt gestellten Amendements bei. — Bezüglich einer Remonstration des Kreis-Ausschusses des Kreises Neustadt OS gegen den Beschluß des Provinzial-Ausschusses vom 30. Juni 1884, betr. Ablehnung eines Bauhilfsgebels zur Pfostierung eines Theiles der Mühlstraße in Neustadt, empfiehlt die Commission IV., den Antrag des Kreis-Ausschusses des Kreises Neustadt OS auch seitens des Provinzial-Landtags abzulehnen, da sie zu der Überzeugung gekommen, daß der Beschluß des Provinzial-Ausschusses gerechtfertigt sei. Der Antrag der Commission wird genehmigt.

Hierauf erfolgt die Feststellung einer Anzahl Etats pro 1886, und es werden durchweg ohne Discussion der Etat für die Provinzial-Land-Feuer-Societät in Einnahme und Ausgabe mit 1915545 M., der der Provinzial-Städte-Feuer-Societät mit je 352130 M., der Etat der Provinzial-Iren-Anstalt zu Brieg mit je 102836 M., wobei gleichzeitig der Ankauf des für die Ankalt erachteten Bauerguts Briegischdorf Nr. 2 genehmigt wird, ferner der Etat der Provinzial-Iren-Anstalt zu Bünzlau mit je 12950 M., der für die Provinzial-Iren-Anstalt zu Kreuzburg mit je 147450 M. und endlich derjenige für die Provinzial-Iren-Anstalt zu Plagwitz mit je 104320 M. in der vom Provinzial-Ausschuß beschlossenen Aufstellung genehmigt.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident theilt mit, daß er die Abgeordneten Graf v. Pfeil, Kammerherr v. Savadsky und Bürgermeister Engler zur Beisehung des verstorbenen Abg. Freiherrn v. Böschlitz-Reulich nach Bischowitz depurirt habe.

Der stellvertretende Landeshauptmann, Geh. Justizrat Schneider, lädt die Mitglieder des Provinzial-Landtages, unter Mittheilung von den nun erfolgten Aufführung der Portraits des Kronprinzen und der Kronprinzessin, des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke, zu zahlreichem Besuch des Museums am Sonntag Vormittag 11 Uhr ein.

Hierauf erfolgt der Schluß der Sitzung nach 2½ Uhr. — Nächste Sitzung Freitag, den 11. Mittags 1 Uhr.

\* Zu den Ausweisungen. Wie dem „Ob. Anz.“ gemeldet wird, sollen im Slupnauer Bezirk 26 Familien die Ausweisungssordnung für den 1. April r. J. zugegangen sein. Mehrere von den Betroffenen sind geschworene Bergleute; es trifft dieselben die Ausweisung um so härter, als sie trotz der gezahlten Knappenschaftsbeiträge ihrer Pensionsansprüche verzinstig geben. — Ferner wird uns aus Bösenhain geschrieben: Drei hier ortsansässige österreichische Unterbanen haben Naturalisations-Anträge gestellt, und wurden dieselben von den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung befürwortet.

-x. Stadttheater. Die Aufführung der seit langer Zeit in Breslau nicht gehörten Meyerbeer'schen „Dinorah“ war eine recht gute. Frau Steinmann-Lampé sang die Titelrolle. Die coloristischen Partien sind die Hauptforce dieser Künstlerin, das zeigte sich wieder in der Kunstfertigkeit, mit welcher sie die schwierigen Rollen und Triller in dieser trivialen Rolle zur Ausführung brachte. In ihrer äußeren Erscheinung überaus anmutig, bemühte sie sich, alle die Unwahrscheinlichkeiten, die in dem Charakter der Rolle liegen, zu mildern, und soweit das eben möglich ist, war ihr Bemühen erfolgreich. Die Rolle gehört zu den besten der Künstlerin; ist es aber nicht schade, ein so tüchtiges Können an so inhaltslose Dinge zu vergeuden? — Herr Director Brandes spielte den Biegenhirtin Hoel. Nicht immer stand die gesangliche Leistung auf gleicher Höhe mit dem trefflichen Spiel. Die Stimme klang etwas müde; nur die Geschicklichkeit des geübten Sängers konnte über diese Unzulänglichkeit hinwegtäuschen. Den Sackpfeifer Concertina brachte Herr Patel in Spiel und Gefang recht wacker zur Geltung. Diesen Tölpel mit seiner lächerlichen Furcht und seinen witzlosen Couplets spielen und singen zu müssen, ist gerade auch kein Vergnügen. Die kleineren Partien wurden beständig dargestellt. Herr Leinauer, der vollständig heiter war, sang den Jäger, Herr Jožłowski den Mäher, Fräulein Kolb und Frau Sonntag-Uhl die zwei Hirtenknaben. Die vier Genannten erfreuten sich nach Aufführung des a capella-Quartetts im dritten Acte des lebhaftesten Beifalls. Die zwei Biegenhirtinnen — Fräulein Klein und Frau Hradetzky — entledigten sich ihrer Aufgabe im ersten Acte auf angemessene Weise. Der Chor, der im Allgemeinen stimmig war, geriet im Anfang des zweiten Actes in eine vollkommene Deroute. Die äußere Ausstattung des Stückes war eine

Am 30. März 1832 wird auf diese Vorstellung seitens des Magistrats ein abschläglicher Bescheid ertheilt.

Am 15. Juni 1832 legt Eichborn den Kaufmanns-Altesten folgendes Promemoria vor:

„Betrachtungen über die Acquirirung eines angemessenen Locales des kgl. Ober-Postamtes zu Breslau.“

„Es ist die Rede von dem Erwerb des Gautier'schen Hauses am Ende der Albrechtsstraße.

Dieses Gebäude, obwohl unter den vielen durchaus nicht beachtenswerten vorgeschlagenen Häusern einigermaßen das Geignete sein würde, liegt:

1) außer allem Bereich der hiesigen Handelswelt und für das hiesige Publikum im Allgemeinen zu abgelegen,  
2) bietet dieses Haus zur Noth den erforderlichen Raum, der selbst nur mit einem Kosten-Aufwand von ca. 6000 Thlr. in Stand zu bringen ist,  
3) ist die Beschränktheit des Hofraumes von der Art, daß kaum mehr als 2 Postwagen darin aufzufahren sind, die Aussicht aber, welche insbesondere beabsichtigt wird, kämpft mit den größten Schwierigkeiten. Die Probefuhren, welche zu diesem Behufe versucht worden sind, haben ergeben, daß es kaum möglich ist, in dem daran grenzenden engen Gäßchen durchzukommen, daß durch die Geschicklichkeit des einen Postillons die Aufgabe gelöst, dem anderen aber unmöglich war. Für vieles Geld würde der Zweck nicht erreicht, mithin immer ein unzweckmäßiges Haus für die Post a mirirt, andererseits aber schnurstracks die Interessen der Hanßelwelt und die schnellen Hilfsleistungen für den Weberstand, für Fabriken und Eisenwerke, die keine Hindernisse zulassen, vernichtet werden, und diese sind unverwindbar, wenn nicht mit den ankommenden und abgehenden Posten in der Erreichbarkeit der Zeit hand in Hand gegangen wird“ u. s. w.

Am 18. Juni 1832 reichen die Kaufmannsältesten eine Vorstellung an den General-Postmeister v. Nagler ein, in welcher dieselben, wie in dem oben reproduzierten Schreiben vom 8. März desselben Jahres, ihrer Überzeugung Ausdruck geben, daß keines der beiden von der kgl. Ober-Postdirektion zur Einrichtung des Ober-Postamtes gewählten Häuser, nämlich des Gautier'schen Hauses in der Albrechts-

straße und des ehemaligen Neisel'schen Hauses an der Ecke der Nicolai- und Herrenstraße, den Anforderungen entspreche, welche ebenso wohl durch die Verstärkung der neuern Einrichtung der Localität, wie durch die Beziehungen auf den äußeren Geschäftsvorberke be dingt sind. Nach Auseinandersetzung der diesbezüglichen Gründe sprechen die Kaufmannsältesten ihre Ansicht dahin aus, daß der sub Nr. 7 der Schwednitzerstraße belegene städtische Marstall alle Eigenarten biete, welche zur Anlage eines alle Zwecke erfüllenden Locales erforderlich werden. Die Lage dieses Grundstückes, so wird die Ansicht in der Vorstellung begründet, „seine Geräumigkeit bei einem Flächeninhalt, welcher bei einer mittleren Breite von 8 Ruten und einer Länge von 26 Ruten 208 ⅔ Ruten beträgt, entsprechen jeder Anforderung, und wenn auch die jetzt darauf befindlichen Gebäude, mit Ausnahme einiger Ställe und Remisen, eines gänzlichen Umbaus bedürfen, ja vielleicht nur zur Benutzung des Materials dienen dürften, so bleibt doch von anderer Seite zu erwägen, daß jeder Umbau eines anderen Hauses gleichfalls große Kosten verursachen und nie dem beabsichtigten Zweck vollkommen entsprechen wird; ganz abgelehnt von der Gefährlichkeit, in den Hauptmauern alter Gebäude Veränderungen vorzunehmen. Der Marstall gehört der hiesigen Commune, und da schon seit einiger Zeit damit umgegangen wird, die darin befindlichen, zur Straßenreinigung bestimmten Pferde und Wagen abzuschaffen und an Privatunternehmer zu verdingen, so würde sich die Commune bei einem annehmbaren Gebote wohl geneigt finden lassen, dieses Grundstück zu veräußern. Andererseits würden wir gern unsern ganzen uns zustehenden Einfluß verwenden, um die Geneigtheit zur Ueberlassung sowohl, als zu einem möglichst niedrigen Kaufpreis zu bewirken, auch würden wir, sofern die zu der Acquisitio nötigen Fonds nicht sofort bereit sein sollten, gern ein Capital von 20000 Thlr. aus den unserer Verwaltung anvertrauten Fonds zur Disposition stellen u. s. w.“

\* \* \*

Ob das General-Postamt diese Vorschläge abwies, oder ob dieselben bei dem Magistrat widerstand fanden, ergeben die Acten nicht, der Kauf des Gautier'schen Hauses in der Albrechtsstraße wurde 1832 abgeschlossen und Ende 1833 nach beendeten baulichen Veränderungen die Post dahin verlegt.

Die Börsen-Acten enthalten nun eine Reihe von Beschwerden

ausgezeichnete, eine viel bessere, als es ein solcher Text und die beständig zwischen Schönem und Triviale schwankende Musik verdient.

E. B. Joachim-Rappoldi-Concert. Bereits am Anfang des Concertes konnte man deutlich hören, daß Frau Amalie Joachim stimmlich nicht besonders disponirt war. Im weiteren Verlaufe des Abends entwickelte sich eine regelrechte Heiterkeit; die tiefen, sowie die hohen Töne sprachen nicht mehr an, nur die Mittellage gehörte noch leidlich. Dass Frau Joachim trotzdem ihr ganzes Programm (12 Lieder) absolvierte, ist anzuerkennen; was sie leistete, war immerhin noch recht respectabel, stand aber natürlich hinter dem, was man von einer Künstlerin ersten Ranges erwartet, erheblich zurück. So interessant es wäre, auf einzelne Stücke, z. B. auf die fünf Lieder aus Schubert's Winterreise, näher einzugehen, so liegt doch zu einer kritischen Besprechung weder eine Veranlassung noch eine Berechtigung vor, da ein sicheres Urtheil unter solch erschwerenden Umständen unmöglich ist. — Frau Rappoldi-Kahrer, königl. sächsische Kammervirtuosin, entwickelte in einem Scarlatti'schen Sonatenzauber und in der 12. Rhapsodie von Liszt eine sehr achtungswerte Technik; der Anschlag ist leicht und elegant, das Passagenpiel selbst bei rapidesstem Tempo flüssig und klar, die ganze Spielweise verständig und nobel. Für die Chopin'sche Polonaise reichte das technische Können nicht durchweg aus, der Vortrag der Schubert'schen Sonate — warum spielen denn eigentlich die reisenden Clavier-Virtuosen so selten etwas von Beethoven? — zeichnete sich mehr durch schulmäßige Correctheit, als durch Wärme und Innerlichkeit aus. Frau Rappoldi bediente sich eines sehr mittelmäßigen, kraftlosen Concertflügels und war noch dazu genötigt, sämtliche Begleitungen auszuführen; das sind Zumutungen und Aufgaben, welche geeignet sind, die Leistungsfähigkeit weit robusterer Spieler zu beeinträchtigen. — Herr Professor Rappoldi, königl. sächsischer Hof-Concertmeister, spielte Variationen von Lipinski und zwei kleinen Stücken von Jean Marie Leclair (1697—1764). In den ersten hatte er Gelegenheit, seine Virtuosität im Octaven- und Arpeggion-Spiel zu zeigen; musikalisches Interesse können diese harmlosen Studien nicht erwecken. Ansprechender wirkte die Schlussnummer (Tambourin); sie ist charakteristisch componirt und wurde ebenso vorgebracht.

\* Breslauer Schillerverein. Bei der Constituteurung des am 13ten November für die fünfjährige Periode neu gewählten Vorstandes, die in diesen Tagen erfolgte, ist Prof. Dr. K. Weinhold zum Vorsitzenden, Director Dr. Gleim zu dessen Stellvertreter, Landschaftsundkunstfonds Geisler zum Schriftführer und Rathsscretär Spelz zum Kassirer gewählt worden. Die Herren Staatsanwalt v. Uechtritz, Sanitätsrat Dr. Meyer, Kaufmann Thal sind die übrigen Vorstandsmitglieder.

\* Vortrag. In der am Freitag im großen Saale des Casino stattfindenden Versammlung der alkatholischen Gemeindemitglieder hält Herr Pfarrer Herter einen Vortrag über „Unsicherheit und Schriftwidrigkeit der römischen Kirche in Bezug auf Glauben, Sitten und Sacramente“.

\* Ein neuer Walzer hat heute unsere Damenwelt zum Besuch des neunten Donnerstag-Concertes mächtig angelockt. Als Verfasser jenes, „Frühlings-Varianz“ benannten Mußstückes, war Herr C. Hermann, der beliebte Baritonist des Stadttheaters, auf den Anschlagszetteln genannt, und diese bloße Ankündigung dirkte wohl bei Frauen, Mädchen und Bäschchen die Hauptveranlassung zu der Wallfahrt nach dem Concerthaus gewesen sein. Der neue Walzer wurde vom Publikum mit lebhaften Beifall aufgenommen. Ohne uns auf Prophezeiungen einzulassen, können wir dem Hermann'schen Walzer schon heute das Prognostikon stellen, daß sich nach seinen Klängen in der begonnenen Winteraison auf den meisten Bällen und Kränzchen die fröhlichen Paare im Tanze drehen werden.

\* Zur Besetzung der Capellmeister-Vacanz wird uns gemeldet, daß Herr Capellmeister Reindel, gegenwärtig Dirigent der Mußcapelle des in Krotoschin garnisonirenden 37. Infanterie-Regiments, die durch den Rücktritt des Herrn Capellmeister Theubert seit dem August d. vacante Stelle des Dirigenten der Capelle des 2. Schles. Grenadier-Regiments Nr. 11 übernommen wird.

\* Maßnahmen gegen die Wiederfluthungen. Die nach dieser Richtung hin vom XXX. Provinzial-Landtag unter dem 13. December 1883 gefassten Beschlüsse sind, der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechend, seitens der königlichen Staatsregierung einer eingehenden Prüfung und Erörterung unterzogen worden, deren Ergebnis von den Ministern des Innern, der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft ic. in einem an den Oberpräsidenten hierselbst gerichteten Re却script vom 1. d. Mis. dem jetzt tagenden Provinzial-Landtag mitgetheilt worden ist.

\* Die Annahme eines Stadtverordnetenmandats versagt. Wie aus Dels, 10. December, gemeldet wird, ist dem königl. Seminarlehrer Herrn F. Kiezel daselbst seitens des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums zu Breslau die Annahme des Stadtverordneten-Mandats nicht gestattet worden. Herr Kiezel war am 23. November in der dritten Abtheilung zum Stadtverordneten von Dels gewählt worden.

\* Weihnachtsfeier. Das königliche Provinzial-Schul-Collegium zu Breslau hat die Weihnachtsfeier der höheren Lehranstalten der Provinz Schlesien wie folgt festgelegt: Schulschluß Mittwoch, den 23. December cr. Schulanfang Donnerstag, den 7. Januar f. J.

gegen die getroffenen örtlichen Einrichtungen, worauf Ober-Postdirector Schwürz am 10. December 1833 an die Kaufmannsäl

# Gebrüder Magazin in Breslau



# Stollwerck, Schweidnitzerstrasse 31,

Hofflieferanten I. I. M. des Königs Wilhelm und der Königin Augusta,  
Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preussen,  
sowie der Höfe von Oesterreich, England, der Türkei, Italien, Baiern, Sachsen, der Niederlande, Belgien, Rumänien, Griechenland, Baden, Hessen,  
Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Anhalt-Dessau, Lippe-Detmold, Schwarzburg und Schaumburg-Lippe, Reuss ältere und Reuss jüngere Linie,  
beehren sich, die Eröffnung ihrer

## Weihnachts-Ausstellung

ergebenst anzuseigen.

[7406]

Chocoladen, Cacaos und Chocoladen-Bonbons, feine Dessert, Bonbons und Confecte aller Art für den Weihnachtsbaum und den Festtisch, Marzipantorten und Nachbildungen von Früchten, Gemüsen, Gebäcken, Fleischwaaren, Speisen und Getränke in Marzipan, Gelée und Fruchtmark; conservirte Früchte, Gelées und Marmeladen, Biscuits, Thee und Knallbonbons, Bonbonnières, Attrappen und Japan-Waaren in grosser Auswahl. Mässige, feste Preise.

Die Fabrikate der Firma wurden durch 29 Ehrendiplome, goldene, silberne und broncene Medaillen ausgezeichnet.

Classiker,  
Bilderbücher,  
Jugendschriften,  
Globen, Atlanten,  
Kalender,  
Prachtwerke  
in grosser Auswahl  
in der [6267]  
Buchhandlung  
H. Scholtz in  
Breslau  
Stadt-Theater.

Morgen Sonnabend,  
den 12. December 1885,

Mittags 12 Uhr,

im Saale der Actienbrauerei,  
Nicolaistrasse 27,

unwiderruflich

Ziehung.

Hauptgewinn 15.000 M.W.

Grosse  
Weihnachts-Verloosung

zum Besten der Waisenanstalten in Namslau.

Gewinne:

in Gold und Silber.

1 à 15.000 M.

1 à 3.000 M., 1 à 2.000 M., 1 à 1.000 M.,  
2 à 500 M., 5 à 200 M., 10 à 100 M., 20 à 50 M.  
etc. etc.

Eine Verlegung der Ziehung sowie Reduzierung des Gewinnplanes ausgeschlossen.

Hört!  
Der kleine Puttsamer!  
Ein heiteres Frage- und Antwortspiel in Bezug auf die neue Orthographie; lehrt uns leichter in einigen Abenden. Jung und Alt bestens empfohlen.  
Elegant ausgestattet. [7408]  
Preis 1 Mark 20 Pf.  
Vorrätig bei H. Scholtz in Breslau, Stadt-Theater.

Vollloose  
à  
4 Mark  
bis  
auf Wenige  
vergriffen.

Um zu räumen,  
geben wir  
die zur jetzigen Ziehung  
nicht eingelösten Loose  
per Stück mit

2 1/2 M.,  
11 Stück 25 M.  
(Porto u. Liste extra 20 Pf.)

Die Hauptgewinne sind, soweit es der beschränkte Raum gestattet, in unserem Schaufenster zur Ansicht ausgestellt.

E. Morgenstern's  
Buch- u. Kunsthändlung,  
Ohlauerstrasse 15.  
Bilderbücher,  
Jugendschriften,  
Classiker,  
Prachtwerke  
und Spiele  
sind in grosser Auswahl  
vorrätig in [7407]  
E. Morgenstern's  
Buch- u. Kunsthändlung,  
Ohlauerstrasse 15.  
Kataloge gratis und franco.

Ins Riesengebirge,  
Reisebilder für die Jugend  
und deren Freunde.  
Eine gute Jugendschrift.  
272 S. 8° mit 55 Illustrationen  
von Bürkner und Koska  
in modernem, sehr elegantem  
Original-Einbande, Preis M. 2,25.  
Priebatsch's Buchhandlung  
in Breslau. [7414]

Säuglinge wird neuerdings, nach  
dem ärztlichen Rat, deren Aufzügung  
mit condensirt. Milch, Milch- u. Kraft-  
mehlen wegen überwiegenden Zufer-  
tus. Stärkegehaltes beanstandet wurde,  
reine, durch besondere Maß erzeugte  
Sahmlich gereicht. Indes scheint auch  
diese d. Erwartungen nicht allenfalls  
zu entsprechen; da Liebe's Nahrungs-  
mittel in löslicher Form, das Extract d. Liebig'schen Suppe, in wesentlich ge-  
steigerte Aufnahme gelangt. Ein Ver-  
such mit dieser bekannt Specialität des  
Apothekers Liebe in Dresden, hierfür  
in d. Apotheken erhältlich, wird befrie-  
digend. Die Kindernehm. d. Liebig'sche  
Kindermilch gern und sie kommt in  
den meisten Fällen vorzüglich. [3427]

Neue Jugendschriften für Knaben und Mädchen!  
Verlag von Richter & Kappler, Stuttgart. Zu bez. d. a. Buchhdg.  
Contre-Admiral R. Werner, Drei Monate an der  
Sklavenseküste. Erzählung f. d. reisende Jugend.  
Illustrirt von Marinemaler F. Lindner. Orig.-Bd. 5 M.  
Blüten und Aehren, Ein Schatzkästlein für die junge  
Mädchenwelt v. 14 Jahren an.  
Herausgegeben von Marie Beeg.  
Mit Original-Beiträgen v. Brigitte Augusti, M. von Olfers, K. Gerok,  
H. Stöckl, M. Krummacher, H. Herzog, Clementine Helm, E. Ladey,  
J. Trojan, E. Frommel u. A. Mit Illustrat. Preis geb. nur 4 M.  
Marie Beeg, Junge Freunde. Erzähl. f. d. Jugend v. 12  
Clementine Helm, Unternehm. Schnee erblüht.  
Illustr. von Hugo Engl. Dritte Auflage. Geb. m. Goldschn. 3 M.

Reichste  
Auswahl!  
Billigste  
Bedingun-  
gen!  
Journal des Instituts.  
Schriftsteller für Bad, B.  
Dresden, 16-18 Schweidnitzer Straße.

Für alle Gebildeten ganz  
unentbehrlich:  
Internationaler  
Citaten-Schatz.  
Lesefrüchte aus heimischen und  
fremden Schriftstellern  
(Sentenzen und Sprichwörter)  
von

O. Zeuschner.

III. verb. Ausl. 8°. 32 Bogen. Geh. 5 M.

Eleg. geb. 6 M.

Das Werk will in erster Linie  
das Nachschlagen von Citaten er-  
leichtern und ist deshalb im Gegen-  
satze zu ähnlichen Büchern alpha-  
batisch geordnet, ein nicht genug zu  
schätzender Vorzug dieses Buches.

Verlag von E. Schloemp  
in Leipzig. [7413]

173. Preuss. Lotterie.  
Anteil-Loose gütig für 3. u. 4. Kl.  
1/8 1/16 1/32 1/64

Mit. 36 18 9 4 1/2

Kölner Dombau-  
ferner  
Geld-Lotterie

Hauptgewinn M. 75.000 baar.

Orig.-Loose à 3 M. 50 Pf.

(Auswärts Porto u. Liste 30 Pf.)

empfiehlt und verleiht

J. Juliusburger,  
Breslau, N. Graupenstr. 2.

Das Erreichbarste

in der Petroleum Beleuchtung ist der

Diamantbrenner.

R. Amandi, Schreibgeräte u. Co.

Weihnachts-Ausstellung  
M. Kimbel, Breslau,  
bis 24. December im Schles. Prov.-Museum,

enthaltend Möbel, Decorationsobjecte, Vasen,  
Chatullen etc.

zu mäßigen Preisen. [7230]

Ferner in den  
Fabrikräumen Margarethenstraße 7—9

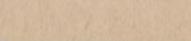
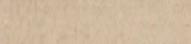
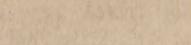
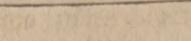
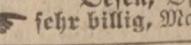
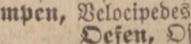
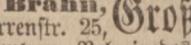
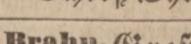
Lager von Stoffen, Gardinen, Vasen, Chatullen etc.

Breslauer Weizenbier.

Hierdurch beehe ich mich ergebenst, mein vorzügliches Weizenbier  
zu allen Feestlichkeiten, Hochzeiten, Kindstaufen etc. als Tafelbier zu empfehlen.  
Dasselbe ist seit Jahren in den weitesten Kreisen bekannt und beliebt  
geworden. Da es seinem Gehalt nach völlig rein und nahrhaft ist, wird es auch  
mit bestem Erfolge kränklichen und schwächlichen Personen, sowie  
Revolventen, Ammen u. ärztlich empfohlen. [8470]

W. Hübner's Brauerei, Breslau,

Breitestraße 39.



Freitag, den 11. December 1885.

\* Prüfung von Lehrern an Taubstummen-Anstalten. Für das Jahr 1886 ist der Termin zur Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten der Provinz Schlesien auf den 22. October f. J. anberaumt. Soweit es nötig, wird die Prüfung an den folgenden Tagen fortgesetzt. Die Prüfung findet in der Taubstummen-Anstalt zu Breslau statt. Meldungen zur Prüfung sind mit den vorgeschriebenen Bezeugnissen sc. bis zum 1. Februar 1886 an das königliche Provinzial-Schul-Collegium zu Breslau einzureichen.

\*\* Versammlung Breslauer Handwerksmeister. Gestern Abend fand im Pietsch's Local auf der Gartenstraße eine vom Vorstande des "Ostdeutschen Handwerker-Bundes" einberufene Versammlung Breslauer Handwerksmeister statt, welche von etwa 50 Personen besucht war. Dieser spätere Besuch ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Gesellschaft des Herrn Präsidenten des "Ostdeutschen Handwerkerbundes", Schneidermeisters Weiß, in den Kreisen des Breslauer Handwerks nur eine minimale ist, wie wir dies stets betont haben. Die Breslauer Handwerksmeister haben in der That etwas Besseres zu thun, als der anachronistischen Sehnsucht des Herrn Weiß nach mittelalterlichem Zunftzwang und ähnlichen mit dem Geist der Zeit in crassesten Widerspruch stehenden Forderungen Muth zu machen. Zweck der Versammlung sei, wie Herr Schneidermeister Weiß ausführt, derselben vier Petitionen — drei an den deutschen Reichstag und eine an den preußischen Landtag — zur Unterzeichnung vorzulegen. Da ein Innungs-Blatt noch nicht gebildet sei, so habe der Ostdeutsche Handwerkerbund als die größte Handwerker-Vereinigung in Schlesien die Sache in die Hand nehmen müssen, um auch den außerhalb der Innungen stehenden Handwerksmeistern Gelegenheit zur Unterschrift zu geben. Die erste, an den preußischen Landtag zu richtende und vom Schlossermeister Michler begründete Petition strebt eine Neuregelung der Gefängnisarbeit nach, folgenden Geschäftspunkten an: 1) "die Gefangenen sollen ausgeschieden und ein größerer Theil derselben für Culturarbeiten verwendet werden; 2) die für gewerbliche Arbeiten bestimmten Sträflinge dürfen a. nur zur Herstellung von Halbfabrikaten, nämlich solcher Fabrikate verwendet werden, welche zum Gebrauche nicht schon fertig, sondern noch der Verarbeitung besonderer Gewerbe- oder Industriezweige unterliegen, b. nur für die eigenen Bedürfnisse der Strafanstalten und c. nur für Auffertigung von Uniformstücken, Ausrüstungsgegenständen für die Armee, überhaupt nur für Militärarbeiten verwendet werden". Die zweite vorgelegte Petition an den Reichstag motiviert Herr Böttchermeister Pohl. Dieselbe wünscht in Anbetracht des Umstandes, daß der Haushandel bei den jüngsten Verkehrsverhältnissen entbehrlich sei, daß sämtliche Bedarfsartikel überall in unserem Vaterlande bei den seßhaften Handwerkern und Kaufleuten zu haben seien. (Der Redner müßte einmal ein halbes Jahr auf dem platten Lande wohnen, um praktisch an sich zu erfahren, was bei den dort "seßhaften Kaufleuten und Handwerkern" Alles zu haben ist); in Anbetracht ferner, daß durch den Haushandel die öffentliche Sicherheit sowohl der Personen als des Eigentums bedroht erscheint und hinreichende Kräfte zur Überwachung derselben nicht vorhanden seien, es möge durch Beschluss des Reichstages der Haushandel gänzlich verboten werden. (Wahrlich eine sehr befriedigende Forderung!) Sollte dieser Antrag die Mehrheit des Reichstages nicht finden, so werden Abänderungen mehrerer Paragraphen der Gewerbeordnung, welche den Haushandel zu erschweren bestimmt sind, vorgeschlagen. Ferner sollte der Reichstag beim Bundesrat beauftragt: Es seien die Ausführungsbestimmungen vom 31. Oct. 1883 dahin zu präzisieren, daß jene Industrie- und Handelsartikel, für welche ein Wandergewerbeschluß abgegeben wird, auf diesem genau detaillirt und alle Collectionen vermieden werden müssen. Neben die dritte, an den Reichstag zu richtende Petition referirt Herr Böttchermeister Beck. Derselbe beantragt, der Reichstag möge den § 107 der Gewerbeordnung (die Legitimationspflicht betreffend) auf sämtliche nicht selbstständige gewerbliche Arbeiter ohne Unterschied des Lebensalters ausdehnen. Das Referat über die vierte an den Reichstag zu richtende Petition hatte Maurermeister Schirmer übernommen. Diese geht wiederum dahin, der Reichstag möge dem Antrage Ackermann, Biehl und Genossen, die Abänderung der §§ 14, 15, 100 e, 115, 148 betreffend, die Genehmigung ertheilen. Es handelt sich hierin um den sogenannten Befähigungsnachweis. Nach den erstatteten Referaten wurden die Petitionen von wenigen Anwesenden unterzeichnet. Der Vorsitzende schmeichelte sich schließlich, um sich über den deprimirend schwachen Besuch der Versammlung zu trösten, mit der sanguinären Hoffnung, daß die Petitionen in Breslau namenlich unter Mitwirkung der Innungen einigermassen Unterschriften finden werden.

-p. XI. schlesisches Bundes-Schützenfest. Das nächstjährige (XI.) schlesische Bundes-Schützenfest wird vom 11. bis einschließlich 15. Juli f. J. in Schweidnitz abgehalten werden. Das Schießen auf die Provinialschülen wird jedoch schon am 13. Juli Abends enden. An den beiden folgenden Tagen wird nur noch auf die Jubiläums- und Geldscheiben geschossen werden. Es werden 15 Scheiben aufgestellt sein, und zwar 3 in einer Entfernung von 170 Meter, 6 in einer Entfernung von 100 Meter und 6 in einer Entfernung von 136 Meter. Die Schießstätten und der Festplatz befinden sich auf der Volksbühne, die hierzu ausreichenden Raum bietet. Mit dem Schützenfeste soll die Feier des 600jährigen Jubiläums der Schützengilde zu Schweidnitz verbunden werden.

- Schiffsbarmachung der Przemsa. Dieser bereits bis Slupna fahrbare Fluss wird jetzt gemäß Vertrags zwischen der preußischen und russischen Regierung bis nach Myslowitz schiffbar gemacht. Russland gibt den erforderlichen Boden kostenfrei her, Preußen führt nach Angabe der "B. Ztg." den Bau aus und erhält die Hälfte der Baukosten von Russland zurückgestattet.

■ Kleinkinderschulen. Die innerhalb der letzten Jahrzehnte in den verschiedensten Theilen der Monarchie mahrzunehmende Entwicklung der Anstalten für Bewahrung, Unterweisung und Erziehung kleinerer Kinder hat dem Minister der geistlichen sc. Angelegenheiten zu einem umfangreichen Erlasse an die königlichen Regierungen Veranlassung gegeben, in welchem die fortgeleitete Fürsorge für diese Anstalten empfohlen wird. Je größer der Segen sei, welcher in erster Reihe der ländlichen Bevölkerung und den arbeitenden Klassen, dann aber weiter Kreisen der besser stützten Stände durch eine Behütung und zweckmäßige Beschäftigung der Kinder in den Beiten, in welchen die Eltern sie nicht um sich haben können, gewährt wird, desto gewissenhafter sei dafür zu sorgen, daß er auch voll zur Geltung komme und nicht durch Fehlgriffe verkümmert werde, zu welchen sich oft gerade ein wohlgemeinter Eifer verleiten lasse. Es kommt einerseits darauf an, daß die Kinder in den bezeichneten Anstalten — Warteschulen, Kinderbewahranstalten, Kleinkinderschulen, Oberlinshulen, Kindergarten — gefund erhalten und körperlich gefrägt werden, daß insbesondere in ihren Spießen sich ihre Leiber frei bewegen, ihre Sinne üben, ihr ganzes Wesen sich ungezwungen entwickeln, und sie an Ordnung und Reinlichkeit Freude gewinnen und Verträglichkeit lernen. Nicht minder aber sei es andererseits von Werth, daß die kleinen Gebete, Verse, Lieder, Erzählungen, durch welche ihr Geist geweckt und genährt werden soll, mit Umsicht gewählt, daß jede Überreizung ihrer geistigen Kräfte, ganz besonders eine vorzeitige Anspannung des Gedächtnisses, sorgfältig verhindert, jedes Hinübergreifen in die eigentlichen Aufgaben der Volksschule vor dem schulpflichtigen Alter vermieden werde. — Diesen vortrefflichen Fingerzeichen reiht sich eine Beleuchtung der Gründe an, aus denen zur Zeit von einer staatlichen Prüfung der aus den betreffenden Bildungsanstalten hervorgegangenen Kinder-Lehrerinnen sc. abzusehen sei. Insbesondere sei hierfür maßgebend, daß die Eigenschaften, welche bei einer guten Erzieherin und Lehrerin noch nicht schulpflichtiger Kinder gefordert werden sollen, mehr in ihrem Gemüthe, ihrem Tacte, in ihrer ganzen Persönlichkeit, als in ihrem Wissen und Können liegen, daß sich also die eigentliche Befähigung einer gewöhnlichen Prüfung entziehe. Durch die in Betracht gezogenen Gründe sei nicht ausgeschlossen, daß die zuständigen Behörden den Anstalten zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen, Kleinkinderlehrerinnen sc. ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden haben. — Es wird in dem Erlasse ferner begründet, daß diese Anstalten ohne staatliche Genehmigung nicht errichtet werden dürfen, ferner darauf hingewiesen, in welcher Weise die staatliche Aufsicht über dieselben zu führen ist und endlich unter näherer Motivierung betont,

dass die von den gebauten Anstalten ihren Zöglingen beim Abgange ertheilten Bezeugnisse sich nach ihrer Fassung als Privatzeugnisse geben müssen und nicht den Schein eines staatlichen Befähigungszeugnisses annehmen dürfen.

X. Von neuem Posthaus. Trotz der vorgerückten Jahreszeit wird noch fleißig an dem neuen Dienstgebäude der Ober-Postdirektion gearbeitet. Der südliche Flügel ist im Ausbau bereits ganz vollendet, an der Ostseite dagegen ist man gegenwärtig mit der Aufführung des Mittelbaues eifrig beschäftigt. Wie beim westlichen Flügel wird auch hier eine geräumige Durchfahrt mit architektonisch verzierten Portale die Verbindung des Posthofes mit der Straße herstellen. Sämtliche Fenster des südlichen und des östlichen Flügels, soweit derselbe fertig ist, sind bereits verglast. Im Innern dieser Flügel sind Tapezierer, Maler sc. eifrig damit beschäftigt, die Bilder fertig zu stellen, so daß die Übersiedelung der Bureaus aus dem alten Postgebäude in die neuen Räumlichkeiten in Bälde vor sich gehan. Die innere Einrichtung des westlichen Flügels dagegen, der für die Geschäftsräume der Ober-Postdirektion bestimmt ist, wird vorläufig nicht gefordert, weshalb noch die Fensteröffnungen dieses Flügels mit Brettern verschlagen sind. Der bogengörige Eingang zum neuen Postamt an der südwestlichen Ecke des Gebäudekomplexes ist völlig fertig gestellt. Hoch oben auf dem Dache laufen die zahllosen Drähte des Telephonnetzes der Stadt zusammen. Vor dem Eingange ist, convergirend mit demselben, ein bogengöriges, niedriges Eisengitter aufgestellt, das von zwei Sandsteinsockeln flankiert wird, auf denen sich gußeiserne Kandelaber erheben. Über dem Portal des südlichen Flügels im Posthofe wird eine Uhr die Zeit anzeigen; das Rifferblatt ist bereits angebracht.

= = Weihnachts-Postverkehr. Zur beschleunigten Expedierung und Local-Beförderung von Weihnachts-Sendungen hat die hiesige Postverwaltung auch in diesem Jahre erforderliche Maßnahmen zu treffen nicht versäumt. Das Beamtenpersonal wird durch Militärmannschaften und Privatpersonen entsprechend verstärkt. Desgleichen sollen erforderliche die der Packetbestellung am Orte dienenden Fuhrwerke bei namhafter Anhäufung der eingegangenen Packstücke durch Einstellung von Privatfuhrwerken vermehrt werden. An das Publikum richtet die Postbehörde die Bitte, seinerseits zur möglichst normalen Bestellung der Packete das Mögliche beizutragen, insbesondere die Packete fest und handlich zu verpacken, deutlich und genau zu adressiren, sowie mit lesbaren, bestimmt bezeichnenden Aufschriften zu versehen.

= = Gas-Production und Consumption. Im Monat November betrug die Production an Gas überhaupt 1 417 600 Cubikmeter, also im täglichen Mittel 47 253 Cubikmeter, im Maximum 52 700 Cubikmeter, im Minimum 44 200 Cubikmeter. — Die Consumption betrug überhaupt 1 412 800 Cubikmeter, also täglich im Mittel 47 093 Cubikmeter, im Maximum 54 700 Cubikmeter, im Minimum 36 800 Cubikmeter.

= = Zum Christmarkt. Die Vorbereitungen für den am Sonntag beginnenden Christmarkt sind seit einiger Zeit in vollem Gange. Der Aufbau der Hallen und Colonaden auf der Siebenkirchenstraße und der Naschmarktheite des Ringes ist nahezu vollendet. Abweichend gegen die früheren Jahre sind diesmal auch an der Südseite des Ringes, westlich von dem Monument Friedrich Wilhelm III., mehrere Hallen für Weihnachtsmarktführer aufgestellt worden.

= = Das Wasser der Oder fällt in Folge der eingetretenen Kälte (4 Grad unter Null) weiter ab. Heute früh zeigte sich auf der Oder etwas Treibes.

\* Der Mörder der Anna Lerche geständig. Den fortgesetzten Ermittlungen der Polizeiorgane war es vor etwa 8 Tagen endlich gelungen, einen Menschen der Untersuchungshaft zuzuführen, welcher des Mordes an der Anna Lerche dringend verdächtig war. Es ist dies der Koch Max Böhm, welcher vorher bereits schon einmal in Glogau verhaftet, aber mangelnder Beweise wegen wieder freigelassen worden war. Die am Thatort in dem hiesigen betreffenden Hotel zurückgelassenen Gegenstände sind zu Verräubern geworden und die daran geknüpften Recherchen führten dazu, daß diese furchtbare That, die vor Wochen alle Gemüther in Aufregung versetzte, nunmehr ihre Süchte finden wird. Bekanntlich wurde am 21. September c. am Thatorte ein Spazierstädtchen, ein Vorhemdchen mit Halskrallen und ein Portemonnaie der Ermordeten vorgefunden, in welch letzterem sich ein alter preußischer Thaler mit der Bezeichnung d. 1814 und einer eingelöschten Rose befand. Vermittelst photographischer Aufnahmen wurde die Inschrift auf dem Stocke entziffert. Die angestellten Recherchen führten zur Entdeckung dessenigen, welcher die Inschrift eingekräzt hatte. Der Betreffende, ein Tuchscheerer aus Aimerdingen in Baiern gab an, daß er den Stock in Forst in der Lausitz zurückgelassen habe. Ein von der kgl. Staatsanwaltschaft dahin entsandter Criminal-Commissarius stellte fest, daß der Stock am 17. Mai c. in dem Tanzlocal „zum Felschlößchen“ seinem rechtmäßigen Eigentümer abhanden gekommen war. Es fanden sich nun Personen, welche sich erinnerten, den Stock, ferner das mit auffallenden Knöpfchen verzierte Vorhemdchen, sowie die Schaumünze bei dem Koch Max Böhm gesehen zu haben. Der Genannte, welcher Ende August c. nach Forst gereist war, hatte am Sedantage mit einigen Kameraden das erwähnte Local besucht. Da dieselben ohne Stocke gekommen waren und noch eine kleine Streifpartie über Land zu machen beabsichtigten, so entliehen sie sich von den Bediensteten des Locals die dort zurückgelassenen herrenlosen Stücke. Unter letzteren hat sich der am 21. September bei der Lerche vorgefundene Stock befunden, und zwar hatte Böhm denselben an sich genommen. Die Zeugen haben weiter bekannt, daß Böhm am 6. September, dem Tage seiner Abreise von Forst, der Besitzer des Stocks und der Schaumünze gewesen ist. Am 8. September ist Böhm in Breslau aufgetaucht. Er hatte bei seiner Schwester, der verheiratheten Kellner Martin, Klosterstraße 18, Wohnung genommen. Die genannte Familie ist jedoch am 1. October c. nach Österreich verzogen, worauf Böhm bei einer Waschfrau auf der Breiten-Straße 50 Unterkommen und Wohnung fand. Böhm wurde nun in Untersuchungshaft genommen.

Nachdem der Mörder während seiner 8tägigen Haft fortgesetzt auf das Hartnäckigste geleugnet, hat er endlich, wie bereits im Abendblatt gemeldet, gestern ein umfassendes Geständniß dahin abgelegt, in der Nacht vom 20. zum 21. September c. den entsetzlichen Mord an der unverheiratheten Anna Lerche begangen zu haben.

= = Gegen das Landstreicherthum und die Bettelreihe. An den Wegweisen nahe den Grenzen des Breslauer Landkreises sind Bekanntmachungen des Landratsamtes Breslau angebracht, denen gemäß im Kreise Breslau das Betteln wie das Almosengeben bei Strafe verboten wird. Die Ortsvorstände und Gendarmen sind angewiesen, streng auf die Beobachtung dieser amtlichen Verordnung zu achten. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß an verschiedenen Orten im Kreise, so in Rothsgrün, Schmold, Katterrn u. a. Hilfstationen errichtet worden seien, an welche sich hilfsbedürftige Passanten und Kreisinsassen zu wenden haben.

+ Unglücksfall. In die hiesige Diafonien-Anstalt Bethanien wurde gestern das 14jährige Dienstmädchen Anna Hildebrand, Tochter eines Häuslers zu Frankau im Wohlauer Kreise, eingebracht, welches am Tage vorher in der dortigen Fabrik mit beiden Armen unter einer Nadelwalzmaschine geriet und hierbei schwere lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

+ Ein Collidieb. Gestern in der Dunkelstunde wurde ein vielfach vorbestrafter 19jähriger Anstreicher festgenommen, welcher die Abwesenheit des Kutschers benützte, um von einem Rollwagen ein Goli mit werthvollen Teppichen zu entwenden. Der Dieb wurde jedoch von Vorübergehenden bemerkt, der sich schnell entfernde Thäter eingeholt und einem Schuhmann zur Verhaftung überwiesen.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden: einem Handelsmann aus dem Trebnitzer Kreise von seinem hier auf der Rothenhalerstraße vor einem Gaithause aussichtslos gelassenen Wagen 9 Stück lebende Gänse; einem Haushälter von der Scheitingerstraße vom Handwagen ein Goli, gezeichnet „A. S. T. Cempin“, Pfeffer und Salpeter enthaltend; einer Schneidevitwe von der Weidenstraße mittelst Taschenstäbels aus der Manteltasche ein Portemonnaie mit 11 Mark Inhalt; einem Fräulein von der Mauritiusstraße ein gelbbrauner Muff; einer Restaurateursfrau von der Carlstraße eine Menge verschiedener Kleidungsstück; einem Arbeiter

von der Orlauerstraße ein am Freiburger Bahnhofe haltender grau gestrichener Handwagen. — Abhanden gekommen ist einem Kaufmann von der Gartenstraße eine antike goldene Brosennadel mit Topas und Mosaikarbeit. — Gefunden wurde ein Packet mit Kleidungsstücken, eine schwarze Reisedose mit getigertem Futter, ein dunkelblaues Mohairkostüm, ein Goli mit grauer Leinwand und der Bezeichnung „Heiligenstadt“, zwei lateinische Bücher und ein Muff. Letzterbezeichnete Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

\*\* Görlitz, 9. Dec. [Kaiser-Jubiläum.] Der hiesige Magistrat beabsichtigt, in Gemeinschaft mit dem Stadtverordneten-Collegium die Feier des 25jährigen Regierungs-Jubiläums des Königs Wilhelm I. von Preußen durch Kirchgang und ein demnächst folgendes Festmahl zu begehen. Die Feier soll, wie allerwärts, auch hier am 3. Januar 1886 stattfinden. — In der letzten Sitzung des Vorstandes unseres "Vereins zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene" konnte mitgetheilt werden, daß in dem für die hiesige Natural-Verpflegungsstation benutzte Hause mit Hilfe der vom Friedrich-Wilhelm-Victoria-Fonds gewährten Mittel ein Asyl für aus Strafanstalten Entlassene eingerichtet worden ist. Es ist dies ein Zimmer mit vier Betten, in welchem die Entlassenen, abgeondert von den in der Station einschreitenden Wanderern, Aufnahme und Verpflegung gegen entsprechende Arbeit finden können. Vorläufig werden nur solche Entlassene aufgenommen, die in Görlitz heimathberechtigt sind.

D. Liegnitz, 7. December. [Communales.] Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer heutigen Sitzung, auf deren Tagesordnung 28 Vorlagen standen, die Besetzung der vacanten zweiten Brandmeister-Stelle durch den Klempnermeister Herrn Zimmermann, und bewilligte aus dem ersparten Gehalte die Mittel für einen Unterrichts-Curius desselben bei der Breslauer städtischen Feuerwehr. — Nach dem Brennkalender für das Jahr 1886 kostet die Straßenbeleuchtung, welcher 597 Abend- und 188 Nacht-Gas-Lampen abführen, 29 200 M. — Zur Vermeidung der Betten im städtischen Krankenhaus wurden 1600 M. bewilligt. — Die 4. Klasse der Wilhelmsschule wird von Oster ab in zwei Hören gehalten und deshalb von diesen Termine an ein neuer wissenschaftlicher Lehrer mit der Facultas für Mathematik, Französisch und Englisch, zunächst mit einem Jahresgehalt von 1500 M. angestellt werden. Auch in der Hedwigis-, Garibaldi- und katholischen Volksschule sind wegen Überfüllung Theilungen mehrerer Klassen erforderlich, welche die Anstellung neuer Lehrer bedingen, wofür die Mittel bewilligt wurden. — Auf Antrag des Herrn Stadtverordneten Banquier Mattheus stellt die Versammlung dem Magistrat 1500 M. zur Verfügung behufs Fest-Arrangement zu Ehren des 25jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers. — Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Herr Oberbürgermeister Dertel die Mitteilung gemacht, daß bei der Volkszählung am 1. d. M. unsere Stadt 43 200 Einwohner zählte, 6000 mehr als bei der vorherigen Zählung.

\* Liegnitz, 8. Decbr. [Zum Geheimmittel-Umwesen.] Der Königl. Regierungspräsident erläutert folgende Bekanntmachung: "Mittelst Circular-Festlegung vom 5. Februar 1881 hat bereits die frühere Regierungs-Abteilung des Innern hier selbst auf die Nachtheile aufmerksam gemacht, welchen das Publikum durch den Verlauf von Arzneimitteln seitens Unbefugter, insbesondere durch den Verkauf von Geheimmitteln ausgesetzt ist, und die Polizeibehörden aufgesfordert, diesem verbotswidrigen Handel entgegen zu treten. Die vielen Klagen in der neueren Zeit über die Zunahme der Curpufscherei und die häufigen Aufklärungen von angeblichen Heilmitteln und Heilcurien in öffentlichen Blättern veranlassen mich, die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden nochmals auf diesen dem Gemeindewohl schädlichen Schwindel hinzulenken und dieselben aufzufordern, Fälle der unberichtigten Abgabe von Arzneimitteln seitens der Drogenhändler oder der Curpufschere (auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 4. Januar 1875 bezw. des § 367 alines 3 des Reichs-Strafgesetzbuches) streng zu verfolgen. Gleichzeitig aber verweise ich auf die Polizei-Verordnung der Königl. Regierung vom 20sten October 1855, betreffend die Anpreisung von Stoffen als Heilmittel gegen Krankheiten oder Körperbeschäden, und ersuche die Polizei-Verwaltung, der Anpreisung von Geheimmitteln in öffentlichen Blättern thunlichst zu steuern. Ich bemerke zugleich, daß auf Grund einer gleichen, für den Regierungsbezirk Breslau bestehenden Polizei-Verordnung, betreffend die Anpreisung von Geheimmitteln, Seitens des königlichen Polizei-Präsidenten in Breslau wiederholt Bestrafungen der Interenzen von Geheimmitteln herbeigeführt worden sind. Über Fälle der Bestrafung wegen unbefugten Verkaufes von Arzneimitteln oder wegen Geheimmittel-Schwindels wolle die Polizei-Verwaltung mir Anzeige machen."

△ Steinau a. O., 7. December. [Personen-Haltestelle.] Die von den interessirten Bewohnern der rechten Obersseite der Kreise Steinau-Guhrau-Wohlau seit längerer Zeit angestrebte Personen-Haltestelle in Kungendorf bei Steinau a. O. ist von der zuständigen Behörde genehmigt worden und dürfte demnächst mit der Herstellung des Bahnhofes begonnen resp. der Bau der betreffenden Gebäude in Angriff genommen werden. — Sicherem Vernehmen nach wird in nächster Zeit auf der Bahnstrecke zwischen den Stationen Steinau und Wohlau in der Nähe von Wotschelnitz ein Kreuzungspunkt für Güterzüge eingerichtet werden. — Auch in diesem Jahre ist an hiesigen Orte in baulicher Beziehung sc. für Verbesserung städtische Verhältnisse und Verschönerung der Stadt nicht Unbedeutendes geschehen. Die Marienstraße und die vom Ring aus an der Promenade vorüberführende Bahnhofstraße sind umgepflastert und die Legung von Granit-Münzsteinen so weit fortgesetzt worden, daß nunmehr alle Hauptstraßen und sogar einige Nebenstraßen der Stadt mit Granit-Münzsteinen versehen sind, welche die Reinlichkeit der Stadt wesentlich begünstigen. Die Anlagen zu beiden Seiten des Kriegerdenkmals, sowie einige Theile der Promenade sind mit gutem Boden beschüttet und zum Theil mit neuen Anpflanzungen versehen worden. Der hiesige Hafen und seine Umgebung hat insofern eine bedeutende Verbesserung erfahren, als er mit einer neuen Böschung versehen worden, welche durchweg erhöht ist, so daß nur bei bedeutendem Hochwasser die Böschung überflutet wird. Auch hat die untere Fischerei, sowie der freie Platz vor dem Hafen eine Bodenregulirung und die Anlage eines gepflasterten Münzsteines erfahren. Im Frühjahr des nächsten Jahres soll das Bett des Hafens durch die Entfernung der von einer früheren Oderbrücke herrührenden Holzpflöke eine wesentliche Verb

den Schlesischen Generalverein für Gartenbau Herr Gartenbaulehrer Müller gewählt. Da der 4. Punkt der Tagesordnung, ein Vortrag über den Schnitt am Weinstocke, leider ausfallen musste, gelangte zur allgemeinen Besprechung die Frage: Wie züchtet man Königinnen? An der Discussion beteiligten sich besonders die Herren Organist Prähel-Tschölpowitz, Schmidmeister Berger, Grüning und der Redakteur der „Schlesischen Bienenzeitung“, Lehrer Seeliger-Rathau. Die Frage wurde nach zwei Richtungen beantwortet, nämlich: die Sucht von Königinnen als Handelsartikel oder für den eigenen Bienenstand. Nachdem das Abonnement auf die „Schlesische Bienenzeitung“ vom Vorstehenden entgegengenommen worden war, und der Büchermehl stattgefunden, wurde die zahlreich besuchte Sitzung um 6 Uhr Abends geschlossen.

-r. Namslau, 9. December. [Kirchliche Angelegenheiten.] Wie bereits in einem in Nr. 612 d. Btg. abgedruckten Referate über kirchliche Angelegenheiten mit Bedauern hervorgehoben worden war, wachten in der hiesigen evangelischen Gemeinde und im Kirchenwesen so eigenhümlich liegende Verhältnisse ob, daß sie kaum einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden können, daß sie jedenfalls aber auf das hiesige kirchliche Leben einen höchst ungünstigen Einfluß ausüben. Es genügt nun den Anschein, als ob diese Verhältnisse von irgend einer Seite wiederum bei den kirchlichen Überbünden zur Sprache gebracht worden sind, denn am letzten Sonntage traf ganz unerwartet der Herr General-Superintendent Dr. Erdmann aus Breslau hier ein und begab sich, von Allen unerkannt, zum polnischen Morgengottesdienste und in die hiesige evangelische St. Andreaskirche, in welcher er unter anderen Personen an einem Pfeiler unerkannt Platz nahm und nicht nur diejenigen polnischen, sondern auch den an denselben unmittelbar sich anschließenden deutschen Gottesdienste mit großer Aufmerksamkeit folgte. Erst am Schlusse des letzteren zu der Einführung der neu- resp. wiedergewählten Kirchenvorsteher trat der Herr General-Superintendent an den Altar heran und lud die Kirchenvorsteher zu einer kurzen Besprechung in die Sacristei ein. Er vereinbarte mit denselben für Abends 6 Uhr eine in der Sacristei stattfindende Sitzung des Gemeindeschmachtes, der er präsidierte, und an welche sich eine Special-Conferenz mit den beiden Ortsgeistlichen schloß. Selbstverständlich werden die Gegenstände dieser Beratung und die gesuchten Beschlüsse geheim gehalten, doch wird von allen Gemeindemitgliedern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß unsere so eigenhümlich liegenden Kirchlichen Verhältnisse eine günstige Lösung finden werden. Um folgenden Morgen stellte der Herr General-Superintendent den im hiesigen Kreisfrankenhause stationirten Grafen Schwester und den beiden Kleinkinderschulen des hiesigen Betanhenvorwerks einen Besuch ab und lehrte mit dem Mittagsgange nach Breslau zurück.

© Neustadt, 9. Decbr. [Petition.] Gestern Nachmittag hatten sich auf Einladung der hiesigen Schuhmachersinnung eine größere Anzahl Jahrmarktbewohner Handwerker, Kaufleute und sonstige Interessenten zu einer Versammlung eingefunden, um wegen Abdienung einer Petition an die Königl. Regierung und die Handelskammer zu Oppeln bezüglich der Jahrmarkte zu berathen. Herr Schuhmacher-Obermeister Gladny hatte es übernommen, die Notwendigkeit der Vermehrung von Jahrmarkten zu begründen. Namentlich in Oberöschken seien die Jahrmarkte für Tausende von Handwerkern das einzige Absatzgebiet, bei Verzerrung der Märkte seien die Handwerker auf Brotschenhändler und Hausträger angewiesen, welche nur so geringe Preise zahlen, das unmöglich eine ordentliche Waare liefert werden könne. Redner spricht sich im Sinne der vorgelegten Petition dafür aus, daß in jeder Stadt Oberöschkens wenigstens vier Märkte, und zwar in jeder Jahreszeit einer, stattfinden und so verteilt werden möchten, das allmählich mindestens ein Markt bezogen werden könne. Das anwesende Mitglied der Handelskammer, Herr Kaufmann Furch, ist der Ansicht, daß ein Bedürfnis für Vermehrung der Märkte nicht vorliege, da man ja alle Produkte auch ohne Märkte in der Stadt beziehen könne und durch die Jahrmarkte die in den betreffenden Städten sesshaften Handwerker in ihren Einnahmen geschmälert würden, verspricht aber, die Meinung der Handwerker bei der Handelskammer zur Kenntnis zu bringen. Nach längerer Debatte wurde von der Versammlung die Abdienung obiger Petition beschlossen.

(Neiss. Btg.) Biegenhals, 8. Decbr. [Zum Eisenbahn-Berkehrs.] In Sachen des Buges 907 — Deutschwette-Biegenhals — hat der Herr Minister die Eingabe des hiesigen Magistrats abschlägig beschieden. Sicherlich Vernebun nach circuliert bereits eine Petition an den Herrn Minister bei der hiesigen Bürgerschaft, in welcher erster um Beibehaltung des Buges 907 (Deutschwette-Biegenhals), der Raths 9 Uhr 51 Min. die Verbindung zwischen Deutschwette und Biegenhals herstellt, gebeten wird, so daß das mit den Bügen von Neisse oder Kosek-Kandzin, Raths 9 Uhr 51 Min. in Deutschwette ankommend, nach Biegenhals oder in entfernere Umgegend reisende Publikum sich nicht in die sehr unangenehme Lage verfegt sieht, Abends um 9 Uhr 51 Min. entweder im Dorte Deutschwette übernachten zu müssen oder die Meile Weges per Fuhrwerk oder gar zu Fuß bis Biegenhals zurückzulegen. — Verbürgter Nachricht zufolge wird sich in den nächsten Tagen eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister Weber und Stadtverordneten-Borsteher Polakow von hier, nach Berlin zum Herrn Eisenbahn-Minister begeben, um dem Herrn Minister in der beregeten Sache persönlich Vortrag zu halten.

Um schau in der Provinz. © Volkenrain. Am hiesigen Orte hat sich ein Radfahrer-Verein gebildet, dem z. B. 6 active und 2 in-active Mitglieder angehören und der 6 Bicycles im Betriebe hat. Der selbe ist dem Gauverbande Nr. 24 Breslau des Norddeutschen Velocipederverbundes beigetreten. — n. Gottesberg. Am 4. April 1888 befreit die hiesige Maurer- und Zimmerer-Innung 100 Jahre. Dieses Jubiläum wird feierlich begangen werden. — Auf der Bahnstraße zu Rothenbach vergnügliche am Montag Abend der Ausländer Wie demann, dadurch, daß er zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen geriet und ihm die Brust zerdrückt wurde. — Hirschberg. Die Bekleidungslagensache des Zimmermeisters Timm gegen den Redakteur Dr. Hörstel wurde am 9. d. vertragt, da der Angeklagte den Beweis der Wahrschafft erbringen will. — A. Am nächsten Jahre läuft die Amtsperiode unseres Bürgermeisters Baisenge ab. Mit Bezug hierauf haben die Stadtverordneten den Beschluss gefasst, die Stelle nicht auszuschreiben. Bezüglich des Gehaltes setzten sie fest, daß der Posten weiter mit 4500 Mark dotirt werde, doch soll die Herrn Baisenge willigte Zulage von 1000 Mark diesem fernherin verbleiben. — Die Schließung der hiesigen evangelischen Gnadenkirche aus Anlaß einer Hochzeitsfeierlichkeit, und die dabei angemachte Methode, Einlaßkarten zu verteilen, brachte die Frage, ob die Kirche bei derartigen Feierlichkeiten dem Publikum abzuschließen sei, vor die evangelische Gemeindevertretung. Dieselbe stößt hierauf in diesen Tagen die Resolution, daß die Kirche zu jedem Gottesdienste großes bleibe. — Liegnitz. Am Mittwoch, gegen Mittag, verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, der neue, in Arbeit befindliche Gasometer in der hiesigen Gasanstalt sei eingestürzt und habe eine Anzahl Leute erschlagen. Wie sich herausstellte, ist dies Gerücht übertrieben. Wahr ist daran, daß ein ehemaliger Sperrring während des Aufziehens plötzlich herabfiel und einen Arbeiter ziemlich schwer verletzte, indem ihm der Arm zerschmettert wurde. Zwei andere Arbeiter wurden leicht verletzt. — Lubliniz. Wie verlautet, ist der Kreis-Schulinspector Ilgen aus Pleschen zum Director der hiesigen Provinzial-Zwangs-Erziehungsanstalt gewählt worden. — Sagan. Der bald 94 Jahre alte Buchmachermeister Carl Siegmund ist dem „Sag. Woch.“ zufolge in der Nacht zum 8. d. Mts. an Alterschwäche gestorben. In ihm ist nicht nur der älteste Bürger Sagans aus dem Leben geschieden, sondern auch der letzte jener Veteranen unserer Stadt, welche in den ruhmvollen Tagen von 1813 für Deutschlands Freiheit kämpften. Am 11. d. Nachmittags 2 Uhr, findet die feierliche Beerdigung statt. — Am Dienstag starb die unverheirathete Großmutter von hier in der Stadtpfarrkirche während der Predigt plötzlich am Schlag. — Schwedt. Oberbürgermeister Lubrecht ist nach wieder erlangter Gesundheit hier eingetroffen und bereits in seine amtlichen Funktionen eingetreten. — Sprottau. Die hiesige gemeinsame Orts-Krankenkasse hat sich zur Deckung der gesetzlichen Mindestleistung der Kasse genötigt gesehen, die möglichen Beitrag der Mitglieder um ein Bedeutendes zu erhöhen. Der Beitrag der Mitglieder der dritten Klasse ist von 9 auf 15 Pf., der der zweiten Klasse von 18 auf 27 und der Beitrag der Mitglieder der ersten Klasse von 27 auf 36 Pf. pro Woche erhöht worden. — Laut der letzten Volkszählung ist die Bewohnerzahl Sprottaus gestiegen. 1880 betrug dieselbe 7153, jetzt verzeichnet Sprottau 7336 Bewohner incl. Militär. — Zalewitz. Zur Lage der oberöschkischen Industrie registrierten die O. N., daß die hiesige Baubonität ihren Betrieb wegen Mangel an Absatz wieder für einige Zeit eingestellt hat.

Nachrichten aus der Provinz Posen. © Posen, 9. Decbr. [Stadtrathswahl.] — Ein Aufruf an die Polinnen. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurden, dem „Pos. Tgl.“ zufolge, am Stelle des verstorbenen Kreis-Schulinspectors Kur und des Stadtraths Schmidt, welcher sein Amt niedergelegt hat, In-

genieur Schweiger und Pferdebahn-Director Reymer zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern für die Zeit bis zum 31. December 1889 gewählt. — Zu den an dieser Stelle bereits gemeldeten zahlreichen Bevölkerungen der gesetzlichen Volksversammlung gehört auch der Erlass eines „Aufrufes an die Polinnen“. Es heißt in diesem Aufrufe u. a.: „Die heutige Schule gibt unseren Kindern nicht, was sie Ihnen geben soll. Sie erhält ihnen den Unterricht nicht in der Muttersprache, lehrt sie gegen Ihren Willen das Gebet und den Glauben in einer fremden Sprache und verbietet ihnen, polnisch lesen und schreiben zu lernen. Die religiöse Seite wird bei der Erziehung völlig gleichgültig behandelt, und der Hauptzweck des heutigen Schul-Unterrichts ist die Germanisierung unserer Kinder. Polnische Mütter! Ihr wißt am besten, welche Folgen ein solcher Schul-Unterricht hat. Euer Herz fühlt sich schmerlich berührt bei dem Anblick dessen, was leider mir zu oft bei uns geschieht, Eure Aufgabe muß es sein, daß Ihr, angeseuert durch die Beispiele der großen Polinnen, deren Gestalten in unserer Geschichte leuchten, den jungen Knaben, welche einst zu Männern heranwachsen sollen, eine besondere Fürsorge widmet. Politische Mütter! Habt vor Augen die Gestalt unserer jungfräulichen Königin Wanda, deren weibliche Brust mit einer so feurigen Liebe für das Vaterland erfüllt war, daß sie kein Bedenken trug, den Tod zu erleiden, um nur das Land vor Unglück zu bewahren. . . . Polnische Mütter! In Eurer Hand liegt die Zukunft Eurer Kinder, in Eurer Hand liegt das Schicksal der künftigen Generationen. Wenn Ihr würdig Eure Aufgabe erfüllen werdet, so können wir dreist in die Zukunft blicken; denn die im polnischen und katholischen Geist erzogene Jugend, welche in der Tugend und Arbeit glückt und Gott und den Mächtigen liebt, wird sicher zu tüchtigen und dem Lande nützlichen Bürgern heranwachsen. . . .“

## Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

### Reichstag.

Berlin, 15. Decbr. Die Debatte über den Antrag der Conservativen auf Verlängerung der Legislaturperioden war heute weit lebhaft, als gestern, und gestaltete sich zu einer Erörterung über unsere gesamtheitliche politische Lage und die Constitution der Parteien. Bis nach 6 Uhr dauerte die Sitzung, die einzelne sehr erregte Momente aufwies. Die Freisinnigen hielten Abrechnung mit den Heidebergern, die bei den Wahlen als Sturmbock der Regierung und Conservativen sich gegen den Liberalismus haben gebrauchen lassen, und die auch heute durch Marquardsen sich zur Aenderung der Verfassung im Sinne der Reaction bereit erklärt. Jeden Siebten den Ritter und Haniel gegen die Nationalliberalen führten, saß, und damit der Sache auch nicht der Humor fehlt, schritt ein Theil der Nationalliberalen, indem derselbe für den Schluss der Debatte stimmte, ihren eigenen Rednern das Wort zur Entgegung ab. Sämtliche Redner, die heute gegen die Verlängerung der Legislaturperiode sprachen, Ritter und Haniel, Windhorst und Bebel, kennzeichneten diesen Schritt als ein Symptom der allgemeinen Reaction und als die erste Etappe zur Befestigung des allgemeinen Wahlrechts, eine Tendenz, die der conservativen Herr v. Hellendorff die praktischen Männer hier haben will, wird er sie für 5 Jahre eher bekommen, als für 3? Gewiß nicht. Sie wollen Verminderung der Verhandlungen. Nun weshalb denn diese Verhandlung, da Sie doch wissen, daß sie erfolglos. Haben wir die vielen unnötigen Verhandlungen hier veranlaßt? Sie klagen über die Müdigkeit der Wähler. Mit Grund? Nein. Die Verhinderung bei den Reichstagswahlen ist von 1874 von 51 p.C. bis 69 p.C. im Jahre 1884 gestiegen. In Preußen bei der Langtagswahl ist sie allerdings sehr schlecht gewesen. Das aber liegt an dem Wahlsystem, an der östlichen Abstimmung, an dem unerhörten Druck, der auf den Geschäftsteuten, Beamten etc. lastet. (Redner führt dafür die Rede des national-liberalen Rechtsanwalts Wagner-Graudenz an.) Selbst das Amt eines Ritter-Collecteurs kann man nicht mehr erhalten, ohne in Gefangenstüchtigkeit als echt befunden zu werden. Wollen Sie bessere Wahlbereitung in Preußen, dann führen Sie geheime Abstimmung, und ein anderes Wahlsystem ein. Der Antrag Hellendorff steht im Zusammenhang mit der ganzen inneren Situation. Er ist der Anfang des Zukunftsprogramms der Mittelpartei, bei der Herr v. Hellendorff ja auch sein will — ich habe ihn immer als einen der Führer dieser Mittelpartei angesehen — und die nach seiner Meinung conservativ sein muß. Diese „Mittelpartei“ ist die Signatur der heutigen Lage, sie ist nicht mehr hoffnunglos, seitdem die Nationalliberalen in Preußen bei den Wahlen in die Stelle eingerückt sind, die man ihnen zugedacht. Sie haben mit bewundernswürdiger Selbstverleugnung nur für die Vermeidung der conservativen Wahlen gewirkt, selbst keinen einzigen Sitzen gewonnen. Ein national-liberaler Führer in Schleswig-Holstein, Herr Schütt, war es, der die abgedrohten Schlagworte der Republikaner und nicht einmal der höheren Gattung gegen uns aufnahm, daß wir Republikaner seien, die Parlamentsherrschaft kraftlos Zustände nach innen und außen wollen etc. Er hat schnell gelernt von der „A. Btg.“ und niemand von den Nationalliberalen hat dagegen protestiert, daß in solche Tonart Männer behandelt werden, mit denen man eins für die Rechte des Volkes gefaßt hat. Geht es so weiter, dann wird das Wort Bennigsen nicht mehr zutreffend sein, daß die Nationalliberalen nicht verlassen sollen, das liberal sind. Die Landtagswahl in Preußen war nur die Generalprobe für die nächste Reichstagswahl. Für sie wird jetzt die Schlachtordnung gemacht, und es kommt nur darauf an, ob die Nationalliberalen in Deutschland so denken, wie die Mehrheit derselben in Preußen. Die Parole, die jetzt gegen das Centrum ausgegeben wird, verdeutlicht das eigentliche Ziel des Kampfes: das sind die Freisinnigen, die Männer, die für die Rechte des Volkes auch fernherin einzutreten entschlossen sind. Herr Windhorst istslug genug, zu wissen, daß der Kampf in erster Reihe uns gilt, denn die Position des Centrums hält man für fest. Und uns mit Erfolg zu belämmern, sucht man mit dem Centrum zusammenzupacken und als seine „Eideschulter“ darzustellen. Sie (rechts) haben die Stimmen des Centrums stets gern accepptirt, auch Herr von Puttkamer; ich habe sie leider nie erhalten. Weshalb sollen nur Sie und nicht auch einige von uns vom Centrum geholt werden? Damit die Bildung der Mittelpartei nicht gestört werde, damit statthaft die Vertreter von derselben nicht zurückgelassen werden, die man gern haben möchte, stellt man vorläufig die Antisemiten, Herrn Stöder und die Kreuzzeitungsmänner kalt. Die Herren mögen sich beruhigen, sie werden später schon wieder obenaufkommen. Ich wiederhole, dieser Antrag ist der Anfang des Zukunftsprogramms der Mittelpartei. Der Sturm gegen die Goldwährung, die Agitation für Wollzölle und die anderen Zölle, das Brautwümonopol und alle die anderen Dinge sind die Ergänzung. Nach der Gründung des Ministers v. Scholz soll auch der beinahe zu Ende gebrachte Tabak noch weiter blühen, das Bier und der Wein zu bedeutenden Beträgen herangezogen werden. Sollte Ihnen wirklich einmal der Befreiung, eine Majorität nach Ihrem Sinne zu erhalten, dann hätten Sie volle 5 Jahre Zeit, um in Ruhe die Renovierung des Gebäudes vorzunehmen. Sie wären gefürt allen Wechsällen und inneren Veränderungen gegenüber. Und Sie müthen uns zu, Ihnen bei diesem Vorhaben zu helfen? Niemals war ein Zeitpunkt ungeeigneter, wie der jetzige, niemals ist die Unsicherheit und Unruhe in alle Erwerbszweige so gewesen, wie jetzt. Ihr Antrag nimmt dem Volk das Mittel, nach einiger Zeit halt zu gebieten, und deshalb sagen wir zu demselben nein (Lebhafte Beifall links.)

13. Sitzung vom 10. December. 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats mehrere Commissarien.  
Nachdem der Antrag von Jagdewski wegen Einstellung des gegen den Abg. Wolslegier schwedenden Strafverfahrens angenommen ist, wird die Verhandlung über die Anträge von Hellendorff und Auer, betreffend die Dauer der Legislaturperiode, fortgesetzt.  
Abg. Ritter: Der Abg. v. Hellendorff hat in einer so objectiven, bei nahe einzuholenden Weise den Antrag motiviert, daß man denselben nach seinen Ausführungen für etwas wenig Bedeutsames halten könnte. Dieselbe rührende Objectivität hatte die Conservativen bei der Frage des zweijährigen Staats. Der Abg. Hellendorff stellt sich hin als ein Mann, der dem Lande Ruhe verschaffen will, dabei war er mild und sogar voller Zugeständnisse bezüglich der Schäden der eigenen Partei. Er versichert, keinerlei Hintergedanken zu haben. Gewiß nicht. Die Sache ist so klar wie der Tag, Sie entblößen Ihr Ziel ganz ungeniert. Dieser Antrag ist nichts mehr und nichts weniger, als der Plan, die Regierungsgewalt zu stärken und die Rechte des Volkes zu vermindern, er gibt dem Bundesrat — er, nicht der Kaiser hat das Recht — das Mittel, in jedem Augenblick einen ihm unbekannten Reichstag los zu werden. Das Volk hat aber dieses Recht nicht, wenn der Reichstag ihm nicht mehr behagt, es muß warten, bis die Legislaturperiode ausläuft. So ist der Antrag immer aufgefaßt. Auch der Abg. Miquel hat erklärt, er und seine Freunde hätten keine Veranlassung, die Macht der Executive zu verstärken. Das sei der Hauptgeschäftspunkt des Antrages. Der Abg. v. Hellendorff leugnet es auch nicht, er nimmt es nur formale Rechtsänderung. Haben wir gerade heute dazu Veranlassung? Ich meine, daß auch jemand, der in normalen und ruhigen Zeiten die Frage einer Verlängerung der Legislaturperiode für discutabel erklärt, heute dieselbe ohne Weiteres ablehnen muß. Ist denn etwa die Macht des Parlaments vergrößert und die Regierungsgewalt schwächer geworden? Im Gegenteil! 1867 hatte das Parlament noch eine andere Stellung, damals hielt man es noch für nötig, mit demselben auf gutem Fuße zu stehen, während heute die Stellung des Parlaments und der einzelnen Mitglieder systematisch herabgedrückt werden sollen. Und zu der Zeit der Diatenprozeß und der Fahrtenentsetzung — daß hätte es eine Partei für angebracht, aus der Witte des Reichstages heraus eine weitere Stärkung der ohnehin schon starken Regierungsgewalt und eine Verminderung der Volksrechte zu beantragen. Auch Sie (rechts) müßten doch fassen, daß die Schläge, welche gegen den Reichstag und dessen Mitglieder geführt werden, Sie selbst auch treffen. Ich habe immer bedauert, daß wir uns nicht dazu entschlossen haben, die Fahrten den Herren zurückzuführen, die eine derartige Behandlung des Reichstages für erforderlich hielten. (Sehr richtig!) Man sagt mir sogar, daß jetzt Polizeibeamte auf den hiesigen Bahnhöfen die Nummern unserer Karten bei der Ankunft notieren. Ich halte eine solche polizeiliche Kontrolle für unglaublich und bezweifle es. Das wäre doch ein unerhörtes Verfahren gegen die Reichstagsmitglieder. Wie man aber gegen Einzelne vorgeht, das mögen Sie aus der Thatsache entnehmen, daß man seit Monaten an mehreren Orten — zuletzt in Minden — Vernehmungen anstellen läßt, ob ich nicht der Verfasser eines Artikels einer hiesigen Correspondenz sei (Hört! Hört! links), während auch nicht der Schatten irgend eines Verdachts vorliegt, daß ich direkt oder indirekt bei derselben irgendwie beschäftigt bin. (Hört! Hört! links.) So verfährt man gegen Vertreter des Volks. Systematisch geht man daraus aus, das Ansehen des Parlaments und das seiner Mitglieder herabzudrücken. Hat Ihnen nicht der geistige Tag und das Verhalten des Kanzlers bei der Polen-Interpellation (Hört! Hört! links) gezeigt, daß der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet sei, die Regierungsgewalt noch weiter zu stärken. Sie wollen das Volk vor dem vielen Wählen schützen! Weshalb fangen Sie nicht im Kreise, Provinz und den Einzelstaaten an, weshalb bei der wichtigsten Vertretung der Nation, die auf Grund des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist? Nichts als das Mäzenatentum gegen dieses Wahlrecht hat schon den Antrag dictirt. Das hat Miquel schon 1867 dem Antragsteller vorgemessen und Graf Schwerin hat dies ganz offen als sein Motiv zugegeben. Dieses Wahlrecht wollen Sie nicht, das aber ist vortheilhaft anzusehen, wenn Beamte gegen die Regierung öffentlich agitieren und die Macht ihrer Stellung dazu missbrauchen. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden also für den Antrag Hellendorff stimmen, obwohl eine andere bessere Zeit zur seiner Einführung hätte gewählt werden können.

Abg. Windhorst: Wir haben es hier mit drei Anträgen zu thun: der Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre, der Verkürzung auf 2 Jahre und der Nichtauflösbarkeit des Reichstages. Der letztere ist durchaus neu, und ich halte ihn von allen Gedanken, welche hier zur Sprache gekommen sind, für den allerersten und bedeutendsten. Meine Freunde und ich sagen zu allen drei Anträgen: Nein. Herr v. Hellendorff hat sich de rebus omnibus et quibusdam allii ausgelassen, doch muß ich einige beleuchten, sonst glaubt man noch, wir scheuen uns, auf die Anzaften des Centrums zu antworten. Herr Ritter sagt darüber, wie er und seine Partei von den sogenannten Conservativen angegriffen wird (Heiterkeit), damit erreicht er nichts; der Reichstag kann ihm

finden. Rührend war die Bitte Hellendorffs, dem Volle Ruhe des politischen Lebens zu verschaffen, während die Agitation die Waffe der Demokratie sei, Sie die Spender der Ruhe. Noch nie ist eine Nation mit Projecten und Experimenten so abgefeuert worden, dass Deutschland seit der neuen conservativen Wirtschaftspolitik (Sehr gut! links.) Sie wollen, wenn die nächsten Wahlen glücken sollten, fünf Jahre Ruhe haben zur Weiterführung Ihrer Pläne. Die Avantgarde des pommerschen ökonomischen Directoriuns ist bereits hier eingerückt; diese Politik überbietet an unverhüllter Interessenspolitik Alles, was bisher dem Volle geboten ist. Ruhe wollen Sie haben, um diese Pläne zur Reife zu bringen. Sie sprechen davon, daß die Demokratie agitirt, während Ihre Freunde die landwirtschaftlichen Vereine, die Handwerkerbunde etc. fortgehen zur Agitation für neue Zölle und Freiheitsbefreiungen aufzurufen. Nur von Ihnen könnten wir das Agitieren gelernt haben (Heiterkeit rechts). Wenn die vornehmen Herren für sich um Wollzölle, Holzzölle petitionieren, dann heißt das Wahrnehmung, berechtigter Interessen, wenn die Arbeiter, die die Kosten in letzter Instanz zu tragen haben, dagegen protestieren, dann ist das gefährliche Agitation, die man möglichst verhindern müsse. Sie haben das Bedürfnis nach längeren Wahlperioden — in Preußen wenigstens riskiren sie dabei nichts, der Landrat und Gendarmerie arbeiten fortgesetzt, der Apparat ist stot und lebendig; Sie sprechen von der entstehenden Wirkung der Presse bei den Wahlen! wer anders hat denn diese Methode der Verhebung und persönlichen Verunglimpfung eingeführt, als die Replikenprese. Sollen dagegen fünfjährige Legislaturperioden helfen? Stellen Sie doch den Antrag, in Preußen den Weisenfond einzuziehen. In keinem Staat besteht Aehnliches. Redner geht auf die Organisation der conservativen Presse, auf die Berichte der Kreisblätter, auf die bekannten Einwirkungen der Schuhblätter, auf die 400 Localblätter und das Verfahren des Süddeutschen nationalliberalen Presse gegen ihn selbst ein, die noch weit die conservativen Blätter überfliegen habe. Mit „niedertrügt“, „läufig“ hat die Replikenprese uns bedacht, Mangel an Vaterlandsfeinde und monarchischem Sinn, das ist das Mitleidste, was man uns nachsagt. Solche hämmerliche Kampfesmittel hat Bennigsen stets am meisten verurtheilt. Nationalliberaler Blätter, welche mich persönlich verunglimpft, haben es nicht einmal für nötig gehalten, nachdem sie erkannt, daß ihr ganzer Angriff ohne irgend welchen Halt war, sich zu entschuldigen, obwohl ich es in der Hand hatte, sie vor Gericht zu bringen. Ich weise leider in dieser Beziehung die Gewohnheiten vieler großer Männer nicht (Heiterkeit), ich habe ja nicht die Absicht, es zu verwerben. (Große Heiterkeit.) Lassen Sie uns alle mitwirken, die persönlichen Angriffe zu befechten. Da wird man aber den Gründatz nicht, proclaimieren müssen, wie ein nationalliberaler Führer, daß die Verhinderung der Person des gegnerischen Kandidaten zur Wahrnehmung beider Interessen gehört. Wenn Herr v. Hellendorff die

da nicht helfen. Wir kennen das im Centrum auch, sind aber ganz absolut unempfindlich geworden, sonst müßten wir darunter erliegen. Ich aber bin immer außerordentlich vergnügt darüber (Heiterkeit), und wenn ich mich körperlich nicht ganz gut befände, so würde ich den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen der glücklichsten meines Lebens halten (Große Heiterkeit). Es kann mir gar nichts Vorstes passieren, als so geschmähe zu werden. Das stärkt die Position des Centrums. Ich sag allen Blättern, besonders der Kreuzzeitung, meinen verbindlichsten Dank. (Große Heiterkeit) Wenn Mückert gemeint hat, man wolle seine Partei dadurch compromittieren, daß man sie mit dem Centrum zusammenbringe, so könnte das für uns etwas Verleidet haben. Ich habe mich aber nicht verlegt gefühlt. Wir werden jederzeit, wenn man unsere Dienste nötig hat, von allen Parteien gern gesehen (Heiterkeit), von allen, ohne Ausnahme. Selbst meine nationalen liberalen Männer haben mir unter Umständen ein sehr freundliches Gesicht gemacht. (Große Heiterkeit) Für das Gebotene finden wir allerding nicht immer Dank; wir geizen auch nicht danaß. Es kommt uns nur darauf an, daß die Parteien im Reichstag so gruppirt sind, daß wir unter ihnen etwas bedeuten, und wir bedeuten auch etwas. (Heiterkeit) Daher kommen wohl die vielen Auflösungsgerüchte, weil man in dieser oder jener verborgenen Herammer denkt, es könnte eine Auflösung bessere Resultate für die Regierungen haben; vielleicht, wir wollen sehen; vielleicht auch das Gegenteil; unter der Nachwirkung der neuen Steuerprojekte durch absolut gelinderte Sätze nachweisen zu wollen, daß die Dauer der Legislaturperiode fünf oder dreißig oder zweijährig sein müsse, ist ein ganz vergleichbares Mitteln. Das kann lediglich die Erfahrung lehren. Ich persönlich habe mich zu einer anderen Zeit, unter anderen Verhältnissen und Combinationen auf vierjährige Dauer einzugehen bereit erklärt, weil ich das viel Wählen für verwerthlich erachte. Wenn die Verhältnisse danach wären, so würde ich dies auch heute aufrecht erhalten. Aber die Zeiten sind andere, jetzt wenigstens. Außerdem sind Anträge auf Verfassungsänderungen aus der Mitte des Hauses immer höchst möglich. Wenn so etwas geschehen soll, dann hat es zunächst von der Regierung zu geschehen, wie damals. Die Herren Conservativen sagen uns u. A., sie brachten den Antrag aus absolut eigener Initiative; ich will es Ihnen glauben, aber es kommt immer darauf an, was ist Initiative? (Große Heiterkeit) Ich höre, von verschiedenen Seiten, daß neue Verfassungsänderungen, neue Compositionen des Reichstags und der Einzelzandtage beabsichtigt werden, und nehme diese Neuerungen nicht leicht; ich bin überzeugt, daß an sehr ernst zu nehmenden Stellen solche radikale Änderungen geplant werden, und daß die ganze Bewegung vom Volkswirtschaftsrath an bis heute die Tendenz zeigt, eine Interessenvertretung an die Stelle der jetzigen Volksvertretung zu setzen. Ob das gelingen wird, darüber will ich heute nicht urtheilen. Wir haben in neuester Zeit eine Broschüre eines Herrn v. Hirschfeld gelesen, die man nicht so unbeachtet lassen sollte, wie es bisher geschehen ist. Wir werden uns noch sehr ernstlich mit diesen Plänen zu beschäftigen haben, es hängt davon die ganze Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland ab. Wir sehen allerlei corporative Bildungen ins Leben treten, die einst als Grundlage einer Interessenvertretung dienen können, und wenn dann noch der preußische Minister des Innern ausdrücklich erklärt, daß die preußische Regierung sich für verpflichtet halte, dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe zu geben, dann giebt das zu denken. Ist dieser Antrag vielleicht die Avantgarde auf dem Vormarsch in jener Richtung? Das wir uns zur Zeit nicht in normalen Zuständen befinden, scheint auch dieser und jener Staatsmann im Amt anzunehmen; aus dieser Quelle stammt auch die Beschuldigung, man wolle zu einem Convent kommen, diesem Convent wolle die Regierung an sich reichen. Wenn das der Fall ist, sind wir eben nicht im normalen Zustande. Ich glaube nicht an einen solchen Convent, aber ich behaupte diesen angeblichen Convents-Glässten gegenüber, daß wir uns in einem sehr anomalen Zustande einer absoluten Dictatur eines einzelnen Mannes befinden, und daß dieser Mann nur von Conventionsglästern spricht, weil es noch Männer gibt, die den Mut und die Entschlossenheit haben, ihm hier und da entgegentreten. Gegenüber dieser Dictatur ist es für die Volksvertretung durchaus nötig, möglichst oft zurückzulehnen an die Quellen ihrer Kraft. Wie die Titanen zur Erde, so müssen wir möglichst oft zum Volk zurückkehren, um neue Kraft zu schöpfen und den Kampf zu erneuern. (Beifall im Centrum.) Meine Freunde und ich sind absolut conservativ; wir wollen hier conservieren, was existirt, weil nach keiner Richtung hin uns die Nothwendigkeit von Änderungen demonstriert worden ist; wir vom Centrum werden keinen Schritt thun, der vielleicht zur Attacke gegen das allgemeine Stimmrecht führen könnte. Wir sind allein durch das Volk im Stande, den Bedrückungen entgegenzutreten, die täglich noch in Deutschland, vor Allem in Preußen, an der Tagesordnung sind; wir würden daher einen Selbstmord begehen, wenn wir das allgemeine Stimmrecht angreifen wollen; obwohl wir recht gut wissen, welche Schattentheorie damit verbunden sind. Dem Volke muß das Recht bleiben, die Männer hierher zu senden, die sein Recht allein noch vertheidigen; wenn Sie jetzt die Verfassung ändern wollen, dann garantiren Sie uns zunächst unsere heiligsten Rechte, die uns bis jetzt vorerhalten werden, was die Herren jetzt wollen, das würde nur dazu beitragen, unsere Freiheit zu verpetzen. (Sehr richtig im Centrum.) Erwarten Sie doch von denen, die Sie zu Helden machen wollen (Oho! rechts), nicht, daß Ihnen noch die Waffen dazu in die Hand geben! Das allgemeine Stimmrecht wurde seiner Zeit eingeführt zur Übertrumpfung Oesterreichs und der anderen deutschen Bundesstaaten; es war eins der Hauptmittel zur Gründung des Reiches; und wenn das Reich durch die Mittel erhalten wird, durch die es begründet wurde, so müssen Sie auch das allgemeine Stimmrecht erhalten. Der Antrag Auer hat bezüglich der Nichtanlösbarkeit des Reichstages viel Verlockendes. Das Centrum braucht die Auflösungen nicht zu fürchten; es mag noch so oft aufgelöst werden, wir kommen entweder alle wieder, oder wir schicken Ihnen an unserer Statt Leute, die genau so aussehen, wie wir. (Heiterkeit.)

Der Reichsanwalter hat uns am vorleschen Sonnabend und Dienstag in eine Lage gebracht, daß wir einer Auflösung rubig entgegesehen können. Die Auflösungsbefugnis ist ja eine sehr starke Waffe der Regierung, wenn sie gegen in jedem Augenblicke vernichten oder verschwinden lassen kann, ist viel stärker, als der, der gar kein Mittel hat, seinen Willen durchzusetzen. Aber die Nichtanlösbarkeit eines politischen Körpers, wie der Reichstag, würde allerdings der Anfang eines Convents sein und das monarchische Prinzip in seinen Grundfesten erschüttern. Darum ist es uns prinzipiell unmöglich, dafür zu stimmen. Dass der entsprechende Antrag gestellt ist, hätte ich für sehr nützlich, er zeigt uns, wo wir sind und wohin wir kommen würden, wenn Herr Kaiser im Stande wäre, seine Doctrin praktisch zu machen. Für jeden ruhig und nicht sprungweise seine Entschlüsse fassenden Staatsmann sollte hierin ein Fingerzeig liegen, zu prüfen, ob die Behandlung des Parlaments das Spiel mit den Auflösungsgerüchten einem conservativen, namentlich aber einem monarchischen Regiment nählich ist. Aus den Bevölkerungen, wie wir sie in den hohen politischen Regionen immer fort wahrnehmen, wo niemals ein Ruhepunkt eintritt, keine Spur einer versöhnlichen Regierung bei bemerkbar wird, ist ein solcher Antrag entprungen. Das Parlament geistet nicht mehr dasselbe Ansehen im Volke, wie früher. Das Interesse für seine Verhandlungen hat ungemein abgenommen; wie groß die Zahl der Wähler ist, die von unseren Verhandlungen blutig gelesen haben, das werden die Herren bei Rückkehr in ihre Wahlkreise leicht merken. Das Volk kommt in immer breiteren Schichten zu dem Glauben, was in der Reichskanzlei beschlossen ist, geschieht doch! Und wie soll es zu einer anderen Anschauung kommen, wenn es sieht, wie uns wiederholt beschlossene Anträge immer wieder zurückgewiesen werden! Gegenüber dieser Dictatur ist weder der Reichstag noch irgend eine andere Macht von Bedeutung; es gilt allein die Dictatur! (Lachhaftes Beifall im Centrum.) Abg. Marquardsen: Der Abg. Windhorst hat uns eben so vorzüglich unterhalten, daß ich ihn bitte, wenn die Auflösung wirklich eingetreten ist, nicht bloß einen Stellvertreter herstellen, sondern selbst wiederkommen zu wollen, sonst hätten wir hier wirklich das Trauerspiel Hamlet ohne den Prinzen von Dänemark. (Heiterkeit) Ich habe mich bei der Vorlage von 1881 mit meinem Freunde von Bemmigts unumwunden für die Zweckmäßigkeit einer Verlängerung ausgesprochen. Die Ausführungen Mückerts standen wie natürlich ein wenig unter dem Eindruck der preußischen Landtagswahlen. Seine Behauptung, zweit und Ziel der Nationalliberalen sei die Vermehrung der Conservativen gewesen, widerstreift der Thatlichkeit, daß meine Partei in Preußen an vielen Orten die größten Anstrengungen gemacht hat, Gefüllungsgenossen durchzubringen. Unsere Misserfolge wurden zum Theil dadurch verschuldet, daß die freisinnigen Wähler deutsch-conservative Kandidaten vorzogen; daß Centrum und Freisinnige einerseits, Conservativen und Nationalliberalen andererseits zusammengegangen sind, notorisch. Der Hinweis auf die Neuflözung des Rechtsanwaltes Osann war nicht ganz berechtigt. Herr Osann hat bereits am 27. November die Wiedergabe derselben bestätigt, wovon Herr Mückert keine Notiz genommen hat. Eine Gefahr, daß die Anträge der äußersten Linken angenommen werden, besteht in diesem Hause nicht; ich geh daher darauf nicht weiter ein. Bemigts und v. Bemmigts sind mit unserer Auffassung der Frage der Ver-

längerung vollkommen einverstanden; hinsichtlich der Opportunität des Antrages stehen wir geringer als die Vortheile für das Volk und die parlamentarische Vertretung; wir wünschen auch, daß die Discussion — und um eine solche kann es sich ja nur handeln — die ganze Frage vor die allgemeine öffentliche Meinung stellt, daß die Wähler sich über ihr Interesse an einer Verlängerung auch schriftlich werden. Das Ansehen des Reichstags, von dem ich wünsche, daß es ein höheres wäre, wird durch den Antrag nicht geschädigt. Dies geschieht viel mehr durch die Versplitterung der Volksvertretung in so viele Richtungen. Der Kandidatenmangel liegt weniger an der mangelnden Opferwilligkeit, als an der Empfindung, daß man sich in die Wahlkämpfe nicht gern mischen mag. Gerade die Leute in unmittelbarer Lebensstellung schreien am meisten davor zurück, sich in der Wahlbewegung durchzuheln zu lassen. Bei längeren Wahlperioden können wir ein größeres Arbeitsergebnis liefern, schon deshalb, weil weniger Zeit auf Wahlprüfungen verloren geht. Es können aber auch die Parteigegenseiten dabei mehr gemildert werden. Wenn man auf gewisse dünne Punkte, auf die Diktatur hingewiesen hat, so kann ich diese Befürchtungen nichttheilen. Die Furcht vor Aufstand mag ja Herrn Windhorst nicht ein Grund sein für seine Abstimmung. Die Nationalliberalen würden einen solchen Schritt in keiner Weise zu bedauern haben. (Heiterkeit.) Ich glaube überhaupt nicht, daß die Entscheidung für oder gegen die fünfjährige Legislaturperiode den Grund für eine Auflösung abgeben wird, oder daß die große Mehrheit der deutschen Wähler durch den Antrag in ihren Rechten sich geprägt seien.

Abg. Mayer (Württemberg) erklärt sich Namens der Volkspartei gegen den Antrag Hellendorff, sowie auch gegen beide Punkte des sozialdemokratischen Vorschlags.

Darau sprach als letzter Redner in der Debatte der Abg. Hänel von der freisinnigen Partei, dessen bedeutende Rede wir ausführlich nachfragen werden. Derselbe wies namentlich darauf hin, daß durch eine Verkürzung der Volksrechte, wie sie in der Verlängerung der Legislaturperioden zum Ausdruck kommen würde, die unverantwortliche Stellung des Bundesrates nur noch mehr gestärkt werden würde.

Die Abg. von Hellendorff und Bebel erhielten darauf das Schluswort.

Damit schließt die erste Lesung, die zweite wird demnächst im Plenum stattfinden.

Der Präsident setzt auf die nächste Tagesordnung nur die Fortsetzung der Beratung des Staats.

Der Abg. von Jazdewski beantragt, auch die Besprechung der Poleninterpellation auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Windhorst glaubt, daß diese Discussion sich am besten an den sozialdemokratischen Antrag anschließen könne, vielleicht würde auch die Etatberatung dazu Gelegenheit geben.

Abg. v. Jazdewski erweitert seinen Antrag dahin, daß morgen auch der sozialdemokratische Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Nachdem die Abg. Hänel und Payer erklärt, daß sie eine Discussion über die Ausweisungsfrage nicht scheuen, wird der Antrag des Abgeordneten v. Jazdewski gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Volks-

partei und einiger Freisinnigen abgelehnt.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat.)

Berlin, 10. Decbr. Die freisinnigen Mitglieder der Commission zur Vorberatung des Beamtenunfallgesetzes, Dr. Barth und Gen., haben zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs eine Reihe von Abänderungen zu den Beschlüssen erster Lesung eingebbracht. Demnach soll das Gesetz auf Personen des Soldatenstandes keine Anwendung finden; die Fürsorge für die Beamten der Reichscivilverwaltung, des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine auf sämtliche Beamte ic., nicht nur auf die in reichsrechtlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigten und bei allen Dienstställen, nicht nur bei Betriebsunfällen, Anwendung finden. Im Falle einer dauernden Beihäbigung sollen dieselben Erbsatz der Kosten des Heilverbahrens während der ersten 26 Wochen nach dem Unfall und während der Dauer einer durch den Unfall verursachten Dienstunfähigkeit ihr Diensteinommen mindestens 6 Monate nach dem Unfälle weiter beziehen. Im Falle volliger Erwerbsunfähigkeit kann die Pension über den Betrag von 62 1/2 p.C. des jährlichen Diensteinommens hinaus bis zum vollen jährlichen Diensteinommen erhöht werden. Der Bezug der Rente für die Hinterbliebenen soll mit dem auf den Todestag folgenden Tage beginnen, falls der Verlebte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer, von einer Gemeinde für ihren Bezirk oder von einem weiteren Communalverbande für seinen Bezirk oder Theile desselben getroffener Bestimmung einer Krankenkasse angehört, zu welcher Zuschüsse aus Reichsmitteln geleistet werden, so hört nach Ablauf der 13. Woche nach dem Unfalle der Erbsatz der Kosten auf und kommt der Betrag des von der Krankenkasse gezahlten Krankengeldes von dem Diensteinommen in Abzug. Der Anspruch auf Pension, Witwen- und Waisenrente soll wegfallen, wenn der Verlebte den Unfall durch ein Versehen herbeigeführt hat, auf welchem Dienstentlassung, Verlust des Titels und Pensionsanspruch oder Verlust der Fähigkeit zur Beschäftigung in einem öffentlichen Dienstzweige steht. Dem § 5 soll hinzugesetzt werden: „Jeder Unfall, welcher von Unfalls wegen oder durch Anmeldung der Beteiligten einer vorgesetzten Dienstbehörde bekannt wird, ist sofort zu untersuchen und zur endgültigen Entscheidung zu bringen. Den Beteiligten ist Gelegenheit zu geben, selbst oder durch Vertreter ihre Interessen bei der Untersuchung zu wahren.“ Der § 12, welcher sich auf die eventuelle Abänderung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfallversicherung vom 28. Mai 1885 seitens des Bundesrats bezieht, soll in Wegfall kommen.

Berlin, 10. December. In der Commission für den Antrag Reichsberger (Einführung der Berufung) wurde heute ausführlich über die Frage diskutiert, ob es nothwendig sei, nach eventueller Wiedereinführung der Berufung gegen die erstinstanzlichen Urteile der Strafkammern § 23, Absatz 8, der Strafprozeßordnung bestehen zu lassen, nach welchem an der Hauptverhandlung vor der Strafkammer mehr als zwei von denselben Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben, und namentlich der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, nicht teilnehmen dürfen. Der Antrag des Abgeordneten Hartmann, welcher Wegfall des Absatzes 3 befürwortete, wurde mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen folgende Fassung des Absatzes angenommen: „An der Hauptverhandlung vor der Strafkammer und Berufungskammer darf der Richter, welcher bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft zu erstatten hatte, nicht teilnehmen.“ Für § 66 der Strafprozeßordnung wird nach Ablehnung eines weitergehenden Antrags folgende Fassung beschlossen: „Wird der Zeuge, nachdem er eidlich vernommen worden ist, in demselben Verfahren oder in demselben Hauptverfahren einschließlich des daraus folgenden Berufungsverfahrens nochmals vernommen, so kann der Richter statt der nochmaligen Beleidigung des Zeugen die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den früher geleisteten Eid versichern lassen.“

Berlin, 10. Decbr. In offiziellen Ausfassungen wird jetzt vor vorzeitigen Forderungen der Brantweinsteuerreform gewarnt, da authentische Mitteilungen der Regierung noch nicht vorliegen. Das läßt erkennen, daß das Bekanntwerden des Monopol-Projektes der Regierung unangenehm ist, und bestätigt vielleicht auch das heute in parlamentarischen Kreisen circulierende Gerücht, daß der Widerstand der süddeutschen Staaten gegen das Brantweinmonopol doch entschiedener sein sollte, als man erwartet hatte.

Berlin, 10. Decbr. Die Novelle zum Viehseuchen gesetz gilt

für gescheitert, nachdem heute von der Commission Artikel 1 mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden ist, welcher das Kennzeichnen seuchenverdächtiger Thiere ohne Entschädigung anordnet. Einem Antrage, für die Entwertung der gekennzeichneten Thiere eine Entschädigung zu gewähren, hatten sich die Regierungsveterinare entschieden widerstellt. Der zweite Artikel, der das Impfen verdächtiger Thiere anordnet, hat auch wenig Aussicht auf Annahme.

Posen, 10. Decbr. Aus Warschau wird dem „Dziennik Posnanski“ gemeldet: Regierungssitz sind in den deutschen Fabrikstädten Łódź und Tomaszow sämtliche deutschen Vereine, mit Ausnahme der Feuerwehre vereine, aufgehoben worden. Die Veranlassung hierzu soll die immer gehässiger gegen das Deutschthum auftretende Petersburger Presse sein.

(Aus Wolff's Telegraphischen Bureau.)

Berlin, 10. Decbr. Der Bundesrat genehmigte einstimmig unverändert den Gesetzentwurf über den Nordostsee-Canal und verwies den Handelsvertrag mit Dominica und den Gesetzentwurf über die Bürgschaft des Reiches für die Zinsen der egyptischen Anleihe an die Ausschüsse.

Berlin, 10. Decbr. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ wendet sich gegen die gestrigste Bemerkung Ricke's bei der Beratung des Unterhauses zu dem Kölner Antrage, daß es eine eigenhümliche Geschäftsführung sei, wenn der Bundesrat über seine Stellung zu dem Unterantrage keine Erklärung abgeben könne. Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung beider legislativen Körper, die bezüglich der Gesetzgebung einander gerade so koordinirt sind, wie zwei Landtagshäuser, werde dabei vollständig ignoriert. Die Geringhöchung der Verfassung, die sich in der heutigen Reichstags-Dissertation ausstreckt, erscheine als das bedenklichste Symptom für die Zukunft der wiedergewonnenen Einheit. Die gegenwärtige Situation werde aber nicht das letzte Wort in dem Entwicklungspocess der nationalen Einheit sein.

Hannover, 10. Decbr. Bei den heutigen Erstwahlen zum Bürgermeister-Collegium verloren die Welfen vier Sitze an die Nationalliberalen, und damit die Majorität im Colleg.

Dresden, 10. Decbr. Das Befinden der Königin hat sich gebeffert, so zieht sie ab.

München, 10. Decbr. Kommer. Bei der Fortsetzung der Beratung des Staats des Innern erörtern Buhl und Frankenburger bei der Hagelversicherungsanstalt den Vorfall betreffs des Zeugnisswangsverfahrens gegen den Redakteur Bohart wegen vorzeitiger Veröffentlichung der Anstaltsdaten. Der Minister des Innern betont die Amtsgeheimnispflicht. Der Anstaltsdirector handelt nach eigener Kompetenz, aber gesetzmäßig, über den Werth des Vorgehens kann man discutieren. Der Justizminister vertheidigt das Vorgehen des Gerichts, nachdem die Justiz angegriffen worden sei. Letzte Praxis wäre ungesehlich. Der Anstalts-Staat wurde schließlich bewilligt.

Belgrad, 10. Decbr. Die Antwort Serbiens auf die letzten Gegenentwürfe Bulgariens ist heute Nacht nach Pitot abgegangen.

Der neuernannte Kriegsminister Franjoovic trifft Morgen Nacht hier ein. Derselbe stellte die Bedingung, daß ihm wesentlich umfassendere, reichlichere Fonds für die Truppenversorgung wie zur Beschaffung von Munition zur Verfügung gestellt werden.

(Wiederholte, weil nur in einem Theil der Aufgabe.)

## Handels-Zeitung.

Breslau, 10. December.

\* Stempelung aller Banco-Giros für Namen-Actionen. Der Finanzminister hat sich, wie die „B. B. Z.“ aus einer Antwort desselben aus den jüngsten Tagen ersehen, bereit erklärt, auch fernerhin noch die Stempelung aller Banco-Giros für Namen-Actionen gegen Zahlung einer bestimmten Pauschsumme einzutragen, insofern von den betreffenden Gesellschaften, von denen noch derartige Actionen mit ungestempelten Giros existieren, bei ihm dementsprechende Anträge formuliren. Es sind in Folge dieser Bereitwilligkeit neuerdings verschiedene Anträge in dem hier angedeuteten Sinne beim Finanzminister gestellt worden und zwar befindet sich unter Anderem auch die Direction der hiesigen Disconto-Gesellschaft unter den Antragstellern.

\* Wahlen zum Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft. Bei der gestern beendeten Wahl für das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft wurden folgende Herren gewählt: Geheimrat Mendelsohn, Commercierrath Frenzel, Julius Reichenbach, Emil Hecker, Carl Simon Meyer, Geheimrat Schwabach, Director Goldschmidt.

\* Russische Petroleum-Industrie. Man schreibt der „Voss. Ztg.“ aus Petersburg: Eine französische Gesellschaft wird in kurzer Zeit in Kertsch in der Krim Bohrungen nach Naphtaqueellen anstellen. Bereits im vergangenen Sommer waren Sachverständige von der Gesellschaft nach Baku gesandt worden, um sich mit der dortigen Lage der Naphtaproduction und den technischen Einrichtungen bekannt zu machen.

## Ausweise.

Paris, 10. Decbr. [Bankausweis.] Bauryrath Gold Abnahme 1.700.000, Silber Abnahme 4.400.000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 88.300.000, Gesamt-Vorschüsse Zun. 600.000, Notenumlaf Abn. 44.500.000, Guthaben des Staatsschatzes Abn. 8.700.000, Laufende Rechnungen der Privaten Abn. 8.600.000 Frs.

London, 10. Decbr. [Bankausweis.] Totalreserve 12.243.000, Notenumlaf 24.156.000, Bauryrath 20.649.000, Portefeuille 19.479.000, Guthaben der Privaten 23.247.000, Guthaben des Staatsschatzes 3.220.000, Notenreserve 11.258.000 Pfd. Sterl.

## Verlosungen.

\* 5proc. Consolidierte Russische Eisenbahn-Obligationen 4. Emision (von 1873). Verlosung vom 19. November/1. December cr. Auszahlung vom 20. Mai

Procent), Schlesische Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln 8-8½ pCt. (1884 14 pCt.), Tabaksgesellschaft „Union“ (vorm. Leopold Kronenberg) 1 pCt. (1884 0), Actien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen, Stammpriorityen 6 pCt. (1884 5½ pCt.). — Die Oesterreichische Localbahn steht im Begriff, auch die der Oesterreichischen Länderbank gehörige Hälfte der Localbahn St. Pölten-Tulln zu erwerben, so dass dann diese Strecke vollständig in den Besitz der Localbahn-Gesellschaft übergehen würde. — Wie hiesigen Blätter berichtet wird, stipuliert der Vertrag über das zwischen der Firma M. J. Caro Sohn als Besitzer der Herminenhütte und der Bismarckhütte abgeschlossene Uebereinkommen, nach welchem diese beiden Hütten in Gleiwitz ein gemeinsames Verkaufsbureau errichten, dass auch andere Hütten der Beitritt zu demselben offen gelassen werden soll. (?) Nach dem „Börsen-Courier“ soll in der am letzten Sonnabend stattgefundenen Versammlung von Vertretern der schlesischen Hochöfen-Werke beschlossen worden sein, in Breslau ein gemeinsames Verkaufs-Comptoir zu errichten. Der Preis für Puddeleisen soll auf 60 M. pro 100 Kilo normirt werden. — Die vier hauptsächlichsten Contrahenten der Braunschweigischen Kohlenconvention sind die Actiengesellschaft Consolidirte Braunkohlen-Bergwerk „Caroline“ bei Offleben, die Braunschweiger Kohlenwerke und die „Victoria“ (im Besitz der Kur- und Neumärkischen ritterlichen Darlehnskasse), sowie die gräflich von Saldern'schen Werke. Es sind ausserdem noch eine Anzahl kleinerer Gruben der Convention beigetreten. Es wird berichtet, dass zunächst der Preis für die Braunkohle um etwa 2 Pfennig pro Hectoliter, nämlich auf 18 Pfennig, heraufgesetzt worden ist. — Der Abschluss der Schienenlieferung von 10000 Tons für Vandebilt durch das englische Stahlwerk „Barrow Company“ soll zu einem Preise geschehen sein, der sich frco. Newyork ungefähr 3,10 Lstrl. per Tons höher stelle, als der zeitige amerikanische Marktpreis. — Die königl. Eisenbahndirection in Magdeburg hat die Lieferung von 319500 laufende Meter Flussstahlschienen in 6 Loosen und 33000 Stück Querschwellen aus Fluss- oder Schweisseisen in 2 Loosen, sowie von verschiedenem anderen Eisenbahnoberbaumaterial auf den 28. December ausgeschrieben. — Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, beschloss der Zweigverein der Rübenzucker-Industrie in Halle, ein Circular an die deutschen Zuckerfabrikanter zu erlassen, den Rübenbau 1886/87 nicht weiter über die Höhe des diesjährigen Rübenquants auszudehnen und gegen die Vorschrift der Magdeburger Kaufmannschaft vom 27. October einen Protest abzufassen. — Die grosse Porzellanfabrik Josef Kratz Söhne in Haindorf, Bezirk Friedland, ist in Concurs gerathen. Die Insolvenz erregt grosses Aufsehen, da die Firma in Wien eine grosse Niederlage ihrer Erzeugnisse besitzt und wohl accredirirt war. Die Passiven sind bedeutend, der Wiener Platz ist tangirt. — An der Productenbörsé sind, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, heute und in den jüngsten Tagen seitens einiger Mühlen ca. 5000 Tonnen Roggen vom Wasser im Austausch gegen Januar-Februar und April-Mai gegen entsprechende Vergrütung aus dem Markt genommen worden. — Die Dux-Bodenbacher Eisenbahn vereinnahmte in der ersten Decemberwoche 48 886 Gulden oder 1186 Gulden mehr als in der correspondirenden Woche des Vorjahrs.

**Berlin.**, 10. Decbr. **Fondsbörsé.** Die steigende Bewegung wurde an der heutigen Börse mit neuen Kräften fortgesetzt. Die politischen Meldungen blieben gänzlich unbeachtet, dagegen übten die festen auswärtigen Course und namentlich grosse Londoner Käufer in den russischen Fonds bedeutenden Einfluss aus. Oesterreichische Credit-actien schlossen 475,50, Disconto-Commanditantheile 203,87. Auch Berliner Handelsgesellschaft und deutsche Bankactien konnten grössere Coursavancen erzielen. Auf dem ausländischen Eisenbahnactienmarkte waren es in erster Linie wieder Elbthalbahnactien, welche das Interesse der Speculation in Anspruch nahmen und bis 273 Mark avancierten. Dux-Bodenbacher Eisenbahnactien waren eher etwas schwächer, ebenso Galizische Carl-Ludwigsbahnactien und Staatsbahnactien. Ein recht lebhaftes Geschäft fand auch in österreichischen Localbahnactien statt, welche bis 63½ pCt. gehandelt wurden. Auf dem heimischen Bahnenmarkt entwickelte sich ein sehr lebhaftes Ultimo-Geschäft in Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahnactien, welche, da verlautete, dass die diesjährige Dividende eher etwas höher ausfallen werde, als die vorjährige, bis 60,25 avancierten. Auch mecklenburgische Friedrich-Franz, sowie Lübeck-Büchner waren recht fest, während Marienburg-Mlawka neuerdings 1 pCt. nachgeben mussten. Auf dem Rentenmarkt herrschte namentlich für russische Goldanleihen und Italiener lebhafte Kauflust. Ein äusserst bewegtes Geschäft zu steigenden Courses nach schwacher Eröffnung fand wieder auf dem Montantmarkt statt. Dortmunder Union-Stamm-Prioritäten avancierten bis 60 pCt., Launahütte-Actien bis 94½ pCt. und Bochumer Gussstahl bis 127½ pCt. Von den Cassawerthen gewannen Aplerbeker 1½ pCt., Bismarckhütte 2½ pCt., Bochumer Bergwerk La. A. 1½ pCt., Dortmunder Bergbau ¾ pCt., Hagener Gussstahl 1½ pCt., Oberschlesische Eisenbahnbedarf 1,20 pCt., Westfälische Drahtindustrie 1,90 pCt. Erheblich niedriger waren dagegen Aachen-Höingen 1¾ pCt. und Märkisch-Westfälischer Bergwerkverein 1 pCt. Ein grosses Geschäft fand bei besseren Courses auch in Stolberger Zinkhütten-Stamm-Prioritäten statt. Unter den übrigen Industriepapieren stiegen Linke-Breslau 1½ pCt., wogegen Hoffmann-Waggon ¾ pCt. einbüsst.

**Berlin.**, 10. December. **Productenbörsé.** An der Productenbörsé genügte eine kleine Vermehrung des Angebots von Weizen, um auf den Werte des Artikels empfindlichen Druck auszuüben. Die hieraus hervorgehende grosse Zurückhaltung auf Seiten der Käufer für Roggen hat auch für diesen Artikel eine kleine Preiserhöhung herbeigeführt, ohne den Umsatz irgend wie zu beleben. — Hafer ist etwas billiger künftig gewesen, aber doch nicht mehr beachtet worden. — Rüböl stellte sich namentlich für entfernte Termine niedriger im Praise. Es fehlt an Käufern, so dass die von den Müllern ausgehenden Offeren sich nur mit Mühe unterbringen lassen. — Spiritus war anfänglich begehrt und besser zu verwerthen, ermittelte jedoch merklich unter dem Einfluss nachhaltiger Anerbietungen und schliesst kaum so hoch wie gestern.

**London.**, 10. December. **Zuckerbörsé.** Havannazucker Nr. 12 16 nom., Rüben-Zucker 15¼ steigend, Centrifugal-Cuba 16¾.

#### Telegramme des Weißschen Bureaus.

**Berlin.**, 10. Decbr. 3 Uhr 10 Min. (Dringl. Origin. Dopechte des Breslauer Zeitung.) Fest.  
Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.  
Oesterr. Credit. ult. 475 50 474 50 Getthard .... ult. 111 75 111 50  
Disc. Command. ult. 2 3 87 202 87 Ungar. Goldrente 80 — 79 87  
Franzosen.... ult. 447 50 448 — Mainz-Ludwigshaf. 98 25 98 50  
Lombarden.... ult. 220 — 219 50 Russ. 1880er Anl. ult. 81 50 81 50  
Conv. Türk. Anleihe 14 53 14 37 Italiener .... ult. 95 50 95 37  
Lübeck-Büchen. ult. 166 12 165 23 Russ. II. Orient-A. ult. 59 87 60 —  
Dortmund-Gronau-Enschede St.-Act. ult. — — Laurahütte .... ult. 94 50 94 25  
Marien-Mlawka ult. 55 25 57 — Galizier .... ult. 92 75 93 —  
Ostpr. Südb.-St.-Act. 98 75 99 — Russ. Banknoten ult. 200 25 200 —  
Serben.... ult. 78 50 77 50 Neueste Russ. Anl. 96 25 96 —

**Berlin.**, 10. December. **Schlussbericht.**  
Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.  
Weizen. Flau. Rüböl. Flau.  
Decbr. Januar ... 149 — 149 50 Decbr. Januar ... 46 — 46 2  
April-Mai ... 154 75 155 75 April-Mai ... 46 — 46 60  
Roggen. Mutter. Spiritus. Ermattend.  
Decbr. Januar ... 129 50 129 75 Ioco .... 39 90 39 5  
April-Mai ... 133 75 134 25 Galizier. .... 40 — 39 90  
Mai-Juni ... 135 25 135 25 Decbr. Januar ... 41 40 41 50  
Hafer. Decbr. Januar ... 126 — 126 50 Juni-Juli ..... 42 50 42 60

**Stettin.**, 10. December. — Chr. — Min.  
Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.  
Weizen. Unveränd. Rüböl. Unveränd.  
April-Mai ... 145 — 145 50 Decbr. Januar ... 45 — 45 —  
Mai-Juni ... 157 — 157 50 April-Mai ... 46 — 46 —

Roggen. Unveränd. Spiritus.  
Decbr. Januar ... 125 — 126 — Ioco .... 38 — 37 70  
April-Mai ... 131 — 131 — Decbr. Januar ... 38 60 38 —  
Juni-Juli. .... 42 20 41 50

Petroleum\*) 12 10 12 10  
\*) Versteuert Usance 1½ pCt.

Berlin, 10. Decbr. 1 Amtliche Schluss-Course] Fest.		Cours vom 10. 9.	
Eisenbahn-Stamm-Actien.	Cours vom 10. 9.	Posener Pfandbriefs	100 60 100 60
Mainz-Ludwigshaf.	98 50 98 70	Schles. Rentenbriefe	101 70 101 8
Galiz. Carl-Ludw.-B.	92 80 93 —	Goth. Prm.-Pfbr. S.I.	99 40 99 10
Gotthard-Bahn.	111 60 111 40	do. do. S. II.	97 50 97 50
Warschau-Wien.	217 90 217 60	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	
Uebtice-Büchen.	166 — 165 —	Breslau-Freib. 4½% pCt.	101 50 101 60
		Obersch. 3½% Lit.B	97 70 97 70
		do. 4½% 90	101 70 101 70
		do. 4½% 1879	— 104 50
		R.-O.-U.-Bahn 4½% L.	— — —
		Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	58 50 58 30
		Ausländische Fonds.	
		Italienische Rente.	95 60 95 40
		Oest. 4½% Goldrente	88 30 88 30
		do. 4½% Papier.	66 80 66 80
		do. 4½% Silber.	66 70 66 80
		1860er Loose.	116 90 116 80
		Poln. 50% Pfandb.	60 — 59 90
		do. Liq.-Pfandb.	55 70 55 60
		Prus. 50% Staats-Obl.	91 90 91 80
		do. 60% do.	103 50 103 40
		Russ. 1880er Anleihe.	81 50 81 20
		do. 1884er do.	96 30 96 10
		Orient-Anl. II.	60 — 59 90
		do. Bod.-Cr.-Pfbr.	92 — 91 90
		do. 1883er Goldr.	111 — 110 70
		Kramsta Leinen-Ind.	128 50
		Türk. Feuerw. 1430 — 1440	
		do. Tabaks-Actien	88 70 88 70
		do. Loose.	33 — 32 50
		Ung. 4% Goldrente	80 10 79 80
		do. Papierrente	73 20 73 20
		Serbische Rente.	78 90 78 —
		Bankkosten.	
		Gest. Bankn. 100 Fl.	161 95 162 —
		Russ. Bankn. 100SR. 200 20 199 95	
		do. St.-Pr.-A. 115 — 115 —	
		do. per alt. 200 50 200 —	
		Wachsen.	
		Amsterdam 8 T.	168 75 168 75
		London 1 Lstr. 8 T. 20 23½	20 33
		do. 1 3 M. 20 23½	20 23
		Paris 100 Frs. 8 T. 80 70	80 70
		Prus. 3½% St.-Schuld	99 90 99 90
		do. 100 Fl. 2 M. 161 05	161 05
		Prus. 3½% cons. Anl.	88 80 98 80
		Warschau 100SR 8T 200 —	199 55
		Privat-Discont 20%.	
		Wien, 10. December. [Schluss-Course] Sehr fest.	
		Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.	
		1860er Loose.	— — —
		1884er Loose.	— — —
		Ungar. Goldrente.	— — —
		4½% Ungar. Goldrente	99 27 98 52
		Papierrente.	82 65 82 35
		Silberrente.	83 10 82 85
		London.	125 70 125 70
		St.-Eis. A.-Cart.	276 — 275 40
		Oesterr. Goldrente.	109 10 109 —
		Elbthalbahn.	167 — 163 75
		Wiener Unionbank.	— — —
		Marknoten.	61 75 61 80
		Wiener Bankverein.	— — —
		Paris, 10. Decbr. 3% Rente 81, 17. Neueste Anleihe 1872 109, 25	
		Italiener 97, 27. Staatsbahn 565, —. Lombarden, —, Fest.	
		Paris, 10. December, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course] Fest.	
		Cours vom 10. 9. Cours vom 10. 9.	
		3proc. Rente.	81 17 81 —
		Amortisirbare.	82 80 82 72
		Orientalanleihe II.	— — —
		3proc. Anl. v. 1872.	109 22 109 07
		Orientalanleihe III.	— — —
		ital. 3proc. Rente.	97 17 97 10
		Goldrente, öster.	88 — 87½
		Oesterr. St.-E.-A. 563 75 563 75	do. ungar. 6pCt.
		Berlin.	20 53 —
		Hamburg 3 Monat.	20 53 —
		3proc. Russen de 1872	95 —
		Frankfurt a. M.	20 53 —
		3proc. Russen de 1873	94½ 8 94½ 8
		Frankfurt a. M.	20 53 —
		Wien.	12 72½ 12 72½
		Paris.	25 41½ 25 41½
		Petersburg.	23½ 23½
		Frankfurt a. M., 10. Dec. Italien 100 Lire k. 8. 80,325 bez.	
		Frankfurt a. M., 10. Decbr. Mittags. Credit-Actien 235, 25.	
		Staatsbahn 222, 25. Galizier 184, 62. Fest.	
		Köln, 10. Decbr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen oco —, — per März 16, 45, per Mai 16, 85, Roggen loco —, — per März 13, 30, per Mai 13, 40, Rüböl loco 24, 30, per Mai 25, —. Hafer loco 14, —.	
		Hamburg, 10. December. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 150—154. — Roggen loco ruhig, Mecklenburger loco 140—144, Süd-Russischer, loco ru	

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 10. December.

Der Vorsitzende, Stadtv. Beyersdorf, eröffnete die Sitzung nach 4½ Uhr mit einigen Mittheilungen, von denen wir nur folgende her vorheben:

Durch ein Magistratschreiben wird mitgetheilt, daß eine nochmalige Vermessung der geschlossenen Glaciskirchhöfe unter Bezugnahme von Deputirten der beteiligten Kirchengemeinden zur Zeit noch nicht stattgefunden hat, daß indessen schon jetzt unzweifelhaft constatirt ist, daß die Kirchengemeinde von St. Barbara eine Entschädigung für Abtretung des zur Verbreitung der Neuen Oderfrage verwendeten Terrainstreifens aus Räumereimitteln nicht erhalten hat und daß diese Entschädigung in derjenigen Kauf- resp. Vergleichssumme mit enthalten ist, welche der Barbara-Kirchgemeinde nach dem zustimmenden Beschlusse der Versammlung für das Terrain des geschlossenen Friedhofes am Berliner Platz gewährt werden soll.

Remunerationen. Stadtv. Dr. Gras empfiehlt die Genehmigung eines Magistratsantrages, wonach einer Anzahl von Beamten der Marktverwaltung Remunerationen in Höhe von 15—150 M. aus den Mitteln der Marktverwaltung gewährt werden sollen.

Die Versammlung genehmigt die Anträge des Magistrats.

Schreibmaterialien-Lieferung. Einem von der Stadtverordneten-Versammlung bei Festsetzung des Stadthaushaltsetsatzes pro 1885/86 geäußerten Verlangen entsprechend, hat Magistrat die Lieferung der Schreibmaterialien für die städtischen Verwaltungs-Büros und Kassen &c. (siehe Nr. 823 d. Btg.) in engerer Submission angeboten und beantragt nun, 3 Jahren zu übertragen.

Stadtv. Morgenstern beantragt als Referent die Überweisung an den Finanzausschuß, da er noch gewisse Informationen für nothwendig erachtet, ehe die Versammlung sich über die Frage entscheidet.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Städtischer Packhof. Der Antrag des Magistrats, betreffend eine event. Erneuerung der Gebühren (s. Nr. 859 d. Btg.) wird vom Referenten Stadtv. Seidel II kurz erörtert und zur Überweisung an den Ausschuß zur Vorberathung empfohlen.

Stadtv. Heimann will nicht gegen die Überweisung an den Ausschuß sprechen, aber zur Ausklärung bemerken, daß die Maßregel ganz besonders für die Seiten maßgebend sein soll, in denen der Packhof von anderen Arbeits nicht zu sehr in Anspruch genommen ist.

Stadtrath Kopisch bemerkt den Ausführungen des Referenten, betreffend die angeblichen Verhandlungen mit der Frankfurter Gütereisenbahn-Gesellschaft, gegenüber, daß es allerdings richtig sei, daß in dieser Beziehung mündliche Pourparlers stattgefunden haben, dahingehend, daß die Gesellschaft die Absicht hatte, den Packhof in seiner Totalität oder aber das Ein- und Ausladungs-Geschäft in Entreprise zu nehmen. Ueber diese vorläufigen mündlichen Besprechungen hinaus sei aber die Angelegenheit nicht gediehen. Schriftliche Anträge seien von der Gesellschaft nicht eingegangen und jedenfalls werden, wenn in der Angelegenheit noch etwas geschehen sollte, auch der Versammlung erst die erforderlichen Vorlagen gemacht werden. Wie Herr Heimann richtig bemerkt hat, habe es sich für die Verwaltung darum, die Einnahmen aus dem Packhof durch eine etwas kaufmännische Verwaltung zu erhöhen. Es sei ihm (dem Redner) erfreulich, der Versammlung mittheilen zu können, daß die Intraden des Packhofs sich auch in diesem Jahre wieder gesteigert haben, und vielleicht am Schluss des Rechnungsjahrs die vorjährigen um 3000 M. übersteigen werden. Aufträge, die nicht ausgeführt werden könnten, weil die Verwaltung an den bestehenden Tarif gebunden ist, seien vielfach vorgekommen und auch augenblicklich liege wieder ein solcher vor.

Stadtv. Wehlau macht im Anschluß an die Ausführungen des Referenten auf die in der letzten Sitzung des kaufmännischen Vereins stattgehabten Verhandlungen bezüglich des städtischen Packhofs aufmerksam. Es sei dabei ausgeführt worden, daß der städtische Packhof eine bei Weitem günstigere Lage habe, als alle übrigen Privatunternehmungen. Es sei deshalb für das kaufmännische Publikum außerordentlich wünschenswert, gerade den städtischen Packhof benutzen zu können. Außerdem werde aber vielsch. Klage geführt, daß die Einrichtungen auf demselben sehr mangelhaft seien, so daß seine Benutzung für viele kaufmännische Geschäfte unmöglich erscheine. Diese Klagen hätten ein gewisses Aufsehen gemacht. Er weiß nicht, ob dieselben begründet seien, hofft aber, daß Magistrat jedenfalls denselben seine Aufmerksamkeit zuwenden werde.

Stadtv. Haber I will vor Allem auf den schlechten Zustand der Lagerräume aufmerksam machen. Derselbe sei ein derartiger, daß es in dieser Weise nicht länger fortgehen könne. Entweder müßten andere Räume geschaffen oder die vorhandenen Lagerräume ganz und gar räumt werden. Er hofft, daß bei der anerkannten Sorgfalt, welche der Decernent des Magistrats der Verwaltung des Packhofs zuwende, schon bei der nächsten Etatsberathung der Versammlung dahin zielende Vorschläge vorliegen werden.

Stadtrath Kopisch weist darauf hin, daß Magistrat und Packhofs-Deputation schon seit längeren Jahren möglichst darauf Bedacht nehmten, wie die Intraden des Packhofs zu vermehren sind. Er wolle den Anträgen, welche der Versammlung in allerkürzester Zeit zugehen werden, nicht vorenthalten, aber doch schon jetzt bemerken, daß die Verwaltung die Absicht habe, das Bauwerk am Packhof zu verlängern, einen zweiten Dampfkrahn aufzustellen und ein neues Gebäude aufzuführen, dessen Souterrainräume zur Lagerung von Schmied und derartigen steuerpflichtigen Gegenständen dienen sollen. Anlässlich eines Antrages der Versammlung hat die Verwaltung durch die Bauverwaltung eine Abchätzung des Terrains vornehmen lassen, welchen Errat das Terrain haben würde, wenn es als Bauplatz verwendet würde. Darnach habe sich ergeben, daß der Packhof gegenwärtig allerdings nur eine Rente von 2,27 p. C. bringe.

Stadtv. Friedländer empfiehlt, den Antrag des Magistrats zur Zeit überhaupt abzulehnen. Zunächst erscheine ihm die Motivierung derselben nicht ganz ausreichend, es sei vielmehr die Motivierung, daß es in der Versammlung in allerkürzester Zeit zugehen werden, nicht vorenthalten, aber doch schon jetzt bemerken, daß die Verwaltung die Absicht habe, das Bauwerk am Packhof zu verlängern, einen zweiten Dampfkrahn aufzustellen und ein neues Gebäude aufzuführen, dessen Souterrainräume zur Lagerung von Schmied und derartigen steuerpflichtigen Gegenständen dienen sollen. Anlässlich eines Antrages der Versammlung hat die Verwaltung durch die Bauverwaltung eine Abchätzung des Terrains vornehmen lassen, welchen Errat das Terrain haben würde, wenn es als Bauplatz verwendet würde. Darnach habe sich ergeben, daß der Packhof gegenwärtig allerdings nur eine Rente von 2,27 p. C. bringe.

Stadtv. Samisch weist darauf hin, daß die Nebelstände, welche in der Versammlung des kaufmännischen Vereins gerügt wurden, der Packhofs-Verwaltung sehr wohl bekannt seien, eine Beseitigung derselben würde aber sehr hohe Summen, bis 90 000 M., erfordern, und es sei doch wohl fraglich, ob die Versammlung derselben ohne Weiteres bewilligen würde. Im Übrigen könne er versichern, daß die Packhofs-deputation die Verwaltung durchaus im Interesse der Stadt zu führen bemüht sei.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Magistrats-decernenten und des Referenten wird der Antrag Friedländer, den Antrag des Magistrats zur Zeit abzulehnen.

Bewilligungen. Für die Umlegung und Verbreiterung des Bürgersteiges vor dem Schulgrundstück Vorwerksstraße 36/38 werden auf Antrag des Referenten, Stadtv. Simon, 477,20 M. bewilligt.

Ferner werden für verschiedene bauliche Arbeiten in dem dem Bureau der Kanalbetriebs-inspection zur Benutzung überwiesenen Localitäten in der Turnhalle am Lessingplatz 480 M. bewilligt.

Terrainerwerb. Magistrat beantragt, daß eine etwa 8 Quadratmeter große Parzelle des Grundstücks Langgasse 24 von dem Kaufmann Priesert erworben und die Kaufsumme aus dem Substanzgeldfonds entnommen werde.

Auf Antrag des Stadtv. Körner wird die Vorlage dem Ausschuß IV überwiesen.

Auf Antrag des Stadtv. Rösler wird sodann eine Verstärkung des Staats der Beamtenbefolbungen um 1650 M. genehmigt.

Bürgerversorgungs-Anstalt. Der am 14. Juli c. verstorbene Particulier Schmidt hat der Anstalt leidwillig ein Capital von 6000 M. ausgelegt und dabei bestimmt, daß, falls in derselben durch dieses Vermögen eine neue Stelle gegründet werden sollte, in diese ein früherer Bürgerversorger einzutreten soll. Magistrat hat das Vermögen unter der gestellten Bedingung angenommen und bereits ausgezahlt erhalten; auch ist die Genehmigung zur Annahme derselben durch Allerhöchsten Erlaz vom 13. October c. ertheilt worden. In Übereinstimmung mit dem Vorstande der Bürgerversorgungs-Anstalt ist die Gründung der neuen Stelle vom 4. December d. J. ab beschlossen worden, und zwar unter der Bezeichnung „Schmidtsche Stiftsstelle“. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Büttner,

erklärt sich die Versammlung damit einverstanden und bewilligt die erforderlichen Mittel aus den eigenen Einnahmen der Anstalt.

Patronatsablösung. In Nr. 859 d. Btg. haben wir eine Mobilisation des § 10 des Ablösungsberecht-Entwurfs mitgetheilt, deren Annahme Magistrat der Versammlung vorschlägt.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Vorlage dem Ausschuß ad hoc überwiesen.

Lehrergehälter. Die beiden Vorlagen des Magistrats, betreffend die Regulirung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den höheren Bürger-schulen und die Festsetzung des Durchschnittsgehalts der Lehrer an den Elementarschulen (s. Nr. 859 d. Btg.) werden auf Antrag des Ref. Stadtv. Dr. Fiedler dem Schulausschuß überwiesen.

Theilung bezw. Errichtung neuer Elementarschulklassen für den Oster termin 1886. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle die Nothwendigkeit der Errichtung von 19 neuen Klassen an den evangelischen und 13 dergleichen an den katholischen Elementarschulen aner kennen.

Die Zahl der Schüler unserer Elementarschulen ist von Michaelis 1884 bis dahin 1885 von 33 920 auf 35 833 also um 1913 gestiegen, bei den evangelischen Schulen um 1065, bei den katholischen um 848. Unter Berücksichtigung des unbedingt Nothwendigen ergibt der Bedarf die beantragten 32 Klassen, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß nach Ostern f. J. noch hier und da ein weitergehendes Bedürfnis hervortreten wird. Die Kosten dieser beantragten Schulerweiterungen, welche in den Staats der Lehrerbefolbungen und der Verwaltung der Elementar-Unter-richts-Angelegenheiten nachgewiesen werden sollen, betragen an Gehältern 64 350 M., an dauernden Ausgaben 15 215,20 M., an einmaligen Ausgaben 17 325 M., zusammen 96 890,20 M.

Stadtv. Dr. Elsner hat sich persönlich von der Nothwendigkeit sämtlicher Erweiterungen überzeugt und ist der Ansicht, daß dieselben noch nicht genügen, sich vielmehr nach Beginn des Schuljahres noch weitere Bedürfnisse geltend machen werden. Die Vorschläge des Stadtschulrates seien auf das allernothwendigste beschränkt. Man sprach häufig von dem Lurus, der in Breslau mit den Schulbauten getrieben wurde, er habe sich aber überzeugt, daß gerade in Bezug auf die Lokalitäten, in welchen unsere Schulen untergebracht seien, in Breslau noch sehr viel zu wünschen übrig bleibe. Er könne nur raten, bei künftigen Schulhausbauten mehr die kommenden Bedürfnisse ins Auge zu fassen, damit nicht wieder der Fall eintrete, daß die Räume in eben erst fertig gewordenen großen Schulhäusern sich nach wenigen Jahren schon wieder als unzureichend erweisen und es nothwendig werde, in einzelnen Klassen der in ihnen untergebrachten Schulen Halbtagsunterricht einzuführen, eine Maßnahme, die, wie in der Denkschrift des Stadtschulrates Dr. Pfundtner und in den Berichten der Stadtschul-inspectoren überzeugend nachgewiesen werde, überaus übelständig sei. Eine Ausmietung von Klassen, wenn eine solche sich überhaupt ermöglichen lasse, führe ebenfalls meist die erheblichsten Nebelstände mit sich. Freilich erfordere die Errichtung der 32 neuen Klassen eine Mehrausgabe von über 96 000 M., dieselbe sei aber unumgänglich nothwendig und es lasse sich daran durchaus nichts machen.

Stadtv. Dr. Lion erachtet es nach den Ausführungen des Referenten für durchaus geboten, daß sich die Verwaltung rechtzeitig in den Besitz geeigneter Schulgrundstücke setze, damit nicht dann, wenn die Zeit dränge, Mißgriffe geschehen.

Der Antrag des Magistrats wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Realgymnasium zum heiligen Geist. Magistrat beantragt, daß der mit Lehe gefüllte Springgraben in der Turnhalle der Anstalt beseitigt, statt dessen ein fester Bodenfußboden hergestellt und die Kostensumme per 450 M. aus dem Hauptextraordinarium pro 1885/86 gedeckt werde.

Auf Antrag des Stadtv. Jitschin genehmigt die Versammlung den Antrag.

Adresse. Von einer Anzahl Stadtverordneten ist der Dringlichkeitsantrag eingegangen, der Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin das Beileid zu dem durch den Tod ihres bisherigen Vorstehers Dr. Straßmann erlittenen Verlust auszudrücken und den Vorstand mit der Ausführung dieses Beschlusses zu beauftragen.

Nachdem die Versammlung die Dringlichkeit dieses Antrages anerkannt hat, führt Stadtverordneter Dr. Siegert als erster Unterzeichner derselben aus, er wolle die Größe des Verlustes den die Berliner Stadtverordneten-Versammlung erlitten, nicht des Räthern erörtern. Es sei dies von geeigneter Stimmen bereits geschehen. Er halte es aber mit seinen Freunden, die den Antrag mit unterschrieben, für rein menschlich, daß die Stadtverordneten-Versammlung von Breslau diejenigen von Berlin ihre herzliche Theilnahme zu dem erlittenen Verlust kundthue.

Der Antrag wird ohne weitere Discussion fast einstimmig angenommen. Wahlen. Es werden gewählt der Bezirkvorsteher Blöckle zum Mitglied der Armenirection, die Kaufleute O. Anwand, Kaufmann, Vogel, C. Bartels, Lasch, Bäckermeister Rösler, Brauereibesitzer Kippe, Lederhändler Schlesinger und Kaufmann F. Altschaff zu Mitgliedern der Marktdéputation, Kaufmann und Stadtverordneter Samisch, Kaufmann J. Sonnenberg, Commerzienrat Rosenbaum, Kaufmann Leopold Cohn, Kaufmann Siegfried Haber, Kaufmann O. Deler, Fabrikant und Stadtverordneter O. Becker und Kaufmann und Stadtv. W. Heimann zu Mitgliedern der Packhofs-Deputation; zu Schiedsmännern: im Barmherzigen Bruderbezirk der Particulier P. Stae, im Blauen Hirschbezirk der Kaufmann G. Pöhld, im Schweidnitzer Angerbezirk, II. Abth., der Particulier W. Piel, im Schweidnitzer Angerbezirk, III. Abth., der Maurermeister E. Über, im Sieben Rademühlen der Kaufmann L. Guttman, der Particulier J. Roessler zum Vorsteher für die er. Elementar-Schule Nr. 33, der Kaufmann B. Dzieka zum Vorsteher der kath. Elementar-Schule XXVIII.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 10. Dec. Das Rabattgeschäft der Vicewirthein. Die verehelichte Arbeiter Dorothea Kalfbrenner, geb. Keil, war seit dem Jahre 1878 Vermutterin der Häuser Klosterstraße 46b und c und in dieser Eigenschaft Seitens des Eigentümers, Herrn Aron Badig, auch stets zur Einziehung der Mieten bevoiligt gewesen. Als Aron Badig im März d. J. starb, da verfürdigte Frau K. jedem der in den beiden Häusern wohnenden 40 Mietern: „Ihre Miete ist von jetzt ab pro Monat um 50 Pf. billiger, Sie müssen aber das alte Quittungsbuch zerreißen, damit die Söhne des Badig nicht sehen, daß Sie bisher höhere Miete gezahlt haben.“ Diese Mitteilung erregte bei den beteiligten Familien einigermaßen Verwunderung. Die vorsichtigen unter ihnen calculirten, daß ihnen jeder Nachweis fehle, die Miete pünktlich an Frau K. gezahlt zu haben, sobald sie dem Vorschlag entspräche. Eine Mietnehmerin, Frau Schneider, suchte indes ohne Weiteres einen Sohn ihres früheren Hausherrn, den 55jährigen Kaufmann Siegmund Badig, auf. Ehe sie noch ihr Quittungsbuch präsentieren konnte, sagte Herr Badig: „Warum zahlen Sie denn die Miete nicht pünktlich, Sie stehen ja mit 2 Monat im Ruf.“

Frau Schneider bewies sofort durch Vorlegung der Quittungen, daß sie während der 2½ Jahre, in der sie die betreffende Wohnung inne hatte, an jedem Monatstags pünktlich 13 M. Miete gezahlt habe. Die kaufmännisch geführten Bücher des verstorbenen Badig ergaben dagegen, daß Frau Schneider, welche übrigens nur 12 M. 50 Pf. pro Monat zu zahlen hatte, die Miete durch Frau K. immer verpästet abgeliefert haben mußte. Als die Gebrüder Badig hierauf sämtliche Mietern zur Vorlegung ihrer Quittungsbücher aufforderten, da stellte sich heraus, daß keiner derselben irgend eine Monatsrate schuldete, und doch standen für das Haus Nr. 46b 456 Mark in Reit, während als rückständige Miete für das Haus 46c 381 Mark verzeichnet standen. Nach den Ablieferungszetteln der Frau K. war fast jeder Mietern einen bis drei Monaten Miete im Rückstand; außerdem hatte jeder derselben pro Monat 50 Pf. mehr an Frau K. gezahlt, als hier verzeichnet stand. Frau K. gab den Herren Badig gegenüber zu, die angeblich restirenden Mietshöfe selbst verbraucht zu haben, da die Zeiten zu schlecht seien, sie befenne sich allein als Haushälterin für diese Summen. Des Weiteren behauptete sie, den Rabatt von 50 Pf. pro Monat und Wohnung — also insgesamt pro Monat circa 20 M. — habe sie mit Bewilligung des verstorbenen Herrn Badig erhaben; es sollte dies als Entschädigung für kleine Ausgaben, z. B. Melbuzettel &c., gelten. Die ganze Angelegenheit wurde hierauf zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gebracht. Diese erhob gegen Frau K. Anklage wegen mehrfacher Unter-

schlagung und wiederholten Betrugs.

In heutiger Verhandlung vor der Strafkammer I suchte sich die Anklagte mit großer Bungsfertigkeit „herauszureden“. Sie präsentierte ein Buch, in welchem von der Hand des Herrn Aron Badig allmonatlich 4 Thaler als Abzahlung aus den eigenen Einnahmen der Anstalt. Bei der hier punktierten Stelle befindet sich ein großer Dintenleck, es hat den Anschein, als habe hier ein Wort, etwa „Mietshs“, gestanden. Siegmund und Bertrand Badig, welche als Zeugen vernommen wurden, bekundeten, es habe Frau K. bei ihrem verstorbenen Vater ein unerschütterliches Vertrauen bestanden. Derselbe könne keinesfalls vor dem hier stehenden betrügerischen Manipulationen gewußt haben, denn dazu hätte er bei seiner streng reellen Gesinnung nie seine Zustimmung gegeben. In seinem Testamente hat er der Angeklagten 30 Mark überwiesen. — Staatsanwalt und Gerichtshof erachteten übereinstimmend die Behauptungen der Angeklagten für freches Lügenverschulden; wahrscheinlich habe dieselbe schon in früheren Jahren Mieten unterschlagen und auf diesen Betrag die für ihre Verhältnisse hohe Summe von 12 M. monatlich abgezahlt; die Abzahlung wurde jedenfalls von dem „Rabattgeld“ genommen. — Frau Kalfbrenner wird zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt, mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe auch sofort verhaftet.

Breslau, 10. December. [Der Knochenverkauf für arme Leute.]

Als Herr Revier-Polizei-Commissionär Huzmann am Vormittag des 8. Juli d. J. die am Neumarkt gelegenen „kleinen Fleischbänke“ passirte, bemerkte er unter den bei dem Fleischermeister Joseph Mehner ausliegenden Fleischwaren ein kleines Häuflein Knochen. Diese selbst, wie auch die anhängenden Fleischreste deuteten durch ihr grüngraues Aussehen auf einen hohen Grad von eingetretener Fäulnis hin. Herr Huzmann beschlagnahmte die Knochen und sandte sie zur baldigen Untersuchung an das städtische Gesundheitsamt. Der Vorsteher derselben, Herr Professor Gschiedlen, fand die Ansicht des Revier-Commissionärs vollaus bestätigt. Auf Grund dieses Befindes gelangte Mehner unter Anklage wegen wissenschaftlichen Verkaufs verdorber Nahrungsmittel. In der heutigen Strafkammer I stattgesezten Verhandlung erklärte der Angeklagte höchst freimüthig, daß er gar nicht mit Fleisch oder Knochen von geschlachtetem Vieh handle, sondern daß sein Geschäft ausschließlich auf den Handel mit „Eingeschneide“ befrachte; hin und wieder kaufe er auch etwas Knochenfleisch ein. Die armen Leute kaufen die zu kleinen „Gerictheln“ abgetheilten Knochen zur Herstellung von Suppen sehr gern. Was Vormittag nicht verkauft werde, gehe Nachmittag als „Hundefutter“ weg. Der Staatsanwalt hielt durch das Gutachten des Sachverständigen und das theilweise zugestandene der Angeklagten die Wissenschaftlichkeit der Handlungswweise derselben für erwiesen; er beantragte 3 Monate Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Der Gerichtshof sprach die Verurtheilung wegen vorzeitlichen Verkaufs verdorber Nahrungsmittel aus. Die Strafe lautete auf 2 Monate Gefängnis; auch wurde die Publication des Urteils beschlossen.

Vorträge und Vereine.

— d. Generalverein der schlesischen Geflügelzüchter. Unter befreidiger Befreiung hielt der Generalverein der schlesischen Geflü

# Etat der Handelskammer und der Börse für das Jahr 1886.

Titel.	Allge- meine Unkosten. M.	Von den allgemeinen Unkosten entfallen auf den Etat der		Handels- kammer M.	Börse M.
		Borsa. M.	Breslau, Schlossohle. M.		
I.	Gehälter, Diäten und Reisekosten für das Amtsslocal und Wirthschaftsschädigung . . . . .	14 656	10 410	4 246	
II.	Für Heizung, Beleuchtung und Schreibmaterialien . . . . .	1 825	1 825	—	
III.	Für Herstellung des Jahresberichts, Zeitungsanzeigen und sonstige Drucksachen . . . . .	660	540	120	
IV.	Für Porto . . . . .	2 800	2 600	200	
V.	Für Börsendepeschen, Zeitungen, Bücher, Zeitschriften und Coursberichte . . . . .	200	200	—	
VI.	Beiträge zum Handelstage und anderen Vereinen und Gesellschaften . . . . .	5 400	1 755	3 645	
VII.	Insgemein . . . . .	1 097	1 097	—	
VIII.	Summa . . . . .	1 600	800	800	
		28 238	19 227	9 011	

Vorstehenden Etat bringen wir in Gemäßigkeit des § 22 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 und des § 16 der Neuen Börsenordnung für Breslau vom 2. October 1876 zur öffentlichen Kenntnis.

Breslau, 8. December 1885.

## Die Handelskammer.

**Statt besonderer Meldung.**  
Die Verlobung meiner Tochter Clara mit dem Kaufmann Herrn Max Heinemann in Berlin beeindruckt mich hiermit anzugeben.

Breslau, den 10. December 1885.

[8460] Leopold Weigert.

Die glückliche Geburt eines Mädchens zeigen hoherfreut an [7422]

Max Prostauer und Frau,

geb. Fränkel.

**Statt besonderer Meldung.**

Die Geburt einer Tochter zeigen hoherfreut an [7420]

Cantor Joseph Epstein und Frau

Clara, geb. Bobrecker.

Berlin, den 9. December 1885.

Die heut Morgen erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Anna, geb. Nasel, von einem gesunden, kräftigen Knaben beehrt sich ergebenst anzugeben.

[8466] Langenbielau, 8. December 1885.

Herrn Krichler, Buchdruckereibesitzer.

Gestern Abend 7½ Uhr entriß uns der Tod unsere innigstgeliebte

### Frieda

im Alter von 4 Jahren.

Im tiefsten Schmerz bitten um stille Theilnahme [8471]

### Conrad Schubert

nebst Frau und Schwiegermutter.

Breslau, den 10. December 1885.

Heute entriß uns nach kurzem Krankenlager der Tod unsere älteste Tochter [7419]

### Emma

im Alter von 22 Jahren, was wir, um stilles Beileid bittend, Freunden und Bekannten anzeigen.

Nicolai, den 9. December 1885.

S. Kosterlik und Frau, geb. Jotikowit.

## Statt jeder besonderen Meldung.

Heute früh 1/2 Uhr starb nach langen und schweren Leiden unser innigstgeliebter Sohn, Gatte, Vater, Schwiegervater und Grossvater

[7441]

## Hermann Bothe,

Berginspector von Gräfin Lauragrube, im kräftigsten Mannesalter von 48 Jahren und 4 Monaten.

Um stille Theilnahme bitten

## Die trauernden Hinterbliebenen.

Gräfin Lauragrube bei Königshütte OS., den 10. December 1885.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. d. M., Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, auf Gräfin Lauragrube, aus statt.

Für die zahlreichen Beweise wohlthuender Theilnahme, welche uns nach dem Heimgange unseres theuren Schwagers und Onkels, des Partenier

[8462]

## A. J. Pringsheim

geworden sind, sagen wir hiermit unseren verbindlichsten Dank.

## Die Hinterbliebenen.

## Basler Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Moritz Vogt, Generalagent in Breslau, Ohlau-Ufer Nr. 9.

[3857]

## Verein der Breslauer Aerzte.

Für diejenigen Herren Mitglieder, die an den Wintercursen noch theilzunehmen beabsichtigen, liegen die Listen zum Einzeichnen ihrer Namen in der Vereinsrendantur — Palmstraße Nr. 15, pr. — ans. Der Vorstand. J. A. Freund.

## 29 Eine große Partie 29

moderne schwarze Pelzmuffe,

in Seidenhase, Waschbär, Opossum, Scheitelasse, Skungs, von 4 bis 10 Mark an, empfiehlt in guter Qualität und schöner Form

## Robert Baumeister,

Kürschnerei.

[2243]

## 29 Breslau, 29 Ring 29, 29

„Zur goldenen Krone.“

in den Commanditen.

in den Comanditen.

in den Comand

# Pruessische Central-Bodencredit-Aktiengesellschaft.

Bei der am 2., 3. und 5. December 1885 in Gegenwart des Notars Kauffmann stattgehabten ordentlichen Verlosung unserer 5%, 4½% und 4% Central-Pfandbriefe sind folgende noch im Verkehr befindliche Nummern der betreffenden Emissionen gezogen worden:

Am 2. December 1885 wurden gezogen:

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1871, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 163 224 269 803. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 353 526 1522 1774 1860 2196. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 387 581 591 807 1070 1450 1627 2222 2256 2672 2711 2924 3582 3589 4173 4235 4368 4590 4698 4855 5315 5681 5687. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 109 166 529 735 1104 1909 1968 2701 2781 2917 3481 3503 4278 4676 4722 5552 6098 6852 6941 6952 7120 7368 7630 7876 7890 8110 8493 8811 8912 9353 9953 10177 10568 10577 10983 11081 11130 11398 11970 12234 12692 12999 13314 13323 13994 14726 14746 14893. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 170 479 842 958 1467 1579 1642.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1872, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 373 604 1290 1413. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 400 562 868 1123 1327 1497 1537 2152 3480 3554. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 70 488 660 706 1027 1688 1813 2292 2501 2503 3344 3364 3781 5001 5061 5236 5412 6445 6498 6513. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 904 1250 1469 2055 2397 2457 3252 3307 3613 3679 3806 3940 4660 4691 4849 5184 5373 5521 6060 6211 6478 6483 6992. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 105 284 316 821 847 890 977.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1873, Ser. II, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 826 886 1266 1902. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 550 909 1664 2994. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 244 1025 1286 1835 2785 3067 3712 3873 3892 3900 4125 4202 4266 4275 4665 4783 4956 6432 6556. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 131 966 988 1136 1262 1561 2239 2593 2675 2724 3057 3129 3527 4016 4243 4258 5237 5864 6307 6324 6598 6823 6875 7266. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 78 504 661.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1874, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 724 1222. Lit. B. über 1500 M. Nr. 1161 1168. Lit. C. über 600 M. Nr. 616 708 1210 1484 1772 2137 2433. Lit. D. über 300 M. Nr. 554 705 874 1090 1259 1539 1811 1834. Lit. E. über 150 M. Nr. 67 71.

5% Central-Pfandbriefe, Emission von 1876, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 43 199 656 794. Lit. B. über 1000 M. Nr. 672 1555 1623. Lit. C. über 500 M. Nr. 81 176 338 411 1337. Lit. D. über 300 M. Nr. 1608 1823 1880 2121 2740. Lit. E. über 100 M. Nr. 22 474 497.

Am 3. December 1885 wurden gezogen:

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1872, Ser. I, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 561 593 613 692 1081 1307. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 204 271 601 1015 1673 2181 2225 2608 2615 2654 3014 3052. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 388 858 953 1264 1824 1847 2148 2461 2537 2594 2708 2807 3380 3491 3621 3682 3780 4097 4916 4928 5130 5141 5441. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 284 610 626 980 1217 1384 1831 1943 2161 2432 2516 2902 3059 3204 3302 4055 4318 4397 4675 5066 5187 5300 6033 6086 6389. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 175 211 255 530.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1872, Ser. II, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 60 500 525 864 1316 1388 1469. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 35 433 1387 1525 1747 2171 2260 2898 2937. Lit. C. über 200 Thlr. Nr. 479 573 1097 1333 1708 1790 1875 1910 1993 2062 2129 3674 4138 4280 4568 4752. Lit. D. über 100 Thlr. Nr. 399 945 1007 1178 1398 1422 1423 2427 2529 2678 3027 3627 3735 4070 4261 4380 4436 4573 4732 4970 5156 5310 5782 5801 5841 5897. Lit. E. über 50 Thlr. Nr. 161 801 1014 1055.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1874, Ser. I, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 1000 Thlr. = 3000 M. Nr. 132 743 1579. Lit. B. über 500 Thlr. = 1500 M. Nr. 25 1395 1425 1571 1711 2271 2418 2719 2889. Lit. C. über 200 Thlr. = 600 M. Nr. 354 535 568 1055 1057 1213 1260 2548 3143 3493 3945 4085 4538 4681. Lit. D. über 100 Thlr. = 300 M. Nr. 29 32 90 403 743 1186 1309 1381 1392 1682 2564 3297 3860 4046 4251 4447 4497 5018 5420 5840. Lit. E. über 50 Thlr. = 150 M. Nr. 81 243 813.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1875, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 39 740 1456 1543 1774. Lit. B. über 1000 M. Nr. 5 177 350 541 1322 1650 2448 2659 3073 3412 3584 4184 4909. Lit. C. über 500 M. Nr. 313 491 760 872 1753 2415 2750 2898 3043 3215 3355 3618 3678 4028 4414 4629. Lit. D. über 300 M. Nr. 68 125 169 192 1046 1107 1180 1424 1756 2729 2785 2882 2912 4419 4751 4779 4819. Lit. E. über 100 M. Nr. 223 254 483.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1877, rückzahlbar mit einem Zuschlag von 10% = 110%.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 408 497 628 1186. Lit. B. über 1000 Mark. Nr. 148 495 732 987 1257 1484. Lit. C. über 500 M. Nr. 240 773 912 1507 1723 2048 2434. Lit. D. über 300 M. Nr. 820 1069 1987 2433 2568. Lit. E. über 100 M. Nr. 42 185 250.

4½% Central-Pfandbriefe, Emission von 1879, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Sämtliche noch im Verkehr befindliche Pfandbriefe.

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1880, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 250 395 573 1094 1273 1322 1439 1594 1763. Lit. B. über 1000 M. Nr. 541 597 673 782 856 987 1357 1737 1948 1989 2168 2238 2379 2481 3501 3784 4007 4116 4421 4461. Lit. C. über 500 M. Nr. 57 382 535 875 880 1277 1431 1480 1807 1818 1895 2203 2792 3159. Lit. D. über 300 M. Nr. 326 343 524 833 1739 1863 2080 2172 2311 2349 2872 3113 3152. Lit. E. über 100 M. Nr. 98 438 459 752 753 1199.

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1881, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 142 335 509 659 735 899 902 906 1863. Lit. B. über 1000 M. Nr. 38 67 109 605 652 1057 1371 1475 2170 2186 2317 2389 2415 2818 3371 4031 4795 4926. Lit. C. über 500 M. Nr. 234 408 580 817 1111 1112 1531 2455 2687 2973 2975 3009 3063 3209 3383. Lit. D. über 300 M. Nr. 818 1024 1026 1632 1673 2113 2145 2146 2179 2687 3149. Lit. E. über 100 M. Nr. 395 605 655 707 1210.

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1882, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 245 714 1160 1309 1847 1891 2382 2385 2647. Lit. B. über 1000 M. Nr. 320 496 640 1291 1634 1665 1681 1958 2257 2498 3585 3698 3849 3880 3900 3926 4089. Lit. C. über 500 M. Nr. 312 599 694 1165 1743 1926 2010 2330 2469 2749 2775 3162 3209. Lit. D. über 300 M. Nr. 45 595 669 715 803 936 1183 1707 2187 2331. Lit. E. über 100 M. Nr. 308 693 1151 1311 1319 1372.

Am 5. December 1885 wurden gezogen:

4% Central-Pfandbriefe, Emission von 1883, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 88 390 400 952 1083 1085 1137 1612. Lit. B. über 1000 M. Nr. 467 939 1555 1676 1830 2157 2270 2448 3056 3288 3469 3903 3981 4363 4546 4876 4954 4988. Lit. C. über 500 M. Nr. 82 207 275 476 527 1613 2187 2209 2933 3099 3314 3343. Lit. D. über 300 M. Nr. 255 456 585 622 773 1008 1148 1736 1999 2116 2474 2760. Lit. E. über 100 M. Nr. 263 557 637 863.

4% Central-Pfandbriefe, Emission vom Januar 1884, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 581 731 857 1248 1560 1849 1851 2383. Lit. B. über 1000 M. Nr. 1389 1443 1552 1707 1728 1741 1796 1870 2659 3195 3454 3565 3757 3790 4481 4822 4877. Lit. C. über 500 M. Nr. 1383 1540 1670 2442 2574 2857 2920 2989 3005 3253 3343. Lit. D. über 300 M. Nr. 158 435 560 626 1039 1204 1688 2819 2835 3110. Lit. E. über 100 M. Nr. 120 209 431 1032 1225.

4% Central-Pfandbriefe, III. Emission vom November 1884, rückzahlbar zum Nennwerthe.

Lit. A. über 3000 M. Nr. 2415 2565 3034 3639 4050 4226 5262 5495 5499 5682 5838 5844. Lit. B. über 1000 M. Nr. 5116 5328 5624 5631 6089 6305 6445 6683 6938 7093 7683 7844 7917 7931. Lit. C. über 500 M. Nr. 3642 4217 4752 4922 5396 5631 6016 6188 6420 6739 6760 6822. Lit. D. über 300 M. Nr. 3651 3676 4079 4536 4547 4549 4554 4560 4584 4587 4598 4957 5329 5386 5654 5847 6110 6322 6348 6597 6842 7210 7980 9234 9649 9695 10006 10239 10498 10909 11880 11992 12055 13571 13595 13632 14324 14337 14712 14795 15341 15593 16568 16745 17304 17391 17399 18197 18198 18356 18894 19791 19846 19875. Lit. E. über 100 M. Nr. 1614.

Die Rückzahlung erfolgt vom 1. Juli 1886 ab in Berlin außer an der Gesellschafts-Kasse bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, bei dem Bankhaus S. Bleichröder; in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus M. A. von Rothschild & Söhne; in Köln bei dem Bankhaus Sal. Oppenheim jun. & Co. gegen Einlieferung der Pfandbriefe und der nicht fälligen Binschäfte nebst Talon. [7412]

Die Direction.

# Bekanntmachung.

Für das am Schlusse dieses Jahres ausscheidende Mitglied unserer Kammer, [3423]

Herrn Domainenrath Klawitz in Slawenz, ist für den Kreis Cosel eine Neuwahl vorzunehmen, wozu wir die nach §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 24. Februar 1870 berechtigten Wähler mit dem Bemerk einladen, daß die zur St

### Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist bei der unter Nr. 77 zu Freiburg in Schlesien unter der Firma: [7403]

**A. Willmann & Comp.**

in Freiburg i. Schl.

bestehenden Handelsgesellschaft heut nachstehendes eingetragen worden:

**Col. 4. Rechtsverhältnisse der Gesellschaft:**

Der Kaufmann August Willmann und der Uhrmacher Herrmann Lempke, beide in Freiburg, sind aus der Handelsgesellschaft ausgeschieden und steht die Befugniss, die letztere zu vertreten, nur dem Uhrmacher

**Wilhelm Kirke** { in dem Schmid { Freiburg

**Gustav Hoffmann** und dem Uhrmacher August Klenner in Sirlau in der Art zu, daß die Vertretung und die Bezeichnung der Firma steis von zwei von diesen in Gemeinschaft ausgeübt werden soll.

Schweidnitz, den 6. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

### Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1886 werden zur Veröffentlichung der Eintragungen in unserm Handels-, Ge- nossenschafts-, Zeichen- und Muster- Register folgende Blätter bestimmt:

- das Militärische Kreisblatt,
- der Staatsanzeiger,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

Militärisch, den 8. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist unter Nr. 6 die Firma [7404]

**J. G. Feuerbach**

zu Militärisch gelöscht worden.

Militärisch, den 7. December 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

Die auf die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers sich beziehenden Geschäfte für die Bezirke der Königlichen Amtsgerichte Kreuzburg OS., Konstadt und Pitschen werden bei dem unterzeichneten Gericht im Geschäftsjahre 1886 von dem Amtsrichter Adamek unter Mitwirkung des Ersten Gerichtsschreibers, Kanzleirath Beckewitz bearbeitet und die Bekanntmachungen durch

- den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,
- die Schlesische Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

veröffentlicht werden. [7398]

Kreuzburg OS.

den 6. December 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Teuber.

### Bekanntmachung.

In dem Geschäftsjahr 1886 werden die auf Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers der Königlichen Amts-Gerichte zu Lublinitz und Guttentag sich beziehenden Geschäfte von dem Herrn Amtsrichter Schulz, unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Wimmer, beide zu Lublinitz, bearbeitet. — Die vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden in dem Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeiger, der Berliner Börsen-Zeitung, der Schlesischen Zeitung und der Breslauer Zeitung veröffentlicht werden. [7399]

Lublinitz, den 4. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

### Bekanntmachung

wegen Holz-Verkaufs im Wege des Meistgebots.

Oberförsterei Panten.

Forstdistrict Helle, Kaltwasser, Lindhardt.

Es sollen

Samstagabend, am 19. December,

Vormittags 11 Uhr,

folgende Hölzer, als:

a. Aus Helle. (Fagen 67.) 342 Stück Nadelstämme I. bis V. Klasse und 50,50 Hundert Wacholder-Faschinen.

b. Aus Kaltwasser. (Fagen 90.) 317 Stück Eichenstämme I. bis V. Kl. 12 cm Eichennusscheitholz, 2 Weichholzstämme, 102 Stck. Kiefern, 325 Stück Fichtenstämme I. bis V. Kl. und 16 cm Fichten-nusscheitholz.

r. Lindhardt.

116 Stück Kiefern und 7 Birken-Abschnitte, sowie diverses Brennholz aus den vorbenannten Forstbezirken.

(Nur alter Einschlag)

im Schlossgärtnerhof zu Kaltwasser öffentlich meistbietend verkaufstwerden.

Der Steigerpreis muß im Termine an den mitamwesenden Rendanten oder dessen Stellvertreter entrichtet werden.

Die zu verkaufenden Hölzer wird auf Verlangen der Förster bereits vor dem Termine nachweisen.

Forsthaus Panten, den

9. December 1885. [7429]

Der Königliche Oberförster.

**6 Pf.-Cigarren,**

prachtvolle Qualitäten, empfiehlt

Gustav Schulz, Nicolaistr. 24.

### Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Gründbuch von Inowrazlaw Band 7 Blatt 332 Artikel 50 resp. Band 29 Blatt 1 Artikel 951 resp. Band 29 Blatt 13 Artikel 952 resp. Band 29 Blatt 25 Artikel 953 auf den Namen der Witwe Rosalie Loewinsohn, gebor. Hartmann, eingetragenen Grundstücke Inowrazlaw Nr. 328b resp. Nr. 1177 resp. Nr. 1178 resp. Nr. 1179.

am 11. Februar 1886,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte — an Gerichtsstelle — versteigert werden. Das Grundstück Inowrazlaw Nr. 328b ist mit einer Fläche von 0,29,94 Hektar zur Grundsteuer, mit 1371 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer, das Grundstück Inowrazlaw Nr. 1177 ist mit einer Fläche von 0,03,26 Hektar zur Grundsteuer, mit 1350 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer, das Grundstück Inowrazlaw Nr. 1178 ist mit 2,25 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,03,85 Hektar zur Grundsteuer, und das Grundstück Inowrazlaw Nr. 1179 ist mit 31,35 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,53,5 Hektar zur Grundsteuer, mit 6000 Mark Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundstücksläster, etwaige Abweichungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I, eingesehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 12. Februar 1886,

Vormittags 11 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden. Inowrazlaw, d. 5. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

### Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1886 werden zur Veröffentlichung der Eintragungen in unserm Handels-, Ge- nossenschafts-, Zeichen- und Muster- Register folgende Blätter bestimmt:

- das Militärische Kreisblatt,
- der Staatsanzeiger,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

Militärisch, den 8. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist unter Nr. 6 die Firma [7404]

**J. G. Feuerbach**

zu Militärisch gelöscht worden.

Militärisch, den 7. December 1885.

Königliches Amts-Gericht. I.

### Bekanntmachung.

Die auf die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers sich beziehenden Geschäfte für die Bezirke der Königlichen Amtsgerichte Kreuzburg OS., Konstadt und Pitschen werden bei dem unterzeichneten Gericht im Geschäftsjahre 1886 von dem Amtsrichter Adamek unter Mitwirkung des Ersten Gerichtsschreibers, Kanzleirath Beckewitz bearbeitet und die Bekanntmachungen durch

- den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,
- die Schlesische Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung,
- die Breslauer Zeitung,
- die Schlesische Zeitung,
- die Berliner Börsen-Zeitung.

veröffentlicht werden. [7398]

Kreuzburg OS.

den 6. December 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Teuber.

### Bekanntmachung.

In dem Geschäftsjahr 1886 werden die auf Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers der Königlichen Amts-Gerichte zu Lublinitz und Guttentag sich beziehenden Geschäfte von dem Herrn Amtsrichter Schulz, unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Wimmer, beide zu Lublinitz, bearbeitet. — Die vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden in dem Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeiger, der Berliner Börsen-Zeitung, der Schlesischen Zeitung und der Breslauer Zeitung veröffentlicht werden. [7399]

Lublinitz, den 4. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

### Holz-Verkauf!

Am 21. December d. J. sollen in der Kämmererforst Mirstadt in den Fagen 14a und 18c Kiefern-Bau- und Schneideholz auf einer Fläche von circa 4,25 ha zum Selbstziehen stehend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Die Licitation findet

um 11½ Uhr Vormittags

in dem Gaströste des Herrn Kirsch

in Antonin statt. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben,

können auch gegen Erstattung der Copialien vom Magistratbüro bezo-

gen werden. Die Hölzer ist der

Stadtforster Kauflebhabern vorzu-

zeigen angewiesen.

[7424] Mirstadt, den 7. Decbr. 1885.

Der Magistrat.

Am 21. December d. J. sollen in der Kämmererforst Mirstadt in den Fagen 14a und 18c Kiefern-Bau- und Schneideholz auf einer Fläche von circa 4,25 ha zum Selbstziehen stehend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Die Licitation findet

um 11½ Uhr Vormittags

in dem Gaströste des Herrn Kirsch

in Antonin statt. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben,

können auch gegen Erstattung der Copialien vom Magistratbüro bezo-

gen werden. Die Hölzer ist der

Stadtforster Kauflebhabern vorzu-

zeigen angewiesen.

[7424] Mirstadt, den 7. Decbr. 1885.

Der Magistrat.

### Kaffee-Haus

auf frequentestem Platze, in welchem ein elegant eingerichtetes

Raffee-Geschäft,

sowie eine

Restauration

in getrennten Localitäten im besten Betriebe sich befinden, unter vortheilhaftesten Bedingungen zu verkaufen. — Eignet sich sowohl als Capital's-Anlage, insbesondere aber zum Selbstbetriebe für Cafétiers und Restaurateure.

Nächstes beim Eigentümer

Königstein in Troppau.

Zwischenhändler ausgeschlossen.

Apfelsinen

10 Pf. Positork mit ca. 15, 25 ob. 40 Stück je nach Größe (sowie kleine Frucht, ca. 50 Stück als Christbaum-Behänge) liefert packungsfrei für

2 Mr. 50 per Korb die Administra-

tion des „Exporteur“ in Triest.

Der Königliche Oberförster.

6 Pf.-Cigarren,

prachtvolle Qualitäten, empfiehlt

Gustav Schulz, Nicolaistr. 24.



### Aqua vitae stomachalis.

Bei Fabrikation allein bereitgestellt die Firma J. P. Karnasch